



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

50. Sitzung

3. Wahlperiode

Mittwoch, 13. Dezember 2000, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsident Hinrich Kuessner, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsidentin Kerstin Kassner

| Inhalt | Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses |
|--|---|
| | - Drucksache 3/1638 - 3208 |
| | B e s c h l u s s 3208 |
| Mitteilungen des Präsidenten..... 3199 | |
| Aktuelle Stunde Maßnahmen zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor BSE und Konsequenzen für die Land- und Ernährungswirtschaft..... 3199 | Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung und Änderung haushaltsrechtlicher Bestimmungen (Haushaltsrechtsgesetz 2001 – HRG 2001 –) (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) - Drucksache 3/1400 - 3208 |
| Ute Schildt, SPD..... 3199, 3205 | Ergänzung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 3/1475 - 3208 |
| Martin Brick, CDU..... 3200, 3203, 3205 | Unterrichtung durch die Landesregierung: Mittelfristige Finanzplanung 2000 bis 2004 des Landes Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung - Drucksache 3/1399 - 3208 |
| Birgit Schwebs, PDS 3200, 3206 | |
| Minister Till Backhaus..... 3201 | |
| Johann Scheringer, PDS 3204 | |
| Dr. Christian Beckmann, CDU 3207 | |
| Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag vom 29. September 2000 zur Änderung des Staats- vertrages vom 17. Dezember 1992 über den Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverband (OSGV-Änderungsstaatsvertrag) (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) - Drucksache 3/1525 - 3208 | Beschlussempfehlungen und Bericht des Finanzausschusses - Drucksachen 3/1650, 3/1651, 3/1652, 3/1653, 3/1654, 3/1655, 3/1656, 3/1657, 3/1658, 3/1659, 3/1660, 3/1661, 3/1662, 3/1663, 3/1664, 3/1665 und 3/1666 - 3208 |
| | Berichtigung zu den Beschlussempfehlungen und dem Bericht - Drucksache 3/1717 - 3208 |

Änderungsanträge der Fraktion der CDU

– Drucksachen 3/1680, 3/1681, 3/1682, 3/1683, 3/1684, 3/1685, 3/1686, 3/1687, 3/1688, 3/1689, 3/1990, 3/1991, 3/1992, 3/1993, 3/1994, 3/1995, 3/1996, 3/1997, 3/1998, 3/1999, 3/1700, 3/1701, 3/1702, 3/1703, 3/1704, 3/1705, 3/1706, 3/1707, 3/1708, 3/1709 und 3/1710 – 3208

Änderungsantrag der Fraktionen der PDS und SPD

– Drucksache 3/1720 – 3208

Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und PDS

– Drucksachen 3/1721(neu) und 3/1722 – 3208

Georg Nolte, CDU 3209

Eckhardt Rehberg, CDU 3211, 3212

Harry Glawe, CDU 3212

Volker Schlotmann, SPD 3218

Angelika Gramkow, PDS 3222

Ministerin Sigrid Keler 3228

Steffie Schnoor, CDU 3234

Rudolf Borchert, SPD 3236

Wolfgang Riemann, CDU 3239

Dr. Gerhard Bartels, PDS 3245

Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Einzelplan 04

– Geschäftsbereich des Innenministeriums –
– Drucksache 3/1654 – 3249

Berichtigung zu den Beschlussempfehlungen und dem Bericht

– Drucksache 3/1717 – 3249

Beschlussempfehlung des Finanzausschusses – Stellenpläne –

– Drucksache 3/1664 – 3249

Gerd Böttger, PDS 3249

Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Einzelplan 07

– Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur –
– Drucksache 3/1657 – 3250

Beschlussempfehlung des Finanzausschusses – Stellenpläne –

– Drucksache 3/1664 – 3250

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 3/1685 – 3250

Andreas Bluhm, PDS 3250

Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Einzelplan 10

– Geschäftsbereich des Sozialministeriums –
– Drucksache 3/1660 – 3253

Berichtigung zu den Beschlussempfehlungen und dem Bericht

– Drucksache 3/1717 – 3253

Beschlussempfehlung des Finanzausschusses – Stellenpläne –

– Drucksache 3/1664 – 3253

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 3/1690 – 3253

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 3/1691 – 3253

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 3/1692 – 3253

Änderungsantrag der Fraktionen der PDS und SPD

– Drucksache 3/1720 – 3253

Torsten Koplín, PDS 3253, 3254, 3255

Dr. Ulrich Born, CDU 3254

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS 3254, 3255

B e s c h l u s s 3255, 3273

Antrag der Fraktion der CDU:

Förderung der EU-Grenzregionen zur Bewältigung wirtschaftlicher und sozialer Umstellungen im Zuge der EU-Osterweiterung

– Drucksache 3/358 – 3262

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:

Osterweiterung der Europäischen Union

– Drucksache 3/1217 – 3262

Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses

– Drucksache 3/1672 – 3262

Götz Kreuzer, PDS 3262

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff 3264

Herbert Helmrich, CDU 3265, 3272

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD 3267, 3268

Friedbert Grams, CDU 3268

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS 3268

Karsten Neumann, PDS 3270, 3271, 3272

Jürgen Seidel, CDU 3271

B e s c h l u s s 3272

Nächste Sitzung

Donnerstag, 14. Dezember 2000 3272

Beginn: 10.00 Uhr

Präsident Hinrich Kuessner: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 50. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor.

Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich unserem Kollegen Herrn Dr. Arthur König herzlich nachträglich zum Geburtstag gratulieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Er ist 50 Jahre alt geworden. Alles Gute für die Zukunft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit Schreiben vom 8. Dezember 2000 hat mir der Landeswahlleiter mitgeteilt, dass die Abgeordnete Heike Lorenz aufgrund des Verzichts die Mitgliedschaft im Landtag Mecklenburg-Vorpommern verloren hat. Als Listennachfolger der PDS-Landesliste hat der Landeswahlleiter Herrn Karsten Neumann festgestellt. Am 8. Dezember 2000 hat Herr Neumann gegenüber dem Landeswahlleiter die schriftliche Annahme der Wahl erklärt. Herr Neumann, ich begrüße Sie in unserer Mitte und wünsche Ihnen viel Erfolg für Ihre Arbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Sitzung am 15. November dieses Jahres haben wir leidenschaftliche Debatten geführt. In einzelnen Redebeiträgen und Zwischenrufen haben Kollegen aber die Grenzen der sachlichen Auseinandersetzung überschritten und andere Mitglieder des Hauses persönlich angegriffen sowie pauschal schwerwiegende Vorwürfe gegenüber anderen Parlamenten und Personengruppen erhoben. Ich bin gemeinsam mit meinen Kolleginnen Frau Vizepräsidentin Holznagel und Frau Vizepräsidentin Kassner der Auffassung, dass wir derartige Ausführungen eines Redners ebenso wie entsprechende Zwischenrufe künftig nicht tolerieren werden. Wir haben verabredet, dass wir in solchen Fällen, in denen die Ordnung und die Würde des Hauses in eklatanter Weise verletzt werden, von unseren geschäftsordnungsrechtlichen Ordnungsrechten Gebrauch machen werden. Ich hoffe, dass wir in dieser vorweihnachtlichen Sitzungswoche sachliche politische Auseinandersetzungen im Plenum führen und der Wettstreit um die besseren Argumente zur Geltung kommt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1:** Aktuelle Stunde. Die Fraktion der SPD hat gemäß unserer Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde zu dem Thema „Maßnahmen zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor BSE und Konsequenzen für die Land- und Ernährungswirtschaft“ beantragt.

Aktuelle Stunde
Maßnahmen zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor BSE und Konsequenzen für die Land- und Ernährungswirtschaft

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schildt von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Frau Schildt.

Ute Schildt, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gleichgewichte der Natur stellen sich stets neu ein. Die Einflussfaktoren auf diese Gleichgewichte sind so vielfältig, dass wir Menschen der Erkennt-

nis von Zusammenhängen immer hinterherlaufen. Prognostisch etwas sicher vorauszusagen ist in Einzelfällen möglich, aber es bleibt die Ausnahme.

Erst vor vier Wochen haben wir an dieser Stelle über BSE und die Kosten von Schutzfaktoren debattiert. Auch ich tat es aus der Sicht, dass Deutschland ungerecht behandelt und von der EU als BSE-gefährdet eingeordnet wurde. Wie schnell sind wir korrigiert worden! Eine schwarze Gewitterwolke hat sich mit der BSE-Krise über ganz Europa entladen. Nur allzu lange währte man sich im Glauben und hoffte inständig, dass Deutschland davon ausgenommen ist.

Jetzt ist die Politik, jetzt sind wir alle zum Handeln gezwungen. Das Gespenst BSE hat Gestalt angenommen, drohend und heimtückisch. Auch Deutschland hat seinen BSE-Fall. Musste es erst so weit kommen? Musste es erst zum Zusammenbruch des Rindfleischmarktes kommen, weil die Verbraucher nach einer in dieser Form noch nie da gewesenen hysterischen Medienoffensive total verunsichert sind und in jedem Stück Rindfleisch den BSE-Überträger sehen?

Die Rufe nach der gläsernen Produktion blieben europaweit ungehört. Die EU hat ihrem 1994 angeordneten Tiermehlfütterungsverbot an Wiederkäuer keine weitergehenden Verordnungen für Kontrollen und kein Verbot von Knochen- und Blutmehl folgen lassen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

Ein länderübergreifendes Forschungsprogramm zur Aufklärung der BSE-Ursachen gibt es nicht. Fragen über Fragen, die zornig machen.

Spätestens 1997, als die neue Form der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit auf den Verzehr prionenhaltigen Rindfleischs zurückgeführt wurde, hätten von der Kommission die entsprechenden Maßnahmen und vor allem deren Kontrollen eingeleitet werden müssen. Was in dieser Richtung passierte, war zögerlich. Die EU-Kommission hat meiner Auffassung nach in Sachen BSE nur scheinweise und inkonsequent gehandelt. Sie hat viel zu wenig kontrolliert, viel zu wenig durchgegriffen. Seit 1994 ist Tiermehl für Wiederkäuer von der EU verboten worden. Ausgeschlossen, dass Tiermehl trotzdem in die Mischfuttermittelwerke kam, war es nicht.

Wo bleiben die Vorleistungen der Wissenschaft? Man kennt lediglich die Folgen, bei den Ursachen gibt es nur Hypothesen. Schlimmer noch – es gibt keine Testmöglichkeiten für lebende Individuen. Wir wissen nicht, wie ausgebreitet die Krankheit in Europa wirklich ist. Diese Wissenslücke muss schnellstens geschlossen werden. Die Grundlagenforschung ist also gefordert.

Die Bundesländer haben Geschlossenheit demonstriert. Die Frage des Verbraucherschutzes wurde an die vorderste Stelle gerückt. Per Gesetz wurden ein dauerhaftes Tiermehlverbot und per Eilverordnung ein BSE-Schnelltest auf den Weg gebracht. Die Landesregierung hat keine Minute gezögert, um alle denkbar erforderlichen Maßnahmen einzuleiten. Die Voraussetzungen durch landeseigene Laborausstattungen wurden beziehungsweise werden noch umgehend geschaffen. Kontrollen zur Einhaltung des Tiermehleinsatzes wurden erhöht. Obligatorisch müssen bundesweit alle Rinder über 30 Monate getestet werden, da nach wissenschaftlichem Ermessen davon auszugehen ist, dass bei Tieren, wenn sie eine BSE-Erkrankung in sich tragen, in diesem Alter ein Ergeb-

nis nachweisbar ist. Wir wissen, dass in unserem Land alle geschlachteten Tiere dem Test unterworfen werden. Das gibt ein großes Maß an Sicherheit. Es ist gut zu wissen, dass alle sofort eingeleiteten Tests negativ ausgefallen sind.

In einem gemeinsamen erfolgreichen Antrag von Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt forderte Mecklenburg-Vorpommern die Bundesregierung auf, sich an den Kosten aller Testverfahren sowie an den durch das Verfütterungsverbot von Tiermehlen entstandenen Kosten in wesentlichem Umfang zu beteiligen und dabei auch die Möglichkeiten von EU-Mitteln auszuschöpfen. Diesem Antrag haben sich schließlich alle Bundesländer angeschlossen.

Angesichts der krisenhaften BSE-Situation der letzten Wochen hat es sich als vorteilhaft bewährt, dass der Veterinärgesundheitsdienst, die Futtermittel- und Lebensmittelüberwachung in der Hand des Ministeriums für Ernährung, Forsten und Fischerei liegen. Das ist in Mecklenburg-Vorpommern der Fall, nicht aber in allen anderen Bundesländern. Ich werde im nächsten Beitrag auf den Verbraucherschutz und die Veränderungen in der landwirtschaftlichen Produktion eingehen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Brick von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Brick.

Martin Brick, CDU: Verehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ein Gespenst geht um in Europa, aber keiner weiß Bescheid, doch alle machen mit. BSE und ihr Infektionsmechanismus machen Forscher verlegen und geben Politikern einen breiten Spielraum für symbolische Aktionen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Agrarpolitik macht momentan krank. Der Ruf nach Umkehr erklingt, an der Spitze der Bundeskanzler, der für eine Politik weg von den Agrarfabriken plädiert.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Siegfried Friese, SPD; Herr Stoiber auch.)

Die mit Preisstützung und Ausgleichszahlungen operierende Agrarpolitik mag aus gesamtwirtschaftlichen Gründen kritisiert werden. Ihr Gesundheitsgefährdung vorzuwerfen ist aber falsch. Das Schlagwort von den „Agrarfabriken“ trägt nichts, aber auch gar nichts zur Aufhellung der BSE-Krise bei. Dass Massentierhaltung – wie immer auch definiert und ob überhaupt existent – nicht der entscheidende Faktor ist, geht schon daraus hervor, dass das erste in Deutschland in einem Landwirtschaftsbetrieb gefundene BSE-Rind gewiss nicht aus der Massentierhaltung stammt. Die gesamte Landwirtschaft an den Pranger zu stellen ist nicht nur unfair, es verhindert auch, Schuld an der richtigen Stelle zu suchen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wo immer man liest, zuhört oder zusieht, man vernimmt nur Worte wie „ist zu vermuten“, „nicht auszuschließen“, „bedarf weiterer Forschung“, „ist nicht sicher“ und anderes. Aber da sind Menschen, die auch ohne Hirn- und Hamburgerkonsum oder als Vegetarier gar von dieser fürchterlichen Krankheit befallen werden, und da ist jener Erreger, der nahezu unsichtbar und nahezu unsterblich die Forscher vor Rätsel stellt. Es ist dieses verhängnisvoll-

le Nichtwissen, das die immer gleichen Muster der Politik im Umgang mit BSE erklärt. Und Nichtwissen macht nun mal Angst. Damit wird reichlich und besonders durch Nichtfachleute spekuliert, das lässt sich an den Mann bringen. Jetzt ist er da, der angekündigte Wahn.

Wenn man solchen Leuten zuhört, hat man den Eindruck, dass bei diesen diese tausendstel Millimeter großen Eiweißpartikel, genannt Prionen, die in jedem normalen Hirn vorkommen – man weiß nur nicht wozu –, bereits den Zustand der Dreidimensionalität verlassen haben und ihren kannibalischen Kreislauf begonnen haben. Der Amoklauf der Prionen hat, was Reden und Handeln etlicher Wichtigtuer, unterstützt von allen Medien, betrifft, längst begonnen. Jetzt wird spät, aber immerhin in die Wege geleitet, was bei allem Nichtwissen notwendig ist. Aber werden auch die erforderlichen Konsequenzen gezogen? Es geht hier nicht darum, die BSE-Krise unter den Teppich zu kehren, es geht um Verbraucherschutz. Richtig.

Lassen Sie mich darum etwas sagen zum Tiermehl und zur Notschlachtung. Hier handelt es sich um eine extrem teure Prophylaxe auf der Basis von Spekulationen. Die Frage ist nicht geklärt, ob es eben Schlamperei gibt oder Mutation. Bis zum endgültigen Beweis können alle Notschlachtungen, alle Fütterungsverbote und Herkunftszuordnungen zunächst nur als Vorsichtsmaßnahme verstanden werden. Nicht mehr, meine sehr verehrten Damen und Herren, aber eben auch nicht weniger.

Und das lassen wir uns dann etwas kosten: Allein die 70 Prozent des EU-Anteils machen bei Entsorgung von 625.000 Tonnen nicht verkäuflichen Rindfleisch 1,7 Milliarden DM aus, Mehrbelastung privater Lagerhaltung 215 Millionen DM, Intervention 567 Millionen DM, Vernichtung von 3 Millionen Tonnen Tiermehl 5,87 Milliarden DM, Erlösausfälle für Landwirtschaft und Entsorger 2,93 Milliarden DM – zusammen 10 Milliarden DM jährlich. Dazu kommen Kosten der Mitgliedsstaaten in Höhe von 30 Prozent. Da im Agenda-Papier aber nur 480 Millionen DM enthalten sind und EU-Haushaltskommissarin Schreiber die Übertragung nicht genutzter und für BSE-Maßnahmen vorgesehener Mittel in Höhe von 2,1 Milliarden DM kategorisch ablehnt, fehlt jede finanzielle Basis.

Gut, dann mache ich erst mal einen Punkt.

Präsident Hinrich Kuessner: Sie kommen ja noch öfter.

Martin Brick, CDU: Ja.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schwebs von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Frau Schwebs.

Birgit Schwebs, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Deutsches Rindfleisch ist sicher“, so tönte es seit Jahren gebetsmühlenartig aus den Reihen der Bauernverbände, der Landwirtschaftspolitiker, der fleischverarbeitenden Industrie und anderer Lobbyisten der industriellen Fleischproduktion. Mit der Meldung „BSE in Deutschland“, die uns vor einigen Wochen erreichte, ist die von den zuständigen Politikern seit Jahren in verantwortungsloser und letztlich selbstbetrügerischer Weise suggerierte heile deutsche Rinderwelt wie ein Kartenhaus in sich zusammengebrochen. Die Erkenntnis, dass mögli-

cherweise bereits seit Jahren eine Zeitbombe tickt, die nicht nur Tiere, sondern die Gesundheit und das Leben von Menschen bedroht, wirkte wie ein Schock.

Besonders bestürzend an der derzeitigen Situation ist die Hilflosigkeit, mit der die Politik reagiert, nämlich mit hektischem Aktionismus, der nicht nach den eigentlichen Ursachen von BSE fragt und sie schon gar nicht beseitigt. So tönte der Bauernpräsident Sonnleitner noch am 24. November in aller Öffentlichkeit: „Es wird nach wie vor geschlampt, geschoben und in anderen Ländern der Gemeinschaft nachlässig kontrolliert, ohne dass die EU eingreift.“

Aber auch die Wissenschaft, die Landwirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger, die Verbraucher nämlich, stehen dieser Situation hilflos gegenüber, zumal die BSE-Folgen in ihrem Ausmaß und in ihrer Komplexität noch gar nicht abschätzbar sind. Wenn der Kunde an der Ladentheke steht und nicht mehr kaufen will, was ihm Landwirte und Lebensmittelindustrie national und international auf-tischen, hat dieses empfindliche Auswirkungen auf die Handelsketten, auf die Verarbeiter und auf die Landwirtschaft.

Wir Politiker müssen dringend überlegen, wessen Interessen wir letztendlich vertreten und welche Verantwortung wir dabei tragen. Wer das Vorsorgeprinzip verletzt, um den Anschein zu wahren, bekommt vom Verbraucher eines Tages die Quittung für Arroganz, Verschleierung und trügerische Sicherheit. Der Verbraucher, meine Damen und Herren, hat einen Anspruch darauf, dass sein Vertrauen gerechtfertigt wird.

Schon im Jahre 1984 wurde BSE erstmals festgestellt, im Jahre 1990 die Übertragung von Rind zu Rind, bald darauf die von Rind zu Mensch. Im Juli 1994 wurde von der Europäischen Kommission die Verfütterung von Tiermehl in der Rinderproduktion verboten, im Juni 2000 wurde der Erlass für Schnelltestverfahren erhoben und im September 2000 endlich die Rindfleischetikettierung auf den Weg gebracht. Viele Politiker in allen Mitgliedsländern haben sich damit befasst, aber, wie sich nun herausstellt, nicht gründlich genug.

Die Europäische Gemeinschaft ist der größte Importeur und Exporteur von Lebensmitteln. Fleisch wird in der Union auf Teufel komm raus produziert, koste es, was es wolle, obwohl es Länder außerhalb der Gemeinschaft gibt, die Fleisch billiger, artgerechter und in größerer Menge produzieren und in die Gemeinschaft importieren könnten. EU-Kommissar Franz Fischler begründet die gängige Agrarpolitik nach dem Grundsatz „Mehr Masse statt weniger Klasse“ so: „Wir brauchen aus Gründen der Souveränität und der Sicherheit eine Eigenerzeugung.“

Die Lebensmittelproduktion hat bundesweit einen Jahresumsatz von 600 Milliarden Euro und beschäftigt eine Million Menschen. Ich weiß, innerhalb dieser riesigen Marktströme ist die Forderung nach der größtmöglichen Sicherheit in der Lebensmittelproduktion schon ein Risiko an sich. Dennoch scheint sie notwendig zu sein.

Seit 1996 ist die Verfütterung von Tiermehl an Wiederkäuer in Deutschland verboten. Nun stellte sich auch in Mecklenburg-Vorpommern heraus, dass mindestens einmal verbotenerweise Tiermehl im Mischfutter war und vorsätzlich bestehende Regelungen und Gesetze unterlaufen wurden. Wo waren die Kontrolleure eigentlich im letzten Jahr und im Jahr davor und davor?

Sicher treten jetzt unübersehbare Kosten auf, die niemand übernehmen will. Keiner weiß, wer sie nach dem Verursacherprinzip übernehmen soll, aber die Gesundheit der Bürger und die Sicherheit der Tiere gehen vor. Wenn sich die Wissenschaft nicht einig ist, woher die Krankheit ursächlich kommt, gebietet es das Vorsorgeprinzip, besonders vorsichtig zu sein. Was wir jetzt wieder nur halbherzig machen und aus deutscher und europäischer Geldgier vernachlässigen, wird sich in Zukunft rächen. Wichtig sind jetzt konsequente vertrauensbildende Maßnahmen, zuverlässige Aussagen, sachliche Auseinandersetzungen statt pauschaler Schuldzuweisungen.

Auch wenn gegenwärtig noch vieles im Dunkeln liegt, ist zumindest eines klar: Wir haben es hier keineswegs nur mit einem landwirtschaftlichen, sondern mit einem zutiefst gesellschaftlichen Problem zu tun. Es wäre zu kurz gegriffen, die Bewältigung der BSE-Krise nur auf veterinärmedizinische und technisch-organisatorische Konsequenzen zu beschränken. Was wir brauchen – hier in Mecklenburg-Vorpommern, bundesweit und auch in der EU –, ist eine sachliche Debatte um notwendige Veränderungen in der Art und Weise der Agrarproduktion, damit wir zu einer tatsächlich nachhaltigen Produktions- und Ernährungsweise gelangen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Landwirtschaftsminister Herr Backhaus. Bitte sehr, Herr Minister.

Minister Till Backhaus: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Maßnahmen, die das Land Mecklenburg-Vorpommern untersetzt hat, stehen eindeutig im Vordergrund aller Maßnahmen, nämlich der Verbraucherschutz und der Gesundheitsschutz – das habe ich in der letzten Sitzung schon gesagt –, und wir lassen uns nach wie vor von diesen Maßnahmen leiten.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Bis heute, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind rund 90 Menschen an einer neuen Form der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit verstorben oder erkrankt. Dieses jetzt zu bagatellisieren möchte ich nicht, und ich glaube, auch Sie, Herr Brick, hatten nicht dieses Ziel. Eine Therapie gibt es zurzeit leider nicht. Die Krankheit führt innerhalb von ein bis zwei Jahren tatsächlich zum Tod.

Seit Montag wissen wir – und zwar wissenschaftlich begründet und damit haben wir den Nachweis –, dass es in Deutschland einen, ich betone, einen originären BSE-Fall gegeben hat. Das sind die Fakten, die man zunächst, denke ich, erst mal nennen sollte.

Wie kommt es nun zu dieser Krankheit? Dieses ist nach wie vor unklar. Sicher ist nur, dass fast alle Opfer auch Rindfleisch konsumiert haben. Niemand weiß, wie viele Menschen daran noch sterben werden. Schätzungen schwanken zwischen mehreren hundert bis zu hunderttausend Opfern. Das sind die Vermutungen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

In der Vergangenheit haben das Landwirtschaftsministerium und unser Haus etwas getan. Seit 1994 – das ist hier immer wieder zum Ausdruck gekommen – ist in Deutschland und damit national das Verfütterungsverbot von Tiermehl an Wiederkäuer in Kraft getreten. Im November 1996 wurden Rinder aus Großbritannien und der

Schweiz gekeult. Ich glaube, die meisten von Ihnen können sich an diese Szenen noch erinnern. Alle unmittelbaren Nachkommen von den damaligen Tieren dieser Rinder standen und stehen seitdem tatsächlich unter behördlicher Beobachtung. Seit 1998 gibt es in Mecklenburg-Vorpommern ein BSE-Überwachungsprogramm. Frau Schwebs, das sollten Sie eigentlich auch wissen. 1999 wurde zusätzlich zu den Verdachtsuntersuchungen in Tierbeständen ein Monitoring zum Verfütterungsverbot eingeführt, meine Damen und Herren. Wir haben uns stark gemacht für die Rinderkennzeichnung und für die Etikettierung. Wir haben eine Vielzahl von Gesprächen mit der Landwirtschaft, mit den Schlachtunternehmen und auch mit der Futtermittelindustrie geführt.

Bedeutende Initiativen zum Thema BSE sind in der letzten Zeit auch und insbesondere von Mecklenburg-Vorpommern ausgegangen. Und dennoch, das wissen wir heute, war es zu wenig. Oder reichen diese Maßnahmen aus?

Um die aktuelle Situation zu beurteilen, müssen wir über die Risiken sprechen – ganz nüchtern und möglichst frei von Emotionen. Die Wahrscheinlichkeit des Auftretens von BSE liegt in Großbritannien bei 400 Fällen pro einer Million Rinder, die älter als zwei Jahre sind. In Irland liegt dieser Wert bei 26,6, in Frankreich bei 2,7 und in Deutschland bei 0,15, ich betone, bei 0,15. Und dennoch sage ich Ihnen, auch vor dem Hintergrund dieser Zahlen, dass es dabei um ein jedes Menschenleben gehen muss, wenn es gilt, die heimtückische Krankheit wirklich zum Erliegen zu bringen. Das ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, das Gebot dieser Stunde.

Verbraucherschutz und Gesundheitsschutz haben also allerhöchste Priorität und alle anderen Belange sind darauf abzustimmen. Ein Beispiel: Zwar gilt unser Sterilisationsverfahren als sicher, aber Deutschland ist eben leider nicht allein auf dieser Welt und Handelswege – wer sich heute die Zeitung anschaut – sind alles andere als transparent. Das gilt nicht nur für Fleischerzeugnisse, das gilt ja im Übrigen auch – leider über Jahre hinweg – insbesondere für die Schlachtiertransporte. Das konsequente Tiermehlverfütterungsverbot für alle Nutztiere macht deshalb als Vorsichtsmaßnahme absoluten Sinn, weil nur so nach jetzigem Kenntnisstand – und da pflichte ich allen Rednern, die bis jetzt gesprochen haben, bei – die Infektionskette unterbrochen werden kann.

Als nach dem 24. November das Thema BSE die Schlagzeilen beherrschte, bestand über alle Partei- und Landesgrenzen hinweg ein großer Konsens über die Notwendigkeit, schnell und konsequent umfassende Maßnahmen einzuleiten, die zu einer optimalen – ich betone, optimalen – Verbrauchergesundheitsförderung in Deutschland führen. So hat bereits der Zentrale Krisenstab am 25. November in Bonn zum Ausdruck gebracht, die Verfütterung von Tiermehl zum frühestmöglichen Zeitpunkt tatsächlich in Deutschland zu verbieten. Bereits eine Woche später war das entsprechende Gesetz in Kraft getreten. Ich glaube, so was hat es in Deutschland auch noch nicht gegeben.

War das alles vorschnell oder hat man alles getan, was im Moment getan werden kann? Auch diese Frage stellen wir uns immer wieder.

Bereits am 27. November, das war der Montag nach der BSE-Meldung vom Freitag aus Schleswig-Holstein, hat die Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern einen weitreichenden Maßnahmenkatalog eingeleitet: die

Einrichtung einer Hotline, die Verfügung des Importverbotes von Tiermehl, die Überprüfung der Rinderlieferungen von und nach den BSE-Beständen in Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt – ich darf an dieser Stelle auch mitteilen, dass es keine Kontakte gegeben hat –,

(Dr. Berndt Seite, CDU: Was für Kontakte?)

die Intensivierung, ich betone, die Intensivierung der Futtermittelkontrollen und Untersuchungen in landwirtschaftlichen Betrieben, das heißt ...

Wie bitte?

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was für Kontakte hat es nicht gegeben? –

Dr. Berndt Seite, CDU: Was für Kontakte?)

Die Kontakte von Tieren in andere Bestände hinein. Also es hat keine Tierkontakte von Beständen aus Mecklenburg-Vorpommern zu den anderen Beständen in Sachsen-Anhalt oder Schleswig-Holstein gegeben.

Und ich darf Ihnen heute vielleicht auch noch mal sagen, wir haben immerhin – und ich glaube, das ist auch ein Beispiel dafür, wie wir Transparenz üben – 285 Unternehmen der Futtermittelindustrie und landwirtschaftliche Unternehmen überprüft und es ist schon eine bestimmte Entwicklung zu verzeichnen, nämlich, von den 285 Proben, die wir haben und deren Analyse vorliegt, waren 65 Proben tatsächlich mit weniger als 0,5 Prozent mit Tiermehl oder Fischmehl behaftet. Das ist nicht gesetzeskonform, das sage ich auch in aller Klarheit, aber ich betone, dass wir hier sofort Maßnahmen eingeleitet haben. Wir gehen davon aus – und da möchte ich wirklich auch an alle in diesem Hohen Hause appellieren –, dass hier nicht vorsätzlich gehandelt worden ist, sondern dass bei den Mischverfahren beziehungsweise bei der Reinigung dieser Anlagen Futtermittel von Tiermehl oder Fischmehl in diese Rationen mit hineingeraten sind. Dies ist jetzt geahndet worden. Die Futtermischungen sind beschlagnahmt worden und müssen jetzt schadlos beseitigt werden.

Hinzu kommt, dass wir die Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Fütterungsalternativen“ unter der Leitung der Landesforschungsanstalt eingesetzt haben. Wir haben die Vorbereitungen für die BSE-Frühuntersuchungen in größerem Maßstab umgesetzt. In den nächsten Tagen, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind die amtlichen Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern einsatzbereit, um täglich bis zu 400 Pflichtproben untersuchen zu können. Ich darf Ihnen heute an dieser Stelle auch mitteilen, dass mittlerweile in Mecklenburg-Vorpommern 965 Rinder-BSE-Untersuchungen absolviert wurden und kein, zum Glück – und das ist auch ein Stückchen Vertrauensbeweis an unsere Landwirte –, positiv getestetes Tier aufgefallen ist.

Neben dem Hauptziel, das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in deutsches Rindfleisch wiederzugewinnen, stehen für mich drei Fragen zukünftig im Vordergrund:

1. Wohin mit dem Tiermehl?
Hier geht es um die Verwertung des noch vorhandenen und des zukünftig anfallenden Tiermehls.
2. Wer soll das eigentlich alles bezahlen?
Das ist die spannendste Frage.
3. Wie geht es insgesamt im Agrarbereich und in der Rindfleisch- oder Fleischproduktion in Mecklenburg-Vorpommern, Deutschland und Europa weiter?

Zur ersten Frage. Im Wirtschaftsjahr 1999/2000 wurden in den zehn Mischfutterwerken in Mecklenburg-Vorpommern 13.860 Tonnen Tiermehl verarbeitet. Das einzige Tiermehlherstellungsunternehmen – das Unternehmen SARIA Bio-Industries in Malchin – produziert jährlich um die 15.000 Tonnen Tiermehl. Daraus ist leicht zu erkennen, dass auch aus diesen Beständen heraus ein Handel in andere Regionen betrieben worden ist. Für eine sinnvolle Verwertung dieses Rohstoffs – und ich lege großen Wert auf Rohstoff – sind die Weichen noch zu stellen, und zwar dringendst zu stellen. So wäre beispielsweise eine bundeseinheitliche Kategorisierung absolut notwendig. Es ist zu prüfen, ob Tiermehle auf Grundlage der Biomasseverordnung verwertet werden können, und es ist vor allen Dingen zu prüfen, wie Tiermehl durch andere eiweißhaltige Stoffe substituiert werden kann. Das macht natürlich nur Sinn, wenn Tiermehl EU-weit auf Dauer – ich betone, auf Dauer – verboten wird, damit der Verbraucherschutz nicht ins Leere läuft. Das ist die ganz klare Forderung, die auch von den Agrarministern aller Länder – ich betone, aller Länder – gestern in Bonn in den Gesprächen zum Ausdruck gekommen ist. Und ich bin froh darüber, dass auch die CDU-geführten Länder den Antrag, der von uns mit erarbeitet worden ist, unterstützt haben.

Zur zweiten Frage. Die gesicherte Finanzierung dieser Maßnahme ist der Dreh- und Angelpunkt für das Vorhaben, das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher tatsächlich wieder zurückzugewinnen. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes hätten überhaupt kein Verständnis, wenn Verbrauchersicherheit tatsächlich am Geld scheitern würde, und es sollte auch klar sein, dass es sich diesbezüglich in der Finanzierungsfrage um ein gemeinsames Problem der Europäischen Union, von Bund und Ländern im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher handelt.

Welche Kostenlawine auf die Industrie, den Handel und insbesondere auf die Landwirtschaft und den Verbraucher zurollt, möchte ich nur an einer Zahl beweisen. Bezogen auf das Land Mecklenburg-Vorpommern entsteht nach den aktuellen Berechnungen ein Kostenvolumen von um die 90 Millionen DM, die daraus resultieren. Vergleichsweise bescheiden wird die Futtermittelindustrie mit einer halben Million D-Mark dabei sein, um Investitionen voranzubringen. Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat ad hoc, um die Tests durchzuführen, 1,5 Millionen DM investiert. 15 Millionen DM oder knapp 16 Millionen DM wird die EU sofort zur Verfügung stellen.

Aber zu Recht vermissen wir – und Sie sicherlich auch – den Bund. Die Landwirtschaftsminister aller Bundesländer haben deshalb eine Entschließung besonders hinsichtlich der Kostenfrage gefasst. Da beispielsweise die Tierkörperverwertungskosten in den einzelnen Ländern schon jetzt in unterschiedlicher Höhe anfallen und auch unterstützt werden, würde die Wettbewerbsverzerrung noch verschärft, wenn sich nicht auch der Bund an dieser so wichtigen Maßnahme und den Kosten beteiligen würde. Das Gleiche gilt übrigens auch für die BSE-Testkosten. Eine Umlage dieser erheblichen Belastungen auf die Endverbraucherpreise allein ist aus meiner Sicht zurzeit unwahrscheinlich, obwohl es das ganz klare Ziel sein muss. Die Landwirtschaftsminister haben deshalb die Bundesregierung kurzfristig aufgefordert, ein Hilfsprogramm – vergleichbar mit dem französischen Modell und dessen Regelungen – aufzustellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sehen, dass wir mit der Bewältigung dieser so genannten BSE-

Krise erst angefangen haben, ich betone, erst angefangen haben. Viele, die glauben oder geglaubt haben, dieses Thema wird schnell wieder zu den Akten gelegt werden, werden sich aus meiner inneren Überzeugung irren. Die Konsequenzen für die Landesregierung und die Politik werden nachhaltig und umfassend sein müssen. So kommen wir als Exekutive oder vielleicht auch Sie als Legislative oder wir gemeinsam an den umfangreichen Maßnahmen nicht vorbei. Für uns steht fest, Überwachungs- und Kontrollaufgaben sind zu intensivieren und die Politik ist gefordert, Wettbewerbsverzerrungen innerhalb Europas oder auch der einzelnen Bundesländer zu vermeiden oder gar auch zu verhindern.

Wir können diese Krise aber auch als eine Chance verstehen, und damit bin ich bei der eingangs gestellten dritten und letzten Frage. Die Verbraucherinnen und Verbraucher – und das, meine ich, ist gut so – begreifen immer mehr, dass gesunde Lebensmittel – ich betone, das Mittel zum Leben, eines der wertvollsten Dinge, die wir überhaupt in der Evolution zur Verfügung haben – nicht zu Dumpingpreisen oder zu Dauertiefstpreisen zu haben sind, und verstehen auch, unsere Verbraucherinnen und Verbraucher, dass Qualitätserzeugnisse aus der Region und damit auch aus einer Kulturlandschaft erhalten werden können.

Vor diesem Hintergrund bin ich überzeugt, dass es an der Zeit ist, das bestehende Agrarmodell, das wir ja vorgelegt haben mit dem Agrarkonzept 2000, weiterzuentwickeln, um den künftigen Ansprüchen besser gerecht zu werden. Insofern bedanke ich mich für die sachliche Auseinandersetzung mit dem Thema und ich wünsche mir auch, gerade in der Weihnachtszeit, dass man zur Besinnung kommt

(Harry Glawe, CDU: Sehr gut, sehr schön.)

und dass man sich dann vielleicht auch auf die gesunden und wertvollen Lebensmittel aus dem Land Mecklenburg-Vorpommern konzentriert.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und auch Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Brick von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Brick.

Martin Brick, CDU: Verehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Fütterungsalternativen konfrontieren entweder mit Gensoja, Genraps, dem Blair-Haus-Abkommen, das stärkere Förderung von Raps, Sonnenblumen und Soja verbietet, oder mit dem Uruguay-Abkommen und damit dem WTO-Abkommen, wonach Zuschüsse für Trockenfutter und Eiweißpflanzen das Niveau von 1992 nicht überschreiten dürfen, wenn die Friedensklausel nicht gefährdet werden soll.

Und jetzt zu dem viel zitierten Schnelltest ein paar Worte. Er kann nicht Sicherheit geben, ist aber besser als nichts. Aber solange ungewiss ist, auf welche Weise sich die Prionen verbreiten, bleibt Fleisch grundsätzlich ein riskantes Nahrungsmittel trotz aller Tests. Der Test gibt 100 Prozent sichere Resultate, aber die Scharfsicht bleibt begrenzt. Er wird durchgeführt an über 30 Monate alten Rindern und ist erst ab 6 Monaten vor dem ersten Auftreten von Symptomen verlässlich. Da ist klar: Medizinisch gesehen ist ein Test eben nur so sicher, wie seine Negativ-

ergebnisse sicher sind. Die meisten Rinder, nämlich 80 Prozent, werden im Alter von 20 Monaten geschlachtet. So wiegen wir uns in falscher Sicherheit. Und dennoch fordert zum Beispiel der Umweltminister Müller aus Schleswig-Holstein, Originalton, „die Tests auf junge Tiere auszuweiten“, obwohl das Risiko der Fehlerquote steigt. Schlimmer geht es aus meiner Sicht nicht.

Logisch wäre – aber wo gibt es denn eigentlich noch Logik bei dieser Sache –, Vorsicht bei Geflügel, Schweinefleisch und Fischverzehr aus Teichwirtschaften walten zu lassen. Für diese Produkte kommt das Tiermehlverbot erst jetzt. Bei Rindern ist es seit 1994 – ausgeschlossen kriminelle Energie – verboten. Bei Geflügel, Schwein und Fisch, die in der Regel nie Geburtstag feiern und somit vor Ablauf der Inkubationszeit verwertet sind, ist es unlogisch, vor Rindfleisch zu warnen, auch wenn uns vom Knochen befreites Rindfleisch empfohlen wird und der anliegende Knochen zu Sondermüll wird. Wenn etwas einigermaßen sicher ist, sage ich Ihnen, dann ist es momentan Rindfleisch, gerade weil die Forschung noch immer unsicher ist, ob sich Menschen wirklich über das Fleischessen infizieren. Auch Vegetarier, Herr Minister, erkrankten in Großbritannien an BSE mit gleicher Signifikanz, ohne dass sie jemals Rindfleisch gegessen haben. Und Schlamperei in Europa und spontane Mutation sind möglich, somit ist Biofleisch in keiner Weise ausgenommen.

Noch immer ist medizinisch gesehen die Überwindung von Artschranken, Wiederkäufer und Mensch, oder Organschranken, Körper, Euter, Gebärmutter, eingeschränkt zu sehen und gerade hier vermuten wir weiter, damit Milch, Käse und andere Produkte nicht ins Gerede kommen. Fest steht, die Schafkrankheit Scrapie, Auslöser der BSE, ist seit dem Mittelalter bekannt. Ebenso bekannt ist, dass sie nie auf den Menschen übersprang. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Minister Dr. Wolfgang Methling:
Kommt die dritte Folge dann?)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Scheringer von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Scheringer.

Johann Scheringer, PDS: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zwei aufeinander folgende Aktuelle Stunden zum gleichen Thema, das ist etwas Neues, das hatten wir noch nicht. Für mich zeigt das natürlich auch, dass wir dieses Thema BSE als nichttauglich erklären und erkennen müssen für Parteipolitik oder Parteienganzk, denn hier geht es ganz eindeutig um Verbraucherschutz. Und ich sage hierzu: Wir sind nicht mehr frei in unseren Aktionen und auch nicht mehr frei in der Beurteilung der wirklichen Sachlage. Wir sind mehr oder weniger ausgeliefert.

Was sagen Sie dazu, dass in Holland oder in Osteuropa nun Rinder aus Deutschland geschlachtet werden, um dem BSE-Test auszuweichen? Erhöht das die Gefahr in Bezug auf den Rindfleischverzehr? Ich sage nein, aber es untergräbt zunächst erst mal alle Maßnahmen, die ange-schoben worden sind in Deutschland und speziell auch in Mecklenburg-Vorpommern, um den Schutz für die Verbraucher einigermaßen zu sichern. Wir haben ja unser Rinderkennzeichnungs- und Rindfleischetikettierungsüberwachungsaufgabenübertragungsgesetz mit dem komischen Namen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Mensch, Hansi, du kannst das
fehlerfrei aussprechen!)

das viel besser Rindfleischüberwachungsgesetz hätte heißen und auch sicher noch ausgestaltet werden müssen. Aber, meine Damen und Herren, wir sind trotzdem dem Handel in zweierlei Form ausgeliefert, auf der einen Seite, dass Tiermehl nach wie vor erscheint, und auf der anderen Seite doch die Wege von Fleisch oft unbekannt sind und nicht kontrolliert werden können, wenn es im Big Mac drin ist, wo es herkommt und wie es zusammengesetzt ist.

Wir sind auch, meine Damen und Herren, ausgeliefert den Medien. Ich bin einer von denen, die eigentlich keine Medienschelte betreiben und möchte das auch nicht machen. Aber ich möchte ein Zitat verwenden von einem mir unbekanntem Menschen, der gesagt hat: „Der größte Feind der Wahrheit ist nicht die Lüge, sondern die Legende.“

Ich möchte noch einmal die Verhältnismäßigkeit ansprechen, mit der hier gehandelt wird, zu anderen Gesundheitsrisiken, zum Beispiel zu der Salmonellose, oder auch, wenn der Minister davon spricht, dass es in unserem Land circa 90 Millionen DM jährlich kostet, was mit der BSE alles zusammenhängt, und dass geklärt werden soll, wie in anderen Bereichen des Gesundheitswesens der Einsatz von finanziellen Mitteln ist. Ich möchte auch daran erinnern, dass wirklich bestimmte allgemeine Prinzipien der erfolgreichen Praxis bei der Tierseuchenbekämpfung in der Berichterstattung und manchmal auch in den Maßnahmen, die eingeleitet werden, ausgeblendet werden.

Wir sind auch – andere Vorredner haben das gesagt, ich möchte das einfach bestätigen – Politikern ausgeliefert, die von der Sache wenig verstehen, sich um die Sachverhalte wenig kümmern und vor allem das innere Gefüge der Landwirtschaft insgesamt nicht begreifen. Zum Beispiel vertrete ich den Standpunkt, aus Schlachtabfällen Tierfutter herzustellen kann keine Gefahr sein, weil ja das von den Tieren ist, die wir sowieso verzehren und die Abfälle weiter verwertet werden können. Man muss auch hier mit der entsprechenden Feinfühligkeit herangehen. Deshalb ist es richtig – das ist eine Feststellung, die auch getroffen werden muss –, dass die Landwirtschaft Recht hat, wenn sie sich falsch behandelt fühlt und nicht verstanden wird und wegen einer Kuh ganz Deutschland gewissermaßen flachgelegt wird.

Wer verdient an dem ganzen Geschäft? Zunächst erst einmal verdient die Tierkörperbeseitigungsanstalt, dann verdienen die, die Tiermehl verbrennen und damit einen hochwertigen Energieträger zum Nulltarif erhalten, und natürlich die Sojahändler. 20 Prozent ist der Preis für Sojamehl in den letzten 14 Tagen im Kreis angestiegen. Und ich teile den Verdacht, den Herr Brick hier geäußert hat, dass damit natürlich die Genmanipulation hoffähig gemacht wird. Die Forderungen des Rinderzuchtverbandes muss man in dieser Angelegenheit auf alle Fälle unterstützen, die sich in drei Punkten äußern:

1. die Kosten dieser BSE-Geschichte von der Landwirtschaft fernzuhalten,
2. zu Regelungen zu kommen, die Wettbewerbsnachteile in Europa für deutsche und mecklenburg-vorpommersche Landwirte verhindern und

3. dass marktentlastende Maßnahmen auf dem Rindfleischsektor durchgesetzt werden, damit der Preis nicht verfällt und somit zusätzliche Probleme auftreten.

Haben wir durch die BSE-Krise Chancen? Vielleicht haben wir sie – ich komme jetzt zum Schluss, Herr Präsident –, wenn der Verbraucher erkennt, dass erstens regional Erzeugtes ressourcenschonend ist und zweitens der beste Verbraucherschutz an sich ist, wenn sich der Verbraucher besinnt, dass er das, was in der Region erzeugt worden ist, unter Kontrolle hat. Das kann man nachweisen. Das ist dann vielleicht eine Chance. – Ich bedanke mich, dass Sie zugehört haben.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schildt von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Frau Schildt.

Ute Schildt, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Kollege Brick, ich möchte etwas nicht ganz so im Raum stehen lassen. Ich glaube, wir sind uns einig, dass unsere Landwirte alles tun, um unsere Verbraucher sicher zu versorgen, und dass nach unserem Wissensstand die Produkte, die wir anbieten, in der Regel sicher sind. Neue Erkenntnisse können uns immer von diesem Pfad abbringen und neue Entscheidungen verlangen, aber ich möchte nicht, dass Verbraucher zusätzlich verängstigt werden. Das möchte ich bitte aus dem Raum nehmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Zuruf von Martin Brick, CDU)

Spätestens jetzt muss allen Landwirten klar geworden sein, dass die Voraussetzung für einen sicheren Markt der Produkte eine gläserne Produktion ist. Das ist eigentlich nichts Neues, die SPD hat dies schon vor Jahren gefordert. Jetzt drohen unseren Landwirten wirtschaftliche Verluste in Höhe von grob geschätzt 40 bis 50 Millionen DM, wenn man die Höhe der Entschädigung von den kalkulierten Schlachterlösen subtrahiert. Unsere Landwirte sind unverschuldet in diese krisenhafte Entwicklung hineingezogen worden. Es ist gut, dass sich Minister Backhaus klar und deutlich für eine Unterstützung durch den Bund und die EU ausgesprochen hat.

Meine Damen und Herren, ich halte es für falsch, jetzt ins andere Extrem zu fallen und einen rigorosen Umbau der Landwirtschaft hin zu ökologischem Landbau zu fordern. Das kann nicht der einzige Weg sein. Was machen wir denn, wenn das erste Rind aus ökologischer Produktion erkranken sollte? Ich halte den Gedanken der Nachhaltigkeit und tierartgerechte Haltungsformen für wichtig. Das ist ein wichtiger Aspekt. Wir brauchen Verlässlichkeit vom Stall bis zur Ladentheke. Die Kriterien der Verlässlichkeit müssen unter Beachtung der neuen Erkenntnisse neu definiert werden. Was ist gute fachliche Praxis in diesem Sinne? Wie gläsern muss die Produktion aussehen, um wieder neues Vertrauen zu schaffen?

Das Agrarkonzept Mecklenburg-Vorpommern, das zur MeLa 1999 durch den Minister vorgestellt wurde, enthält bereits Antworten auf diese Fragen. Die neuen objektiven Bedingungen – und das ist die jetzige Krise – verlangen breite gesellschaftliche Diskussionen aller Betroffenen: der Landwirte, der Verarbeiter, der Händler, der Verbraucher und der Politiker. Das Produkt Rindfleisch, altbegehrt, muss mit neuer Klasse auf den Markt.

Was gehört zu diesem Maßnahmenkatalog? Futtermittel, die Tiere nachweislich krank machen, müssen im europäischen Maßstab – ich betone, im europäischen Maßstab, nicht nur in unserem – vom Markt genommen werden, nicht zeitweilig, sondern dauerhaft, denn es braucht Zeit, auf alternative Futtermittel pflanzlicher Herkunft umzustellen. Die baldige Einführung einer durchgängigen grundsätzlichen Fleischetikettierung auf europäischer Ebene ist unumgänglich.

Mecklenburg-Vorpommern ist reich an unterschiedlich gewachsenen Strukturen in der Landwirtschaft, die auch in Zukunft wettbewerbsfähig und produktsicher sein können. Große Mastbetriebe, wie zum Beispiel Ferdinands-hof, die Nichtkenner der Materie fälschlicherweise als Agrarfabriken bezeichnen könnten, halten schon jetzt hohe Standards in der Haltung und der Umweltbelastung ein. Eine regionalisierte naturnahe Produktion in kleinen Einheiten lässt sich nur in einem Teil der Unternehmen verwirklichen.

Ich sehe einen Teil der Zukunft in einem steigenden Anteil der kontrollierten Vertragslandwirtschaft, die in Verantwortung der Produzenten standardisierte gesunde Lebensmittel für den Verbraucher und Rohstoffe für die industrielle Weiterverarbeitung liefert. Dazu bedarf es eines gemeinsam abgestimmten Vorgehens, daran wollen wir arbeiten. Es muss geregelt werden, bis zu welchen Größenordnungen die Tierkonzentration – wohlgemerkt in Regionen und nicht in Betrieben – gehen darf, um Schäden für den Boden oder das Grundwasser zu minimieren. Hierzu müssen EU-weite Abstimmungen für die europäische Landwirtschaft, insbesondere auch im Hinblick auf die in die EU drängenden osteuropäischen Länder, getroffen werden.

Für sämtliche Fleischprodukte brauchen wir eine durchgehende internationale Zertifizierung, so dass die Verbraucher nachvollziehen können, was sich in ihren Lebensmitteln befindet und woher sie stammen. Unsere Chance im internationalen Wettbewerb muss die Klasse in einheitlichen Partien sein und nicht Masse zu Dumpingpreisen. Neue Klasse wird neue Preise rechtfertigen. Die gegenwärtig auf Kostenminimierung ausgerichtete Überflussproduktion an Lebensmitteln und der Verdrängungswettbewerb im Lebensmitteleinzelhandel bringen Ramschware auf den Ladentisch. Die Politik, aber auch die Landwirte sind auf nationaler und internationaler Ebene gefordert, nach Lösungen zu suchen, die dem Wettbewerb eine neue Ausrichtung geben.

Meine Damen und Herren, es bleiben noch viele Fragen offen, die wir alle gemeinsam lösen müssen. Ich meine damit die Wissenschaft, die Landwirte, die Verarbeiter, den Handel und die Politik. Und es wäre schön, wenn die Medien diesen Prozess positiv begleiten würden. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Götz Kreuzer, PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Brick von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Brick.

Martin Brick, CDU: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Schade, dass das alles so verhackstückt wird, aber das ist so der Rhythmus der Aktuellen Stunde.

Ich will zum Schluss die Frage stellen: Was sollen wir noch essen?

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Fisch. –
Till Backhaus, SPD: Ei.)

Gras kann es auch nicht mehr sein, denn wir konservieren ja schon Bodenproben, da es kein Testverfahren zur Überprüfung einer möglichen Belastung der Fläche gibt, wie Herr Bundesminister Trittin sagt, ...

(Till Backhaus, SPD: Wann haben Sie
denn das letzte Mal was gegessen? –
Heiterkeit bei den Abgeordneten)

Jeden Tag, Herr Kollege.

... obwohl wir wissen – und da wissen wir mal was –, dass Pflanzen keine Prionen aufnehmen können – wobei ich mich natürlich immer noch frage, ob je ein Wissenschaftler bereits ein Prion gesehen hat – und sie sich nicht in Pflanzen und Boden vermehren können. Aber vergessen wollen wir nun nichts mehr nach dem anhaltenden Medienwirbel, dem zaghaften Druck der Betroffenen und dem Protest durch Kaufverhalten beim Verbraucher. Wir beachten eben einfach alles. Europaweit einheitliche Konsequenzen ziehen wir keine. Alles ist ja so zweifelhaft, und da darf man ja wohl auch über das Ziel hinausschießen. Dazu mal ein Beispiel: Fischmehl, nicht Tiermehl, Fischmehl ist plötzlich in Deutschland auch verboten. Dieses Fischmehl darf nicht mehr nach Holland exportiert werden. In Holland wird aber weiter Fischmehl gefüttert und wir bekommen die holländischen Schweine dann zu essen. Eine Logik hat es nicht, meine Damen und Herren. Auf der Strecke, und das, denke ich, ist heute auch unser Anliegen, bleiben die, die uns satt machen.

Aber immerhin, das lassen Sie mich auch noch einmal sagen, Deutschland wird rot-grün regiert. Und gerade die Grünen, oft überrollt vom Koalitionspartner, dürfen sich hier einmal ausleben und fühlen sich in ihrer Grundskepsis gegen den entfesselten Fortschritt bestätigt. Wir sind gerufen, Frau Schildt, nicht mehr mit der Wahrheit hinter dem Berg zu halten, denn wenn alles so ernst ist, dann kann uns das eben wiederholt auf die Füße fallen. Im Übrigen, eine Alternative fällt mir doch noch ein: Jeder kann ja für sich frei sein. Versuchen Sie es doch mal mit Pferdefleisch! – Herzlichen Dank.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten
der CDU – Till Backhaus, SPD:
Das war ja wohl das Letzte!)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schwebs von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Frau Schwebs.

Birgit Schwebs, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Aufgabe der Landwirtschaft ist es, die Bevölkerung, also die Verbraucher, mit Lebensmitteln zu versorgen. Diese Versorgung abzusichern war seit Jahrhunderten in allen Ländern eine notwendige und vorrangige Aufgabe von nationaler Bedeutung. Das war auch zu Zeiten der EU-Gründung so, deshalb konnten die Landwirte auch mit der kräftigsten Unterstützung der EU rechnen. Die Unterstützung der EU ist geblieben, trotzdem werden die Bauern durch die gemeinsame Agrarpolitik arg gebeutelt.

Geändert hat sich inzwischen auch die Aufgabe für die Landwirtschaft. Innerhalb der EU gibt es inzwischen nicht mehr zu wenig Nahrungsmittel, sondern zu viel. Die europäische Landwirtschaft produziert den Überfluss. Nicht immer ist dieser Überfluss nach außen hin sichtbar.

Die Preise für landwirtschaftliche Produkte erlauben keine Rückschlüsse auf die Kosten ihrer Herstellung. Dem Verbraucher wird der Überfluss nur bewusst, wenn die Medien mit riesengroßen Schlagzeilen über Butterberge und Milchseen berichten. Insider erkennen ihn, wenn mal wieder über Interventionen der EU verhandelt wird, wenn Milchquoten gehandelt und Prämien für Flächenstilllegungen gezahlt werden.

Die EU-Agrarpolitik aber schützt auch heute noch die Landwirte vor der unliebsamen und teilweise effektiver wirtschaftenden Konkurrenz aus den Nicht-EU-Staaten. Hilfsmittel sind dabei Subventionen und Importbeschränkungen, die die europäische Überproduktion sanktionieren und die globale Konkurrenz niederhalten.

Wie in besten RGW-Zeiten wird die Landwirtschaft verwaltet, nur dass die EU-Agrarordnung nicht wie früher den Mangel verwaltet. Nein, heute ist es der Überfluss, der zentral reguliert und gestützt wird. Und das, was wir von unserem Überfluss im reichen Europa nicht brauchen, geben wir dann großzügig zu Dumpingpreisen in die Dritte Welt ab. Dort ist das in Europa produzierte und subventionierte Rindfleisch billiger als das Fleisch, welches mit großer Mühe, viel Aufwand und oft unter persönlichen Entbehrungen vor Ort erzeugt wurde.

Von den 85 Milliarden DM des EU-Agrarhaushaltes aber landet die Hälfte in der Lagerhaltung, in der Pflege der Überproduktion, wird verbraucht bei der Vernichtung von Lebensmitteln, steckt in Exportsubventionen, in der Bürokratie. Dennoch erhält der durchschnittliche Landwirt heute ein Drittel seiner Einkünfte vom Staat respektive von der Union als Subvention. Und trotzdem können die Landwirte nicht davon leben. Das, meine Damen und Herren, erkennt sogar ein landwirtschaftlicher Laie: Hier ist etwas nicht in Ordnung!

Die BSE-Krise und die angefangenen Wege zu ihrer Beseitigung sind nur der Gipfel des Eisberges der Probleme in der Landwirtschaft. Wie wir aber seit der „Titanic“-Katastrophe wissen: Die größten Probleme liegen unter der Oberfläche verborgen und erscheinen nur manchmal im Lichte von Katastrophen. Deshalb ist es falsch, die Auswirkungen und die Konsequenzen der BSE-Krise nur auf die Landwirtschaft zu beschränken. Ich meine, die BSE-Krise ist bei aller Dramatik gerade für die Politik eine Chance, umzudenken und neue Wege auszuleuchten. Sie ist in der Pflicht, Fragen, die in der Öffentlichkeit stehen, aufzunehmen und Antworten zu suchen und dann natürlich neue Wege zu ebnen.

Dass dieses möglich ist, zeigt zum Beispiel Schweden. In den 80er Jahren gab es in Schweden eine intensive Debatte um artgerechte Tierhaltung, ausgelöst durch die Mutter von Pippi Langstrumpf, der Schriftstellerin Astrid Lindgren. Sie hatte in ihrer typischen und ungeschminkten Art über Schlachttiere und ihre Produktion in Schweden geschrieben. Im Verlaufe der sich daran anschließenden öffentlichen Diskussion, an der sich Menschen aus allen gesellschaftlichen Kreisen beteiligten, wurde ein neues Tierschutzgesetz in Schweden verabschiedet. In diesem Tierschutzgesetz, das im Übrigen auch heute noch beispielhaft ist, heißt es, dass Tiere so gehalten werden müssen, dass sie ihre natürliche Lebensweise beibehalten können. Das gilt auch für Schlachttiere. Für die Rinderhaltung in Schweden bedeutet dieser Passus konkret, dass die Rinder in den Sommermonaten ausgetrieben werden. Zwar lächelten die Bauern anfangs finster auf diese Aus-

sagen, sie fürchteten natürlich um ihr Einkommen. Aber inzwischen haben sich die schwedischen Verbraucher daran gewöhnt, für Fleisch, also auch für Rindfleisch, einen höheren kostendeckenden Preis zu zahlen. Eine weitere Folge: Der Fleischverbrauch pro Kopf in Schweden ging zurück und ist seither relativ konstant.

Die Fragen, die heute in Deutschland vor uns stehen, lauten folgendermaßen: Welches Ziel verfolgt die EU-Agrarpolitik eigentlich? Welche Aufgaben hat die Landwirtschaft in einer modernen Gesellschaft? Ist es sinnvoll und vor allen Dingen, ist es wirklich notwendig, Pflanzen und Tiere industriell zu produzieren und zu optimieren? Was heißt nachhaltiges Wirtschaften in Bezug auf Pflanzen- und Tierproduktion? Unter welchen Bedingungen gibt es mögliche Alternativen zur industriellen Fleischproduktion? Sicher kann man Fleisch in Argentinien und den USA billiger erzeugen, aber ist es sinnvoll, dieses Fleisch nach Europa zu schaffen? Und überhaupt: Brauchen wir in Europa so viel Fleisch?

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

Wie sichern wir die zukünftige Futtermittelproduktion mit einheimischem Futterfleisch? Und – Herr Brick hat darauf hingewiesen – wie sieht es aus mit regionalen Stoffkreisläufen in der Landwirtschaft? Auf diese Fragen gibt es natürlich auch Antworten, die ich leider in der Kürze der Zeit nicht mehr nennen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Beckmann von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Beckmann.

Dr. Christian Beckmann, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu dem Letztgenannten kann ich nur sagen: Zurück zur Natur, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir den Schweinebestand in Deutschland oder in Mecklenburg-Vorpommern frei herumlaufen lassen würden, dann würden bei uns mehr Schweine herumlaufen als Menschen. Das wäre wohl das Ende von der Landwirtschaft und von der Kultur der Menschen hier bei uns.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, was ist seit der letzten Aktuellen Stunde, die wir hier vor vier Wochen hatten, erreicht worden? Die Bundesregierung hat alles dafür getan, dass die Verbraucher noch verunsicherter sind. Und der Bauer? Der steht am Pranger. Dazu möchte ich Ihnen kurz zwei Beispiele nennen:

Der Bundeskanzler unserer Republik formulierte: „Agrarfabriken, die gleichsam wie ein Moloch den Verbraucher mit den vielfältigsten Gefahren bedrohen“. Eine zweite Kostprobe von unserer Bundesgesundheitsministerin: „Perspektive der deutschen Landwirtschaft jenseits der Agrarfabriken“ und „Schluss mit der Bevorzugung der industriellen Massentierhaltung bei Subventionen“.

(Siegfried Friese, SPD: Zitieren Sie auch mal Herrn Stoiber!)

Wenn das wahr wird, meine sehr verehrten Damen und Herren, können der Berufsstand und unsere Landwirtschaft einpacken. Und wenn Sie meinen, dass Herr Stoiber das auch gesagt hat, möchte ich Herrn Stoiber das noch verzeihen, denn der ist Landespolitiker,

(Siegfried Friese, SPD: Ah ja! Ah ja!)

aber wenn der Bundeskanzler sich zu solchen Äußerungen hinreißen lässt, na dann, Prost Mahlzeit, kann ich da nur sagen.

(Siegfried Friese, SPD: Herr Stoiber ist Ministerpräsident seines Landes.)

Nun reicht's!

(Harry Glawe, CDU: Basta, basta!)

Wie ernst ist es denn nun mit dem Verbraucherschutz in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern? Da werden BSE-Tests angeordnet auch für unter 30 Monate alte Rinder, obwohl die Wissenschaft sagt, Prionen wären dann nicht nachweisbar. Da wird ein generelles Tiermehl-fütterungsverbot ausgesprochen, obwohl man die genauen Zusammenhänge nicht kennt und das deutsche Herstellungsverfahren von der Wissenschaft als derzeit sicher bezeichnet wird. Auf nationaler Ebene gelten ab dem 6. Dezember 2000 die flächendeckenden BSE-Schnelltests für alle Rinder unter 30 Monaten. In der EU gilt dies aber erst ab dem 01.01.2001. Die Bundesregierung hat bislang keine Vorsorge getroffen, was mit dem Fleisch von nicht getesteten Rindern aus anderen EU-Ländern passieren soll. Das heißt, das Fleisch kann ungehindert auf heimische Ladentheken gelangen. Wo, frage ich mich, bleibt da der Verbraucherschutz. Das Gleiche gilt für die Fischmehlverfütterung. Herr Brick äußerte sich schon dazu. Der Holländer füttert es in der Schweinehaltung. Das Fleisch kommt ungehindert nach Deutschland, wird auf unseren Ladentheken angeboten und mit großem Appetit verzehrt es dann der deutsche Verbraucher.

(Angelika Gramkow, PDS: Vorausgesetzt, ich habe es ordentlich zubereitet.)

Lückenloser Verbraucherschutz, kann man nur dazu sagen!

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt ja noch einen zweiten Punkt, der dazu genannt werden muss. Der holländische Landwirt füttert seine Tiere in einer wesentlich kürzeren Zeit effektiv auf. Der Mastplatz ist für ihn wesentlich billiger. Der deutsche Landwirt kann bei diesen Wettbewerbsbedingungen unter den neuen Fütterungsbedingungen überhaupt nicht mehr mithalten. Und da sagen wir dann auch, Wettbewerbsbedingungen für alle in der EU gleichermaßen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß nicht, ob wir uns mit solchen Äußerungen wie denen des Herrn Minister Backhaus am 4. Dezember 2000 in der „Mecklenburger Morgenpost“, „dass die Schlachtrinder aus Mecklenburg-Vorpommern BSE-frei sind“, einen Gefallen tun, denn der Test beschreibt nur die Augenblickssituation zum Zeitpunkt des Testes. Nicht mehr! Alles andere ist Augenwischerei.

(Till Backhaus, SPD: Ich habe auch nie was anderes gesagt.)

Andererseits muss ich auch unserem Herrn Minister Kauffold die Frage stellen, ob es richtig war, dass man äußert, dass Rindfleisch vom Speiseplan der Schulküchen genommen werden soll. Auch das, denke ich, ist sehr fragwürdig.

(Martin Brick, CDU: Das ist so, wenn der Kanzler Prionen mit Brioni verwechselt. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und Minister Dr. Wolfgang Methling)

Überzogene Reaktionen, sowohl in die eine als auch in die andere Richtung, schaden nur. Außerdem sollte bei aller Vorsicht jedoch nicht vergessen werden, dass das Erkrankungsrisiko an Creutzfeldt-Jakob in Deutschland 1 zu 1.000.000 beträgt. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 2:** Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag vom 29. September 2000 zur Änderung des Staatsvertrages vom 17. Dezember 1992 über den Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverband, Drucksache 3/1525, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1638.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag vom 29. September 2000 zur Änderung des Staatsvertrages vom 17. Dezember 1992 über den Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverband (OSGV-Änderungsstaatsvertrag)**
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– Drucksache 3/1525 –

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses
– Drucksache 3/1638 –

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag vom 29. September 2000 zur Änderung des Staatsvertrages vom 17. Dezember 1992 über den Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverband auf Drucksache 3/1525. Der Finanzausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 3/1525 unverändert anzunehmen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Ich rufe auf die Artikel 1 und 2 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind die Artikel 1 und 2 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung auf Drucksache 3/1525 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 3:** Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung und Änderung haushaltsrechtlicher Bestimmungen, Drucksache 3/1400, und der Ergänzung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 3/1475 sowie Unterrichtung durch die Landesregie-

– Mittelfristige Finanzplanung 2000 bis 2004 des Landes Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung, auf Drucksache 3/1399, hierzu Beschlussempfehlungen und Bericht des Finanzausschusses auf den Drucksachen 3/1650, 3/1651, 3/1652, 3/1653, 3/1654 bis 3/1666 sowie Berichtigung auf Drucksache 3/1717. Hierzu liegen Ihnen Änderungsanträge der Fraktion der CDU auf den Drucksache 3/1680 bis 3/1710 sowie zwei Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und PDS auf den Drucksachen 3/1721(neu) und 3/1722 sowie ein Änderungsantrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/1720 vor.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung und Änderung haushaltsrechtlicher Bestimmungen (Haushaltsrechtsgesetz 2001 – HRG 2001 –)**
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– Drucksache 3/1400 –

Ergänzung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 3/1475 –

**Unterrichtung durch die Landesregierung:
Mittelfristige Finanzplanung 2000 bis 2004 des Landes Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung**
– Drucksache 3/1399 –

Beschlussempfehlungen und Bericht des Finanzausschusses
– Drucksachen 3/1650, 3/1651, 3/1652, 3/1653, 3/1654, 3/1655, 3/1656, 3/1657, 3/1658, 3/1659, 3/1660, 3/1661, 3/1662, 3/1663, 3/1664, 3/1665 und 3/1666 –

Berichtigung zu den Beschlussempfehlungen und dem Bericht
– Drucksache 3/1717 –

Änderungsanträge der Fraktion der CDU
– Drucksachen 3/1680, 3/1681, 3/1682, 3/1683, 3/1684, 3/1685, 3/1686, 3/1687, 3/1688, 3/1689, 3/1990, 3/1991, 3/1992, 3/1993, 3/1994, 3/1995, 3/1996, 3/1997, 3/1998, 3/1999, 3/1700, 3/1701, 3/1702, 3/1703, 3/1704, 3/1705, 3/1706, 3/1707, 3/1708, 3/1709 und 3/1710 –

Änderungsantrag der Fraktionen der PDS und SPD
– Drucksache 3/1720 –

Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und PDS
– Drucksachen 3/1721(neu) und 3/1722 –

Zum Ablauf der Haushaltsberatungen schlägt Ihnen der Ältestenrat Folgendes vor:

Zunächst wird das Wort zur Berichterstattung erteilt. Hieran anschließend eröffne ich die allgemeine Aussprache zum Haushaltsrechtsgesetz 2001 und zur Mittelfristigen Finanzplanung 2000 bis 2004. Nach Abschluss der allgemeinen Aussprache kommen wir zur Beratung über die Einzelpläne und den Stellenplan. Ich beabsichtige, die Einzelpläne in folgender Reihenfolge aufzurufen: Einzelpläne 01 bis 03, Einzelplan 04, Einzelpläne 05 und 11, Einzelplan 06, Einzelplan 07, Einzelplan 08, Einzelplan 09, Einzelplan 10, Einzelplan 12, Einzelplan 13, Einzelplan 15. Im Rahmen der Beratungen zu den Einzelplänen werden immer auch die Stellenpläne zu den jeweiligen Einzelplänen, das heißt

die entsprechenden Teile der Drucksache 3/1664, mit erörtert.

Die Abstimmungen zu allen Einzelplänen und zum Haushaltsrechtsgesetz einschließlich der Unterrichtung zur Mittelfristigen Finanzplanung werden am Ende der Aussprache nacheinander durchgeführt.

Sind Sie mit diesem Verfahren einverstanden? – Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Im Ältestenrat wurde weiterhin vereinbart, für die Aussprache insgesamt eine Dauer von 270 Minuten – das sind 4 Stunden und 30 Minuten – vorzusehen. Ich sehe und höre auch dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Das Wort zur Berichterstattung hat der Abgeordnete Herr Nolte von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Nolte.

Georg Nolte, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der heutige 13. Dezember 2000 ist mit der Beschlussfassung des Landtages über den Landeshaushalt 2001 der Abschluss der Etatberatungen und zugleich Bilanz der Wahrnehmung des Etatrechts des Parlamentes.

In der Zeit vom 21. September, der Einbringung des Haushaltsentwurfes, bis heute wurde in einer intensiven, zum Teil überdurchschnittlich aufwendigen Arbeit der Haushalt des Jahres 2001 in den Fachausschüssen und im federführenden Finanzausschuss beraten. Daher gestatte ich mir an dieser Stelle, besonders dem Sekretariat des Finanzausschusses, den unterstützenden Fachausschüssen und den Haushältern in den Ministerien für ihre konzentrierte und teilweise überdurchschnittliche Arbeitsleistung zu danken. Es ist schon erstaunlich, und darauf lege ich Wert, dass trotz der knappen Personalbesetzung des Sekretariates des Finanzausschusses im Vergleich zu den Sekretariaten zum Beispiel von Untersuchungsausschüssen oder der Enquetekommission das Haushaltsprojekt 2001 terminlich realisiert werden konnte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Dabei war es Selbstverständnis des Ausschusses, durch eine rechtzeitige Etatverabschiedung für die Kommunen, die nachgeordneten Verwaltungen und Ämter und für die Landesverwaltung insgesamt Planungssicherheit für das Folgejahr zu schaffen.

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Der Zeitrahmen unterscheidet sich kaum von dem des Vorjahres. Allerdings war auch 1990 schon zu erkennen, dass das Zeitkorsett der Parlamentsberatungen außerordentlich eng bemessen war. Schon in den letzten Jahren musste auf Zwänge hingewiesen werden, die diesem Umstand geschuldet waren. Auch in diesem Jahr war keine frühere Erste Lesung des Landeshaushaltes möglich, trotz entsprechender Initiative der Oppositionsfraktion, so dass mit ähnlichen Terminzwängen zu rechnen war wie im letzten Jahr. Frau Keler selbst hat dies seinerzeit als Ausschussvorsitzende mit folgender Kritik gekennzeichnet: „Die Zeitspanne zwischen ... der Ersten und ... der Zweiten Lesung ... ist einfach zu kurz, um die notwendigen umfangreichen zusätzlichen Materialien aus den Ressorts mit der gebotenen Sorgfalt prüfen und bewerten zu können.“ So aus ihrer Rede am 9. Dezember 1992 im Landtag.

(Ministerin Sigrid Keler: 1992! – Angelika Gramkow, PDS: Aber er war fleißig.)

Seitdem hat sich in der Praxis am Zeitkorsett nichts geändert.

Erschwerend kam hinzu, dass bereits zur Ersten Lesung erkennbar war, dass eine Reihe von Detailproblemen die Haushaltsberatungen zusätzlich befrachten würde. Es waren dies die Auswirkungen aus dem bereits im Sommer diskutierten Forstkonzept, die Probleme der Kita-Finanzierung im Ergebnis der Kostenerfassung der Träger und das nach wie vor breit diskutierte Thema der Finanzausstattung der Kommunen und der Rahmenbedingungen, die das Land den Kommunen hinsichtlich ihrer Ausstattung setzt. Dazu stellte sich der Dauerbrenner der Budgetierung von Einrichtungen besonders im Hochschul- und Fachhochschulbereich und für andere Bereiche der Verwaltung. Hier hatten die beabsichtigten Arbeitsrichtungen des Finanzministeriums bereits im Vorfeld zu beträchtlichen Diskussionen geführt. Das kontrovers diskutierte Gesetzesvorhaben eines Bildungsfreistellungsgesetzes mit den Auswirkungen auf Unternehmen, das zwar bis heute noch nicht verabschiedet ist, sollte trotzdem finanzielle Vorsorge im Haushalt enthalten. Auch die noch nicht durch Gesetz entschiedene Problematik der Gestaltung der Laborlandschaft im Land, besonders die beabsichtigte Umgestaltung des Landeshygieneinstitutes in ein Landesamt, machte sich in den Haushaltsberatungen erschwerend bemerkbar.

Daneben waren durchaus weitere komplizierte Sachverhalte zu beraten wie zum Beispiel die Auswirkungen der Energiekostenentwicklungen und deren Berücksichtigung im Etat, die immer wieder entstehenden Unwägbarkeiten der Entwicklung der Sozialhilfekosten, auch der Investitionsaufwendungen im Sozialhilfebereich, besonders bei den Pflegeheimen, und Fragen der Effektivität der Arbeitsmarktförderung vor dem Hintergrund der verschärften Entwicklung auf dem ersten Arbeitsmarkt. Besonders die Problematik der veralteten Steuerschätzung aus dem Mai und die Aktualisierung der Ergebnisse erst im November mussten zu Einschätzungsproblemen in den Beratungen führen.

Zwangsweise konnten diese Faktoren nicht ohne Auswirkungen auf die Terminkette der Beratungen und auf die Abstimmung zwischen Fachausschüssen und federführendem Finanzausschuss bleiben. Besonders als die Koalitionsfraktionen am 16. November 2000 einen Komplexantrag einbrachten, der auf 51 Seiten umfangreiche strukturelle Änderungen enthielt, und dies einen Tag vor dem ursprünglich letzten Beratungstermin zur Liste der offenen Punkte aus den Haushaltsberatungen, geriet der Zeitplan massiv unter Druck, da bereits am 27. November 2000 die Abstimmung der Beschlussempfehlung erfolgen musste, um die fristgemäße Abgabe im Parlamentssekretariat zu ermöglichen. Dieser Antrag der Koalition wurde zwar formal durch die SPD- und PDS-Fraktion eingebracht, er trug jedoch den Charakter einer Ergänzungs- oder Nachschiebeliste der Landesregierung, da die Erarbeitung in der Landesregierung erfolgt war und demzufolge beide Fraktionen im Verlauf der Beratungen zur Erläuterung immer wieder um Amtshilfe beim Finanzministerium beziehungsweise bei der Landesregierung nachsuchten.

Ich möchte das aus meiner Sicht so kennzeichnen, dass sich damit das Finanzministerium auch bei der Gestaltung der Parlamentsberatungen als maßgeblich behauptet hat.

(Gerd Böttger, PDS: Das ist ja nichts Neues.)

An die Adresse der Koalition gerichtet hier ein Zitat von Frau Keler als Ausschussvorsitzende vom 11. Januar 1996: „Sie müssen wissen, daß Sie damit ... auf einen Teil Ihres Etatrechts verzichten“.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Die Berücksichtigung solcher gravierenden Auswirkungen aus der Bundespolitik, wie die Entwicklung des BAföG und des Wohngeldes oder die Auswirkungen der Steuerschätzungen, legte die Vermutung nahe, dass die Koalitionsfraktionen mit ihren Gestaltungsmöglichkeiten und -willen in diesen Fragen doch beschränkt waren.

Trotzdem wurde bei einigen Einzelentscheidungen im Parlament deutlich, dass es durchaus auch den Willen gab, im Unterschied zu den Vorstellungen der Landesregierung haushälterisch zu gestalten. Ich denke hier zum Beispiel an die Entscheidungen zur Finanzierung von Weiterbildungseinrichtungen mit Beherbergungsbetrieb und den formulierten Entschließungsantrag, der auch für die Folgejahre Haushaltskonsequenzen haben soll. Ich denke aber auch an die Entscheidungen zur finanziellen Vorsorge für den Personalkörper im Hochschulbereich, die zu Lasten des Einzelplanes 11 vorgenommen wurden, oder die Entscheidungen in Form von Beschlussempfehlungen zum Gesamtkomplex der Budgetierungen.

Ungeachtet dieser Einschätzungen haben jedoch nach wie vor Aussagen des Landesrechnungshofes vom Sommer 1999 ihre Gültigkeit. Wenn er damals darauf hinwies, dass es keinen Grund gäbe, weder für den Landtag noch für die Landesregierung, sich mit dem vorliegenden Haushalt zufrieden zu geben, dann deshalb, weil die Zwänge für das Land weit größer geworden sind als die gestalterischen Möglichkeiten. Die nicht befriedigende Steuerdeckungsquote und die mittelfristig geringeren Finanztransfers von West nach Ost waren es, die das ursprünglich vorgesehene Tempo der Senkung der Nettokreditaufnahme verlangsamten.

Wenn Präsident Tanneberg bereits vor einem Jahr auf die zu umfangreiche und kostenintensive Verwaltung hinwies, so muss mit Blick auf die Haushaltsberatungen 2001 festgestellt werden, dass eine verbesserte Lösung dieser Probleme nicht erreicht wurde. Vielmehr beschreibt auch die diesbezügliche Beschlussempfehlung Handlungs- und Prüfungsbedarfe, die noch nicht realisiert wurden. Auch wenn der Präsident des Landesrechnungshofes bereits vor einem Jahr die Spielwiese der global veranschlagten Mehrausgaben im Einzelplan 11 angriff, so muss heute nach wie vor dieser Stand verzeichnet werden. Ja, mit dem so genannten Zukunftsfonds, der nicht konkret entsprechend Haushaltsrecht, sondern lediglich in Absichtserklärungen veranschlagt wurde, wird der Landesrechnungshof sein Betätigungsfeld bei der Prüfung des Haushaltsvollzuges haben.

(Angelika Gramkow, PDS: Das werden wir ja erst mal sehen. – Zuruf von Ministerin Sigrid Keler)

Natürlich werden wir das sehen.

Mit der Zweiten Lesung des Haushaltes legt das Parlament seine Aktivitäten bei der Gestaltung des Haushaltsentwurfes der Landesregierung dar. Es stellt sich die Frage, wie das Parlament mit seinem Etatrecht, mit sei-

nem verfassungsmäßigen Auftrag umgegangen ist. Hierzu liegen Ihnen die Beschlussempfehlungen und der Bericht des federführenden Finanzausschusses vor. Dieser Bericht ist nicht zufällig 153 Seiten stark im Vergleich zu 1999 mit 90 Seiten.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was?)

Es war nicht Schreibwut des Ausschusses, sondern die knappe Wiedergabe der in den Haushaltsberatungen angehäuften Sachprobleme, die sich in diesem Bericht wiederfinden.

(Harry Glawe, CDU: Ja, so ist das.)

Daher verweise ich auf dieses Material und werde der Debatte zu den Inhalten aus der Sicht der einzelnen Fraktionen nicht vorgreifen.

Ich muss mir jedoch eine persönliche Bemerkung gestatten: Gerade vor dem Hintergrund einiger Presseverlautbarungen zu den getroffenen Entscheidungen zur Wohnungsbauförderung muss ich hier persönlich feststellen, dass es entweder bei einigen Parlamentsmitgliedern keine ausreichende Klarheit über die Mehrheitsverhältnisse in diesem Landtag gab, die auch zu den getroffenen Entscheidungen hinsichtlich der Eigenheimförderung geführt haben, oder aber es bestehen inhaltliche Reibungspunkte innerhalb der Koalition, die dazu führten, dass entgegen von Ankündigungen des Fachministers in den Medien dann doch anders im federführenden Ausschuss entschieden wurde. Für den Finanzausschuss muss ich jedoch darauf verweisen, dass die getroffenen Entscheidungen formal korrekt, wenn auch inhaltlich hinterfragbar waren.

Wenn heute im Landtag über den Etat 2001 entschieden wird, dann ist damit bereits die Vorbereitungsphase für den Haushalt 2002 eingeläutet. Daher weise ich von dieser Stelle nochmals in aller Deutlichkeit darauf hin, dass die Wertungen und Wichtungen des Landesrechnungshofes nach wie vor ihre Geltung haben und dass es kein Ausruhen in diesen Fragen geben darf. Besonders die dem Landtag vorgeschlagenen Prüfaufträge müssen von der Landesregierung mit der notwendigen Gründlichkeit und Termintreue realisiert werden. Wenn unmittelbar nach Verabschiedung des Etats 2001 der Finanzausschuss sich mit dem Bericht des Landesrechnungshofes 2000 zum Haushaltsvollzug 1998 beschäftigt, dann wird deutlich, dass es eine Kontinuität von Haushaltsveranschlagungen und seinem Vollzug gibt. Es wird auch deutlich, dass im Haushaltsvollzug sich alle vorher eventuell vermiedenen Konflikte umso deutlicher zeigen und dass der Landtag daher zu keiner Zeit von seiner Pflicht entlastet sein kann, so, wie es auch Artikel 20 und 68 der Landesverfassung deutlich machen. Daher ermutige ich Sie, mit der heutigen Entscheidung zum Landeshaushalt 2001 noch Zeichen zu setzen, indem Sie Anträge, die zur Lösung von Zukunftsfragen führen können, mit der gebotenen Verantwortung und Klugheit thematisieren und abstimmen.

(Angelika Gramkow, PDS: Aber so einen habe ich gar nicht gefunden in dem ganzen Packen.)

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich eröffne die allgemeine Aussprache.

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion Herr Rehberg. Bitte, Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Hin und wieder kann es bekanntlich nicht schaden, als Politiker innezuhalten und sich zu fragen, was ist der Zweck der Politik, ja des Staates überhaupt. Es lassen sich viele kluge und weise Zitate dazu finden. Ich möchte eins von Aristoteles benutzen, und zwar sagte er: „Der Zweck des Staates ist die Verschönerung des Lebens.“ Ich weiß nicht, was Aristoteles zu dieser Definition inspiriert hat,

(Harry Glawe, CDU: Ihr müsst den Ministerpräsidenten holen.)

ich weiß nur, dass der vorliegende Haushalt, die in Zahlen gegossene Politik dieser Landesregierung,

(Harry Glawe, CDU:
Wo ist der Ministerpräsident?)

keine solche Inspiration darstellt.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist mein Satz.)

Im Gegenteil, dieser Haushalt beschreibt nicht die wirklichen Interessen und Wünsche der Menschen im Land, setzt keine Signale zum Aufbruch und ist von keiner Zukunftsvision getragen.

Ich frage die Landesregierung: Wo setzen Sie Schwerpunkte, die unser Land in irgendeiner Form voranbringen? Sparen Sie dort, wo es möglich und geboten wäre? Reicht Ihr finanzpolitischer Horizont über die Wahl 2002 hinaus?

(Angelika Gramkow, PDS: Ja.)

Stellen Sie sich sachgerecht auf absehbare Entwicklungen ein? Ich nenne nur ein paar Stichworte, um die Brisanz anzudeuten, die hinter diesen Fragen steht: die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs, die Ausgestaltung des Solidarpaktes II, die EU-Osterweiterung, die ungewisse Zukunft der EU-Strukturfonds nach 2006. Wer noch halbwegs in der Lage ist, die Realität wahrzunehmen, muss zu der bedauerlichen Erkenntnis kommen, dass diese Fragen nur mit einem klaren Nein zu beantworten sind.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Deshalb ist dieser Haushalt die in Zahlen gegossene Inkompetenz dieser Landesregierung und eine Kapitulation vor den vor uns liegenden Aufgaben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Natürlich werden Sie auch hier und heute all dieses vehement abstreiten. Sie werden ein Bild in den rosigen Farben malen. Sie werden die völlig berechnete Kritik an Ihrer Haushaltspolitik wieder als Kritik am Land Mecklenburg-Vorpommern zurückweisen. Sie und das Land sind ja aus Ihrer Sicht mittlerweile ein und dasselbe.

Herr Ministerpräsident! Frau Finanzministerin! Die Zeiten der Verehrung des rot-roten Hofstaates sind schon lange vorbei. Ich habe den Eindruck, Sie haben es nur noch nicht bemerkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Ihr reformeuphorischer Prima-Klima-Lack ist schon lange ab und den Ausgang des Märchens „Des Kaisers neue Kleider“ kennen Sie ja wohl auch.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU –
Minister Dr. Wolfgang Methling: Ja.)

Sie haben sich im Zuge der parlamentarischen Haushaltsverhandlungen wieder einmal weitgehend als beratungsresistent gezeigt und dort marginal nachgegeben, wo es aufgrund des Drucks der Opposition und der Öffentlichkeit gar nicht mehr anders ging. Ich erinnere Sie an die hochnotpeinliche Anhörung hinsichtlich der Kita-Betriebskostenzuschüsse,

(Harry Glawe, CDU: Das war kein Ruhmesblatt. –
Dr. Gerhard Bartels, PDS: Waren Sie da dabei?)

in deren Verlauf Ihnen von den Trägern dieser Einrichtungen eine Deckungslücke von sage und schreibe über 8 Millionen DM nachgewiesen wurde.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja. –
Harry Glawe, CDU: So ist es.)

Für das PDS-geführte Sozialministerium war dies neben vielem anderen im Endeffekt eine schallende Ohrfeige.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Eine mehr.)

Sie haben es dennoch versäumt, die notwendigen Korrekturen vorzunehmen. Sie haben sich lediglich zu einer kosmetischen Korrektur in Höhe von 3 Millionen DM entschieden. Sie haben vielmehr noch einmal vor aller Augen deutlich gemacht, dass Sie selbst auf Ihrem vermeintlich ureigensten Terrain, der Sozialpolitik, versagen,

(Harry Glawe, CDU: So ist es.)

dass Sie schlampig und unseriös arbeiten, mit falschen Zahlen agieren und den Menschen abgestandenes Wasser für Wein verkaufen. Es bleibt leider mehr als nur ein schaler Nachgeschmack.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und, meine Damen und Herren von SPD und PDS, was ich überhaupt nicht verstehen kann, und ich hoffe, dass wir da in diesem Parlament an einem Strang ziehen: Die drei Schreiben, die der Chef der Staatskanzlei zur Verlängerung von Unterrichtungen teilweise von über einem Jahr an den Landtagspräsidenten gerichtet hat, das sind Unterrichtungen, die Sie eingefordert haben. In einem Fall akzeptiere ich die Begründung, weil ein Gutachten noch nicht vorliegt, aber in den beiden anderen Fällen nicht. Die Unterrichtsansprüche sind weit über ein halbes Jahr alt. Wieder sind es drei Anträge auf Verlängerung aus dem Sozialministerium. Ich hoffe, dass wir gemeinsam in diesem Landtag an einem Strang ziehen und in zwei Fällen der Verlängerung nicht zustimmen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es kann nicht sein, dass mit lapidaren Begründungen Unterrichtungen zum Landesaltenplan hier fast zwei Jahre dauern!

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Das ist unglaublich. Unerhört!)

Dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann einfach nicht sein, wie mit diesem Parlament umgegangen wird!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es passt nämlich zusammen, zum einen die unseriöse Veranschlagung bei den Kita-Kostenzuschüssen und zum anderen, drei Anträge aus einem Ressort auf Verlängerung von Unterrichtungen zu kriegen. Dieses passt zu-

sammen. Ich will jetzt gar nicht auf Sydney, Rückentherapien und andere Geschichten eingehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für wie dumm wollen Sie eigentlich die Leute vor Ort verkaufen? Und zwar wird das insbesondere im Umgang mit der Finanzausstattung der Kommunen sehr deutlich. Noch vor zwei Monaten haben Sie uns im Rahmen der Debatte zu unserem Antrag, die Mittel der kommunalen Investitionspauschale aufzustocken, weiszumachen versucht, dass es für den Landeshaushalt geradezu ein Ding der Unmöglichkeit wäre, den Anteil der Gelder im Rahmen der kommunalen Investitionspauschale aus den Mitteln des IFG „Aufbau Ost“ auch nur um einen Pfennig zu erhöhen. Das ginge alles nicht. Da sei keine Luft mehr vorhanden. Alles sei seriös veranschlagt. Da könnte ja jeder kommen. Und was von der Opposition kommt, muss ja sowieso vom Prinzip her schon völlig falsch sein.

(Gerd Böttger, PDS: Das stimmt.)

Präsident Hinrich Kuessner: Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Glawe?

Eckhardt Rehberg, CDU: Ja.

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte sehr.

Harry Glawe, CDU: Herr Kollege Rehberg, sind Sie bereit, Ihre Rede zu unterbrechen, bis der Ministerpräsident eingetroffen ist?

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Er ist immer noch nicht da.)

Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Kollege Glawe, ich bin das mittlerweile gewohnt, dass dieser Ministerpräsident gegenüber dem Landtag keinen Stil und keinen Anstand hat. Ich verzichte darauf, dass er meiner Rede zuhört.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Gerd Böttger, PDS: Na, Harry, da bist du abgeblitzt, wa?! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Dr. Ulrich Born, CDU:
Ihr verzichtet ja sowieso darauf.)

Wissen Sie, wenn Sie das als Regierungsfraktionen nicht stört, wenn Ihr Haushalt in Zweiter Lesung hier beraten wird und der Ministerpräsident nicht anwesend ist, dann ist das Ihr Problem. Ich sage es noch einmal, ich bin es mittlerweile gewohnt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU:
Das ist schlicht ein Skandal.)

Wenn Sie mit dem Desinteresse leben können, dann müssen Sie es tun.

(Unruhe bei Gerd Böttger, PDS –
Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist ein Skandal.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so die Leier, die Sie uns regelmäßig vorspielen. Doch so mir nichts dir nichts taucht dann in der entsprechenden Beschlussempfehlung des Finanzausschusses eine neue Veranschlagung der KIP-Mittel auf, die auf eine Erhöhung um bescheidene 10,8 Millionen DM auf dann 160,8 Millionen DM hinausläuft. Ich fürchte, Sie werden unseren heutigen Antrag, die Mittel in diesem Bereich auf 180 Millionen DM zu erhöhen, wieder mit den gleichen fadenscheinigen Schutzbehauptungen und Ausreden ablehnen, wie Sie es vor zwei Monaten zuletzt vollführten.

(Angelika Gramkow, PDS:
Nein, Ihre Deckung ist unsolide,
Herr Rehberg. Ihre Deckung ist unsolide.)

Insbesondere, Frau Gramkow, Ihnen und Ihrer Fraktion müsste die politische Schamröte ins Gesicht steigen,

(Angelika Gramkow, PDS:
Ich bin sowieso schon rot.)

wenn Sie sich noch mal die Seiten 21 und folgende Ihres Wahlprogramms aus dem Jahr 1998 zur Hand nehmen.

(Beifall und Heiterkeit bei
einzelnen Abgeordneten der CDU)

Unter der Überschrift „Die Kommunalfinanzierung im Land ist grundlegend neu zu regeln.“ steht: „den Anteil der Kommunen an den dem Land zustehenden Steuern (Verbundquote) von 28 Prozent auf mindestens 30 Prozent zu erhöhen“.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Im nächsten Anstrich schreiben Sie dann: „die kommunale Investitionspauschale auf 200 Mio. DM zu verdoppeln und dabei Fördermittel in allgemeine pauschalisierte Zuweisungen umzuwandeln“.

(Angelika Gramkow, PDS: Da sind wir auf gutem Weg. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Da sind wir ja dran. – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Friedbert Grams, CDU:
In jedem Haushalt kriegen die Kommunen weniger. Das wird immer nur schön geredet.)

Dass Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der PDS, die Wähler 1998 nicht nur an dieser Stelle belogen und betrogen haben, sondern auch an vielen anderen Stellen,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Eh, was ist denn das wieder für ein unparlamentarisches Zeug?!)

an dieser Stelle wird es exemplarisch deutlich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren von der PDS, Sie stimmen ja mittlerweile in den Chor ein, dass die Verbundquote angeblich keine Aussagekraft mehr hat. Ich sage nur eins: Eine Verbundquote, wie Sie sie einmal in Ihr Wahlprogramm reingeschrieben haben, würde dieses Jahr ein Mehr von 365 Millionen DM im kommunalen Finanzausgleich bedeuten. Ein Mehr von 365 Millionen!

Ich sage ja nicht, dass dieses politisch machbar ist, aber Sie haben 1998 den Kommunen ein X für ein U vorgemacht. Und deswegen sage ich noch einmal, Ihnen müsste die politische Schamröte an dieser Stelle ins Gesicht steigen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Sie werden dieses Kainsmal, dass Sie die Kommunen im Stich gelassen haben, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht mehr los werden. Ich gehe noch auf die Kommunalfinanz weiter ein.

Und wer argumentiert denn nun in diesem Zusammenhang unseriös? Das sind doch nicht wir, das sind doch Sie. Wenn Sie weiter die Mittel für die Städte und Gemein-

den außerhalb des FAG drastisch zusammenstreichen, das heißt, die Beschneidung der Investitionen fortführen, nicht nur auf der Landesseite, dann werden Sie eben immer weniger Beschäftigung, mehr Arbeitslose und mehr Sozialhilfeempfänger produzieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Harry Glawe, CDU: So ist es. So ist es jeden Tag.)

Und wenn Sie sich die Zahlen ansehen, die Vergleiche des Herbstes 1998 bis heute und die Arbeitsamtsstatistik mal Zeile für Zeile durchgehen, dann müssten Sie doch erschauern und erschrecken, was Sie in zwei Jahren rot-roter Landespolitik zustande gebracht haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU –
Angelika Gramkow, PDS: Und jetzt sind wir auch noch für die Baukrise verantwortlich, ja? Das würde ich gerne hören.)

Gerade Sie sind mit für die Baukrise verantwortlich

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aber ja.)

und wenn Sie nicht schnellstens das Plattenbauprogramm abschaffen, die Privatisierung von Plattenbauwohnungen,

(Angelika Gramkow, PDS: Mit Ihren 15 Millionen, die Sie hier beantragen?!)

und endlich dazu übergehen, jungen Familien eine Chance eines Eigenheimes zu geben,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, PDS: Die Chance haben sie.)

damit sie im Land bleiben, dann ist Ihre Politik nicht nur gegenüber der Bauwirtschaft verfehlt,

(Zuruf von Heidemarie Beyer, SPD)

dann ist auch die Politik gegenüber den jungen Leuten in diesem Land verfehlt, Frau Gramkow. Kommen Sie endlich dazu und streichen Sie dieses Programm! Stecken Sie das Programm in Wertschöpfung rein, Stichwort Eigenheimförderung für junge Familien!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist der richtige Weg und kein anderer Weg ist richtig.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Kommen Sie mal von Ihrem Tannenbaum wieder runter! – Heiterkeit bei Minister Dr. Wolfgang Methling)

Wissen Sie, Herr Schoenenburg, ich setze mich lieber auf Bäume, die nicht so stechen.

(Heiterkeit bei Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Ja, das pikt Sie offensichtlich ganz schön.)

Wenn Sie es auf einem Tannenbaum lange aushalten, dann ist es ja gut.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie werden die Konsequenzen doppelt und dreifach zu spüren bekommen. Die Abwanderung junger Leute bedeutet weniger auf der Einnahmeseite

(Harry Glawe, CDU: Weniger Zuweisungen.)

und es kommt noch eins dazu: Wer hier in seiner Heimat keine berufliche Zukunft mehr sieht, der geht eben weg.

(Harry Glawe, CDU:
Das sollen wir verantworten.)

Und ich fordere Sie noch an einem Punkt hier im Landtag sehr deutlich auf, meine Kollegin Schnoor wird das auch noch tun: Steuern Sie um im Lehrpersonal Konzept!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Christian Beckmann, CDU,
und Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

Sorgen Sie dafür, dass junge Lehrer sagen, ich übe meinen Beruf in Mecklenburg-Vorpommern aus! Geben Sie zu, dass Sie eine verfehlt und fatale Politik ausüben und ausführen!

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Von wem denn nur eingerührt? Von wem denn nur eingerührt? Von wem denn nur? –

Zuruf von Andreas Bluhm, PDS –
Angelika Gramkow, PDS: Sind wir für Ihre Fehler denn nun auch noch verantwortlich?! –
Andreas Bluhm, PDS: Manche Prozesse sind sehr langwierig und kompliziert. Das wissen Sie auch.)

Herr Bluhm, ich hätte wenigstens von Ihnen erwartet,

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

dass Sie die Realität anerkennen

(Andreas Bluhm, PDS: Ich komm' da noch drauf.)

und endlich um- und gegensteuern.

(Angelika Gramkow, PDS: Da sind wir dabei. – Andreas Bluhm, PDS:
Ach, was unterstellen Sie denn?)

Und wenn Sie nicht sehen, dass die wenigen Bewerbungen in Rostock und Greifswald für die Lehrämter auch darauf begründet sind, was für eine Politik Sie in diesem Land machen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das.)

dann muss ich sagen, Sie treiben ja förmlich junge Leute raus aus diesem Land. Das ist doch die Realität.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Was tun Sie denn ganz konkret in diesem Haushalt, um diesen Bevölkerungsrückgang zu stoppen oder wenigstens zu vermindern?

(Dr. Ulrich Born, CDU: Nichts!)

Wo haben Sie hier vom Haushalt Vorsorge getroffen? Wo haben Sie bislang der Öffentlichkeit ein in sich schlüssiges Konzept vorgelegt? Nichts als Fehlanzeigen sind hier vernehmbar und wahrnehmbar. Und wenn Sie glauben, dass Wissenschaftler die Aufgaben der Politik übernehmen, dann haben Sie sich arg getäuscht. Wissenschaftler sind dazu da, Basisdaten, Entwicklungen und Prognosen aufzuzeigen. Lösungen zu schaffen, das ist das Ureigenste der Politik. Und hier versagen Sie seit über zwei Jahren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Jaja, Ihre acht Jahre haben wir noch nicht erreicht.)

Kommen wir doch mal zu den Kommunen zurück. Übrigens, auch das hat etwas mit Lebensqualität vor Ort zu tun. Auch das hat etwas damit zu tun, ob Menschen ja sagen, ich bleibe hier in Mecklenburg-Vorpommern, auch und gerade im ländlichen Raum. Sie reduzieren die investiven Leistungen des Landes an die Gemeinden zum nächsten Jahr um 56,5 Millionen DM. Hier ist übrigens die Erhöhung der KIP um 10,8 schon gegengerechnet. Die Leistungen insgesamt verringern sich im Übrigen um dramatische 70 Millionen DM. Nebenbei, Sie können sich noch so oft als kommunalfreundlich hinstellen und verkünden, wie gut es doch allen geht, die Politiker übrigens aller Parteien und die Menschen in den Gemeinden spüren hautnah, dass ihre Interessen bei dieser Landesregierung sehr schlecht aufgehoben sind. Schon die ständige Behauptung, dass die Kommunen in den nächsten Jahren nicht weniger Landesmittel innerhalb des FAG bekämen, stimmt so nicht. Ein normaler Zuweisungsbeitrag von 2,5 Milliarden DM heute entspricht in vier Jahren nur noch 2,3 Milliarden DM,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Christian Beckmann, CDU, und
Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

wenn Sie die Abzinsung von zwei Prozent dagegen rechnen. Sie sind sich ja noch nicht einmal zu schade, rumzutricksen ohne Ende.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass Sie als Parlamentarier von SPD und PDS die Tricks der Finanzministerin mitmachen, das ist schon mehr als absurd. Ihr Versuch, die Gemeinden für dumm zu verkaufen, indem Sie im entsprechenden Haushaltsrunderlass für 2001 die Zahlungen aus dem Familienleistungsausgleich, übrigens 84,1 Millionen DM unter der Spalte Zuweisung, insgesamt subsumieren, während Sie beim Erlass für das Jahr 2000 noch extra ausgewiesen wurden,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

ist zum Scheitern verurteilt. Die Keler'sche Mathematik, nachdem weniger am Ende irgendwie dann doch mehr ist, kann und will niemand mehr nachvollziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Übrigens, ein nächster Trick, den Sie hier machen, und dazu sagen Sie einfach ja und amen, meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind kosmetische Tricks gegenüber den Kommunen, wie wir sie in acht Jahren CDU-geführter Landespolitik nicht gemacht haben. Frau Gramkow, gucken Sie sich die entsprechenden Tabellen an!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Die 84 Millionen DM sind letztes Jahr daneben geschrieben worden und dieses Jahr sind sie darunter geschrieben worden. Das sind im Portemonnaie der Kommunen 84 Millionen DM weniger. Teilen Sie das durch 1,8 Millionen Einwohner, dann wissen Sie, wie viel pro Einwohner weniger zur Verfügung steht!

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Das ist die Wahrheit

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist nicht die Wahrheit. Sie sollten sich das mal erklären lassen!)

und das ist die Realität und das werden Sie nicht bestreiten können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben ja im Kabinett einen kommunalen Haushaltsbericht verabschiedet und diesen auch dem Landtag übersandt. Wir haben darüber noch nicht diskutiert. Auf Seite 13 ist vermerkt: „Mittelfristig ist in der kommunalen Haushaltswirtschaft der im Jahre 2004 auslaufende Solidarpakt I zu beachten. Ab 2005 ist zwar mit einer Anschlussregelung zu rechnen, eine Verringerung der West-Ost-Transfers, vor allem im Bereich der allgemeinen Deckungsmittel, ist jedoch wahrscheinlich. Diese Erwartung sollte in den Finanzplanungen der Kommunen berücksichtigt werden.“

So viel weiser Ratschlag der Landesregierung an die Kommunen. Da sollte man annehmen, dass Sie gleichsam als Vorbild voranschreiten.

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU)

Doch siehe da, wieder einmal weit gefehlt! Zum einen haben Sie es nicht einmal im Rahmen der diesjährigen Haushaltsberatungen geschafft, den Deckel unter 14 Milliarden DM zu halten, eine Zielmarke, die Sie doch bestimmt gern unterschritten hätten. Wo werden denn anhand Ihrer eigenen Mittelfristigen Finanzplanung bis 2004 die Strukturen erkennbar, die den Haushalt auf ein Volumen umsteuern, welches deutlich unter dem heutigen liegen dürfte? Auch hier haben Sie doch an konkreten Zahlen und Maßnahmen nichts, aber auch gar nichts vorzuweisen.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Und ich zitiere weiter aus Ihrem kommunalen Haushaltsbericht, Seite 7: „Die Konsolidierungsbemühungen in den Verwaltungshaushalten müssen fortgesetzt werden,“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

„um höhere Überschüsse für die Finanzierung dringend notwendiger Investitionen erwirtschaften zu können.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wissen Sie eigentlich, dass, seitdem Frau Keler Finanzministerin ist, sich die Einnahmeseite der Kommunen über das FAG um 185 Millionen DM verringert hat,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

von 1997 auf 1999,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Hört, hört!)

dass sich die Landeszuweisungen von 1997 auf 1999 um 164 Millionen DM verringert haben? Und ich will Ihnen eins sagen, die Kommunen brauchen Ihre guten Ratschläge und Hinweise überhaupt nicht. Sie können ihnen überhaupt keine guten Ratschläge und Hinweise geben. Jemand, der neun Minister hat, der die aufgeblähteste Landesverwaltung hat, kann Kommunen keine Ratschläge geben,

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das.)

die in den letzten drei Jahren trotz Tarifsteigerung, trotz kommunaler Zusatzversorgung 60 Millionen DM im Personalausgabenbereich eingespart haben. Sie brauchen Ihre weisen Ratschläge nicht. Nehmen Sie sich als Landesregierung ein Beispiel an unseren Kommunen und dann fahren Sie gut!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Übrigens zu Ihrem Zwischenruf, Frau Gramkow, zu den Baumaßnahmen: Die Ausgaben für Baumaßnahmen in den Kommunen sind, seitdem Frau Keler Finanzministerin

ist, von 1997 bis zum letzten Jahr um sage und schreibe 265 Millionen DM zurückgegangen, kumulativ zurückgegangen.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Hier sehen Sie Ihre Ergebnisse. Sehen Sie sich den kommunalen Haushaltsbericht an! Ich sage Ihnen das noch einmal: Was Sie hier machen, passt vorn und hinten nicht zusammen. Und zum anderen, Ihr Pseudosparkurs liegt doch auch darin, dass die Summe der bereinigten Gesamtausgaben im Jahr 2004 um circa 150 Millionen DM höher als im nächsten Jahr liegen wird. Mehrausgaben und Sparen, wie passt das zusammen? Der einzige Bereich, an welchen Sie sich wirklich herantrauen, ist derjenige der öffentlichen Investitionen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Genau das ist falsch. –
Dr. Christian Beckmann, CDU:
Das ist unerhört, das ist unerhört.)

Stichwort Arbeitslosenzahlen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Bauwirtschaft.)

Wie sagte der Herr Ministerpräsident auf dem Unternehmertag im März 2000, anscheinend sind ja viele Minister dieser Landesregierung mit einem Tier zu vergleichen, nämlich dem Chamäleon: „Investitionen sind vielmehr die Voraussetzung für mehr Wachstum und Beschäftigung in unserem Land. Wenn wir unser Land voranbringen wollen, dann brauchen wir Investitionen hier in Mecklenburg-Vorpommern.“

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Herr Ministerpräsident, ich stimme Ihnen ausdrücklich zu, nur, Sie tun es nicht. Sie fahren Investitionen seit Jahren systematisch herunter, Sie setzen die Zukunft unseres Landes aufs Spiel.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Warum kürzen Sie die Mittel im kommunalen Städtebau um 14 Millionen DM? Warum lassen Sie die heimische Bauwirtschaft vor die Wand fahren? Warum wehren Sie sich nicht gegen die Kürzungen des Bundes bei der GA um 800 Millionen DM für die neuen Länder seit 1998? Warum fordern Sie nicht wie der schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister eine Erhöhung der Kofinanzierungsmittel des Bundes für die Werftenhilfe? Sie schweigen und spielen im Konzert der Bundesländer nicht die erste Geige, sondern Sie pfeifen auf dem letzten Loch, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und noch eine Zahl: Von 1998 bis 2004 wollen Sie die Investitionen um 800 Millionen DM zurückfahren, von 3,6 auf 2,8 Milliarden DM. Wenn ich noch die Abzinsung durch die Inflationsrate mit dazurechne, dann sind Sie bei knapp 1 Milliarde DM in sechs Jahren, das heißt, Ihnen ist die Zukunft dieses Landes offenbar vollkommen wurscht. Auf der anderen Seite sind Sie dabei und tun nichts, was Kritik von Aufgaben, von Verwaltungs- und Funktionalreform betrifft. Da, wo es weh tut, da, wo man sich politisch reiben muss, sind Sie nicht handlungsfähig. Ihre konsumtiven Ausgaben wachsen und die investiven schrauben Sie zurück, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD und PDS.

(Beifall Dr. Christian Beckmann, CDU)

Haben Sie sich schon mal ausgerechnet, was das bei der Einkommenssteuer, bei der Umsatzsteuer, bei der Gewerbesteuer und so weiter und so fort bedeutet? Diese 1 Milliarde DM können Sie mal fünf oder mal sechs nehmen, das ist das Investitionsvolumen, was Sie von Seiten der öffentlichen Hand zurückfahren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie fahren dieses Land gegen den Baum. Fangen Sie doch endlich da an, wo es wehtut, wo es sicher uns allen wehtut! Überprüfen Sie die Anzahl der Ministerien! Überprüfen Sie die Anzahl der Landesämter! Wissen Sie, was Sie gemacht haben? 95 Prozent Ihrer Stelleneinsparungen kommen aus dem Bereich der Schule, der Lehrer,

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist nicht richtig.)

und zwar 4.686 Stellen. Wissen Sie, was Ihre grandiosen 28 Stellen in der Kernverwaltung bis 2004 ausmachen? Einen Anteil von 0,0057 Prozent.

(Heiterkeit bei Dr. Christian Beckmann, CDU,
und Harry Glawe, CDU)

Natürlich, es tut weh, an diese Strukturen heranzugehen. Bloß wenn Sie es nicht tun, dann brauchen Sie sich doch keinem nordrhein-westfälischen, bayrischen oder sächsischen Finanzminister gegenüberzusetzen und über die Neuregelung des Länderfinanzausgleiches, über den Solidarpakt zu verhandeln. Der sagt Ihnen: 28 Stellen ist die höchste Stellenanzahl der Landesbediensteten auf 1.000 Einwohner. Mecklenburg-Vorpommern, komm mal da runter! Herr Ringstorff, schaffen Sie mal zwei Minister ab und dann können wir weiterreden!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Das ist doch Realität. Sie sind doch gar nicht in der Lage, Ihre Hausaufgaben zu machen.

Nach Ihren eigenen Aussagen wollen Sie im Jahr 2010 ein Stellenniveau erreichen, welches dem durchschnittlichen Niveau der westdeutschen Flächenländer entspricht, aber nicht etwa deren Niveau im Jahre 2010, sondern demjenigen heute.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Glauben Sie denn, dass die westdeutschen Flächenländer nicht weiter an ihren Strukturen arbeiten werden? Wenn Sie sich nur dieses Ziel stellen, dann werden Sie das Klassenziel Stellenabbau, seriöse und effektive Strukturen überhaupt nicht erreichen. Ich habe folgenden Eindruck, dass Sie unter dem Motto Politik machen, und das beharrlich: Ich esse meine Suppe aber nicht, wenn es um Strukturreformen innerhalb der Landesverwaltung geht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir über Sonderlasten im Rahmen des Länderfinanzausgleiches reden, dann bekommt das, glaube ich, bei dem, was Sie machen, eine ganz besondere Bedeutung. Wir haben Ihnen Anträge vorgelegt, diese haben Sie im Finanzausschuss schon abgewiesen, Prüfaufträge über eine mögliche Änderung der Struktur der Landesverwaltung. Ich kann Sie nur auffordern – wir haben nicht mal konkrete Änderungen eingefordert –, dass Externe sich unsere Landesverwaltung ansehen und prüfen, was können wir realistischere ändern, damit wir auf einen Stellenbestand kommen, wie er dem Durchschnitt der

westdeutschen Flächenländer entspricht. Sie haben sich im Finanzausschuss verweigert. Ich fordere Sie auf, dass Sie zumindest mal bereit und in der Lage sind, sich kritisch hinterfragen zu lassen. Das ist doch die Aufgabe des Parlaments zu sagen, dass die Landesverwaltung ständig auf den Prüfstand kommt. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie heute meinen, dieses auch wieder ablehnen zu müssen, dann sagen Sie einfach, wir haben keinen Handlungsbedarf und sind auch nicht bereit zuzuhören. Also Ihr Motto ist ganz anscheinend: Weiter so!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Zwischenruf von Frau Gramkow sagt mir, dass offenbar überhaupt kein Bezug zu der Frage besteht, was bewirkt meine Politik. Und, Frau Gramkow, ich kann Ihnen die Zahlen nicht ersparen. Die Realität ist so, dass, seitdem Sie Verantwortung in diesem Land tragen, die Zahl der Beschäftigten um rund 38.000 zurückgegangen ist.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es. –
Harry Glawe, CDU: Eine tolle Bilanz. Eine tolle Bilanz innerhalb von zwei Jahren!)

38.000 Menschen weniger in Beschäftigung als im Herbst 1998! Das sind über 10.000 Arbeitslose mehr und das bedeutet unter anderem eine Steigerung der Jugendarbeitslosigkeit um fast 4.000 gegenüber dem letzten Jahr.

(Harry Glawe, CDU: Ist auch toll.)

Und was dramatisch ist, dass Mecklenburg-Vorpommern im letzten Monat ein Drittel des Anstiegs der Arbeitslosigkeit der neuen Länder auf sich verbuchen konnte, obwohl wir nur zwölf Prozent der Bevölkerung haben.

(Harry Glawe, CDU:
Trotz eines PDS-Arbeitsministers.)

Frau Keler, Sie sagen, man muss nicht in Panik ausbrechen, weil die Investitionen so heruntergehen. Dann sagen Sie, die Investitionsausgaben pro Einwohner umfassen noch fast das Dreifache des Volumens der westlichen Bundesländer. In Ostdeutschland liege Mecklenburg-Vorpommern auf einem Mittelplatz und – jetzt kommt es – es gebe keinen Grund zur Panik. Frau Keler, so viel Verantwortung müssten Sie noch haben, wenn Sie diese Zahlen sehen, dass Sie endlich gegensteuern. Und gegensteuern heißt für uns, heißt für die CDU, dass die öffentliche Hand Investitionen anregt und nicht ständig Investitionen herunterfährt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Frau Keler, es reicht nicht aus, Kassenwart zu sein. Ein Kassenwart handelt nicht politisch, der schaut nur auf sein Kassenbuch, auf die Zahlen, die im Kassenbuch stehen. Politisch verantwortungsvoll handeln heißt, sich darüber Gedanken zu machen, wie ich mit der Ausgabenseite auch die Einnahmenseite verbessere, und das haben Sie in Ihrer vierjährigen Zeit als Finanzministerin noch nicht einen Tag getan, habe ich den Eindruck.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sonst hätten Sie sich einmal wirklich überlegt, wie viel Mark da draußen im Investitionsbereich wären, wenn ich einer Mark an Steuermitteln ausweichen würde als Finanzministerin, und was das an Steuern hereinbringt. Dann kann man nicht stolz sein, dass Sie im öffentlichen Hochbau so eine hohe Quote fahren. Da würde ich mir

eher Gedanken machen – denn da ist eine Mark nur eine Mark –, wie ich mit weniger Geld mehr tue.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Gedanken würde ich mir eher machen.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, es sind ja nicht nur die jungen Leute, die in die Arbeitslosigkeit gehen. Sie stellen heute einen Antrag zu den Schwerbehinderten.

(Harry Glawe, CDU: Das ist ein Witz ohne Ende.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Union in Deutschland wird ja immer ein gespaltenes Verhältnis zur Sozialpolitik nachgewiesen, aber solch eine schlechte Quote von Beschäftigung von Schwerbehinderten im Landesdienst hatten wir zu keinem Zeitpunkt wie Sie heute.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Harry Glawe, CDU: So ist es.)

Und da nutzen Ihnen auch keine Feigenblätter wie ein Integrationsförderrat oder Änderungen beim barrierefreien Bauen. Das sind gut gemeinte Beruhigungsspielen. Der völlig legitime Wunsch der Behinderten ist es, aktiv am Arbeitsleben teilzunehmen. Tun Sie etwas dafür! Fordern Sie keine Berichte ein, sondern handeln Sie im Haushalt, damit Behinderte auch eingestellt werden können, und zwar vorrangig eingestellt werden können!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie ist es eigentlich mit Ihrer Glaubwürdigkeit? Herr Holter stellt sich bei zwei Jahren Prima-Klima-Club Rot-Rot hin und meint, die Arbeitslosigkeit stagniert. Ich habe gehört, dass Sie vor zwei Jahren herausposaunt haben, wir schaffen 20.000 Arbeitsplätze mehr und bauen die Arbeitslosigkeit ab.

(Lutz Brauer, CDU: Fragt sich nur, wann. –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Herr Holter, für mich sind 38.000 Beschäftigte weniger,

(Harry Glawe, CDU: Genau so. So ist es.)

10.000 Arbeitslose mehr doch keine Stagnation. Wir haben übrigens die höchste Jugendarbeitslosigkeit seit 1991, und das unter rot-roter Landesregierung.

(Harry Glawe, CDU:
Im roten Loch verschwunden.)

Machen Sie sich endlich Gedanken!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist doch die Wahrheit.

(Torsten Koplín, PDS: Das ist unerhört!)

Und die Sozialdemokraten sind angetreten mit dem Slogan „Mehr Arbeit besonders im Osten“. Ich habe den Eindruck, Rot-Rot bedeutet „Weniger Arbeit besonders in Mecklenburg-Vorpommern“.

(Harry Glawe, CDU: So ist es.)

Übrigens, wir tragen mit Sachsen-Anhalt gemeinsam die rote Laterne in vielen wichtigen Bereichen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dort regiert Rot-Rot schon seit Jahren zusammen und hier seit zwei Jahren. Die Ergebnisse sieht man hier

schneller, als das viele für möglich gehalten haben. Hören Sie auf, auf solche Potemkin'schen Dörfer zu bauen wie „Jugend baut“ oder den so genannten öffentlichen Beschäftigungssektor! Nehmen Sie dieses Geld in die Hand und sanieren Sie Schulen in diesem Land! Stellen Sie es jungen Leuten für Eigenheime zur Verfügung, dann wird Wertschöpfung daraus! Dann bringen Sie Leute in Arbeit, aber nicht mit Ihren Programmen, die Sie hier auf den Tisch packen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und für völlig unglaublich halte ich, dass Sie die Beratungskostenzuschüsse für Existenzgründer streichen oder zusammenstreichen. Was soll denn das? Da wird propagiert, wir brauchen mehr Selbstständige. Das Wichtigste, was Selbstständige gebrauchen, ist neben Eigenkapital Beratung.

(Harry Glawe, CDU: So ist es. –
Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Und wenn beraten wird, das kostet Geld und finanziert ihnen keine Bank. Warum fahren Sie die Beratungskostenzuschüsse zurück? Der Herr Wirtschaftsminister kommt offensichtlich zum Umdenken, aber aus meiner Sicht zu spät. Er kritisiert in einer Pressemitteilung vor einigen Tagen, Existenzförderprogramme dürften nicht zu einer Marktübersättigung führen. Firmengründer in der Baubranche mit öffentlichen Mitteln zu subventionieren sei in Mecklenburg-Vorpommern wenig hilfreich. Herr Eggert, ein Vorschlag, gehen Sie zu Herrn Holter! Der ist immer noch froh, wenn er im Bauhaupt- und -neben-gewerbe Existenzgründerzuschüsse ausreichen kann. Sie haben unseren Antrag hier abgelehnt,

(Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

als wir vor Monaten die Überprüfung der Ausreichung dieser Fördermittel sektoral gefordert haben.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Sie haben nicht reagiert, Sie mit Ihrem Existenzgründungsprogramm, was ja offenbar nicht koordiniert zwischen Wirtschafts- und Arbeitsministerium. Das führt dazu, dass wir eine Marktübersättigung haben, gerade in Branchen wie dem Baugewerbe.

(Zuruf von Kerstin Kassner, PDS)

Und das führt natürlich zu Firmenzusammenbrüchen und es führt noch zu einem, meine sehr verehrten Damen und Herren, es führt dazu, dass Preisdumping herrscht.

(Dr. Christian Beckmann, CDU: Genau so ist es.)

Und zwar Preisdumping herrscht deswegen, weil Sie die Lohnkosten des Firmengründers subventionieren und weitere über LKZ. Gucken Sie sich mal einige Ausschreibungen an, was da in dem Bereich abläuft! Dafür sorgen Sie mit Ihrer verfehlten Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das Ergebnis ist weiter, dass die Preise mit dadurch ruiniert werden und nicht auskömmlich sind für Unternehmen, die voll am Markt agieren müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Bildungsfreistellungsgesetz ist doch nun wirklich einer der Nägel zum Sarg für unsere wirtschaftliche Entwicklung.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Haben Sie denn schon mal ausgerechnet, meine sehr verehrten Damen und Herren von SPD und PDS, wie viel Arbeitnehmer Sie mit zweimal 300.000 DM fördern können? 400!

(Harry Glawe, CDU: Windhundverfahren.)

Und das sind in Promille ausgedrückt auf die Beschäftigten 6,8 Promille.

(Harry Glawe, CDU: Ja, ist toll.)

Und übrigens, wenn Sie der CDU nicht glauben, dann glauben Sie wenigstens jemandem, der Ihnen, ich denke, das kann man sagen, relativ nahe steht, der Friedrich-Ebert-Stiftung. Nach meinem Kenntnisstand hat die Friedrich-Ebert-Stiftung im Rahmen eines Expertengesprächs am 29. November im Bildungsausschuss ausgeführt, dass die Höhe der veranschlagten Mittel fast eine Nichtwirkung des Gesetzes bedingt. Nun sagen Sie, ja, sehen Sie, Herr Rehberg, das bewirkt ja gar nichts. Nein, das Zeichen, was Sie setzen, ist fatal. Dieses Zeichen ist fatal.

Haben Sie sich schon mal dafür interessiert, ob die beiden Bundesländer, die erfolgreichsten im wirtschaftlichen Bereich, auch ein Bildungsfreistellungsgesetz haben? Bayern und Baden-Württemberg haben keins. Ich garantiere Ihnen, dass die Beschäftigten dort exzellent beruflich weiterqualifiziert werden, denn sonst hätten diese nicht so einen wirtschaftlichen Standard.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stampfen Sie dieses Gesetz ein! Es ist das falsche politische Signal grundsätzlich und auch zum falschen Zeitpunkt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung hofft ja jetzt auf den großen Segen der aus meiner Sicht nach wie vor unzureichenden Steuerreform. Sie soll eine spürbare Nettoentlastung bringen. Mit großen Anzeigen – übrigens, wer bezahlt die eigentlich? –

(Wolfgang Riemann, CDU: Wir. –
Angelika Gramkow, PDS: Die Bürgerinnen
und Bürger und die Unternehmen des Landes.)

soll das Publikum von den Wohltaten überzeugt werden, so nach dem Motto: „Euch geht es gut, ihr merkt es nur noch nicht.“ Dass es den Bürgern gut geht, werden sie in den nächsten Tagen und Wochen schon merken, denke ich. Nehmen wir mal eine Durchschnittsfamilie mit einem Ehepaar und zwei Kindern. Der Vater ist Alleinverdiener und bezieht ein Bruttogehalt von 55.000 DM im Jahr. Die Familie lebt in einer 80-Quadratmeter-Wohnung. Durch die Steuerreform spart unsere Familie ab Januar 2001 62 DM, das macht rund 744 DM im Jahr. So weit, so gut. Doch welche Mehrkosten kommen auf sie zu? Die sich abzeichnenden Erhöhungen im Rahmen der so genannten zweiten Miete und für die Heizung werden sich nach Auskunft des Deutschen Mieterbundes auf bis zu 1 DM im Monat belaufen, macht also in unserem Beispiel 80 DM. Durch Ihre famose Ökosteuer, die auch die Koalitionsfraktionen durch die Ablehnung unseres Antrages auf Aussetzung zu verantworten haben, entstehen ab 1. Januar weitere 7 Pfennig pro Liter Benzin.

(Harry Glawe, CDU: Die Ökosteuer muss weg.)

Hinzu kommt der Anstieg der Kfz-Steuern um circa 60 Prozent für 25 Millionen Pkw,

(Angelika Gramkow, PDS:
Sie haben doch einen Dienstwagen.)

beim unterstellten Hubraum von 1,6 Litern und einer jährlichen Fahrleistung von 20.000 Kilometern eine weitere Belastung von rund 240 DM im Jahr. Auch die Inflationsrate befindet sich im Moment ja nun wirklich nicht im freien Fall. Wenn wir von zwei Prozent ausgehen, eine Durchschnittsfamilie gibt 15.000 DM im Jahr für Konsumgüter aus, entstehen Mehraufwendungen von weiteren 300 DM im Jahr beziehungsweise 25 DM im Monat. Was kommt nun unterm Strich dabei heraus, meine sehr verehrten Damen und Herren? Einer Steuerentlastung in Höhe von 62 DM im Monat stehen schlimmstenfalls Mehrkosten in Höhe von 125 DM im Monat gegenüber.

(Dr. Christian Beckmann, CDU: Hört, hört!)

Wenn Sie einen Strich darunter ziehen, haben wir ein Minus von 63 DM im Monat für diese Normalverdienerefamilie. Und wer noch in der Lage ist, das mal 12 zu nehmen,

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

der kann sich dann ausrechnen,

(Harry Glawe, CDU: Das sind die Geschenke
der rot-roten Regierung an ihre Bürger.)

wie viel diese Familie in einem Jahr weniger im Portemonnaie haben wird.

Herr Schlotmann, da können Sie die Augen so krausen, wie Sie wollen,

(Volker Schlotmann, SPD: Ich krause
überhaupt nicht, ich freue mich nur, dass ...)

Sie entlasten nicht den Bürger, Sie belasten den Bürger

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und dazu kommt noch eins: Dazu stimmen Sie ja noch Jubelgesänge an. Die ganzen politischen Eskapaden der rot-grünen Bundesregierung in Berlin tragen die Länder ja noch mit, die Ökosteuer. Gucken Sie sich mal die Antwort auf die Kleine Anfrage vom Kollegen Riemann an! Steuer-mehr- oder -mindereinnahmen, Ökosteuer – Striche bei Land und Kommunen, aber ein schönes Minus beim 630-DM-Gesetz, aber ein schönes Minus bei der Entfernungspauschale und ein schönes Minus bei der Heizkostenpauschale.

(Dr. Christian Beckmann, CDU: Tja.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Entfernungspauschale und Heizkostenpauschale muss man ablehnen, Herr Timm, weil man die Ökosteuer ablehnen muss.

(Dr. Christian Beckmann, CDU: Natürlich.)

Das sind doch bloß die Korrekturen, die Rot-Grün auf Kosten der Länder und Kommunen vornimmt oder mit auf Kosten der Länder und Kommunen. Das ist doch die Realität.

(Zuruf von Heidemarie Beyer, SPD)

Das heißt, für die politischen Eskapaden, die Rot-Grün in Berlin berät, oder die Wirbel, die dort entstehen, kommen Länder und Kommunen und insbesondere die neuen Bundesländer mit auf.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ein Letztes, meine sehr verehrten Damen und Herren: Frau Gramkow, bleiben Sie bei der Wahrheit! Die Einzel-

pläne 10 und 07 steigen nicht, sie bleiben auch nicht auf dem gleichen Niveau,

(Harry Glawe, CDU: Da wird getürkt.)

sie sinken. Beide Einzelpläne sinken. Also wird für Bildung, Kultur und Soziales in diesem Land weniger ausgegeben.

(Harry Glawe, CDU: So ist es.)

Beim Einzelplan 07 sind es sogar knappe 19 Millionen DM.

(Zuruf von Dr. Christian Beckmann, CDU)

Das ist die Wahrheit. Bleiben Sie bei der Wahrheit, Frau Gramkow! Ihre Ausgaben im Bildungs-, Kultur- und Sozialbereich sinken. Und ich sage Ihnen eins voraus: Sie werden mit Ihrer Haushaltspolitik dauerhaft keinen Erfolg haben. Die ersten fatalen Ergebnisse sehen Sie im Herbst 2000. Und nehmen Sie doch auch mal Noten ernst, die die eine oder andere große deutsche Tageszeitung wie „Die Welt“ an Herrn Holter verteilt hat für sein Plattenbauprivatisierungsprogramm! Hören Sie auf, Ihre rot-roten ideologischen Spielwiesen weiter zu beackern, sondern sagen Sie sich, wir müssen etwas tun, damit die Zukunft in diesem Land gesichert wird!

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Ich will Ihnen sagen, Sie haben das Klassenziel mit diesem Haushalt nicht erreicht. Und wir werden alles dafür tun, dass der Wähler Ihnen dieses in spätestens zwei Jahren auch bescheinigen wird und mit dem Stimmzettel sagt: Versetzung ausgeschlossen, Nachsitzen auf den Oppositionsbänken! – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Rehberg.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der SPD, Herr Schlotmann.

Volker Schlotmann, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Lieber Kollege Rehberg, die Frage, wenn Sie vor einem reden, die man sich dann immer stellt: Haut man auf einen groben Klotz einen groben Keil oder erspart man sich das? Ich bin mir da nie so ganz schlüssig, weil das, was Sie heute hier wieder vorgeführt haben, das war etwas, das wir schon in der 37. Wiederholung gesehen haben. Es reißt ja auch keinen mehr vom Hocker und deswegen werde ich weitestgehend versuchen, mich von Ihrem Stil, den Sie hier praktizieren, nicht anstecken zu lassen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Können Sie
auch gar nicht. Sie machen nur Polemik.)

Vorab sei trotzdem gesagt, an die Adresse des Kollegen Nolte gerichtet, wenn er denn hier ist, jedenfalls an den Kollegen Nolte: Sie sollten vielleicht doch mal darüber nachdenken, ob Sie hier, wenn Sie so etwas einbringen wie einen wichtigen Landeshaushalt, ob Sie dann als Ausschussvorsitzender reden und, ich denke mal,

(Wolfgang Riemann, CDU: Kucken Sie
sich mal die Protokolle an, wo Frau Keler
Ausschussvorsitzende war! Kucken Sie
sich die mal an, bevor Sie hier was sagen!)

dann die notwendige Neutralität wahren oder nicht. Also da ist meine Bitte an Sie, Kollege Nolte, denken Sie darüber nach.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Herr Wille lacht sogar.)

Ich habe doch nicht von Ihnen erwartet, dass Sie nachdenken, Kollege Riemann. Ich habe doch Ihren Kollegen Nolte angesprochen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das wäre auch zu viel verlangt! –
Heiterkeit bei Heidemarie Beyer, SPD –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich sage vorweg, Kollege Rehberg, Ihre Rede strotzte vor billiger Polemik.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Nee, das
verwechseln Sie mit Ihren Ausführungen.)

Es war leider nicht anders zu erwarten. Sie war aber dennoch ohne Biss.

(Lutz Brauer, CDU: Das habe ich schon mal
gehört. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Aber an einer Stelle sage ich Ihnen auch,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Sie stehen da vorne zahnlos da.)

Sie müssen die Bürger dieses Landes einfach für blöd halten, denn Ihr Spruch, die SPD und die PDS treiben die Leute aus dem Land, insbesondere die jungen Leute aus dem Land,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Trifft zu.)

ist völliger Nonsens, wenn Sie sich mal die Umfragen, die Sie ja sonst so gerne zitieren,

(Harry Glawe, CDU: Statistisch nachgewiesen.)

und am liebsten aus der bekannten Tageszeitung „Die Welt“, wie Sie es ja gerade auch getan haben – wir wissen alle, wo „Die Welt“ steht –, ansehen,

(Harry Glawe, CDU: Wo denn?)

es ist ein Quatsch.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU:
Hat die SPD da keine Beteiligung?)

Die Umfragen sagen sehr deutlich, dass die Bürger,

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Ist die SPD da auch beteiligt?)

für die Sie vorgeben, hier zu sprechen,

(Eckhardt Rehberg, CDU:
Bei der „Welt“ ausnahmsweise nicht.)

das etwas anders wahrnehmen, als Sie es hier darstellen.

Meine Damen und Herren! Für keinen anderen Haushalt vorher in diesem Landtag gilt für den vor uns liegenden die Wahrheit, nur Verantwortung bedeutet auch Zukunft. Es ist klar, diese Wahrheit trifft auf viele politische Bereiche zu, und um nur ein Beispiel zu nennen – die Bildungspolitik. Noch heute tragen wir hier gemeinsam mit unterschiedlicher Prononciierung die uns von Frau Schnoor hinterlassenen Lasten. Gemeinsam!

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und zwar tragen wir gemeinsam, gemeinsam das, was Sie immer hier fordern, gemeinsam, mangelnde beziehungsweise falsche Strukturentscheidungen aus der Vergangenheit. Sie zwingen uns heute, uns heute als Koalition, immer wieder schmerzhaft, aber auch notwendige Entscheidungen zu erarbeiten und sie dann zu treffen. Dass das nicht immer dankbar ist, das wissen wir, da haben wir uns drauf eingelassen. Für Frau Schnoor und andere CDU-Minister in diesem Lande galt immer wieder, man wollte jedermanns Liebling sein, und so wurde das Geld mit vollen Händen ausgegeben,

(Harry Glawe, CDU: Joi, joi, joi!)

anstatt notwendige, unpopuläre und oft schmerzhaft Entscheidungen zu treffen. Und in keinem Politikbereich sind die Wirkungen unverantwortlicher Politik so folgenreich wie in der Finanz- und Haushaltspolitik,

(Dr. Christian Beckmann, CDU:
Ja, und das nimmt man einfach so hin.)

denn jede Schuldenmark von gestern und heute schränkt die politische Gestaltungsfähigkeit von morgen durch Tilgungen und Zinsen doppelt ein. Das wissen Sie sehr genau. Und das bedeutet, wir dürfen die Grundlagen dazu nicht heute aufzehren. Auf den Punkt gebracht: Die CDU kann nicht mit Geld umgehen.

(Heiterkeit bei Dr. Christian Beckmann, CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Ooh!)

Und wenn der Abgeordnete Riemann meint, es sei ein Beweis finanzpolitischer Kompetenz, im Rahmen von Haushaltsberatungen mit 200 Anträgen oder heute mit 31 Änderungsanträgen zu glänzen, dann zeigt das sein ganzes Unvermögen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Denn, meine Damen und Herren, mit diesen Anträgen ging es Ihnen zu keiner Zeit darum,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Herr Borchert hat nur geschlafen!)

zu keiner Zeit ging es Ihnen darum, ernsthaft zu gestalten. Sie waren lediglich darauf aus, kurzfristige Showeffekte zu erzielen. Dafür sind Sie ja nun mal bekannt.

(Lutz Brauer, CDU: Die haben
Sie doch noch nicht mal gelesen.)

Der Gipfel des Vorgehens ist die unwürdige Diskussion und Schlammschlacht, die Sie angezettelt haben über die Bezahlung des Chefs der Staatskanzlei. Und da sage ich Ihnen eins, die wird von Ihnen geführt aus niederen Beweggründen,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Rot-roter Filz sage ich dazu!)

und sonst nichts und sonst gar nichts.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie wissen ganz genau, der Amtsvorgänger des jetzigen Chefs der Staatskanzlei, mit hundertprozentiger Sicherheit wäre er in dieser Legislaturperiode mit Ihrer Unterstützung,

(Wolfgang Riemann, CDU: Nein.)

wenn Sie denn noch was zu sagen hätten, auf den gleichen Trichter gekommen

(Wolfgang Riemann, CDU: Nein.)

und Sie hätten das durchgeboxt ohne Rücksicht auf Verluste. So ist das.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD –
Wolfgang Riemann, CDU:
Wir hätten das verhindert.)

Aber jetzt, wo Sie die harten Bänke der Opposition drücken, veranstalten Sie ein so lautes Geschrei. Ich sage Ihnen ganz deutlich, mit diesen Äußerungen zeigen Sie nur zu deutlich, dass Sie selbst überhaupt gar nicht mehr daran glauben, in absehbarer Zeit als Regierungspartei in diesem Lande ähnliche Entscheidungen treffen zu müssen,

(Heinz Müller, SPD: Da haben
sie dann endlich mal Recht.)

meine Damen und Herren der CDU. Und da haben Sie Recht, genau so ist es.

Meine Damen und Herren, wir Sozialdemokraten können mit Geld umgehen. Dies ist lange genug hier bewiesen worden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Dr. Ulrich Born, CDU: Die Beteiligungen sind
wirklich sehr gut an den Wirtschaftsunter-
nehmen. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Denn allein dem verantwortungsvollen Umgang mit den Finanzen seit Mai 1996, Kollege Rehberg, ist es zu verdanken, dass wir allmählich wieder Spielräume politischer Gestaltungsfähigkeit, dass wir allmählich auch wieder Luft bekommen. Und Sie, meine Damen und Herren der CDU, haben unserer Finanzpolitik außer lauten Worten und dummen Sprüchen überhaupt nichts entgegenzusetzen.

(Beifall Heinz Müller, SPD –
Dr. Ulrich Born, CDU:
Ist das wieder ein Niveau!)

Nicht zuletzt deshalb, Herr Rehberg – Sie hören das ja sehr ungern –,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist so was von
niveaulos! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

nicht zuletzt deshalb, loben Sie doch intern immer wieder die vernünftige Politik unserer Finanzministerin Kollegin Keler.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Können
Sie endlich mal was zum Haushalt
sagen außer Allgemeinplätzen?)

Deshalb sage ich Ihnen, Herr Rehberg, Sie würden tatsächlich Größe beweisen, wenn Sie hier und heute auch einmal öffentlich diese Leistung anerkannt hätten

(Dr. Christian Beckmann, CDU:
Dazu gibt es keinen Anlass.)

und über Ihren eigenen Schatten gesprungen wären. Aber dazu sind Sie scheinbar nicht in der Lage.

Meine Damen und Herren! Kein Haushalt verlässt das Parlament so, wie er eingebracht wird. Keiner der 14 Einzelpläne blieb von Umschichtungen oder auch Veränderungen ausgenommen. Sämtliche Mehrbedarfe wurden haushaltsneutral abgewickelt und alles in allem hat der Finanzausschuss Veränderungen im Einnahmen- und Ausgabenbereich von rund 31,5 Millionen DM beschlos-

sen. Der Haushaltsetat für das Jahr 2001 wurde um eben diesen Betrag auf 14 Milliarden DM erhöht.

Und wenn ich eingangs davon sprach, dass unser Motto lautet „Nur Verantwortung bedeutet Zukunft“, so zeigt sich dies insbesondere auch in einem Punkt, ich meine den Zukunftsfonds. Mit diesem Haushaltsplan wird erstmals ein Fonds „Zukunft für die Jugend in Mecklenburg-Vorpommern“ aufgelegt, und zwar in Höhe von 100 Millionen DM. Für eine Laufzeit von fünf Jahren sollen jährlich rund 20 Millionen DM für zukunftsweisende Projekte und Maßnahmen in den Bereichen Multimedia sowie für innovative Technologieförderung, für Förderung im Jugendbereich und für einen Risikokapitalfonds ausgereicht werden. Ich lege deshalb die Bedeutung auf „zukunftsweisend“, weil es ausdrücklich neue und innovative Projekte und Maßnahmen sein sollen, die nicht aus schon bestehenden Fördertöpfen und Programmen finanziert werden. Dieser Fonds soll auch ein Mittel sein, der Abwanderung junger Menschen aus unserem Land entgegenzuwirken. Das sage ich Ihnen als Erinnerungsposten mal ganz ohne Polemik, Herr Rehberg, eingedenk Ihrer Rede.

Meine Damen und Herren, Sie wissen ganz genau, dass es damit dem Landtag erstmalig gelungen ist, über das übliche Maß hinaus gestaltend in die Haushaltsplanung einzugreifen. Aber um Ihnen hier auch gleich den Wind wieder aus den Segeln zu nehmen, wir Abgeordneten der Koalition sitzen dabei mit der Regierung im selben Boot und im Gegensatz zur CDU stimmen wir uns mit unseren Regierungsvertretern verlässlich ab.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Von daher sind dann auch die Äußerungen des Abgeordneten Nolte völlig unverständlich, der uns ein vermeintliches Abnicken der Vorgaben der Finanzministerin vorgeworfen hat.

(Harry Glawe, CDU: Da hat er völlig Recht.)

Herr Nolte, wir stimmen uns eben mit der Landesregierung ab, wohingegen aus CDU-Zeiten ja noch bekannt ist,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie nehmen die
Weisungen entgegen, Herr Schlotmann.
So ist es. Sie stimmen gar nichts ab.)

dass dort gern jeder nur das gemacht hat, wozu er Lust hatte.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Schlotmann
nimmt nur Weisungen entgegen.
Schlotmann stimmt nichts ab.)

Im Übrigen, Herr Riemann, wir hatten schon lange Ideen und Konzeptionen für den Zukunftsfonds und dann sind Sie auf einmal auf den Zug aufgesprungen, und zwar einige Monate später, sind wach geworden und forderten plötzlich einen eigenen Fonds mit gänzlich anderen Zielstellungen.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Ihr Antrag kam später als unserer.)

Da kann ich Ihnen nur sagen: Schönen guten Morgen!

(Wolfgang Riemann, CDU: Ihr Antrag kam
später, Herr Schlotmann, das wissen Sie auch.
Sie lügen schon wieder in der Öffentlichkeit! –
Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Meine Damen und Herren! Ich lüge in der Öffentlichkeit!? Ich habe das nur fürs Protokoll wahrgenommen, was Sie mir da gerade gesagt haben.

Meine Damen und Herren! Bei den Beratungen zum Haushaltsplanentwurf hat die Koalition ihre weiteren Schwerpunkte für finanzielle Verbesserungen deutlich gemacht. Lassen Sie mich einige Beispiele nennen. 2 Millionen DM können für die Darlehen für Existenzgründungen eingestellt werden. Im Bereich der Kommunalfinzen wurde die kommunale Investitionspauschale um 10,8 Millionen DM auf insgesamt 160,8 Millionen DM erhöht. Und damit haben die Kommunen mehr finanzielle Spielräume. Im Bereich des Tourismus wurden 200.000 DM mehr für Werbemaßnahmen eingestellt. Da jeder weiß, wie wichtig der Tourismus für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes ist, und da wir dagegenhalten müssen, wenn der Kollege Rehberg, was ich wirklich immer wieder bedaure, als negativer Wanderprediger in der Republik rumreist und in Hamburg das Land auch vom Wirtschaftsrat der CDU wieder schlecht redet, zeigt es, wie wichtig es ist, mit Finanzen dagegenzuhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Angelika Gramkow, PDS –
Zuruf von Jörg Vierkant, CDU)

Schließlich nenne ich auch die 300.000 DM zur Bekämpfung des Rechtsextremismus, die wir der Landeszentrale für politische Bildung wieder zusätzlich zur Verfügung stellen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das hat
die Landesregierung zuerst gekürzt.)

Auch hier werden ...

Wir reden doch darüber, was wir als Fraktion gemacht haben, ne?

Auch hier werden wir unserer Verantwortung gerecht, mit Geld statt nur mit großen Worten, wie Sie das gerne tun, tätig zu werden. Ich sage es noch einmal, das sind Punkte, die die Koalition hier durchgesetzt hat. All das sind Beispiele, bei denen die Fachpolitiker der Fraktionen im Interesse der Sache tätig geworden sind.

Und, meine Damen und Herren, erlauben Sie mir an dieser Stelle eine Bemerkung am Rande. Mit dem heute vorgelegten Haushalt entscheiden wir auch zum Beispiel über Fraktionskostenzuschüsse, das heißt also über Gelder, die den Fraktionen zur Verfügung gestellt werden, unter anderem für die Enquetekommission dieses Landes. Es ist natürlich selbstverständlich, dass diese Mittel auch für die CDU eingeplant sind,

(Reinhard Dankert, SPD: Hört, hört!)

und das, meine Damen und Herren, wo Sie doch gar nicht mitarbeiten wollen, sich verweigern an der Mitarbeit in der Enquetekommission.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Hören Sie auf,
Herr Schlotmann, Unwahrheiten zu erzählen!)

Ich frage mich wirklich, wie passt das eigentlich zu Ihrem moralischen Zeigefinger,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Sie treten
Recht und Gesetz mit Füßen!)

den Sie sonst so gerne erheben, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Haushalt haben wir bewiesen ...

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Herr Rehberg, setzen Sie sich doch hier vorne hin, dann kommen Ihre Sprüche auch ins Protokoll. Das ist doch unfair für die Tribüne.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Nein. Hören Sie auf,
so einen Unsinn zu erzählen, Herr Schlotmann!)

Meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Haushalt haben wir bewiesen, dass nur, wer heute verantwortlich mit Geld umgeht, Spielräume für politische Gestaltungsfähigkeit erwerben kann. Nicht zuletzt deshalb haben wir auch Wert darauf gelegt, im Interesse politischer Schwerpunktsetzungen den Ressorts Bildung und Soziales keine weiteren finanziellen Pauschalkürzungen aufzudrücken.

(Harry Glawe, CDU: Ach hören
Sie doch auf! Hören Sie doch auf!)

Immer ganz genau definieren, Kollege Rehberg. Wir haben den Mut und die Verantwortung,

(Harry Glawe, CDU: Erst machen Sie Unter-
veranschlagungen im Haushalt und jetzt sagen
Sie, Sie gehen verantwortungsvoll damit um.)

diese beiden Ressorts von weiteren Einsparvorgaben mit dem Rasenmäher ausgenommen zu haben –

(Harry Glawe, CDU: Sie machen
nur Rasenmähermethode.)

ein Novum im Vorgehen, das mit der CDU niemals möglich gewesen ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der
SPD und PDS – Dr. Ulrich Born, CDU:
Sie glauben und verstehen das doch
selber nicht, was Sie uns erzählen.)

Meine Damen und Herren! Die Opposition betreibt Finanzpolitik unter dem Blickwinkel kurzfristiger Effekte, ohne auch nur ansatzweise wirklich seriöse Deckungsvorschläge aufzuweisen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ha! Im nächsten
Jahr greifen Sie unsere Deckungsvor-
schläge wieder auf, Herr Schlotmann.)

Und ich sage Ihnen ganz deutlich, einer solchen Opposition darf man mit Sicherheit keine Steuergelder anvertrauen. Ich hatte Sie im September schon aufgefordert, mit Ihrem allzu offensichtlichen Schattenboxen aufzuhören und tatsächlich konstruktiv und seriös mit uns gemeinsam an der finanzpolitischen Zukunft unseres Landes zu arbeiten. Doch leider muss ich mich heute, drei Monate später, einmal mehr getäuscht sehen. Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU, geht es gar nicht um das Wohl Mecklenburg-Vorpommerns, Ihnen geht es ganz allein und einzig um politische Showeffekte und das eigene politische Wohlergehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Dr. Ulrich Born, CDU: Das verwechseln Sie
mit sich selbst. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Nur, man kann natürlich sagen, das ist eine ganz legitime Art und Weise, ein Vorgehen der Opposition, ihre Arbeit selbst aufzufassen. Bedenklich wird es aber, wenn

der Abgeordnete Rehberg mit unüberlegten Äußerungen – ich hoffe, sie sind unüberlegt, ich habe es vorhin schon mal angesprochen – außerhalb unserer Landesgrenzen potentielle Investoren davon abhält, sich im Land überhaupt einmal umzusehen, so, wie er es jetzt in Hamburg wieder mal getan hat.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und, meine Damen und Herren von der Opposition, bei allen parteipolitischen Unterschieden, wer so Politik macht, der schadet unserem Bundesland, der setzt bewusst persönliches Machtstreben über die Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Dr. Ulrich Born, CDU: Wer diesem Bundesland schadet, das sind wohl eher Sie.)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Also der Präsident ist immer noch eine Präsidentin. Das sollten Sie wenigstens wissen. Das ist schon langsam peinlich.)

Dieser Haushalt zeigt wie kein anderer, nur Verantwortung bedeutet Zukunft. Die Koalitionsfraktionen haben mit dem vorliegenden Haushalt ihre Politik für das nächste Jahr in Zahlen gegossen. Es gibt keine Alternative zu dem eingeschlagenen Weg und es hat sich gezeigt, dass nur ein verantwortlicher Umgang mit Steuergeld auch wirklich neue Spielräume eröffnet. Lassen Sie uns gemeinsam diesen Weg weitergehen!

Eine Anmerkung zum Schluss meiner Ausführungen möchte ich Ihnen aber auch nicht ersparen, lieber Kollege Rehberg.

(Minister Dr. Wolfgang Methling:
Wo ist er denn?)

Wissen Sie, gerade Sie als derjenige, der dadurch hier auffällt, dass er sich nur zu seinen eigenen Reden im Plenum aufhält, sich dann dreisterweise hier darüber aufzuregen, dass der Ministerpräsident ...

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Hier ist er. Er redet gerade nicht, aber er ist da. – Dr. Ulrich Born, CDU:
Dreisterweise! Das ist ja wohl unerhört!
Dreisterweise! Unerhört!)

Das weiß ich, das sehe ich, Kollege Riemann, da brauche ich Sie nicht zu hören.

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Der hat ein Demokratieverständnis!)

Oh, mein Gott, Sie tun mir wirklich Leid! Sie haben absolut keinerlei moralisches oder sonstiges Recht, sich hier über den Ministerpräsidenten zu mokieren,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Der ist schon wieder nicht da.)

dass er zufällig nicht im Raum ist, denn Sie glänzen mindestens genauso durch Ihre Abwesenheit. – Danke sehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Dr. Ulrich Born, CDU: Zufällig nicht im Raum ist!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Schlotmann.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich bitte doch um Sachlichkeit in der Debatte und auch in den Zwischenrufen und auf so unparlamentarische Worte wie „blöd“ und „Sie lügen“ zu verzichten.

Ich rufe jetzt auf die Fraktionsvorsitzende der Fraktion der PDS Frau Gramkow.

Angelika Gramkow, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Ob es Ihnen passt, Herr Rehberg, oder nicht, der Landeshaushalt 2001 als Ergebnis der Haushaltsberatungen kann sich sehen lassen, er ist solide.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Die Eckdaten stimmen, die Nettokreditaufnahme konnte bei 650 Millionen DM gehalten werden, die Stellenzahl wird im Laufe des Jahres um 1.118 Stellen auf 46.716 reduziert. Wir haben 203 Millionen DM weniger Einnahmen als 2000 zu verkräften, ein gewisses Risiko bleibt aus der Novembersteuerschätzung und die Regelungen der Entfernungspauschale und zum Agrardiesel habe ich damit noch nicht berücksichtigt. Aber hier eine klare Aufforderung an die Damen und Herren der CDU:

(Harry Glawe, CDU: Jo.)

Ich fordere Sie auf, auf Bundesebene dafür zu wirken, dass diese Entscheidung zur Entfernungspauschale und zum Agrardiesel durch den Bundesrat am 21. Dezember kommt,

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

weil sonst an Ihnen scheitert die soziale Entlastung der Bürgerinnen und Bürger

(Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten
der CDU – Wolfgang Riemann, CDU:
Erst werden sie mit der Ökosteuer belastet
und dann sollen sie entlastet werden.)

und die Entlastung der Bauern dieses Landes. Das sind die Fakten.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD –
Wolfgang Riemann, CDU: Und was passiert mit
den Rentnern und Sozialhilfeempfängern, Frau
Gramkow? – Glocke der Vizepräsidentin)

Und wenn Sie dieses nicht tun, zeigt das wieder einmal die Politikunfähigkeit der CDU in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Aber das müssten Sie, Herr Rehberg, ja dann den Bauern und Bäuerinnen erklären.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja, denen
sage ich, dass ab Januar die Preise
um 7 Pfennig pro Liter steigen.)

Bundesgesetzliche Veränderungen führten darüber hinaus zu notwendigen Mehrausgaben des Landes. Die BAföG-Regelung kostet uns 9 Millionen DM, die Werftenhilfe 2,4 und zusätzliche Infrastrukturmaßnahmen machen Planungsleistungen von 5,5 Millionen zusätzlich notwendig. Und hier sei ebenfalls eine Anmerkung gemacht: Der

Bundesregierung gefällt es zusehends in der Rolle der Wohltäterin. Dabei wird zunehmend die Tendenz deutlich, dass finanzielle Lasten auf Länder und Kommunen abgeschoben werden. Und das ist so nicht weiter hinnehmbar.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Der Haushaltsvollzug 2000, meine Damen und Herren – und, Herr Rehberg, wenn Sie im Finanzausschuss gewesen wären, hätten Sie es gewünscht –,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Überfordere ihn nicht!)

brachte uns 13 Millionen DM mehr an Sozialhilfe, so bedauerlich wie dies ist, brachte die Erhöhung der Zusatzversorgungssysteme noch einmal um 5,6 Millionen und die Finanzierung der Regelkosten im Kindertagesstättenbereich um plus 3 Millionen. Und hierbei wird jetzt selbst eigentlich den Kolleginnen und Kollegen der CDU deutlich und es wird Ihnen nicht entgangen sein, dass es sich hier um gesetzliche Leistungen handelt, die auszufinanzieren sind. Punkt. Wir haben dies mit großer Anstrengung hingekriegt. Aber es ging auch an das Eingemachte, denn wir dürfen nicht übersehen, dass wir mit 140 Millionen DM auch in die Rücklagen und in das Vermögen gegangen sind. In dem Zusammenhang verweise ich darauf, dass die 89 Millionen IFG bereits als Einnahme verbucht sind und damit – für Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU – nicht ein zweites Mal ausgegeben werden können.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: So genau interessiert das die CDU nicht.)

Doch.

Das, was Sie – und das sieht man an diesem Antrag, der hier vorliegt –, meine Damen und Herren von der CDU, machen, ist unsolid.

(Wolfgang Riemann, CDU: Aha!)

Sie sind verantwortlich für die Schulden, die das Land Mecklenburg-Vorpommern zu verkräften hat,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Barbara Borchardt, PDS)

und werfen der Koalition einen unververtretbaren Sparkurs vor.

Die Kreditaufnahme der gesamten Amtsperiode der rot-roten Landesregierung, wenn alles so bleibt, ist mit 2 Milliarden 671.000 Millionen DM niedriger als die von Ihnen allein im Jahr 1994 beschlossene Nettokreditaufnahme von 2,708 Milliarden DM. Haben Sie das vergessen?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Sie wettern gegen den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor

(Harry Glawe, CDU: Genau so!)

und verlangen zugleich mehr Jugend- und Schulsozialarbeiter. Gerade erst neulich wieder Herr Jäger – ich kann es Ihnen ja nun mal nicht ersparen – in seiner Presseerklärung zum Kampf gegen den Rechtsextremismus, dem Sie sich und Ihre Landesvorsitzende ja wohl mit den demokratischen Parteien SPD und PDS verweigert haben.

(Heiterkeit bei Steffie Schnoor, CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Ho!)

Und Ihr Antrag, die Mittel für die Jugend- und Schulsozialarbeiter, den Sie hier heute vorgelegt haben, zu kürzen, diesen Antrag erläutern Sie mal bitte den Landräten, die insbesondere nach Mitteln für Jugend- und Schulsozialarbeiter schreien!

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –

Harry Glawe, CDU: Sie haben doch extra dafür gesorgt, dass die Kofinanzierung durch die Bundesanstalt für Arbeit eingestellt wurde. Da sind Sie doch dran schuld! Das ist Unsinn, was Sie hier vortragen! – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Sie suggerieren, höhere Bauinvestitionen stoppen die Krise in diesem Bereich.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Wir sind in der Marktwirtschaft, wenn ich Sie daran einmal erinnern darf.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Und heißt das, dass die öffentliche Hand nicht investieren darf?)

Der Staat hat für die wirtschaftliche Entwicklung und seine Rahmenbedingungen und das soziale Umfeld zu sorgen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig,
und zu investieren aber nicht.)

nicht weniger, aber auch nicht mehr. Herr Born, warten Sie es ab!

(Harry Glawe, CDU: Mehr machen
Sie sowieso nicht, eher weniger.)

In diesem Kontext, Herr Born, können sich die Investitionen in Höhe von 3 Milliarden DM, also mit 27,3 Millionen DM mehr als im Entwurf der Landesregierung vorgesehen, im Landeshaushalt allemal sehen lassen. Und weil mir Ihre ...

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD –
Dr. Ulrich Born, CDU: Aber die Investitionsquote geht von Jahr zu Jahr zurück.
Das können Sie nicht bestreiten.)

Ich habe ja gewusst, was kommt.

(Harry Glawe, CDU: Sie entziehen
dem ersten Arbeitsmarkt Investitionen.)

Und weil mir Ihre ewigen Nörgeleien an der Investitionsquote auf den Nerv gehen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist aber schön.)

habe ich in der Mittelfristigen Finanzplanung von 1997 bis 2001, die ja wohl unter Ihrer Verantwortung entstanden ist, nachgelesen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Frau Keler
war schon Finanzministerin.)

Seite 23, Zitat:

(Dr. Ulrich Born, CDU: Finanzministerin
war Frau Keler. – Andreas Bluhm, PDS:
Wer war denn der größte Partner?)

„Aus dem Modellhaushalt“ –

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie haben heute genau
dieselben Schwierigkeiten wie wir damals, Herr
Bluhm. – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

in Klammern füge ich hinzu, eines vergleichbaren westlichen Flächenlandes –

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, die gleiche Finanzministerin.)

„folgt, die Investitionsausgaben sind in absehbarer Zeit“ – und jetzt hören Sie zu! –

(Harry Glawe, CDU: Jo.)

„um gut zwei Drittel zu reduzieren.“

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, die Frau Keler hat damals schon falsche Auffassungen gehabt.)

„Die Realisierung dieser finanzpolitisch gebotenen Zielsetzung ergibt sich einerseits aus den Finanzierungsmöglichkeiten und andererseits“ – Sie sollten genau zuhören, Sie haben dieses unter der Führung Ihres Ministerpräsidenten geschrieben – „aus dem erreichten Abbau des Nachholbedarfs.“

(Dr. Ulrich Born, CDU: Nee, das hat die Finanzministerin geschrieben. – Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Was hieß das damals eigentlich in Zahlen, Herr Born? Sie planten für das Haushaltsjahr 2001 eine Investitionsquote von 20,5 Prozent,

(Ministerin Sigrid Keler: Jetzt sind wir bei 22,1.)

was real 2.099.000.000 DM ausgemacht hätte, also zum einen unter der realen Summe, die heute die Landesregierung und das Parlament in den Landeshaushalt 2001 eingestellt haben,

(Dr. Ulrich Born, CDU: In die Mittelfristige Finanzplanung haben wir sie ja schreiben lassen, was sie wollte. Das wissen Sie doch.)

und zum anderen eine geringere Quote, 3 Milliarden und 22,1 Prozent.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Dr. Gerhard Bartels, PDS – Harry Glawe, CDU: Und was hilft es Ihnen nun? Sie wollten alles besser machen. Sie wollten konservative Politik ablösen und Sie bewegen nichts.)

Sie haben auch vergessen, dass Sie im Landeshaushalt 1997 zu 1998 die Gesamtinvestitionen um 195 Millionen DM gekürzt haben.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Die Mittelfristige Finanzplanung wird doch nur zur Kenntnis genommen. Das wissen Sie doch aber, Frau Gramkow!)

Wie soll ich da eigentlich Ihren heutigen Antrag verstehen, das Bauvolumen des Landes noch mal um 15 Millionen zu kürzen?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das ist die Logik der CDU. – Harry Glawe, CDU: Sie werden daran gemessen, was Sie heute für Politik betreiben, was Sie heute für einen Haushalt vorlegen.)

Da bleibt es nur noch zu sagen, ein Glück, dass es jetzt die PDS- und SPD-Regierung in diesem Land gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD – Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Aber so einfach will ich es mir dann doch nicht machen, weil es ist ja bitterernst.

(Harry Glawe, CDU: Ja, bitterernst ist es. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

In der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der IHKn, der Unternehmerverbände

(Reinhard Dankert, SPD: Das Dazwischengerede ist unerträglich.)

bis hin zu den Sparkassenvorständen sieht man, wenn man es sehen will, das Tief in der Baukonjunktur.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie vertiefen das noch und machen ein Loch.)

Die Zugangszahlen zum Arbeitsmarkt sind Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Der damit verbundene Kapazitätsabbau hält weiter an.

Ich habe das alles gefunden nicht in Parteiprogrammen der PDS.

(Harry Glawe, CDU: Na klar!)

Insbesondere im Mietwohnungsbau ist die Nachfrage an ihre Grenzen gelangt. Auch der Eigenheimbau ist rückläufig. Ich zeige Ihnen gerne die Zitate bei den Unternehmerverbänden. Festzustellen ist zunehmend die negative Wirkung auf andere mit der Baubranche verbundene Wirtschaftsbereiche. Wer am Montag auf der Veranstaltung des Sanitär- und Heizungswesens war, weiß, wovon ich rede.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Waren Sie da?)

Glauben Sie denn wirklich, im System der sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland mit 100 Millionen DM im Bauvolumen diesen Trend in Mecklenburg-Vorpommern aufhalten zu wollen?

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD – Harry Glawe, CDU: Aber nichts machen ist richtig, nicht? – Dr. Ulrich Born, CDU: Deshalb machen Sie eben gar nichts.)

Ach ja, und dann wäre ich ganz gerne an dem Namen des Investors interessiert – kann ja auch eine Investorin sein –, der aufgrund fehlender Förderbedingungen und Maßnahmen in Mecklenburg-Vorpommern eine Ansiedlung bisher nicht realisiert hat und dem es nicht ermöglicht worden ist,

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

so, wie Sie, meine Damen und Herren der CDU, dies immer behaupten.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Fehlendes Engagement. – Harry Glawe, CDU: A3XX haben Sie nicht geschafft. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Beweisen Sie es doch bitte! Bis heute haben Sie das nicht getan.

(Wolfgang Riemann, CDU: Airbus! – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ach, Herr Riemann, denken Sie sich doch mal etwas Neues aus! – Harry Glawe, CDU: BMW schaffen Sie auch nicht. – Dr. Ulrich Born, CDU: BMW vertreiben Sie auch.)

Es bleibt dabei, über 3 Milliarden DM Investitionen und Verpflichtungsermächtigungen von nochmals 3,4 Milliarden DM über die Folgejahre können sich wahrlich sehen lassen.

(Harry Glawe, CDU: 38.000 mehr Arbeitslose als vor zwei Jahren, das sagt alles.)

Meine Damen und Herren! Was uns im Team mit der Landesregierung gelungen ist, halten wir als PDS-Landtagsfraktion wirklich für kreativ. Und ich erkläre es Ihnen gerne noch mal:

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Hoffnungslos!)

Erstmals konnten ressortübergreifend politische Prioritäten bereits mit der Einbringung des Haushaltsentwurfes gesetzt werden. Die Bereiche des Sozialministeriums und des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur müssen nicht zusätzlich einsparen, und zwar Millionen von D-Mark in diesem Land.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Die Arbeitsmarktpolitik und die kommunale Finanzausstattung blieben konstant in der realen Summe.

(Harry Glawe, CDU: Jaja. Trotz Tarifsteigerungen, trotz Inflation.)

Klar ist, dass alle anderen Ressorts dafür solidarisch zusätzlich eingespart haben. Und das ist einmalig und dafür ist der Dank an die Landesregierung zu richten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wir haben einen Zukunftsfonds aufgelegt – ich finde es ja lustig, Herr Riemann, wenn Sie in der Einbringung des Haushaltes den nicht gefunden haben sollten – im Einzelplan 11 und über fünf Jahre ausfinanziert. Im Rahmen dieses Fonds werden mit Multimediaausstattung in Schule und Ausbildung die notwendigen Voraussetzungen in diesem Bereich geschaffen, statt in zehn Jahren, wie Sie es geplant hatten, jetzt in fünf.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Drittens. Die Landesinitiative „Jugend- und Schulsozialarbeiter“ ist ausfinanziert

(Harry Glawe, CDU: O wei, o wei, o wei!)

und soll zunächst bis 2004 fortgesetzt werden. So viel zum Tellerrand und zum Wahljahr 2002.

(Harry Glawe, CDU: Und was hilft es?)

Der Einstieg in den ÖBS ist realisierbar.

(Harry Glawe, CDU: Die Bundesanstalt für Arbeit finanziert keine Jugendclubs mehr.)

So manchem Jugendclub, so mancher Schule

(Harry Glawe, CDU: Das ist die Konsequenz aus Ihrem Programm.)

und so manchem jungen Menschen hilft das real.

(Harry Glawe, CDU: Das ist eine Pflichtaufgabe geworden.)

Sie sollten sich das vor Ort mal anschauen, Herr Glawe!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Harry Glawe, CDU: Jetzt haben wir weniger Jugend- und Schulsozialarbeiter als vor zwei Jahren.)

Alle verfügbaren Bundes- und Europamittel werden wieder komplementär finanziert, auch wenn dies zunehmend problematischer wird.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Die haushaltsmäßige Ermächtigung eines Programms „Jugend in Arbeit“ ist unsere Antwort auf Jugendarbeitslosigkeit

(Harry Glawe, CDU: Ja, die ist so hoch wie nie! So hoch wie nie!)

und sie wird mit diesem Haushalt gegeben. Die Bausteine sind zügig zu entwickeln und dann auch entsprechend umzusetzen.

(Harry Glawe, CDU: Trotz 100.000-Stellen-Programm des Bundes ist die Jugendarbeitslosigkeit so hoch wie nie.)

Das Forstkonzept wird inhaltlich und strukturell umgesetzt, betriebsbedingte Kündigungen können vermieden werden. Das Personalentwicklungskonzept der Polizei ist eingearbeitet, das Landeshygieneinstitut in ein Landesamt für Gesundheit umgewandelt.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Und wo ist die gesetzliche Grundlage?)

Wo nehmen Sie die Nichtkenntnis her, Herr Rehberg, dieser Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen Unvermögen in strukturellen Entscheidungen vorzuwerfen?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Sie haben das in den letzten acht Jahren Ihrer Regierung überhaupt nicht geschafft.

Und deshalb ist es auch nicht kreativ, meine Damen und Herren von der CDU, undifferenziert, ohne Aufgabenkritik, wahllos über jeden Haushalt hinweg, Strukturveränderungen zu beantragen, an die Sie ja selbst nicht glauben, wenn Sie es denn umsetzen könnten:

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ach was! Wie kommen Sie denn darauf? – Harry Glawe, CDU: Was wissen Sie denn, was wir für einen Glauben haben?)

die Zusammenlegung des Wirtschafts- und des Arbeitsministeriums – ich gestehe, mein Finger zuckte leicht, weil, es wäre ja zu schön, um wahr zu sein –,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU: Wer zuckt?)

die Zusammenlegung des Landwirtschafts- und des Umweltministeriums, obwohl auch gerade Sie erkennen müssten, wie gut es ist, dass es ein eigenständiges Umweltministerium in Mecklenburg-Vorpommern gibt.

(Beifall Barbara Borchardt, PDS – Zurufe von Abgeordneten der CDU: Ooh! – Minister Dr. Wolfgang Methling: Ja, ja.)

Aber besonders interessant fand ich Ihren Antrag zur Reduzierung der vier Ämter für Raumordnung auf drei.

(Wolfgang Riemann, CDU: Prüfauftrag! Prüfauftrag, Frau Gramkow! Prüfauftrag!)

Haben Sie denn vergessen, dass das vierte Amt in Vorpommern noch unter Ihrer Regierungszeit künstlich und politisch geschaffen worden ist, Herr Riemann? Wir stehen heute zu Vorpommern in diesem Fall.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD – Zurufe von einzelnen Abgeordneten der CDU – Heiterkeit und Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Meine Damen und Herren, es ist wirklich unübersehbar, dass der Landeshaushalt sich weiterentwickelt hat.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das Flugwesen, Frau Gramkow! Ritsch, ratsch, weg war er! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Die Präventionsarbeit ist wieder stabil, die Landeszentrale für politische Bildung wird auch personell dafür verstärkt.

(Harry Glawe, CDU:
Richtig gewichtig, gewichtig.)

Ich verweise auf den gleichlautenden Antrag der Fraktionen von PDS und SPD. Das Programm „Jugend baut“ wurde mit 4 Millionen DM aufgestockt

(Zurufe von Abgeordneten der CDU:
Oh! – Harry Glawe, CDU:
Gewaltig. Das ist ja gewaltig.)

und 1 Million DM mehr stellen wir für das altengerechte und betreute Wohnen zur Verfügung. Ich habe sehr wohl registriert, dass Sie als CDU diese Maßnahme nicht wollen, denn Sie stellen heute Streichungsanträge,

(Dr. Ulrich Born, CDU: So?!)

im Übrigen auch für die Ausfinanzierung des Bildungsfreistellungsgesetzes.

(Harry Glawe, CDU: Ja, das ist völlig richtig.)

In dieser Frage scheinen Sie einmal politisch konsequent zu sein.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wir haben Maßnahmen zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen

(Harry Glawe, CDU: 600.000 Mark helfen sowieso nicht. – Heidemarie Beyer, SPD:
Aber es ist ein Anfang.)

verstärkt mit 270.000 DM. Im Rahmen der Jugendförderung wird die Beteiligungskampagne gefördert, die Mittel für die Jugendarbeit freier Träger und für Investitionszuschüsse an Jugendherbergen bleiben auf dem Niveau von diesem Jahr.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Im Kita-Bereich sind Investitionen zur Senkung von Heizkosten in Höhe von 1 Million DM zusätzlich veranschlagt worden.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU:
Das ist ein großer Wurf, nicht?)

Das Land wird sich an den Kosten für die Aufwendungen

(Harry Glawe, CDU: Eine Million aufs Land. Das soll man mal hochrechnen, was das bedeutet.)

der Tierkörperbeseitigung mit 2 Millionen DM beteiligen.

(Zuruf von Jörg Vierkant, CDU –
Harry Glawe, CDU: Das ist nicht mal eine Kita.)

Die zusätzliche 1 Million DM, die Sie als CDU in diesem Fall hier fordern, lässt sich nicht ausfinanzieren.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Ach, Frau Gramkow! –
Harry Glawe, CDU: Das ist ja ein ganz neues Argument. Betriebskosten nehmen wir aus Verstärkungsmitteln.)

Schauen Sie sich mal Ihre Deckungsvorschläge an!

(Harry Glawe, CDU: Jaja. – Zuruf von
Dr. Gerhard Bartels, PDS – Harry Glawe, CDU:
132 Millionen und 5 Millionen fehlen noch.)

Wir haben die Budgetentscheidungen für die Fachhochschulen erweitert.

(Wolfgang Riemann, CDU: Gegen den Willen der SPD und der Finanzministerin.)

Im Schuljahr 2001 wird es eine Stunde Deutsch in Klasse 3 und im Schuljahr 2002 eine Stunde Deutsch in Klasse 4 mehr geben. Alles andere wäre dann allerdings auch tödlich.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aha!)

Neu ist auch die finanzielle Unterstützung, 300.000 DM, für Aufgaben im Bereich des integrierten ökologischen Umweltmonitorings. Hierbei geht es um die Anwendung und Vernetzung standardisierter Verfahren zur Erhebung von entsprechenden Daten aus dem Umweltbereich.

Die Aufstockung der kommunalen Investitionspauschale in 2001 um 10,8 Millionen DM, die sich in diesem Haushalt befindet, und in 2002 um weitere 12 Millionen DM ist ein richtiger Schritt. Hier sollte man nicht vergessen, dass wir diese bereits 1999 von 115 Millionen DM auf 150 Millionen DM heraufgesetzt hatten. Wir werden heute noch einmal reagieren.

(Harry Glawe, CDU: Regieren Sie doch mal!)

Die BSE-Vorsorge wird getroffen, der Heizkostenzuschuss, damit er schnell realisiert werden kann, wird gesetzlich diktiert und wir werden die strategische Beteiligung an der Nord/LB weiter erhöhen.

(Harry Glawe, CDU: Erst wird die Ökosteuer gemacht und dann gibt es nachher Heizkostenzuschüsse.)

Ich bedauere es an dieser Stelle sehr, dass unsere Bitten nach einer zusätzlichen Finanzausschusssitzung gestern, um dieses gemeinsam besprechen zu können, durch den Ausschussvorsitzenden abgelehnt worden ist.

(Harry Glawe, CDU: Er wird schon seine Gründe gehabt haben.)

Meine Damen und Herren, dies alles war nicht einfach. Aber mit Ihren Antworten, meine Damen und Herren von der CDU, haben Sie es sich einfach zu einfach gemacht.

(Harry Glawe, CDU: Nee, das stimmt nicht.)

Ihre Anträge sind nicht entwicklungsfähig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Wolfgang Riemann, CDU: Dann haben Sie die nicht richtig gelesen, Frau Gramkow. –
Dr. Ulrich Born, CDU: Sie dürfen dem leider nicht zustimmen.)

Ein Beispiel: Ihrer Entscheidung zur Werftenhilfe bedarf es nicht, Herr Glawe,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Das sieht die IG Metall anders.)

denn wer wirklich den Werften helfen wollte, musste dieses bis zum 31.12. diesen Jahres tun.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Na ja klar.)

Und deshalb ist die entsprechende Werftenhilfe durch die Landesregierung per Haushaltsgesetz jetzt bereits umgesetzt.

(Harry Glawe, CDU: In Kiel
haben sie gestern auch demonstriert.)

Noch ein Beispiel: Die Fakten und Zahlen zur kommunalen Finanzausstattung sind seit einiger Zeit bekannt. Bekannt ist auch, dass dies unterschiedlich bewertet wird. Die PDS-Fraktion hat in den vergangenen Tagen und Wochen zahlreiche kritische Stellungnahmen erhalten, ja, auch zu unseren Wahlaussagen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig. –
Harry Glawe, CDU: Die Leute lesen
jetzt langsam. Sie werden wach.)

Aber klar ist: Ein politischer Wettbewerb der Parteien über Versprechungen und unerfüllbare Forderungen kann zwar als vorgezogener Wahlkampf betrieben werden, objektiv hilft dies aber den Kommunen überhaupt nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Harry Glawe, CDU: Sie werden von
Ihren eigenen Wahlaussagen eingeholt. –
Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Alle Versuche von Ihnen, meine Damen und Herren der CDU, sich als Interessenvertreter der Kommunen zu profilieren, sind langfristig eher auf Sand gebaut.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und
Eckhardt Rehberg, CDU – Dr. Ulrich Born, CDU:
Was ist denn nun mit den Wahlaussagen?
Ist denn nun alles Schall und Rauch?)

Ihre Änderungsanträge sind viel zu schön, um wahr zu sein. Für die Erhöhung der 20 Millionen DM Schlüsselzuweisungen und der nochmaligen Erhöhung der Investitionspauschale von 18,2 Millionen DM bleiben Sie eine realistische Deckung schuldig.

(Georg Nolte, CDU: Der Einzelplan 11 ist
doch vom Landesrechnungshof kritisiert
worden. Das können Sie doch machen.)

Vielleicht sollten Sie sich doch besser an der Arbeit der Enquetekommission beteiligen, die unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen – auch was die Finanzausstattung der Kommunen betrifft – nach Lösungsansätzen für eine gesicherte Zukunft der Kommunen unseres Landes sucht.

(Harry Glawe, CDU: Und
dafür jedes Jahr 500.000 Mark. –
Eckhardt Rehberg, CDU: Die geregelte
Zukunft der Kommunen machen Sie kaputt.)

Sie haben sich dieser gemeinsamen Arbeit bisher verweigert.

Ausgehend von unserer Beschlusslage am Beginn der Haushaltsdebatte stehen wir zum Ergebnis von 2,5 Milliarden DM Finanzausstattung

(Harry Glawe, CDU: Das ist
viel zu wenig. Das wissen Sie.)

und insgesamt 160,8 Millionen DM kommunale Investitionspauschale.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aber nicht mehr zu Ihren
Wahlaussagen. Dazu stehen Sie nämlich nicht
mehr. – Harry Glawe, CDU: Da sind Sie weit
hinter Ihren Wahlversprechen hinterher.)

Wir sehen natürlich keine Veranlassung, dies zu bejubeln.

(Georg Nolte, CDU: Sagen Sie doch mal
was zum Familienleistungsausgleich!)

Das ist ein Ergebnis, das so und nicht anders politisch vereinbar war und das natürlich auch seine finanzpolitische Begründung nicht zuletzt im Gemeindefinanzsystem der Bundesrepublik Deutschland hat.

(Harry Glawe, CDU: Sie haben den
Kommunen so viel Hoffnung gemacht
und jetzt enttäuschen Sie sie schamlos.)

Es ist nicht zu übersehen, aber dass Sie das nicht sehen wollen, ist mir völlig klar, Herr Glawe,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und
PDS – Götz Kreuzer, PDS: Warum nehmen
Sie das Wort „schamlos“ in den Mund? –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ach, Herr Gla-
we, war das schön. – Glocke der Vizepräsidentin)

dass angesichts von mehreren 100 Millionen DM Mindersteuereinnahmen des Landes die in der Koalitionsvereinbarung festgeschriebene Garantie einer stabilen kommunalen Finanzausstattung auf dem Niveau von 2,5 Milliarden DM tatsächlich realisiert wurde. Und dieses Ergebnis zählt.

(Beifall Gabriele Schulz, PDS)

Auch dass wir einwohnerbezogen mit den Mitteln des kommunalen Finanzausgleichs unseres Landes hier einen exponierten Platz unter den neuen Bundesländern einnehmen, dürfen wir nicht übersehen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie sagt
wenigstens was zum Haushalt, sie
sagt wenigstens was zum Haushalt.)

Ich teile natürlich die Besorgnis all derer, die unseren Beschluss zum Haushalt 2001 nicht vordergründig aus der Gesamtsicht unseres Landes, sondern aus der Sicht der konkreten Zahlen und Auswirkungen auf einen konkreten Landkreis, eine Stadt, aber insbesondere einer Gemeinde sehen.

(Harry Glawe, CDU: Weniger
ist immer mehr bei Ihnen.)

Aber die vorhandene Schieflage und die Unausgewogenheit liegen eher in der Konstruktion unseres Finanzausgleichsgesetzes. Wie könnte es denn sonst sein, dass eine Gemeinde, die im Jahr 2000 einen ausgeglichenen Haushalt hatte, heute über Einnahmen von 190.000 DM und Ausgaben von 420.000 DM verfügt?

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Es ist notwendig, über den zukünftigen kommunalen Finanzausgleich planungssicher, nachvollziehbar, aufgabenbezogen und bürgerfreundlich zu entscheiden. Wir haben also noch viel zu tun. Ich lade Sie, meine Damen und Herren der CDU, recht herzlich dazu ein.

Festzustellen bleibt, meine Damen und Herren, es war ein schweres Stück Arbeit, diesen Haushalt 2001 auf die Schiene zu bringen, wie man so schön sagt. Es war deshalb schwer, weil wir wissen, dass der nächste nicht einfacher wird. Wir haben mit bundespolitischen Schwierigkeiten zu kämpfen und nach wie vor mit dem Schuldenberg.

Wir hätten natürlich auch noch viel mehr Wünsche und Vorstellungen gehabt, und doch, die Koalition von SPD und PDS hat es geschafft, einen Haushalt zu erarbeiten, der sparsam ist, nicht ohne politische Prämissen und Prioritäten zu haben, der die Auswirkungen bundesdeutscher Steuerpolitik verkraftet, ohne damit die Kommunen noch mehr zu belasten, der auf die Zukunft orientiert, Herr Glawe, ohne die Tagesaufgaben zu vernachlässigen.

(Harry Glawe, CDU: Ja.
Das machen Sie ja eben nicht.)

Wir haben einen Haushalt, der solide, kreativ und, was die nächsten Jahre angeht, noch entwicklungsfähig ist.

(Harry Glawe, CDU: Im negativen Sinne.)

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Gramkow.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich möchte Sie doch noch mal bitten, die Zwischenrufe kurz und knapp zu gestalten, und hier meine ich besonders die Abgeordneten der CDU-Fraktion.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD, CDU
und PDS – Beifall Rudolf Borchert, SPD –
Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU –
Harry Glawe, CDU: Danke fürs Lob.)

Das Wort hat jetzt die Finanzministerin Frau Keler.

Ministerin Sigrid Keler: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein paar Zahlen vorweg: Ich habe mal verglichen, seitdem ich Finanzministerin und für den Haushalt zuständig bin, mit den letzten vier Jahren, wo die CDU zuständig war.

(Wolfgang Riemann, CDU: Dann müssen Sie aber die Einnahmeseite auch gleich gegenüberstellen.)

Herr Riemann, seien Sie doch nicht so vorlaut!

(Volker Schlotmann, SPD: Er ist so vorlaut.)

Warten Sie doch erst einmal ab, was ich Ihnen sage!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Nettokreditaufnahme minus 4.656 Millionen DM, Zinsausgabenzuwachs minus 269 Millionen DM,

(Harry Glawe, CDU: Das ist ja auch nicht schön.)

Investitionsausgaben minus 2.009 Millionen DM, Einnahmen plus 846.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Millionen oder Tausend?)

Millionen.

Das bedeutet 1,8 Milliarden DM Konsolidierung und dann auch nur im konsumtiven Bereich.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wer also hier behauptet, dass wir mit Geld verantwortungslos umgehen, den müssten eigentlich diese Zahlen eines Besseren belehren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Ich habe gesehen, dass der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion rausgegangen ist,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Der hat einen Termin.)

aber wir haben ja wieder so eine Standardbeschimpfung von ihm vorhin gehört.

(Harry Glawe, CDU: Was?!)

Ich frage mich eigentlich, zum wievielten Male. Ihre Fundamentalkritik, verehrter Herr Rehberg, die Sie hier in einer Art und Weise vorzutragen pflegen, als seien Sie allein im Besitz der Wahrheit, wird durch noch so häufige Wiederholung nicht richtiger.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Angelika Gramkow, PDS)

Sie ermüdet nur noch. Das scheinen Sie ja auch selbst zu merken, denn inzwischen gehen Sie mit Ihren verbalen Kriegszügen gegen Rot-Rot ja schon außerhalb der Landesgrenzen. Das ist allerdings fatal, denn damit schaden Sie dem Land in seinen schwierigen Verhandlungen um den Länderfinanzausgleich und den Solidarpakt II und Sie bedienen den Stammtisch in einer nicht zu verantwortenden Weise.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD,
Andreas Bluhm, PDS, und
Angelika Gramkow, PDS)

Überall um uns herum werden diese beiden Problemfelder eifrig bestellt, über alle Parteigrenzen hinweg. Gerade Hamburg ist ein Paradebeispiel dafür. Nur für Sie scheint das nicht zu gelten. Sie nutzen Ihren Auftritt in Hamburg am 7. Dezember 2000 vor dem CDU-Wirtschaftsrat nicht etwa dazu, die elementaren Interessen Ihres Landes zu vertreten, Sie zeichnen ein Horrarszenario nach dem Motto: Gebt den Rot-Roten in Mecklenburg-Vorpommern bloß kein Geld, die verschwenden es ja nur.

(Dr. Harald Ringstorff, SPD: Unerhört, unerhört! Unerhört, wie er dem Land schadet! –
Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU,
und Harry Glawe, CDU)

All Ihre Sonntagsreden, in denen Sie sich hier angeblich ja so große Sorgen um das Land machen, ist das alles nur Geschwätz? Ich sage Ihnen noch einmal, was ich Ihnen in meiner Einbringungsrede bereits gesagt habe: In Sachen Länderfinanzausgleich und Solidarpakt II haben alle Parteien eine riesengroße Verantwortung, auch die Opposition.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Andreas Bluhm, PDS)

Dieses Thema eignet sich nicht für parteipolitische Ränkespiele.

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Ach, das entscheiden Sie?!)

Wir können nur Erfolg haben, wenn wir alle gemeinsam an einem Strang ziehen, und ich denke, das sollten Sie endlich begreifen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aber wir müssen doch nicht die rot-rote Regierung loben. – Harry Glawe, CDU: Sie organisieren doch nur Stillstand hier.)

Aber Sie sollen die Fakten richtig darstellen, Herr Dr. Born, und nicht die Fakten verdrehen, so, wie es Herr Rehberg ständig tut.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Harald Ringstorff, SPD: Seine Wahrheitsliebe ist bekannt in diesem Haus. – Wolfgang Riemann, CDU: Ihre auch.)

So, meine Damen und Herren, nun zum Haushalt 2001.

(Harry Glawe, CDU: Das war jetzt die Präambel.)

Dass wir 2001 absolut weniger Steuern einnehmen werden als im Vorjahr, darauf habe ich schon bei der Einbringung des Haushaltsplanentwurfes aufmerksam gemacht. Es sind 203 Millionen DM weniger. Wir hatten in unserer Veranschlagung bei den Steuereinnahmen bereits die absehbaren Auswirkungen der Unternehmens- und der Einkommenssteuerreform 2000 zugrunde gelegt. Herr Riemann hat daraufhin vermutet, ich hätte in raffinierter Weise die Steuereinnahmen heruntergerechnet.

(Wolfgang Riemann, CDU: Gegenüber der Maisteuerschätzung schon, Frau Keler.)

Er wollte Sie alle glauben machen, wir hätten die Umsatzsteuer zu niedrig angesetzt. Mir eine solche Manipulation zu unterstellen ist schon ein ziemlich starkes Stück, denn ich kann Ihnen versichern – und ich gehe auch davon aus, dass alle außer Herrn Riemann vielleicht mir glauben –, auch mir wären mehr Steuereinnahmen entchieden lieber gewesen.

Mir liegt sehr daran, diesen Sachverhalt hier klarzustellen, denn auch bei Gutwilligen hat es Verwirrung über die Ergebnisse der Steuerschätzung gegeben. Dies hat seine Ursache darin, dass die Steuerschätzungen immer auf dem jeweiligen Sach- und Rechtsstand aufsetzen. Zum Zeitpunkt der Maisteuerschätzung war die Einkommens- und Unternehmenssteuerreform 2000 noch nicht Gesetz. Deshalb konnten die Auswirkungen der Steuerreform damals auch noch nicht von den Steuerschätzern eingerechnet werden. Die Zahlen der Maisteuerschätzung lagen deshalb deutlich höher als der Ansatz in unserem Haushaltsplanentwurf. In unserem Entwurf hatten wir die absehbaren Auswirkungen der Steuerreform aber schon berücksichtigt. Wie richtig das war, hat sich jetzt gezeigt. Der finanzpolitische Sprecher der Opposition wollte das während der Ersten Lesung partout nicht begreifen. Verständlich, denn dann hätte er ja einen großen Teil seiner Rede streichen müssen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Nee, nee, Frau Keler.)

Als Steuerexperte hat er sich damit allerdings nicht qualifiziert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Wolfgang Riemann, CDU: Sie haben dem Parlament die Zahlen verheimlicht. Die mussten wir anfordern. – Zurufe von Erhard Bräunig, SPD, und Georg Nolte, CDU)

Anders als bei den Einnahmen, meine Damen und Herren, hat uns unsere Voraussicht bei den Ausgaben nicht weitergeholfen. Seit dem 15. September, der Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2001, sind erst drei Monate

vergangen, drei Monate, in denen neue und zum Teil dramatische Ereignisse sich auf unseren Haushaltsplanentwurf ausgewirkt und in denen wir neue Erkenntnisse gewonnen haben. Die Landesregierung hat die Koalitionsfraktionen gebeten, die notwendigen Veränderungen im Haushalt noch zu berücksichtigen. Ich bin dankbar dafür, dass sie dies möglich gemacht haben. Und ich will an dieser Stelle auch gleich Georg Nolte, dem Vorsitzenden des Finanzausschusses, meinen Dank sagen: Ohne Ihre Verhandlungsführung und Ihre Bereitschaft, immer noch einen neuen Termin anzusetzen, wäre das alles nicht so möglich gewesen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und einzelnen Abgeordneten der SPD – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Gut, Georg. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ich will hier aber auch betonen, dass der größere Teil der Änderungen, die Sie in den Beschlussempfehlungen finden, nicht auf neuere Erkenntnisse zurückgeht, sondern auf Beschlüsse der Fachausschüsse. Sie werden in den Beschlussempfehlungen auch eine Vielzahl von Vermerken finden mit dem Titel „Erläuterung geändert“. Auch hier gilt: Die Mehrzahl der Änderungen beruht auf Wünschen der Ausschüsse und auf neueren Erkenntnissen. Allerdings sind auch Unzulänglichkeiten der Verwaltung zu verzeichnen. Das lässt sich bei dem Umfang des Haushaltsplanes und dem Zeitdruck, unter dem er erarbeitet wird, nicht völlig ausschließen. Ein Vergleich mit anderen Landeshaushalten zeigt, dass die Qualität der Erläuterungen in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt als überdurchschnittlich zu bewerten ist. Ich sage Ihnen dennoch zu, dass wir weiter an der Verbesserung der Erläuterungen arbeiten werden.

(Harry Glawe, CDU: Sehr gut.)

Kurz zu den Erkenntnissen und Zwangsläufigkeiten: Wir werden einige Straßenbaumaßnahmen schneller als gedacht verwirklichen können, insbesondere Ortsumgehungen. Dafür muss jetzt die Planung anlaufen. Das kostet uns zusätzlich etwa 7 Millionen DM. Dieser Bedarf lässt sich ohne Krediterhöhung nur finanzieren, wenn durch eine veränderte Prioritätsbewertung veranschlagte Maßnahmen gestrichen oder verschoben werden.

(Harry Glawe, CDU: Auweia!)

Die rot-grüne Bundesregierung aus SPD und Grünen hat ihr Versprechen einer BAföG-Reform mit dem Ziel vermehrter Leistungsempfänger in die Tat umgesetzt. Während zu Zeiten der früheren konservativen Regierung die Zahl der BAföG-Empfänger laufend zurückgegangen ist, steigt sie seit 1999 wieder.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Harry Glawe, CDU: Das ist 'ne Frage, wie das interpretiert wird. Das ist eine Frage der Auslegung.)

In diesem Jahr ist eine umfassende BAföG-Reform verabschiedet worden. Allein für Mecklenburg-Vorpommern rechnen wir in 2001 mit Mehrausgaben von 28 Millionen DM, davon erstattet der Bund 18 Millionen DM. Ferner ist es jetzt absehbar, dass die Sozialhilfe für Empfänger in Einrichtungen, die so genannte überörtliche Sozialhilfe, im nächsten Jahr spürbar mehr kosten wird,

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

als noch im Sommer gedacht.

(Harry Glawe, CDU: Und woran liegt das?
Das heißt, Arbeitslose fallen in Sozialhilfe.)

Deshalb haben wir netto 12 Millionen DM zusätzlich vorgesehen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU –
Georg Nolte, CDU: Aber über die Zahl
müssen wir uns noch mal unterhalten.)

Die Landeszuschüsse für Kindertageseinrichtungen
mussten ebenfalls angehoben werden,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und zwar um 3 Millionen DM.

(Harry Glawe, CDU: Ein Drittel der
Sozialhilfeempfänger sind Kinder
von den 52.000, die wir haben.)

Zusätzlich haben wir einen Titel für die Förderung von
Investitionen vorgesehen, die die Heizkosten mindern –
Ansatz 1 Million DM.

Ein Teil der hier dargestellten Mehrbedarfe wird uns
übrigens schon im Haushaltsjahr 2000 belasten.

(Harry Glawe, CDU: Das sind 2.000
Sozialhilfeempfänger mehr als im Jahr 1998.)

Das gilt für die Kindertageseinrichtungen, die Sozialhilfe
und die Sonder- und Zusatzversorgungssysteme. Wir
müssen abwarten, wie sich das auf den Haushaltsab-
schluss auswirken wird. Der macht mir ohnehin einige
Sorgen, weil die EU ihren Zahlungsverpflichtungen nur
schleppend nachkommt. Im Finanzausschuss haben wir
dieses Thema ja bereits diskutiert.

Ein weiterer Punkt ist mir nicht ganz leicht gefallen, das
ist kein Geheimnis. Die IFG-Mittel für die Kommunen sind
um 10,8 Millionen DM aufgestockt worden. Immerhin wer-
den die Kommunen von der Steuerreform weit weniger
belastet als das Land, aber ich stehe zu der Aufstockung.
Die Kommunen erhalten zusätzlich 6 DM pro Einwohner
zur Verbesserung ihrer Gebäudesubstanz und ihrer
Straßen.

Wie Sie vielleicht gesehen haben, hatten wir die Ansätze
für die Sonder- und Zusatzversorgungssysteme der
ehemaligen DDR schon mit dem Haushaltsplanentwurf
kräftig aufgestockt. Aber es zeigt sich schon jetzt, dass
die veranschlagten Mittel nicht reichen werden. Deshalb
haben wir noch einmal knapp 6 Millionen DM draufgelegt.
Leider gibt es noch keinen Gesetzentwurf, so dass die
Veranschlagung auf Schätzungen gestützt werden muss.

Die Konsequenzen des Forstkonzepts sind jetzt im
Haushalt enthalten.

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Ich freue mich, dass es im Zusammenwirken mit den
Regierungsfractionen gelungen ist, zu einer sozialverträg-
lichen Lösung für die Beschäftigten zu kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Wolfgang Riemann, CDU: Backhaus
spricht schon von Entlassungen. –
Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Aber der Zuschuss für die Forstwirtschaft ist immer
noch viel zu hoch. Die Verhandlungen mit der zuständigen
Gewerkschaft eröffnen gute Aussichten auf ein für beide
Seiten akzeptables Ergebnis. Die Zahl der Beschäftigten

in diesem Bereich wird in den nächsten Jahren zurückge-
führt. In diesem Zusammenhang gebietet es die Lauter-
keit, sich zu entscheiden. Die Opposition kann nicht die
Reduzierung bei der Forst beklagen und gleichzeitig ein
groß angelegtes Stellenabbauprogramm fordern. Beides
geht nicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und Karsten Neumann, PDS)

Generell gilt, dass wir uns auf Dauer in den verschiede-
nen Bereichen öffentlicher Betriebe nur so viel Beschäf-
tigte leisten können, wie erforderlich sind, um eine wirt-
schaftliche Leistung zu erbringen. Das gilt nicht nur für die
Forstwirtschaft, das gilt für sämtliche Bereiche öffentli-
cher Beschäftigung.

Die Ereignisse um die Rinderseuche BSE haben uns
alle kalt erwischt. Es sollte niemand versuchen, aus die-
sem Drama einen parteipolitischen Nutzen zu ziehen. Ich
bin überzeugt, das würde niemandem gut bekommen. Es
geht vielmehr darum, jetzt das Richtige und das Notwen-
dige zu tun. Deshalb haben wir zusätzliche Mittel vorge-
sehen für epidemiologische Untersuchungen im Rahmen
der BSE-Überwachung sowie für erhöhte Hilfen an Tier-
halter für die Beseitigung von so genanntem Risikomateri-
al.

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit außerdem auf Ände-
rungen des Haushaltsgesetzentwurfes lenken, mit denen
wir Vorsorge treffen wollen für absehbare, aber noch nicht
hinreichend quantifizierbare Bedarfe. Wir bitten Sie um
eine Umschichtungsermächtigung für Bedarfe infolge der
BSE-Katastrophe. Für die zügige Abwicklung des einma-
ligen Heizkostenzuschusses müssen wir noch einen
neuen Artikel in das Haushaltsrechtsgesetz einfügen.
Damit werden die Kreise und kreisfreien Städte als
zuständige Stellen für die Auszahlung des Heizkostenzu-
schusses bestimmt. Das ist sachgerecht, weil die Kreise
und kreisfreien Städte über die notwendigen Informatio-
nen verfügen und für Teilbereiche ohnehin schon zustän-
dig sind. Allein die Abschlagszahlung in diesem Jahr
beträgt 36 Millionen DM.

(Georg Nolte, CDU: Frau Keler, das
sind doch Anträge der Fraktionen!)

Ein weiterer Punkt kommt hinzu. Die Nord/LB beab-
sichtigt, ihren Gewährträgern, wie schon 1999, die Zeich-
nung einer unbefristeten stillen Beteiligung anzubieten.
Damit soll das Kernkapital unserer Landesbank erhöht wer-
den. Von den insgesamt 1 Milliarde Euro entfallen 100 Mil-
lionen Euro oder 200 Millionen DM auf Mecklenburg-Vor-
pommern. Das Angebot ist wirtschaftlich vorteilhaft.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ach, das sieht
der Landesrechnungshof aber kritischer. –
Gesine Skrzepski, CDU: So ist es.)

Bei einer Abwicklung über die GAA – wie schon bei der
ersten Beteiligung – ergeben sich Erträge von bis zu
1,5 Millionen Euro oder 3 Millionen DM. Dies sollte sich
das Land nicht entgehen lassen. Wir müssen dafür eine
Bürgerschaft zugunsten der GAA übernehmen, damit sie
sich zu Konditionen refinanzieren kann, die sonst nur
Kommunen geboten werden.

(Harry Glawe, CDU:
Und wie hoch ist die Bürgerschaft?)

Wie bitte?

(Harry Glawe, CDU: Und wie hoch ist die?)

Für die Wettbewerbshilfen zur Förderung des Schiffbaus bedarf es im Haushalt 2001 nach jetzigem Kenntnisstand des Fachressorts keiner weiteren Vorsorge. Die Schiffbauverträge müssen noch in diesem Jahr abgeschlossen werden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Soweit nötig werden dafür überplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen bewilligt.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD –
Wolfgang Riemann, CDU: Aha,
überplanmäßig am Parlament vorbei.)

Die Ausfinanzierung folgt in den Jahren 2002 und 2003.

Und nun zu den zahlreichen Änderungsanträgen der CDU. Bei schneller Überprüfung komme ich zu dem Ergebnis, Sie wollen zum Beispiel 15 Millionen DM zusätzlich für den Städtebau. Das begründen Sie mit Arbeitsmarkthinweisen. Gleichzeitig wollen Sie den Hochbau um 18,6 Millionen DM kürzen. Wie passt denn das zusammen?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Und Sie wollen zur Deckung die Steuereinnahmen um 6,3 Millionen DM heraufsetzen. Der Steuerschätzexperte ist wieder fündig geworden.

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, bei der
Biersteuer. – Wolfgang Riemann, CDU:
Richtig, richtig.)

Aber das ist eine absolute Luftnummer und Luftnummern sind unseriös.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Wolfgang Riemann, CDU: Nee, nee,
das ist keine Luftnummer, Frau Keler.)

Eine Luftnummer ist auch die Einnahmeerhöhung bei AQMV um 10 Millionen DM, die sind nämlich schon veranschlagt. Ihr Stellenreduzierungsantrag

(Wolfgang Riemann, CDU:
Das ist auch keine Luftnummer.)

geht gleichzeitig mit Stellenerhöhungen einher – 250 Stellen abbauen und 70 kw-Stellen sollen gestrichen werden, also wieder drauf.

(Wolfgang Riemann, CDU: 170 netto.)

Also viele Anträge, viele Änderungswünsche, aber sie gehen nicht auf, sie sind nicht ausfinanziert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Angelika Gramkow, PDS)

Ich will Ihnen nicht verhehlen, meine Damen und Herren, dass mir einige Entscheidungen, die sich aus den Beschlussempfehlungen ergeben, durchaus Sorgen machen. Wenn, wie jetzt geschehen, Mehreinnahmen in betrieblichen Bereichen zu hundert Prozent für zusätzliche Ausgaben verwendet werden dürfen,

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

so ist das für die begünstigten Betriebe oder Einrichtungen sicher erfreulich. Für den Gesamthaushalt wird damit aber ein fatales Signal gesetzt. Transportiert wird nämlich die Botschaft: Um Mehreinnahmen kümmern wir uns nur noch, wenn wir sie für unsere Belange verwenden

dürfen. Damit wird aber die Philosophie der Haushaltsbudgetierung ausgehebelt. Der Grundgedanke der Budgetierung besagt doch, dass man durch besondere Anreize eine effizientere und damit kostengünstigere Erfüllung der Aufgaben erreicht. Die Anreizwirkung soll darin liegen, dass ein Teil – ich betone: ein Teil und nicht 100 Prozent – des verbesserten Wirtschaftsergebnisses verfügbar bleibt. Der andere Teil muss dem Gesamthaushalt zugute kommen, sonst macht das Ganze keinen Sinn.

(Angelika Gramkow, PDS: Aber einen
halben Hengst konnten wir nicht kaufen.)

Wenn dieses Prinzip bereits vor Beginn eines systematischen Budgetierungsprozesses in Mecklenburg-Vorpommern nicht mehr gelten soll, muss ich mich fragen, ob wir diesen Weg überhaupt gehen können. Darüber wird noch intensiv zu diskutieren sein.

(Angelika Gramkow, PDS:
Ist es das wert, Frau Keler?)

Mir ist natürlich auch nicht entgangen, dass es von allen Seiten dieses Hauses Äußerungen in Richtung auf mehr Hochschulautonomie gegeben hat. Dabei wird Hochschulautonomie als etwas grundsätzlich Positives gesehen, das nicht in Frage zu stellen ist. Übersehen wird dabei meist, dass Autonomie nur gepaart mit Verantwortung Sinn macht. Ich möchte Ihnen zu diesem Thema einen Satz zitieren, der von Ludwig Kronthaler stammt, dem Kanzler der TU München, der einer der führenden Experten in Sachen Hochschulrechnungswesen ist. „Ich bin der festen Überzeugung“, sagt Kronthaler, „dass man Hochschulen eine volle Autonomie nicht einfach ‚übertragen‘ oder ihnen diese verordnen kann. Autonomie muss auch gewollt und gelernt sein, und wer Autonomie will, hat vorab Bringeschulden!“ Dem kann ich mich nur anschließen.

(Vizepräsidentin Kerstin Kassner
übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, ich muss an dieser Stelle auch auf Attacken eingehen, die von Oppositionsseite in den letzten Wochen und heute auch wieder von Herrn Rehberg gestartet worden sind. In der Sache waren sie nicht recht geglückt, aber für die Stammtische durchaus geeignet. Deshalb gab es sie wohl auch und deshalb muss ich hier etwas dazu sagen.

Die CDU-Abgeordnete und Parteivorsitzende Frau Schnoor ist kürzlich in den Zeitungen mit der Forderung zitiert worden, sie verlange von der Koalition ein klares Konzept für den künftigen Umfang der Landesverwaltung.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.
Das fehlt. – Steffie Schnoor, CDU: Ja.)

Dies müsse mit einer Zeitschiene verbunden sein.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Nur so lasse sich der unumgängliche Stellenabbau in der Landesverwaltung ohne Entlassungen durchführen. Verehrte Frau Schnoor und auch lieber Herr Rehberg, ich empfehle Ihnen die Lektüre der Drucksache 3/1399, das ist der Mittelfristige Finanzplan 2000 bis 2004. Dort können Sie auf Seite 79 nachlesen, dass die Landesverwaltung bis 2004 auf etwas mehr als 42.000 Stellen zurückgeführt wird.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und zwölf
Ministerien, würde ich vorschlagen.)

Dieser Stellenabbau wird mit der heutigen Beschlussfassung über den Haushalt 2001 obligatorisch,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Da können Sie jeden Posten versorgen.)

denn er ist Stück für Stück durch Wegfallvermerke in den Stellenplänen konkretisiert.

(Georg Nolte, CDU: Und 2050
haben wir noch 500.000 Einwohner.)

In der Zeit ab 2005 sind weitere 5.000 Wegfallvermerke terminiert.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Sie sind ja ein richtiger Terminator.)

Und es sind weitere knapp 1.000 Wegfallvermerke aus-gebracht, deren Termin erst konkretisiert werden kann, wenn der Wegfall der Aufgabe absehbar ist und die personalwirtschaftlichen Voraussetzungen gegeben sind. Dies alles zusammengenommen, weist der Stellenplan schon heute einen Stellenabbau auf dann 36.000 bis 37.000 Stellen aus. Das entspricht einer Stellen-Einwohner-Relation von 21,4 Stellen je 1.000 Einwohner. Und ich denke, das kann sich dann schon sehen lassen.

Sie fordern weiter, Frau Schnoor, es müsse geklärt werden, welche hoheitlichen Aufgaben, die heute von Landesämtern erledigt werden, zukünftig durch das jeweilige Fachministerium übernommen werden können. Ja, da frage ich Sie: Was soll denn das?! Das stellt doch die in der ganzen Bundesrepublik bestehende und für richtig befundene Aufgabenverteilung von ministerieller lenkender Ebene und nachgeordneter ausführender Verwaltung auf den Kopf.

(Georg Nolte, CDU: Wenn wir nur noch
'ne halbe Million Einwohner haben,
brauchen wir nur noch ein Haus.)

Ministerien sollen lenken und leiten. Sie sind zuständig für die konzeptionelle Aufgabe. Landesämter und Ämter hingegen führen das aus, was ihnen von den Ministerien übertragen wird. Ich hätte es verstanden, Frau Schnoor, wenn Sie gesagt hätten, es werde immer noch zu viel ausführende Tätigkeit in den Ministerien selbst erledigt und das müsse geändert werden, damit die kleinen ministeriellen Personalkörper den Kopf frei kriegen für das Denken und Lenken. Aber das haben Sie eben leider nicht gefordert.

Sie müssen schon sagen, was Sie wirklich wollen. Sie können doch nicht einerseits eine unvoreingenommene Strukturanalyse und Aufgabenkritik verlangen und gleichzeitig sagen, der Umfang der Landespolizei zum Beispiel steht aber überhaupt nicht zur Debatte. Etwas mehr Stringenz in der Argumentation muss schon sein.

(Reinhardt Thomas, CDU:
Da muss man Prioritäten setzen.)

Aber wahrscheinlich geht es gar nicht um die besseren Lösungen. Wahrscheinlich geht es Ihnen ja nur darum, es jeder Wählergruppe recht zu machen. Das verbreitete Vorurteil von zu viel Verwaltung und zu vielen Beamten bedienen Sie mit der allgemeinen und in der Wirkung unverbindlichen Forderung nach einer Strukturreform, die auf der obersten Ebene beginnen müsse. Aber immer dann, wenn es konkret wird, kneifen Sie und spielen die Beschützerin und die Wohltäterin.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Aber nicht bei den Ministern!)

Auch Sie können es nicht allen recht machen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der
CDU – Zuruf von Georg Nolte, CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Und beim
Chef der Staatskanzlei können wir
auch noch was einsparen.)

Aber genau das wollen Sie den Bürgerinnen und Bürgern weismachen.

(Harry Glawe, CDU: Da sparen wir einen
Minister mehr. Das können Sie Frau
Schnoor nicht abstreiten.)

Auseinandersetzungen in dieser Qualität bringen uns alle nicht weiter. Ich würde es begrüßen, wenn es zwischen Opposition und Regierung endlich zu einem substantiellen Wettstreit um die besseren Lösungen kommen würde.

(Harry Glawe, CDU: Wir sind schon dabei.)

Das würde unserem Land insgesamt gut tun. Aber bisher vermisse ich ernsthafte Vorschläge,

(Harry Glawe, CDU: Sie lehnen ja
auch Gesetze der Opposition ab.)

Vorschläge, die durchdacht, umsetzbar und finanzierbar sind. Schade! Als Opposition genießen Sie offenbar das Privileg, auf konkrete und durchdachte Vorschläge verzichten zu können –

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Harry Glawe, CDU, und
Wolfgang Riemann, CDU: Das behaupten
Sie. – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

wenn das denn ein Privileg ist.

(Harry Glawe, CDU:
Das ist nur eine Behauptung.)

Ich kann mir solche Art der Untätigkeit ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Bei der Landesregierung arbeiten sie nach dem Motto „Weiter so!“.)

Ich kann mir solche Art der Untätigkeit –

(Harry Glawe, CDU: Raus und
durch! Das ist Ihre Politik.)

denn um nichts anderes handelt es sich – nicht leisten.

(Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Ich bin ganz froh darüber und ich sage Ihnen heute schon, dass wir an dem Thema Personalkosten weiter konzeptionell arbeiten werden.

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

Heute will ich Ihnen noch einmal die Grundzüge des Haushalts 2001 darstellen. Denn dieser Haushalt ist konkret und er ist durchdacht. Das Volumen des Haushaltsplanes 2001, wie er Ihnen vom Finanzausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt worden ist, liegt mit genau 14 Milliarden DM immer noch um 84 Millionen DM unter dem des Vorjahreshaushalts. Die Kreditaufnahme bleibt bei 650 Millionen DM, obwohl, wie schon mehrfach gesagt, die Steuereinnahmen um 203 Millionen DM zurückgehen.

(Harry Glawe, CDU: Das Ziel haben Sie jedenfalls verfehlt. Sie wollten unter 14 Milliarden kommen.)

Die Investitionen, das ist einzuräumen, mussten zum Ausgleich rechtlich zwingender Mehrbedarfe um 137 Millionen DM auf 3,1 Milliarden DM zurückgenommen werden. Die Investitionsquote liegt in Mecklenburg-Vorpommern aber immer noch bei 22,1 Prozent und damit wesentlich höher als zum Beispiel in Bayern, Herr Rehberg. Hier bei uns wird mehr als jede fünfte Mark investiert.

(Wolfgang Riemann, CDU: Die Bayern haben ja auch nicht den Nachholbedarf, Frau Keler.)

Wir stehen mit dem Rückgang der Investitionen ja keineswegs allein. Bayern schreibt in seinem neuesten Finanzplan: „Wie in annähernd allen öffentlichen Haushalten ist die Investitionsquote in Bayern rückläufig.“

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: In Bayern ist die Welt doch schon in Ordnung. Bei uns herrscht doch Unordnung.)

Dabei will ich nicht verschweigen, dass Bayern für die Verhältnisse westlicher Flächenländer über hohe Investitionsausgaben verfügt. Dennoch ist auch dort die Investitionsquote rückläufig

(Dr. Christian Beckmann, CDU: Nennen Sie lieber Beispiele, anstatt das zu kritisieren!)

und Kollege Faltthauer muss sich mühen, sie in den kommenden Jahren bei 15 Prozent zu halten. Auch Sachsen geht 2001 absolut mit seinen Investitionen zurück, und zwar um 280 Millionen DM.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und wie hoch ist die Quote? Über Mecklenburg-Vorpommern. – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Ja, das wissen wir doch aber auch. Aber Mecklenburg-Vorpommern hat auch in den ersten Jahren, Herr Riemann, ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Ich nehme nur die Zahlen, die ich selber gefälscht habe.)

Herr Riemann, die ist nicht gefälscht, erstens.

(Wolfgang Riemann, CDU: Verschweigen kann auch ...)

Und zweitens hat Mecklenburg-Vorpommern in den ersten Jahren wesentlich mehr Kredite aufgenommen und muss jetzt im Verhältnis wesentlich mehr Zinsen zahlen als Sachsen.

(Harry Glawe, CDU: Der Nachholbedarf war aber auch immens, Frau Ministerin. Das wissen Sie ganz genau.)

Wenn wir nur alleine dieses Geld hätten von den Zinsersparungen, könnten wir bei unseren Investitionen an erster Stelle liegen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Wolfgang Riemann, CDU: Also davon habe ich in Ihrer Oppositionszeit nichts gehört, dass Sie weniger gefordert haben. Sie haben immer mehr gefordert.)

Aber, Herr Riemann, ...

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Herr Riemann, Sie sind jetzt nicht dran!

Ministerin Sigrid Keler: Herr Riemann, jetzt sagen Sie die Unwahrheit! Denn dann gucken Sie sich mal bitte meine Reden an! Ich habe immer die Nettokreditaufnahme in dem Umfang kritisiert.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Wolfgang Riemann, CDU: Und Ihre Kollegen haben immer mehr gefordert.)

Aber ich spreche jetzt für mich, Herr Riemann.

Also auch hier gilt, dass man nicht alles zugleich haben kann. Wir haben uns für ein Steuerentlastungsprogramm entschieden, das in seinem Umfang einmalig ist in der Geschichte der Bundesrepublik. Allein in Mecklenburg-Vorpommern sind Einnahmeausfälle von 500 Millionen DM zu verzeichnen. Absolut haben wir 203 Millionen DM weniger. Das bedeutet, wenn wir diese Einnahmeausfälle nicht hätten, könnten wir auch mehr für Investitionen ausgeben. Bisher hatten wir allerdings den Eindruck, dass auch die Unternehmer die Steuerreform stets gewollt und begrüßt haben. Wir können nun einmal nicht gleichzeitig die Steuern um eine halbe Milliarde absenken, die Nettokreditaufnahme auf dem Niveau halten und dann auch noch die Investitionsausgaben aufstocken. Oder wenn Sie's biblisch wollen: Wir können nicht mit ein paar Fischen 5.000 Leute satt machen. Ein ähnliches Wunder verlangt aber zum Beispiel auch die Vereinigung der Unternehmensverbände von der Landesregierung.

In Mecklenburg-Vorpommern werden weiterhin 640 Millionen DM für die Wirtschaftsförderung nach den Regeln der GA bereitgestellt. 520 Millionen DM fließen in den Wohnungs- und Städtebau, 161 Millionen DM stellen wir als kommunalen Investitionszuschuss zur Verfügung. Die Ausgaben im Staatshochbau bleiben mit 429 Millionen DM nahezu unverändert. Insgesamt nimmt Mecklenburg-Vorpommern bei den Investitionsausgaben im Vergleich mit den anderen ostdeutschen Ländern einen Mittelplatz ein. Und auch das, so meine ich, kann sich sehen lassen.

Der kommunale Finanzausgleich ist wie versprochen wiederum mit 2,5 Milliarden DM ausgestattet.

(Harry Glawe, CDU: Das ist zu wenig.)

Wie bereits erwähnt, sind die kommunalen Investitionsmittel um 10,8 Millionen DM erhöht.

(Wolfgang Riemann, CDU: Weil Sie den Familienleistungsausgleich eingerichtet haben.)

Auch in anderen Bundesländern ist das Steuersenkungsgesetz nicht ohne Auswirkungen auf die Leistungen im kommunalen Finanzausgleich geblieben. Thüringen und Sachsen-Anhalt haben ihr Finanzausgleichsvolumen deutlich zurückgenommen. Brandenburg muss das Steuersenkungsgesetz erst noch in seinen Haushalt einarbeiten. Die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern und die sie tragenden Koalitionsfraktionen haben mit dem Landeshaushalt 2001

(Wolfgang Riemann, CDU: Alles wird gut.)

trotz rückläufiger Einnahmen sichtbare Schwerpunkte gesetzt und in einigen Bereichen Verbesserungen erzielt. Die Opposition hat deshalb bisher auch keine grundsätzlichen Einwendungen formuliert. Sie weiß offenbar doch, dass es zu unserer Haushaltspolitik keine sinnvolle Alternative gibt.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: Wenn es keine Alternativen gäbe, sähe es schlecht aus um dieses Land.)

Finanzpolitik, meine Damen und Herren, ist viel zu wichtig, als dass wir es uns leisten könnten, uns hier immer nur im offenen Schlagabtausch zu erschöpfen. Deshalb möchte ich zum Schluss meines Beitrages meinen Appell vom Anfang noch einmal wiederholen: Wir werden nur Erfolg haben, wenn wir gemeinsam für die elementaren Interessen unseres Landes eintreten. Und ich kann nur hoffen, dass die Opposition sich auch noch zu dieser Einsicht durchringt und dass sie endlich mit ernsthaften Vorschlägen aufwartet, die durchdacht und finanzierbar sind.

(Volker Schlotmann, SPD: Da glaube ich nicht dran. – Harry Glawe, CDU: Die nehmen unsere gar nicht ernst.)

Besonders dringend hoffe ich auf die Einsicht, dass es dem Land schadet, wenn es permanent schlecht geredet wird –

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: O Gott! O Gott!)

erst recht außerhalb der Grenzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Wolfgang Riemann, CDU: Nicht das Land. Das Land ist so wunderschön. Nur die Regierung ist so grottenschlecht, Frau Keler. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Auch Sie, meine Damen und Herren, auch Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, haben die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, Schaden von Mecklenburg-Vorpommern abzuwenden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Volker Schlotmann, SPD: Richtig. Deshalb lassen wir die CDU auch nicht regieren.)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schnoor von der CDU-Fraktion.

(Volker Schlotmann, SPD: Jetzt wollt Ihr alle gehen, dass kein einziger da ist. – Wolfgang Riemann, CDU: Wir haben eine Landesvorsitzende, die auch Querschnittsaufgaben hat.)

Steffie Schnoor, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Frau Ministerin Keler, die CDU redet das Land nicht schlecht, sondern sie redet über die schlechte Politik der Landesregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig. Aber die sind ja schon wieder so weit, dass sie sagen: Der Staat bin ich.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Ausführungen zum Einzelplan 07, dem Geschäftsbereich des Bildungsministers, sind nicht Argumente für oder gegen einen Einzelplan. Im Gegensatz zu anderen Einzelplänen hat dieser Einzelplan wie kein anderer eine grundsätzliche Natur. In einigen Kapiteln dieses Einzelplanes legen wir die Grundlagen für die Entwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Nicht mehr und nicht weniger!

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Wie keine andere Institution werden die Schulen und werden die Hochschulen über die Zukunft des Landes entscheiden.

(Harry Glawe, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Der Bildungsminister hat versucht, mit großem Einsatz dieser Verantwortung gerecht zu werden. Mit seiner Aussage, dass der Einzelplan 07 weitgehend von den Einsparungen der Finanzministerin ausgenommen wurde,

(Angelika Gramkow, PDS: Von den zusätzlichen Einsparungen, die sich aus der Steuerersparnis ergeben.)

unterstrich er die grundsätzliche Bedeutung seines Ressorts.

(Angelika Gramkow, PDS: Auch sie hat es nicht begriffen. – Dr. Ulrich Born, CDU: Na, na, na, Frau Gramkow!)

Dafür muss man ihm zunächst Respekt zollen, auch wenn er jetzt nicht anwesend ist. Gleichzeitig wird aber bei der Gewichtung der Position innerhalb der Landesregierung offenbart, dass sich nicht die gesamte Landesregierung, und hier vor allem die Finanzministerin Sigrid Keler, dieser Verantwortung uneingeschränkt bewusst wird.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU: Richtig. – Harry Glawe, CDU: Das ist wohl wahr.)

Denn, meine Damen und Herren, anders sind die einschränkenden Haushaltsvermerke bei den Modellversuchen zur Flexibilisierung der Hochschulhaushalte nicht zu erklären, die zum wiederholten Male nur auf Initiative des Bildungsausschusses wieder die Qualität erlangten, die eine Weiterführung des Modellversuches auf dem Stand des Jahres 2000 ermöglichen wird. Frustrierend dabei ist, das will ich nicht verhehlen, dass sich die Regierungskoalition trotz des fraktionsübergreifend formulierten Ziels der Einführung von Globalhaushalten nicht auf entscheidende Punkte zur Aufwertung des Modellversuches verständigen konnte.

(Wolfgang Riemann, CDU: Da hat die PDS blockiert.)

So weit reichte der Mut der Koalitionäre nicht, so dass ich hier nach dem Motto verfahren muss: „Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach.“

Welche Folgen diese Politik des Minimalismus hat, das werden wir Ihnen morgen zu unserem Antrag hinsichtlich der Hochschulen unseres Landes noch deutlicher darstellen. Nur so viel hier zum Haushalt: Es war schon ein unwürdiges Gezerre um die Haushalte der Fachhochschulen. Die nachträglich eingestellten Personalkosten haben bewiesen, dass die Personalhaushalte der Fachhochschulen Wismar und Stralsund nicht ausfinanziert waren.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Ob diese Verfahrensweise bei der Erstellung des Entwurfs zum Haushalt der Verantwortung angemessen ist, die ich eingangs anmahnte, ist wirklich zu bezweifeln.

Meine Damen und Herren, wollen wir es doch einmal auf den Punkt bringen, ohne dass ich der morgigen Debatte etwas vorwegnehme. Kommen wir mit unseren Hochschulen nicht umgehend – und damit meine ich

sofort – in Bewegung, dann läuft jede Entwicklung an uns vorbei, Richtung Osten, sowohl die wirtschaftliche als auch die wissenschaftliche Entwicklung. Mit der anstehenden Osterweiterung der Europäischen Union werden wir unsere Hochschulen in einem Umfang revolutionieren müssen, der bundesweit einmalig ist. Tun wir das nicht umgehend, dann werden es die Stettiner, Danziger oder die Rigaer Universitäten auf jeden Fall tun. Ich möchte nicht den Tag erleben, an dem Studenten in Größenordnungen – und ich sage ganz bewusst, in Größenordnungen – an diese Universitäten wechseln – obwohl, dem Einzelnen kann das nicht schaden –, da diese Universitäten sich schon heute mehr und mehr auf die Herausforderungen der Globalisierung und der Internationalität eingestellt haben. Daher, sehr geehrter Herr Bildungsminister, Ihre Bemühungen finden meinen ungeteilten Respekt, aber sie sind noch nicht ausreichend, um unsere Hochschulen fit zu machen für neue, viel härtere Herausforderungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Gleiches gilt für die Schulen unseres Landes. Es ist müßig, auf Details einzugehen, auf solche Details, die zum wiederholten Male gezeigt haben, dass die Haushaltsvorlagen der Landesregierung es an Transparenz vermissen lassen. Die Stellenpläne lesen sich gut. Nur, viel kann man damit nicht anfangen, wenn die Personalansätze in den einzelnen Titeln nicht dem Stellenplan entsprechen, das heißt, aus den Stellenplänen nicht hervorgeht, welche Stellen besetzt und welche offen sind. Mit dieser Masche werden flächendeckend Einsparpotentiale innerhalb der Landesregierung vertuscht.

(Wolfgang Riemann, CDU: 40 Millionen 1999!)

Dass der Landtag als Gesetzgeber es letztendlich schwer haben wird, mehr Transparenz in die Haushalte zu bringen, davon bin ich überzeugt. Das zeigen auch schon solche Marginalien wie die konsequente Trennung von Grund- und Hauptschulen bei der Veranschlagung. Übrigens, so gefordert vom Bildungsausschuss bei den Haushaltsberatungen des Jahres 2000, speiste das Finanzministerium die Abgeordneten mit einer Tabelle im Stellenplan ab und meinte, damit das Ansinnen des Ausschusses erfüllt zu haben. Mitnichten, meine Damen und Herren, es wäre schon wünschenswert und der Gewaltenteilung und damit Grundsätzen der Demokratie entsprechend, wenn die Landesregierung Beschlüsse der Ausschüsse zuvorkommend und dem Wortlaut entsprechend umsetzen würde.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Zu offensichtlich – und das hat nicht nur etwas mit Regierungskoalition und Opposition zu tun – betrachtet die Ministerialbürokratie den Landtag nur als ein notwendiges Übel. Der Landtag hat in den vergangenen zwei Jahren erheblich an Souveränität verloren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Das wurde in den Beratungen zum Haushalt mehr als offenbar.

Und, sehr geehrte Damen und Herren der Regierungsfractionen, bei aller Kritik an der Opposition, ob nun berechtigt oder unberechtigt,

(Harry Glawe, CDU: Unberechtigt.)

werden Sie sich fragen lassen müssen, ob Ihr Stil im Umgang mit der Opposition noch etwas mit Demokratie zu tun hat.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: So ist das. – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Das, was im Bildungsausschuss während der Haushaltsberatungen gelaufen ist, war zutiefst undemokratisch. Die Opposition hat Verfassungsrang und im Artikel 26 Absatz 3 unserer Verfassung heißt es: „Die parlamentarische Opposition hat in Erfüllung ihrer Aufgaben das Recht auf politische Chancengleichheit.“

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Wie kann frau nur so vergesslich sein?)

Dieses Recht auf Chancengleichheit hat die Regierungskoalition in mindestens zwei Fällen mit Mehrheitsbeschluss außer Kraft gesetzt.

(Unruhe und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Zwei plausible Initiativen der Opposition sind mit Mehrheitsbeschluss in ihrer grundsätzlichen Intention zu Initiativen der Regierungskoalition erklärt worden. Abgesehen davon setzten die Koalitionsfraktionen einen einvernehmlichen Beschluss des Ausschusses außer Kraft. Dieser Beschluss sollte einen fairen Umgang miteinander während der Haushaltsberatungen sicherstellen. Fairness und Chancengleichheit waren nach diesem skandalösen Vorgang nicht mehr gewährleistet. Und das werfe ich Ihnen als Ausschussvorsitzenden vor, sehr geehrter Herr Blum, dass Sie es versäumt haben, die Einhaltung von Ausschussbeschlüssen konsequent anzumahnen. Ansonsten erübrigen sich Sitzungen des Bildungsausschusses. Ihre Meinung können Sie nämlich auch so durchsetzen. Dazu brauchen Sie das Schauspiel „Ausschuss“ nicht unbedingt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Was ist denn das für ein Ausschuss?)

Meine Damen und Herren, in diesem Landtag setzt sich ein politischer Stil durch, den man mit Fug und Recht als Diktatur der Mehrheit bezeichnen kann.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Aus diesem Klima heraus lässt sich die Opposition leicht als eine politische Kraft hinstellen, die nichts in diesem Land bewegen kann.

Dass dies aber ganz und gar nicht der Fall ist, beweisen im Besonderen die Initiativen der CDU-Fraktion im Bereich der Bildungspolitik. Ob dies nun die Frage zur Verkürzung der gymnasialen Ausbildung ist oder die Frage nach dem Lehrpersonalkonzept, die Realitäten überholen die Regierung. Und gerade das letzte Wochenende hat gezeigt, dass die Regierung nicht umhinkommt, auch auf Forderungen der CDU einzugehen. Es ist schon mehr als absurd Theater, meine Damen und Herren, das Sie hier spielen, wenn Sie im Oktober einen Antrag der CDU-Fraktion ablehnen, in dem wir den Bildungsminister aufforderten, für den Lehrerberuf eine Imagekampagne zu starten, und am Wochenende der derzeitige Präsident der KMK, der Bremer Bildungssenator und Ihr Genosse Willi Lemke, genau dazu aufruft, um mehr Abiturienten für den Lehrerberuf in die Hochschulen zu bekommen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, die sind lernfähig.
Das wollen wir Ihnen ja nicht vorwerfen. –
Wolfgang Riemann, CDU: Bremen, Bremen!)

Es ist schon mehr als absurdes Theater, meine Damen und Herren, wenn die CDU-Fraktion eine an den Realitäten orientierte Fortschreibung des Lehrerpersonalkonzeptes einfordert, Sie dies ablehnen und vier Wochen später die GEW genau dies fordert. So schlecht kann also die Opposition dann wohl doch nicht sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will hier nicht klagen. Der Umgang mit der Opposition ist ein rauer und soll dies ja wohl auch sein. Der Spaß hört allerdings da auf, wo elementare Grundsätze der Demokratie in Gefahr geraten, schleichend, für die Öffentlichkeit kaum erkennbar und wahrnehmbar. Das schadet dem Selbstverständnis des Landtages und in der Konsequenz hat jede Fraktion darunter zu leiden, denn der Öffentlichkeit bleibt es auf Dauer nicht verborgen, ob und wie viel Einfluss der einzelne Abgeordnete auf Entscheidungen der Regierung geltend machen kann.

Das beste aktuelle Beispiel ist hierbei die Kollegin Polzin. Seit sie im Landtag ist, hat sie sich einer Angelegenheit im Einzelplan 07 im Besonderen verschrieben. Die Reisekostenerstattungen für Schulausflüge sind ihr zur Herzenssache geworden, da sie aus eigenem Erleben weiß, wie wichtig Schulausflüge für Schüler und Lehrer sind. Sie machte im Ausschuss darauf aufmerksam, dass aus dem besagten Titel Querfinanzierungen zu anderen Dienstreisetiteln erfolgten.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Sie machte immer wieder darauf aufmerksam, dass die restriktive Richtlinie zur Reisekostenerstattung gar nicht die Möglichkeit bietet, dass dieser Titel voll ausgeschöpft werden kann.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das sagen wir schon
seit Jahren. Nicht wahr, Herr Dr. Bartels? –
Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Die Konsequenz: Die Koalitionäre entnahmen diesem pädagogisch durchaus sinnvollen Titel 152.000 DM, um damit die Bildungseinrichtungen mit Beherbergungsbetrieb und die Staatlichen Museen zu finanzieren. Und wo bleibt nun Frau Polzin? Ihr blieb nichts anderes übrig, als sich diesem Diktat zu beugen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ihre Sorge für
die liebe Kollegin ist aber sehr rührend.)

Wurde die Richtlinie inzwischen verändert? Bis heute nicht.

Meine Damen und Herren, das ist nur ein Beispiel von vielen. Die nötigen Impulse fehlen. Wir erleben aktuell, dass eine Ausnahme des Bildungsbereiches aus den Einsparungen nicht ausreicht. Uns laufen die Lehrer davon. Junge Menschen fangen erst gar nicht mit dem Studium für das Lehramt an. Anreize fehlen. Ihre Bildungspolitik ist eher ein Chaos.

(Wolfgang Riemann, CDU: Gescheitert.)

Immer neue Konzepte werden auf den Weg gebracht, ohne dass eines einmal umgesetzt wird: erst das Qualitätskonzept, jetzt die regionale Schule, dann ein Lehrer-

bildungsgesetz und wieder an anderer Stelle mit letzter Not eine Verordnung zur Schulentwicklungsplanung. Durcheinander, wo man hinblickt! Die Koalition lebt von Ankündigungen, so auch im Rahmen der Haushaltsberatungen. Hier und da soll geprüft werden, Aufforderungen jedoch ergehen nicht. Alles soll so unverbindlich wie möglich sein, damit die Opposition keine Angriffsfläche hat. Meine Damen und Herren, so kann man Politik nicht machen! Die Menschen im Land erwarten konkrete Maßnahmen zur Senkung des Unterrichtsausfalls und zur qualitätsgerechten Absicherung des Unterrichts. Nicht mehr und nicht weniger! – Ich danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Schnoor.

Das war schon ein Redebeitrag zum Einzelplan 07. Wir kommen noch mal zurück zur allgemeinen Aussprache.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Borchert von der SPD-Fraktion.

Rudolf Borchert, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit der Einbringung des Haushaltsplanentwurfs am 21. September sind 57 Tage vergangen, davon 11 Tage im Finanzausschuss. In der Zwischenzeit sind sehr viel Zeit, Arbeit und manchmal auch Nerven investiert worden, damit wir heute in der abschließenden Haushaltsberatung, in der so genannten Königsdebatte, die Politik für das nächste Jahr in Zahlen gießen können.

Gemessen an den schwierigen Rahmenbedingungen ist es der Regierung und den Koalitionsfraktionen gemeinsam gelungen, einen guten und soliden Landeshaushalt dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen. Zielstrebig, konsequent und erfolgsorientiert setzten damit SPD und PDS den eingeschlagenen Weg der nachhaltigen Haushaltskonsolidierungspolitik fort.

(Wolfgang Riemann, CDU: Entsprechend den
Beschlüssen des XI. Parteitages der SED. –
Heiterkeit und Unruhe bei Abgeordneten der
SPD, CDU und PDS – Gerd Böttger, PDS:
Und des XX. der CDU.)

Herr Riemann, die Richtung stimmt. Die Konsolidierung ist für uns die einzige Möglichkeit, Handlungsspielräume für wichtige Zukunftsaufgaben zu schaffen. Herr Riemann, von Ihrer Fraktion war bisher noch nichts zu hören zum Thema Konsolidierung. Vielleicht kommt es dann noch gleich von Ihnen.

Angesichts einer Verschuldung von 15,8 Milliarden DM und einer Zinsbelastung von 901 Millionen DM im Jahre 2001 gibt es zur Konsolidierungspolitik keine Alternative.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wir wollen mit unserer Politik ernsthaft wieder Gestaltungsspielräume für Zukunftsaufgaben schaffen und deshalb müssen wir von unserem Schuldenberg herunterkommen. In diesem Zusammenhang ist es als Erfolg zu werten, dass die Nettokreditaufnahme wie im Vorjahr bei 650 Millionen DM liegt. Schließlich mussten Steuermindereinnahmen im Saldo von circa 200 Millionen DM und weitere zwangsläufige Mehrbedarfe, wie zum Beispiel durch die BAföG-Novelle des Bundes 10 Millionen, erhöhte Sozialhilfeausgaben 13,6 Millionen, Zusatzversorgungen für Sonder- und Zusatzrentensysteme von 5,6 Millio-

nen, Betriebskostenerstattung für KITAS 3 Millionen, zusätzliche Planungsmittel für Straßenbau 7 Millionen und so weiter, berücksichtigt werden. Für 2002 bleibt es aber das Ziel, die Nettokreditaufnahme auf 450 Millionen DM abzusenken, so dass ein weiterer wichtiger Schritt zum Erreichen eines ausgeglichenen Haushalts vollzogen werden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Haushaltskonsolidierungspolitik muss aber mit moderner Gestaltungspolitik verbunden werden. Das heißt, Sparen nicht zum Selbstzweck, sondern Konsolidierung als Chance nutzen, als Chance, politische Ziele für eine sozial gerechte und zukunftsfähige Entwicklung unseres Landes zu bestimmen und die dafür notwendigen Investitionen zielgerichtet einzusetzen. Dazu gehört auch, dass das Tempo der Konsolidierungspolitik ausgewogen sein muss und nicht geprägt sein darf von blindem Aktionismus.

(Beifall Heinz Müller, SPD,
und Volker Schlotmann, SPD)

Es ist zum Beispiel völlig absurd, Herr Riemann und meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, zu glauben, wir könnten mit einem 20-Millionen-DM-Sonderprogramm für Schulbausanierung oder anderen Hilfsprogrammen für die Bauwirtschaft Bauinvestitionen in einer Größenordnung auslösen,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Vier Mann hören bloß
noch zu aus Ihrer Fraktion, Herr Borchert!)

die irgendwelche nachhaltigen Effekte auf dem Arbeitsmarkt bringen oder die Probleme der Bauwirtschaft lösen könnten. Das ist völlig absurd.

(Georg Nolte, CDU: Da fragen Sie mal die
Bürger in Ihrem Landkreis, wie die das sehen!)

Meine Damen und Herren, Herr Nolte, der vorliegende Haushalt für 2001 wird, gemessen vor allem an den engen finanziellen Handlungsspielräumen, dem Anspruch von Gestaltungspolitik durchaus gerecht. Ich möchte dies an folgenden drei Schwerpunkten deutlich machen:

Erstens. Die Investitionspolitik wird mit über 3 Milliarden DM auf hohem Niveau fortgesetzt. Dabei werden alle Bundes- und EU-Mittel vom Land komplementär finanziert,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Um das Niveau abzusenken.)

so dass der Rückgang des Investitionsvolumens von 137 Millionen DM gegenüber dem Vorjahr lediglich in einem Rückgang der Bundesmittel begründet ist. Eine Auswahl von Investitionsschwerpunkten ist unter anderem: Die Wirtschaftsförderung wird auf sehr hohem Niveau weiter fortgeführt, die Technologieförderung zum Beispiel bei über 17 Millionen DM. Für die Bewerbung um die BMW-Ansiedlung hat der Finanzausschuss einer Verpflichtungsermächtigung von 200 Millionen DM zugestimmt. Damit ist zumindest von Landesseite her der Weg für diese Industrieansiedlung geebnet. Glauben Sie, Herr Rehberg, Herr Riemann und andere,

(Wolfgang Riemann, CDU: Bei dieser
Landesregierung glaube ich nicht dran.)

dass Sie mit Ihrem ständigen Schlechtreden unseres Landes aus parteipolitischen Gründen auch nur irgendeinen Investor in unser Land holen könnten?

(Wolfgang Riemann, CDU:
Bei dieser Landesregierung? –
Volker Schlotmann, SPD: Dummes Zeug!)

Zweitens. Infrastrukturentwicklung. Das ist natürlich auch ein Schwerpunkt in der gesamten Investitionspolitik. Da ist es schon als Erfolg zu werten, dass wir trotz Bundeskürzungen in diesem Bereich die Investitionen auf hohem Niveau fortsetzen können, ob es der Straßenbau, der Investitionskorridor für den Hochschulbau oder für den Krankenhausbau oder auch die Städtebauförderung ist. Auf weiterhin hohem Niveau werden hier Investitionen organisiert und umgesetzt.

Der zweite Schwerpunkt der Gestaltungspolitik wird aber auch daran deutlich, dass die Landesregierung bereits bei der Haushaltsaufstellung unter aktiver Einflussnahme der Koalitionsfraktionen politische Schwerpunkte gesetzt hat, die dazu führten, notwendige Einsparungen in den Ressorts nicht nach dem bisher üblichen Rasenmäher Schlüssel vorzunehmen. Geradezu folgerichtig war dann auch die Entscheidung, die Bereiche Bildung und Soziales von zusätzlichen Einsparvorgaben auszunehmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS und Volker Schlotmann, SPD –
Wolfgang Riemann, CDU: Müdes Klatschen!)

Diese Vorgehensweise hat sich aus meiner Sicht grundsätzlich bewährt und sollte auch zukünftig so praktiziert werden, denn Ressortegoismus ist absolut kontraproduktiv, wenn man es wirklich ernst meint mit dem Anspruch auf Gestaltungspolitik. Dazu gehört auch, dass wir bei zukünftigen Schwerpunktsetzungen von Politik in unserem Land es nach meiner Meinung unbedingt schaffen müssten, den Bereich Bildung nicht nur von Einsparvorgaben auszunehmen, sondern dort noch weiter finanziell aufzustocken.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Ich bin davon überzeugt, dass Investitionen in die Bildung unserer Kinder und jungen Menschen nachhaltige Zukunftsinvestitionen für unser Land sind, die viele Chancen eröffnen können.

Ein dritter Schwerpunkt der Gestaltungspolitik wird deutlich beim Fonds „Zukunft für die Jugend in Mecklenburg-Vorpommern“. Mit diesem Zukunftsfonds werden 100 Millionen DM verteilt auf fünf Jahre eingesetzt, um ganz zielgerichtet – und das an die Adresse von Herrn Rehberg – der anhaltenden Abwanderung besonders von jungen qualifizierten Menschen in unserem Land entgegenzuwirken.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wo?)

Dieses Geld soll folgendermaßen eingesetzt werden: 50 Millionen DM für eine Multimediaoffensive im Land. Dazu gehören die Hard- und Softwareausstattung an den Schulen und Ausbildungsstätten des Landes, die Pflege und Anpassung der Hard- und Softwareausstattung, die Lehrerweiterbildung für Multimedia und die Verbesserung der Verbindung von Schule und Ausbildung speziell im IT- und Multimediabereich.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und warum
streiten sich dann Kultusministerium
und Staatskanzlei um diesen Bereich?)

30 Millionen DM werden zur innovativen Technologieförderung eingesetzt. In den Bereichen Biotechnologie, Biomedizin, Wasserstofftechnologie, Gesundheit und Umwelt sollen vor allem junge Unternehmer und Existenzgründer schnell und wirkungsvoll unterstützt werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Des Weiteren wird ein Risikokapitalfonds mit 10 Millionen DM aufgelegt,

(Wolfgang Riemann, CDU: „Fonds“ steht da! Nicht einer, mehrere!)

der es ermöglicht, dass junge Unternehmer eine bessere Startchance in unserem Land bekommen.

(Heinz Müller, SPD: Dummheit schändet nicht.)

Weitere 10 Millionen DM sollen im Jugendbereich für noch festzulegende Projekte gegen die Jugendarbeitslosigkeit eingesetzt werden. Besondere Aufmerksamkeit findet im Zukunftsfonds die Entwicklung in Vorpommern, denn dort müssen besondere Entwicklungsrückstände abgebaut werden.

(Volker Schlotmann, SPD: Offenbarungseid.)

Als integraler Bestandteil des Gesamtkonzeptes wird sichergestellt, dass 25 Millionen DM direkt in Vorpommern eingesetzt werden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wo? Zusätzlich, zusätzlich hatte das Herr Seling versprochen, nicht im Rahmen der normalen Ausstattung aller Schulen in diesem Land.)

Meine Damen und Herren! Bis zum 15. September 2001 wird eine erste Unterrichtung der Landesregierung zur praktischen Umsetzung des Zukunftsfonds erwartet. 2002 muss dann eine Evaluierung erfolgen mit dem Ziel, daraus Schlussfolgerungen zur Struktur und Ausstattung ab dem Jahr 2003 zu ziehen, das heißt aus meiner Sicht ein erhöhtes Volumen, falls es dann die Haushaltslage auch hergibt.

Herr Rehberg, an dieser Stelle eine Bemerkung zu Ihrer Behauptung, wir würden uns nicht um die ständige Überprüfung der Strukturen der Landesverwaltung kümmern. Das ist einfach Unsinn. Die Regierung tut dies bereits seit mindestens zwei Jahren und dies macht die Regierung natürlich auch in Zusammenarbeit mit dem Finanzausschuss. Der Finanzausschuss hat im Rahmen einer Entscheidung beschlossen, dass bis zum 1. November 2001 eine Unterrichtung erfolgt zum Thema der Überprüfung der zukünftigen Strukturen der Landesverwaltung. Von daher ist ganz klar, dass dies eine ständige Aufgabe ist und wir dort konkrete Ergebnisse bereits haben und erwarten werden.

Meine Damen und Herren! Wenn bei einem Gesamthaushalt von 14 Milliarden DM durch die Initiativen der Koalitionsfraktionen haushaltsneutrale Umschichtungen von circa 23 Millionen DM vorgenommen wurden, so wird daran nicht nur die Handschrift der Fraktionen deutlich, sondern diese Zahlen zeigen auch die große Solidität der Finanzpolitik der Regierung. Der Vorwurf einiger CDU-Politiker, die Koalitionsfraktionen hätten die Vorgaben der Finanzministerin Sigrid Keler lediglich abgesegnet, ist allerdings völlig realitätsfern. Ich habe zumindest die diesjährigen Haushaltsberatungen ganz anders in Erinnerung und Finanzministerin Sigrid Keler vermutlich auch. Viel-

leicht liegt diese unterschiedliche Wahrnehmung aber naturgemäß daran, dass gutes Regierungshandeln darin besteht, dass der konstruktive Streit um die bestmögliche Kompromisslösung in schwierigen Haushaltsfragen eben nicht auf dem Markt der Öffentlichkeit ausgetragen wird, sondern in Arbeitskreis-, Fraktions- und Ausschusssitzungen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Wolfgang Riemann CDU: Zuweilen muss man die Finanzministerin davon ausschließen, von den Beratungen.)

Wenn Herr Nolte, der leider im Moment nicht im Raum ist, gerade uns, also den SPD-Finanzpolitikern, mangelndes Selbstbewusstsein und Konzeptionslosigkeit vorwirft, dann ist das nicht nur anmaßend, sondern auch völlig unzutreffend.

(Wolfgang Riemann, CDU: Aber die PDS ist zumindest ein bisschen kreativer. Das ist mein Eindruck.)

Gern bin ich bereit, an einigen Beispielen noch einmal in Erinnerung zu rufen, wo die SPD-Fachpolitiker gemeinsam mit den Finanzpolitikern der SPD-Fraktion selbstbewusst und kreativ ihre „Duftnoten“ setzen konnten.

Erstens. Die Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung über eine Erhöhung der Investpauschale von 150 Millionen DM auf 160,8 Millionen DM in 2001 beziehungsweise auf 162 Millionen DM in 2002 um insgesamt 22,8 Millionen DM ist ein Erfolg gerade der SPD-Fraktion. Die kommunale Finanzausstattung unseres Landes kann sich damit im Ländervergleich durchaus sehen lassen. Sicherlich hätten wir uns alle gewünscht, dass die Hilfe für die Kommunen noch höher ausgefallen wäre, aber dies wäre wohl nur über eine höhere Neuverschuldung möglich gewesen, ein Weg, der für uns im Gegensatz zur CDU nicht in Frage kam. Es bleibt auch weiterhin eine wichtige Aufgabe, kommunalfreundliche Entscheidungen zu treffen, das heißt nicht nur eine verbesserte kommunale Finanzausstattung, sondern auch eine Entlastung der Kommunen auf der Ausgabe Seite.

Zweitens möchte ich das Darlehensprogramm für Existenzgründerinnen und -gründer nennen, das weiterhin in einem Umfang von 2 Millionen DM eingestellt ist. Ich möchte nennen die 300.000 DM, die wieder bei der Landeszentrale für politische Bildung eingestellt wurden, um Projekte gegen den Rechtsextremismus zu finanzieren.

(Wolfgang Riemann, CDU: Nachdem die Landesregierung sie gestrichen hatte. Das muss man auch mal feststellen. – Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

Darüber hinaus konnte eine Verstärkung der Kriminalprävention um 54.000 DM auf 381.000 DM erreicht werden.

200.000 DM kann die Tourismusbranche mehr für Werbemaßnahmen im nächsten Jahr ausgeben. Tourismusmarketing ist eine wichtige Voraussetzung, damit die Tourismusbranche auch weiterhin an Fahrt gewinnt. Für eine bessere Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen wurden erstmalig 270.000 DM für Interventionsstellen eingestellt, um neben polizeilichen Wegweisungsmöglichkeiten auch sofort zielgerichtete Beratung für die Betroffenen anzubieten. Für die Tierkörperbeseitigung wurde 1 Million DM zusätzlich bereitgestellt. Investitionszuschüsse an freie Trä-

ger der Jugendhilfe in Übernachtungsstätten wie zum Beispiel Schullandheime wurden um 250.000 DM verstärkt. Die Bildungsstätten mit Übernachtungen werden auch in diesem Jahr wieder 700.000 DM Zuschuss erhalten.

(Wolfgang Riemann, CDU: Vergangenes Jahr waren es 800.000 DM, Herr Borchert. – Angelika Gramkow, PDS: Bei Ihnen hätte es gar nichts gegeben.)

Durch diese Förderung ist gesichert, dass diese drei Einrichtungen auch weiterhin allgemeine und politische Jugend- und Erwachsenenbildung anbieten können.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Erst streicht die Landesregierung die Mittel und dann heftet sie sich auf die Fahnen, dass sie sie wieder einstellt.)

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle sei mir gestattet, Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen einzubringen, und zwar zu den schon angekündigten Themen:

(Wolfgang Riemann, CDU: Das hat die Finanzministerin doch schon gemacht.)

1. Drucksache 3/1721, eine Aufstockung der stillen Beteiligung an der Nord/LB von 100 auf 300 Millionen DM
2. das Ausführungsgesetz zur Gewährung eines einmaligen Heizkostenzuschusses in der Drucksache 3/1722 und in der gleichen Drucksache die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Abwehr von Gefahren durch BSE und damit verbundene mögliche Mehrausgaben

Eine Bemerkung zu den CDU-Anträgen: Ich bin der Meinung, dass diese CDU-Anträge entweder kalter Kaffee sind, weil sie einfach alt sind und in den Ausschüssen x-mal durchgesehen wurden und heute noch einmal hier auf den Tisch gelegt werden,

(Heinz Müller, SPD: Asbach uralt sozusagen. – Peter Ritter, PDS: Da hätten wir Papier sparen können.)

oder nicht zu finanzieren sind.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ach ja, Herr Borchert!)

Die CDU-Anträge sind demzufolge abzulehnen.

Zum Schluss – schade, dass er nicht hier ist, ich bedauere es sehr –, ist es an dieser Stelle angebracht, dem Vorsitzenden des Finanzausschusses Herrn Nolte für seine konstruktive Arbeit zu danken. Gerade bezüglich Demokratie und im Umgang miteinander muss ich zumindest für den Finanzausschuss klarstellen, Frau Schnoor, dass wir uns da überhaupt nicht angesprochen fühlen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Und ich möchte meinen Dank erweitern insbesondere an Frau Arnold, an das gesamte Sekretariat des Finanzausschusses, das eine hervorragende Arbeit geleistet hat. Und ich bedanke mich auch bei den Kolleginnen und Kollegen des Finanzausschusses.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Borchert.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Riemann von der CDU-Fraktion.

Wolfgang Riemann, CDU: Ich bin jetzt dran? Ich wollte doch noch gar nicht.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Frau Finanzministerin, Herr Borchert und Herr Schlotmann, die Opposition, auch wenn Sie es noch so oft wiederholen, redet dieses Land nicht schlecht!

(Volker Schlotmann, SPD: Sie schreien dieses Land schlecht, das ist richtig.)

Dieses Land ist wunderschön, nur dieses Land hat die schlechte Arbeit dieser Landesregierung nicht verdient. Die Menschen in diesem Land haben dieses nicht verdient.

(Minister Dr. Gottfried Timm: Das sehe ich aber anders, Herr Riemann.)

Und, Frau Finanzministerin, Herr Schlotmann, Herr Borchert, ist es schon wieder soweit, die Koalition, die Koalition hat immer Recht? Ist es schon wieder soweit, Herr Borchert, Frau Finanzministerin, Herr Schlotmann?

(Andreas Bluhm, PDS: Das hieß anders. – Angelika Gramkow, PDS: Das hieß „die Partei“.)

Ich weiß, wie das hieß, nur dieser Tenor wird von dieser Landesregierung, von dieser Koalition komplett übernommen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Sie vergessen so manches, Sie vergessen so manches, Herr Riemann.)

Zu den Anträgen. Ich möchte zunächst einmal die Anträge der Koalitionsfraktionen und unsere Haltung dazu vorstellen.

(Unruhe bei Abgeordneten der PDS – Andreas Bluhm, PDS: Jaja, die Bank der Opposition ist hart, Herr Riemann! – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Und schlägt aufs Gedächtnis!)

BSE schlägt aufs Gedächtnis, da haben Sie Recht.

Erstens. Meine Damen und Herren, unser Antrag ist konkreter und wir sind der Meinung, dass Bund und EU in der Pflicht sind. Keine Landesmittel, keine Kommunalmittel für die BSE-Hysterie!

Zweitens. Heizkostenzuschuss. Typisch Rot-Grün: Erst wird die Ökosteuer eingeführt und dann sucht man ein bürokratisches Instrument, um die dringendsten Auswüchse verfehlter Politik zu heilen. Das Land bestimmt die zuständigen Behörden. Meine Damen und Herren, wo wird das Konnexitätsprinzip beachtet? Eine Belastung für die Landkreise und kreisfreien Städte, davon finde ich in Ihrem Antrag nichts. Die Aufgaben werden nach unten verlagert, aber leider die zur Aufgabenerledigung notwendigen Verwaltungsgelder nicht.

Drittens. Stiftung „Mensch, Umwelt und Natur“. Warum, meine Damen und Herren, hat dieses EU-Projekt wenige Tage vor Ende der EXPO erst die Öffentlichkeit erblickt? Und warum, meine Damen und Herren, unterstützen wir ein Projekt oder den Landesrechnungshof von Mecklenburg-Vorpommern oder den Landesrechnungs-

hof von Schleswig-Holstein, wo Staatsanwälte ermitteln, wo festgestellt wird, man kann nur Projekte unterstützen, wo es zuverlässige Betreiber gibt, und wo festgestellt wird, hier trifft das möglicherweise nicht zu? Deshalb ist auch dieser Punkt abzulehnen.

Viertens. Stille Beteiligung an der Nord/LB über die GAA, die Erhöhung von 100 auf 300 Millionen DM im Bürgerschaftsbereich. Meine Damen und Herren, ich empfehle Ihnen, noch mal die Stellungnahme des Landesrechnungshofes zu lesen. Wir jedenfalls stehen hinter dieser Stellungnahme, wir lehnen dieses ab.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Aber verstecken Sie sich nicht dahinter!)

Fünftens. Landeszentrale für politische Bildung. Wieder, meine Damen und Herren, soll ein Parteigänger mit einem Posten versorgt werden. Die neue Stelle kostet zwischen 65.000 und 70.000 DM. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, das ist SPD/PDS-Filz pur.

Sechstens. Frau Gramkow, ich hatte immer gedacht, die PDS will so etwas wie das soziale Gewissen darstellen. Warum haben Sie hier denn nicht, als Sie uns aufgefordert haben, der Entfernungspauschale zuzustimmen, deutlich dargestellt, dass durch die Ökosteuer Sozialhilfeempfänger, Rentner, Studenten belastet werden und durch diese Entfernungspauschale nicht entlastet werden

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, PDS: Sie kennen doch meine Auffassung zur Ökosteuer.)

und dass die Gasölverbilligung nur eine Augenwischerei ist, weil ab Januar 2001 der Preis wieder um 7 Pfennig je Liter steigt?

Siebtens. Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Bildungsfragen sind Zukunftsfragen für dieses Land und deshalb war die Rede der Kollegin Schnoor nicht eine Rede zum Einzelplan 07, sondern eine Rede zur Zukunft dieses Landes Mecklenburg-Vorpommern.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS – Heiterkeit bei Abgeordneten der PDS – Angelika Gramkow, PDS: Wo sind denn die Bildungsanträge? – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Reden, die hinterher erklärt werden müssen, haben vielleicht auch ihre Probleme. – Glocke der Vizepräsidentin)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Motto dieser Landesregierung könnte man wie folgt zusammenfassen: Wir können keine Finanzpolitik, wir können keine Arbeitsmarktpolitik, wir können keine Sozialpolitik,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Sie können so manches nicht.)

wir können keine Wirtschaftspolitik, wir können nur billig.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: War das Selbstkritik der CDU, oder was?)

Aber das, meine Damen und Herren von der Regierungsbank, ist zu billig für dieses Land.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, die Menschen in diesem Land sind auch nicht blöd.

Zur Arbeitslosigkeit habe ich heute morgen bis jetzt kein Wort von den Koalitionsfraktionen gehört,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Dann haben Sie nicht richtig zugehört oder Sie waren draußen.)

nicht ein einziges Wort – weder von Frau Gramkow, weder von Frau Keler, weder von Herrn Schlotmann. Ich sage es deutlich: 159.432 Männer und Frauen waren im November 2000 arbeitslos, darunter 19.876 Jugendliche unter 25 Jahren. Ebenfalls arbeitslos waren 4.279 Schwerbehinderte. Vergleicht man diese Zahlen mit dem Berichtsmonat November 1998, so offenbart sich der ganze Widerspruch rot-roter Politik zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen den Sonntagsreden der Landesregierung und dem rauen Wind, der den Menschen im Land um die Ohren weht, zwischen dem Anspruch Schröder'scher Sommerfestspiele und dem trüben Spätherbst der Chefsache „Aufbau Ost“.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

„Wir tun was zur Senkung der Arbeitslosigkeit.“, hat Herr Holter in seiner Parteitagrede im November getönt. Wo, muss man angesichts der Zahlen fragen.

(Peter Ritter, PDS: In Greifswald.)

Wo, Herr Holter?

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: In Greifswald war das.)

Ich weiß, wo das war in Greifswald. Ich komme noch zu Ihrem Parteitag zurück, Sie haben sehr interessante Feststellungen und Forderungen dort getroffen.

(Zurufe von Dr. Gerhard Bartels, PDS, und Peter Ritter, PDS)

Wenn Sie einigen von unseren Anträgen heute zustimmen, dann erfüllen Sie diese, Ihre ureigensten Forderungen.

(Beifall Eckhardt Rehberg, CDU, und Jörg Vierkant, CDU)

Ich komme auch noch mal zum Kriterium.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Sie träumen.)

Wenn, wie ein Klassiker behauptet, die Praxis das Kriterium der Wahrheit ist, dann zeigt die Erwerbslosenpraxis in Mecklenburg-Vorpommern, dass die SPD und die PDS bei ihren Wahlversprechen und bei der Realisierung zweier Haushalte, die Menschen in diesem Land belogen haben.

(Beifall Dr. Christian Beckmann, CDU, und Eckhardt Rehberg, CDU)

Dann zeigt es, dass Integrationsförrat, ÖBS, Schulsozialarbeiter, „Jugend baut“ als Strohfeder den Menschen in diesem Land keine Wärme spenden, dass diese Programme an der Praxis vorbeigehen und in eine ideologisch geprägte Sackgasse führen.

(Torsten Koplin, PDS: Sie sind ideologisch geprägt.)

Unter Rot-Rot werden die Menschen in diesem Land bis 2010 auf eine spürbare Entlastung des Arbeitsmarktes durch den demographischen Faktor warten müssen.

(Zurufe von Dr. Gerhard Bartels, PDS, und Peter Ritter, PDS)

Mit über 200 mündlichen und schriftlichen Anträgen haben wir während der Haushaltsberatungen die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen zu einem Umsteuern für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land aufgefordert, zu einem Umsteuern für mehr Investitionen und Arbeitsplätze, für gerechtere Bildungschancen, für die Freiheit von Lehre und Forschung und bessere Hochschulausstattung, für eine bessere Finanzausstattung der Städte und Gemeinden in unserem Land, für eine Verbesserung der inneren Sicherheit und wirksamere Präventionsarbeit. Aber, meine Damen und Herren, womit konnten wir uns durchsetzen? – Mit einem Prüfauftrag zur Senkung der Kopierkosten. Lächerlich!

(Heinz Müller, SPD: Ach, das war doch Ihr Antrag! – Angelika Gramkow, PDS: Wir hätten das auch nicht machen müssen. – Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS)

In diesem Parlament, in den Fachausschüssen und im Finanzausschuss herrscht eine Diktatur der SPD/PDS-Mehrheit gegen die Opposition.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das Diktatorsyndrom der CDU.)

Frau Gramkow, es muss nur demokratisch aussehen, hat schon Ulbricht gesagt, und die PDS hat da ja noch Erfahrung. Von der SPD hätte ich dieses nicht erwartet.

(Angelika Gramkow, PDS: Wer hat Ihnen zu Ihren Anhörungen verholten? Vielleicht die Koalition, oder wer?)

Aber Sie, meine Damen und Herren von der SPD, stehen wohl unter der Diktatur der Finanzministerin Keler.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir wollen mit unseren 31 Anträgen heute hier im Plenum auch öffentlich deutlich machen,

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

dass wir nicht bereit sind, unsere konstruktive Oppositionsarbeit Ihrem Diktat zu unterwerfen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

und dass wir den Menschen in unserem Land eine Alternative zu bieten haben, die jenseits von billigen Strohfeuern und reihenweise gebrochenen Wahlversprechen von Rot-Rot liegt.

Herr Minister Holter und Herr Dr. Bartels, Sie haben auf dem PDS-Parteitag am 25. November 2000 in Greifswald ausgeführt, woran messen wir denn die Erfolge und Misserfolge der SPD/PDS-Koalition? Ihre Antwort, Herr Holter, ist sehr interessant. Sie lautet wie folgt: „Man kann zum Maßstab ihrer Bewertung weder die Partei noch die Wahlprogramme der PDS und SPD machen.“ Ende des Zitates, veröffentlicht im Pressedienst der PDS, Nr. 48/2000.

Aha, Herr Holter,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Aha, Herr Riemann!)

in Wahl- und Parteiprogrammen dürfen SPD und PDS jedem alles versprechen? Was schert es mich dann, wenn ich erst mit dem dicken Dienst-Audi durchs Land zur nächsten Parteiversammlung fahre?!

(Heiterkeit bei Erhard Bräunig, SPD, und Eckhardt Rehberg, CDU)

Zu unseren Anträgen zum Gesetz: Anders als die Koalitionsfraktionen wollen wir Mehreinnahmen dieses Landes für die Stärkung der Investitionskraft einsetzen. Wir wollen den Deckungskreis „Öffentlichkeitsarbeit“ einschränken, und zwar deutlich, weil wir meinen, dass die Landesregierung vor lauter Klappern ihr Handwerk vergisst.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Wir wollen eine Erhöhung des Bürgschaftsrahmens für die Bauwirtschaft, damit der Sturzflug zu einem Sinkflug für diese Branche wird. Und wir wollen keine Generalermächtigung der Landesregierung für neue Strohfeuerprogramme, sondern unser Kontrollrecht und auch unsere -pflicht – alle zusammen – als Parlament dazu einfordern! Wir wollen ein Forstkonzept

(Hannelore Monegel, SPD: Haben wir schon.)

und eine gesonderte rechtliche Regelung, die nicht mit dem Haushaltsgesetz durchgepeitscht wird, sondern den Belangen von Förstern und nachhaltiger Waldwirtschaft gerecht wird.

(Hannelore Monegel, SPD: Und das machen wir.)

Das machen Sie eben nicht.

(Hannelore Monegel, SPD: Doch, machen wir doch.)

Und wir unterbreiten Ihnen einen Prüfauftrag – das ist nun ziemlich das schärfste Schwert, was dieser Landtag hat –, der die notwendigen Strukturen in diesem Land beleuchtet und mittelfristig zu einer schlankeren Verwaltung führt. Aber es ist ja schon angedeutet worden, durch Frau Gramkow, Herrn Borchert und andere Redner, nicht einmal einen Prüfauftrag möchten Sie.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Weil das Ressourcenvergeudung ist.)

Und wie gesagt, es ist eben nur ein Prüfauftrag, meine Damen und Herren von der Koalition, um Ihnen die Zustimmung zu erleichtern. Ginge es nach uns, das sage ich auch so deutlich,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Nach Ihnen geht es auch nicht. – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

ginge es nach dem Bund der Steuerzahler, ginge es nach den kommunalen Spitzenverbänden, könnte zumindest partiell eine Verschlinkung der Landesregierung schon mit dem Haushalt 2002 erreicht werden,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

wenn diese Koalition diese Landesregierung nicht blockiert. Wir laden Sie ein, da mitzumachen.

Mit dem Antrag zum Einzelplan 05, dem Haushalt der Finanzministerin, fordern wir die Landesregierung auf, eine Trennung zwischen Aufsichts- und Genehmigungsbehörde bei den Gesellschaften auf dem Ihlenberg bis zum 31. August 2001 vorzunehmen. Finanz- und Umweltpolitiker meiner Fraktion sind es leid – ich sage es so deutlich –, teilweise offen, aber teilweise auch anonym quartalsweise davon unterrichtet zu werden, wie im Hause von Professor Methling Genehmigungs- und Aufsichtspflichten miteinander verquickt werden zum Schaden für die Finanzen dieses Landes, aber auch zum Schaden für die Umwelt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig. –
Angelika Gramkow, PDS: Das
müssen Sie aber beweisen.)

Ich stelle Ihnen gerne ein paar anonyme Briefe zur Verfügung, Frau Gramkow.

(Angelika Gramkow, PDS: Ich möchte
hier die Fakten von Ihnen hören.)

Zum Einzelplan 06, dem Wirtschaftsministerium, einige detailliertere Ausführungen, weil gerade dieser Haushalt zeigt, wie diese Landesregierung, wie diese Koalition arbeitet. Weil man noch 1,5 Millionen DM EFRE-Mittel für die Existenzgründerinnen braucht, nimmt die Koalition es bei den Infrastrukturmaßnahmen bei den Gemeinden weg. Weitere 1,5 Millionen DM kürzt die Koalition bei Standortkonversion und Infrastrukturausgaben für die Gemeinden außerhalb der GA. Im Ausschuss, aber auch an allen Orten in der Öffentlichkeit fordert der zuständige Minister aber immer wieder eine Verbesserung der kommunalen Infrastruktur. Und weil man ein unvernünftiges Bildungsfreistellungsgesetz als Wirtschaftsminister nicht verhindern kann, kürzt man bei der Ausbildungsförderung und im Ankerprogramm.

(Angelika Gramkow, PDS: Sie wissen doch,
dass wir ein 13. Schuljahr haben, Herr Riemann.)

Herr Minister Professor Eggert, Sie haben es als Wirtschaftsminister zugelassen, dass in Berlin und Schwerin der Anker, an dem sich die Wirtschaft dieses Landes aufrichten kann, gelichtet wurde, dass das Schiff Wirtschaft im Strudel von Selbstbeweihräucherung der Berliner und Schweriner Regierung hier im Land im Kreis fährt.

Herr Ministerpräsident, schauen Sie einmal in Ihr Wahlprogramm! Sie haben dort versprochen, neue Kraftanstrengungen gemeinsam mit einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung im Aufbau Ost zu unternehmen. Wo sind sie, die neuen Kraftanstrengungen? Sie, Herr Ministerpräsident, Sie, Herr Wirtschaftsminister, haben in diesem Bereich eine Kürzung von 87 Millionen DM hingegeben, ohne Gegenwehr. Im Gegenteil, weil die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen im Zuge der Haushaltsberatungen feststellten, dass mit der eingestellten Werftenhilfe nicht einmal die Projekte auf den Werften im Jahr 2001 anteilig bei den Wettbewerbshilfen kofinanziert werden können, und weil man Strohfeuerprogramme wie „Jugend baut“ und Schulsozialarbeiter ausdehnt, werden Technologie- und Innovationsförderung um 4 Millionen DM und betriebserhaltende und damit arbeitsplatzerhaltende Beteiligungsprogramme um 2,5 Millionen DM gekürzt. Ein unterstützendes Markteinführungsprogramm für innovative Produkte wird mehr als halbiert und die Förderung zukunftssträchtiger Energiepraktiken um 25,3 Prozent abgesenkt. Meine Damen und Herren! Angesichts dieser Zahlen möchte man ausrufen: Mecklenburg-Vorpommern, mir graut vor deiner Zukunft unter Rot-Rot!

(Beifall Eckhardt Rehberg, CDU –
Andreas Bluhm, PDS: Sehr müde der Beifall. –
Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Zumindest als Herr Borchert dringesessen und gesprochen hat, saßen vier Kollegen noch da, bei Ihnen war es ähnlich bei Ihrem Redner.

(Andreas Bluhm, PDS: Sie müssen ihn nicht
verteidigen. – Rudolf Borchert, SPD:
Zählen kann er auch nicht.)

Und, meine Damen und Herren, die Steigerung der Arbeitslosigkeit, Herr Minister Professor Eggert, ist auch mit Ihr Verdienst.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Der
ist ja auch wieder nicht da.)

Mit unseren Anträgen zum Einzelplan 06 wollen wir diese Entwicklung zumindest stoppen und insbesondere den Werften für die nächsten Jahre die volle mögliche Akquisition von Aufträgen sichern. Wir sind uns da sowohl mit den Fachbereichen als auch mit der IG Metall einig. Die Bemühungen um die Aufhebung der Kapazitätsbeschränkungen für unsere Werften manifestieren deutlich die Unfähigkeit der Landesregierung und die unzureichende Unterstützung der Schröder-Regierung für die maritime Wirtschaft unseres Landes.

(Angelika Gramkow, PDS: Sie haben
doch überhaupt gar nicht zugehört.)

Den Durchbruch, Frau Gramkow, in Brüssel haben Ringstorf und Eggert in schöner Regelmäßigkeit Jahr für Jahr versprochen. Da fährt man mehrfach medienwirksam nach Brüssel. Da tagt der Kabinettsausschuss „Neue Bundesländer“ medienwirksam in Schwerin. Da fliegt man medienwirksam den Botschafter der Bundesregierung bei der EU nach Schwerin ein. Und vom flügelahmen Ost-Beauftragten der Schröder-Regierung Herrn Schwanitz will ich hier gar nicht sprechen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Reinhardt Thomas, CDU:
Sie sind ja heute so freundlich.)

Und, meine Damen und Herren, was ist das Resultat? Null, Null, Null Komma nichts – außer Spesen und Schlagzeilen nichts gewesen.

Ein Thema, meine Damen und Herren von der Regierung, ein Thema, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, werden wir Ihnen bis zum Ende dieser Legislaturperiode, bis zum Ende Ihrer Regierungszeit im Herbst 2002 immer wieder, immer wieder deutlich vor Augen führen. Das ist Ihr Versagen in der Bildungspolitik, das ist Ihr Versagen bei der Sanierung von Schulen und Schulturnhallen, bei der Erwachsenenbildung, das ist Ihr Versagen bei der Ausstattung von Fachlaboren an den Schulen, bei der Ausstattung von Universitäten, Fachhochschulen sowohl an Stellen als auch bei der materiellen Ausstattung. Bei allem Respekt, Herr Parlamentspräsident Kuessner, ein Blick in den Haushalt hätte genügt und Sie hätten gewusst, dass diese Landesregierung auch in Greifswald Stellen streicht in den nächsten Jahren. Bei allem Respekt, Herr Präsident, man sollte auch einmal in den Haushalt sehen!

Dieses Versagen in Zukunftsfragen, wie in dem Schwerpunkt Bildung und Ausbildung, dieses Unterordnen unter dem Diktat der Finanzpolitik wird der Zukunft des Landes Mecklenburg-Vorpommern, wird der Zukunft seiner Menschen auf lange Zeit schweren Schaden zufügen.

Die CDU-Fraktion hat sich mit ihren Anträgen in diesem Bereich (Schulsanierung, Zukunftsfonds und Bauingenieurwesen) die Verbesserung der Chancengleichheit in der Bildung auf die Fahnen geschrieben. Ich weiß, Frau Polzin, Sie kommen vielleicht noch mit dem Argument, erst müssen wir ja mal die Schulentwicklungsplanung abschließen, bevor wir überhaupt wissen, was wir sanie-

ren können. Aber ich sage Ihnen aus den Erfahrungen, es gibt Grundschulen, die sind im Bestand gesichert, und da verweigert diese Landesregierung, da verweigert das Innenministerium das Geld, damit die notwendigen Maßnahmen durchgeführt werden, gerade bei den kleinsten Kindern. Und deshalb ist unser Antrag heute auch berechtigt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wir haben also die Chancengleichheit in der Bildung auf unsere Fahnen geschrieben. Und hier, meine Damen und Herren von der PDS, können Sie zustimmen, denn wortgleich haben Sie dieses am 25. November 2000 in Greifswald beschlossen.

(Georg Nolte, CDU: Hört, hört! –
Reinhardt Thomas, CDU: Das ist interessant.)

Wir werden Sie hier beim Wort nehmen, täglich und bis zum Ende Ihrer Regierungszeit im Jahr 2002 werden wir unter dem Motto „Friede den Bildungsstätten – Krieg den Landespalästen!“ mit unseren Bemühungen nicht nachlassen. Das garantiere ich Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Zum Einzelplan 08, dem Bereich des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei. Inzwischen hat die BSE-Hysterie auch diese Landesregierung erreicht, und dies nicht nur beim Forstkonzept. Da wird sich nicht mehr um die Belange der Landwirte, um die Beschäftigten der Schlachthöfe und Verarbeitungsbetriebe gekümmert, da wird die Tierkörperbeseitigung im Regen stehen gelassen, da werden Ausgleichsleistungen von Berlin und Brüssel nicht nachdrücklich genug eingefordert und da wird in den Chor der manipulierten Besorgnis eingestimmt, ja, dieser Chor wird noch verstärkt. So sind sie, die Schröders und Backhausens, kein Thema ist ihnen zu schlecht, als dass es sich nicht noch für die persönliche Imagepflege eignen könnte.

Mit unseren Anträgen wollen wir zumindest einen Teil der Belastungen aus der Tierkörperbeseitigung für die Landwirte auffangen und Berlin und Brüssel, aber auch diese Landesregierung zum Handeln tragen, um Ausgleichsleistungen einzufordern. Verbraucher und Landwirte können dieses nicht allein tragen, Herr Backhaus.

Wir, meine Damen und Herren, haben ja nun einen „Vorpommern-Minister“, der gern von Prävention und härteren Gesetzen in der Öffentlichkeit redet,

(Minister Dr. Gottfried Timm: Das ist aber nicht dasselbe, Herr Riemann.)

der eine zügigere Verfolgung und Ermittlung fordert,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Solche Feinheiten sind eben zu kompliziert.)

ebenfalls in der Öffentlichkeit, der für einen sicheren Strafvollzug eintritt, ebenfalls in der Öffentlichkeit. Vergleicht man aber die Reden in der Öffentlichkeit und die Reden auf nichtöffentlichen Versammlungen, so plädiert dieser Minister etwa im Bereich des Strafvollzuges schon mal für eine Lockerung beim Freigang zum Beispiel für schwule und lesbische Straftäter. Vor Polizisten und Juristen führt er aus, dass eine effektivere und zügigere Ermittlungs- und Verfolgungspraxis kaum mehr möglich sei.

(Heiterkeit bei Dr. Christian Beckmann, CDU:
Jawohl! – Reinhardt Thomas, CDU:
Das gibt's doch wohl nicht!)

Für Opferhilfe und Prävention in seinem Bereich scheint er nicht zuständig.

(Reinhardt Thomas, CDU:
Das ist nicht zu fassen!)

In der Antike nannte man das Januskopf.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das zeigt auch das Verhalten des Ministers zu unseren beiden Anträgen zum Einzelplan 09, dem Geschäftsbereich des Justizministers Sellering.

Zu der Anhörung und der damit verbundenen Ohrfeige für die Sozialministerin Martina Bunge

(Dr. Armin Jäger, CDU: Die ist auch nicht da.)

in der Finanzierung der Kindertagesstätten hat der Fraktionsvorsitzende Rehberg schon genügend ausgeführt. Deshalb bleibt mir hier nur festzustellen: Stimmen Sie, meine Damen und Herren, unserem Antrag zu, der eine Mindestfinanzierung der Kitas im Land sichert!

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Setzen Sie, nachdem Sie das Landeserziehungsgeld de facto abgeschafft haben, nachdem Sie dafür gesorgt haben, dass in den Altenheimen im Land Rentnerinnen und Rentner abkassiert werden, nachdem Sie die Krankenhausförderung gekürzt haben, nachdem Sie das Blindengeld eingefroren haben, setzen Sie die Politik der sozialen Kälte nicht weiter fort!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. –
Harry Glawe, CDU: Sie sind für Kälte zuständig. – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Was, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, was ist das für ein Land Mecklenburg-Vorpommern, was ist das für eine Sozialministerin,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das ist ein Land, das sogar Herrn Riemann aushält. Das ist schon stark genug.)

die auf Staatskosten nach Sydney fliegt, die sich selbst eine Rückenschule verordnet, die es aber zulässt, dass in einer sozialistisch regierten Stadt wie Neubrandenburg ein Radiosender aufrufen muss, damit eine Kinderkranke station freundlicher und menschlicher wird? Was ist das für eine Sozialministerin?

(Torsten Koplín, PDS: Das ist Sache des Radios.)

Und deshalb, meine Damen und Herren, stimmen Sie unserem Antrag zu, der weitere Rückenschulungen verhindert!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und stimmen Sie unserem Antrag zu, der die Investitionszuschüsse bei Jugendherbergen in der Mittelfristigen Finanzplanung verstetigt! Bedenken Sie, bedenken Sie, meine Damen ...

(Angelika Gramkow, PDS: Steht drin. Das steht schon in der Mittelfristigen Finanzplanung drin, Herr Riemann. Sie hätten nachlesen müssen!)

Frau Gramkow, wir haben nachgelesen und Sie wissen genau, wenn wir es nicht explizit festschreiben, dann kann diese Landesregierung mit der Mittelfristigen Finanzplanung machen, was sie will, dann kann sie dort kürzen, wie und wo sie will. Das wissen Sie ganz genau.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Georg Nolte, CDU: Ganz genau! Genau so!)

Bedenken Sie bei Ihrem Abstimmverhalten, Besucher von Jugendherbergen sind sicher die Urlauber von morgen! Aber davor studieren sie vielleicht auch noch an unseren Hochschulen und lassen sich bei uns nieder. Und wenn Sie, meine Damen und Herren von der PDS, die Worte von Herrn Holter auf Ihrem Parteitag am 25. November ernst nehmen, dann müssen Sie zustimmen. Ich darf zitieren: „Wir sollten mehr, viel mehr als bisher über die Zuwanderung junger Menschen nach Mecklenburg-Vorpommern nachdenken. Und wir sollten es nicht an Verwegenheit missen lassen.“

(Angelika Gramkow, PDS: Dafür brauchen aber wir nicht Ihren Antrag.)

Meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, seien Sie einmal verwegen!

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Wir sind aber nicht verrückt.)

Zum Einzelplan 11, dem Heiligtum der Finanzministerin Keler, fällt mir folgender Weihnachtsreim ein: „Ihr Gelderlein kommet, kommet doch all in die Schlossstraße, in Sigrids geheiligten Stall.“

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU:
Das ist der Satz des Tages.)

Nein, meine Damen und Herren, noch ist kein Weihnachtsfriede, denn nach wie vor wird aus der Novembersteuerschätzung – und, Frau Keler, wir haben externe Experten zu Rate gezogen –,

(Zuruf von Dr. Gerhardt Bartels, PDS)

nach wie vor wird aus der Novembersteuerschätzung, aus den Ergebnissen dieses und des letzten Jahres deutlich, dass die Finanzministerin nicht nur bei den Steuereinnahmen, bei den Verstärkungsmitteln und bei den Grundstücksverkäufen erhebliche Reserven bunkert und damit der aktiven Arbeitsmarktpolitik, der zukunftsorientierten Wirtschaftspolitik, der Bildungspolitik und dem gerechten kommunalen Finanzausgleich entzieht.

Sparkommissar Frau Keler ist gut, aber Sparen an der Zukunft des Landes ist und bleibt falsch. Sparen bei sich selber ist angesagt, Herr Ministerpräsident Ringstorff, eine schlanke und effektive Verwaltung, wie Sie es im Regierungsprogramm der SPD für den Zeitraum 1998 bis 2002 verkündet haben. Ich darf aus der Seite 8 zitieren. Hören Sie sich mal bitte an, was Sie in Ihre Programme geschrieben haben!

(Reinhardt Thomas, CDU: Das wissen sie doch gar nicht mehr. – Barbara Borchardt, PDS:
Wir können selber lesen.)

„Wir Sozialdemokraten wollen, daß unser Land bei der Modernisierung der Verwaltungen in der Bundesrepublik eine Vorreiterrolle spielt. Dadurch werden Investitionen begünstigt.“

Wann, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, wann, Herr Dr. Ringstorff, lösen Sie Ihr Wahlversprechen ein? 2005? 2006? 2010? Aber da können Sie vielleicht zur nächsten Wahl dasselbe noch mal versprechen. Die Wähler sind aber nicht so vergesslich, wie Sie meinen. Wenn Sie, meine Damen und Herren von der SPD, Ihr Wahlprogramm von 1998 noch ernst nehmen, dass dem kommunalen Finanzausgleich ein hoher Rang eingeräumt wurde

(Angelika Gramkow, PDS:
Nicht mal das stand bei Ihnen.)

und wird – und wird! –, dass Sie die kommunale Leistungskraft steigern wollen, und, Frau Gramkow, wenn Sie, Frau Gramkow, ganz persönlich und Ihre Damen und Herren in der PDS-Fraktion, den Beschluss des Greifswalder Parteitages, Ihres Parteitages, ernst nehmen wollen, der eine weitere Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung fördert, dann, ja dann müssen Sie unseren beiden Anträgen zur Stärkung der kommunalen Finanzkraft doch zustimmen.

(Angelika Gramkow, PDS:
Sie sind nur leider nicht gedeckt.)

Denn als amtierender Bürgermeister – und das sage ich Ihnen ganz deutlich – weiß ich, ohne Moos ist nichts los, und da helfen die noch so vielen schönen Sonntagsreden von Landesregierung und Koalitionsfraktionen nichts. Da hilft auch kein sprachloser Innenminister und auch keine Enquetekommission. Sie, meine Damen und Herren von Rot-Rot, sind dabei, Kreise, kreisfreie Städte und Gemeinden langsam finanziell zu erdrosseln.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Genau so ist das. –
Harry Glawe, CDU: Im Schwitzkasten haben sie sie schon.)

Ich will hier nicht noch einmal die Trickereien mit dem Familienleistungsausgleich im Zusammenhang mit dem Deckel erwähnen und ich will auch kein Wort mehr verlieren zu dem gesetzlichen Anspruch aus dem FAG 1999 in Höhe von 32,1 Millionen DM, meine Damen und Herren. Ich will aber schon deutlich machen, dass sowohl SPD als auch PDS kein Wort mehr von ihren Wahlversprechen heute wahrhaben wollen.

Der Zukunftsfonds, meine Damen und Herren, geistert in den verschiedenen Varianten schon länger durch die Medienlandschaft Mecklenburg-Vorpommern. Als Herr Sellingering noch Ministerialer am Hofe von Herrn Dr. Ringstorff war,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der CDU und PDS)

forderte er schon mal einen eigenen Zukunftsfonds für Vorpommern. Aber seine Ideen reichten leider nur bis zu den Runkelrübenkraftwerken und den Brombeerplantagen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Barbara Borchardt, PDS:
Immerhin hat er welche. Sie haben gar keine.)

Dann hat die Landesregierung einen unspezifizierten Verstärkungstitel, über dessen Verwendung mit den

Koalitionsfraktionen, nicht etwa mit dem Parlament zu beraten wäre, ausgebracht. Das Kind erhielt den Namen „Zukunftsfonds“. Es war leider nur zu allem fähig und zu nichts zu gebrauchen.

(Rudolf Borchert, SPD: Na, na, na!)

Deshalb wurde es erst mal schlafen gelegt. Sellering stand vor dem Ministerposten – Vorpommern war vergessen.

(Harry Glawe, CDU: War ein Pflegefall.)

Erst im Zuge der Haushaltsberatungen – und das kann sich Ihr Fraktionschef ruhig mal anhören, Herr Schlotmann –, erst im Zuge der Haushaltsberatungen hat die CDU als erste Fraktion, Herr Schlotmann, als erste Fraktion, Herr Schlotmann,

(Barbara Borchardt, PDS: Na noch einmal!)

konkrete, auf die Zukunft gerichtete Verwendungsmöglichkeiten des Fonds eingebracht. Und als Minister Holter mit seinem breit angelegten Jugendbeschäftigungsprogramm baden ging, wurde das Kind wieder geweckt und umgetauft.

Leider kann ich nicht mehr alles erzählen. Ich komme zum letzten Satz.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS – Peter Ritter, PDS: Na ein Glück auch! – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Oh, sind wir aber traurig!)

Ich beantrage hiermit eine namentliche Abstimmung zu unserer Drucksache 3/1702, und zwar zur Prinzipienfrage einer unmoralischen Steigerung der Besoldung des Chefs der Staatskanzlei. – Ich darf mich recht herzlich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Danke, Herr Riemann.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Bartels von der PDS-Fraktion. Bitte sehr.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Gestatten Sie mir eine erste Vorbemerkung als Sprachwissenschaftler. Herr Kollege Riemann, auch eine Ansammlung missglückter Sprachbilder macht keine gute Rede.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und eine zweite Anmerkung, die dann allerdings schon etwas ernster gemeint ist. Wenn ich mir das Niveau dieser Debatte angucke, weiß ich nicht, wo ich eigentlich bin. Herr Riemann, ehe Sie irgendjemandem Verfilzung vorwerfen, kümmern Sie sich vielleicht mal um den Zustand Ihres heimischen CDU-Kreisverbandes und die Kritik, die Sie aus den Reihen Ihres eigenen Kreisverbandes

(Wolfgang Riemann, CDU: Da gibt es keinen Filz.)

gerade zur Kenntnis nehmen mussten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen schmeißen. Und das meine ich ganz ernst. Denn die Art und Weise, wie Sie hier versuchen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wir sind hier nicht im Kreistag von Ostvorpommern, sondern im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

mit Lautstärke und schlechten Sprachbildern Wirkung zu erzielen, schreit zum Himmel.

Und eine nächste Bemerkung muss ich noch machen in diesem Zusammenhang,

(Harry Glawe, CDU: Was? Noch eine? Drei Wünsche hat man nur frei.)

und zwar auch an Herrn Riemann und zu meinem Bedauern auch an Frau Schnoor, die sich immer mehr auf dieses niveaulose Format begibt. Ich bedauere das sehr.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Reinhardt Thomas, CDU: So was Niveauloses! – Wolfgang Riemann, CDU: So was von konstruktiv! – Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Ihre Krokodilstränen über die Behandlung der Opposition sind geradezu lächerlich. Sie haben möglicherweise auf der, wie sagt man so schön, harten Oppositionsbank vergessen, wie Sie mit der Opposition umgegangen sind. Ich habe es nicht vergessen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Und, Frau Schnoor, wenn Sie sich beschweren über die Arbeit im Bildungsausschuss – dabei räume ich ein, dass wir da Fehler gemacht haben und an manchen Stellen nicht ordentlich gearbeitet haben, das ist richtig –,

(Harry Glawe, CDU: Na wenigstens Selbstkritik übt er noch. – Dr. Ulrich Born, CDU: Na ja, sehen Sie, das ist doch was!)

aber wenn Sie sich darüber beschweren, dann möchte ich Sie an die vergangene Legislaturperiode erinnern

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

und dann sollten Sie lieber ganz still sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Selbst wenn wir nur genauso mit der Opposition umgehen würden, wie Sie es getan haben,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Nun macht mal nicht so ein Klein-klein-Gehacke hier!)

hätten Sie keinen Grund, sich zu beschweren.

(Harry Glawe, CDU: Mensch, Dr. Bartels!)

Wir gehen anders um.

Und ich will eine letzte Anmerkung machen, weil Herr Riemann und auch andere immer mal wieder versuchen,

(Harry Glawe, CDU: Drei Wünsche hat man nur frei. – Dr. Ulrich Born, CDU: Nun machen Sie mal was zum Haushalt!)

Differenzen zwischen der SPD und der PDS zu entdecken

(Dr. Christian Beckmann, CDU:
Nennen Sie mal noch ein paar Zahlen!)

und möglicherweise auch auszunutzen. Da will ich Ihnen eins sagen: Die Erfahrungen, die ich gerade in dieser Haushaltsdebatte über die Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen Finanzern der SPD-Fraktion gemacht habe, gehören zu den positiven Erfahrungen meiner Zeit hier im Landtag.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Harry Glawe, CDU: Schön.)

Und Sie werden von Seiten der PDS auch nie hören, dass Verantwortungen für Entscheidungen, die in dieser Koalition gefallen sind, einer einzelnen Person zugeschoben werden, damit man selbst seine Verantwortung negieren kann. Frau Gramkow hat Ihnen zitiert, was Sie in der Mittelfristigen Finanzplanung festgelegt und beschlossen haben

(Harry Glawe, CDU: Sie wollten doch alles besser machen. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

unter der Richtlinienkompetenz Ihres Ministerpräsidenten. Und jetzt versuchen Sie immer wieder, Frau Keler die Dinge in die Schuhe zu schieben. Ich will – damit Sie es mal zur Kenntnis nehmen – auch noch dazu sagen: Es ist für niemanden hier ein Geheimnis, dass Frau Keler und ich an vielen Stellen unterschiedlicher Meinung sind

(Harry Glawe, CDU: Was? Was?)

und auch recht häufig miteinander streiten. Aber eins will ich Ihnen sagen: Ich streite viel lieber mit Frau Keler, als mich auf Ihre unsolide Art von Finanzpolitik einzulassen!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist ja auch nicht verwunderlich. Alles andere hätte uns überrascht.)

Und nach dieser etwas aufgeregten Vorrede ...

(Georg Nolte, CDU: Sie
kommen ja gar nicht zur Sache.)

Ich bin die ganze Zeit bei der Sache. Ich heiße doch nicht Nolte.

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS – Dr. Ulrich Born, CDU:
Das ist alles nur kleinkariert.)

... will ich Ihnen jetzt noch eine Geschichte erzählen,

(Harry Glawe, CDU: Ach nee,
das hatten wir doch schon mal.)

eine Geschichte, die im Unterschied zu denen, die Herr Riemann erzählt, wahr ist

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU:
Nee, wir sind doch nicht im Kreistag.)

und die sich in der vergangenen Woche abgespielt hat.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

In der vergangenen Woche war ich mit dem Tourismusausschuss auf Fischland-Darß und habe dort bei einem CDU-Abgeordneten völlig unbeabsichtigt Freude ausgelöst.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ach!)

Und zwar habe ich, zurückgreifend auf meine Erfahrungen sechs Jahre im Finanzausschuss, in der Debatte gesagt, es ist erstens eine politische Entscheidung notwendig und wenn zweitens die politische Entscheidung gefallen ist, wenn ein politischer Wille da ist, dann wird auch das Geld gefunden. Der Abgeordnete bewies seine Inkompetenz und geriet völlig aus dem Häuschen, denn er hielt diese Aussage für einen koalitionsären Offenbarungseid. Aber Tatsache ist, was der Herr Kollege nicht wusste oder nicht wissen will, politische Entscheidung heißt immer auch Schwerpunktsetzung, heißt auch festzulegen, zu welcher Zeit welche Prioritäten zu setzen sind und was zuerst mit den begrenzten Mitteln gelöst werden kann und muss. Und ich bin ganz froh, nach der heutigen Debatte umso mehr, dass im Moment nicht die CDU entscheidet, welche Prioritäten gesetzt werden in diesem Land.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS – Dr. Ulrich Born, CDU:
So, und jetzt zur Sache! – Harry Glawe, CDU:
Ist das Zusammenarbeit oder was war das eben?)

Wenn das so ist, dann heißt das, auch für die Haushaltsdebatten im Landtag, dass wir uns in Zukunft noch viel stärker mit den allgemeinen Grundsatzentscheidungen befassen müssen und dass wir uns gerade auch im Finanzausschuss, aber nicht nur dort, viel stärker strategischen Fragen zuwenden müssen, um besser die eben beschriebenen Schwerpunktsetzungen entscheiden zu können. Und eine der notwendigen Diskussionen wird in den nächsten Jahren die Diskussion über neue Formen der Haushaltsveranschlagung sein. Denn eins zeigt die Erfahrung der letzten Jahre ganz deutlich: Bewegungsmöglichkeiten im Umgang mit den Finanzen an den Dienststellen konkret vor Ort sind ein Gebot der Stunde und wir werden uns mit diesen Fragen viel konkreter und viel weitblickender in Zukunft befassen müssen.

Und da will ich dann auch sagen, dass ich sehr froh bin, dass die Fachhochschule Neubrandenburg und ab dem neuen Jahr dann auch vollständig die anderen beiden Fachhochschulen hier als Vorreiter tätig sind. Und, Frau Finanzministerin, eingehend auf das Zitat, das Sie vorhin gebracht haben, die Fachhochschulen wollen diese Hochschulautonomie und wir werden auch weiter alles tun, um sie in diesem Bestreben zu unterstützen. Deshalb hat der Landtag das, was die Regierung im Haushaltsentwurf vorgeschlagen hat, was die Haushaltsvermerke bei den Fachhochschulen betrifft, wesentlich verändert. Frau Schnoor, ich gebe ja zu, der Antrag der CDU ging an einem Punkt noch etwas weiter als unser Antrag. Aber daraus grundsätzlich einen Mangel an Bereitschaft zur Veränderung für die Koalitionsfraktionen zu machen, ist dann vielleicht doch ein bisschen starker Tobak.

Wichtig ist für mich, dass wir mit dieser Entscheidung zu der Ausgestaltung des Modellversuches an den Fachhochschulen ein ganz deutliches Signal an alle Beteiligten gegeben haben. Ja, diese Regierung und diese Koalition meinen es ernst mit der Budgetierung an den Hochschulen und meinen es ernst mit einem wesentlichen Ausbau der Autonomie unserer Hochschulen. Und ich will auch darauf verweisen, ohne das jetzt hier weiter auszuführen, dass der bisherige Verlauf des Modellversuchs bei allen Problemen für eine solche Konsequenz spricht,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS und Rudolf Borchert, SPD)

denn es ist eine wesentliche Leistung, wenn die Fachhochschule Neubrandenburg mit den umgeschichteten Mitteln, die durch die Entscheidung dieses Landtages möglich geworden sind, 23 Forschungsprojekte neu auflegt und von diesen 23 Forschungsprojekten 16 bei der DFG nicht nur anmeldet, sondern auch bestätigt bekommt, diese Fachhochschule also Drittmittel ins Land holt, denn Bestätigung durch die DFG heißt Kofinanzierung und das heißt Einwerben von Drittmitteln. Ich halte das für ganz wichtig

(Torsten Koplín, PDS: Das ist auch wichtig.)

und das alles spricht dafür, dass wir auf diesem Weg weitergehen müssen.

Natürlich hat sich in der Diskussion gezeigt, dass es hier auch Probleme gibt – weg von der bisherigen Nasensatzveranschlagung von Personalkosten hin zu einer Ausfinanzierung auf die konkrete Stelle, nicht auf Nasensätze. Und natürlich gibt es dort Probleme. Das haben wir in der Diskussion erfahren. Wir haben darauf reagiert und es zeigt sich, dass Regierung und Landtag gemeinsam an diesen Dingen weiterarbeiten müssen. Und deshalb, darauf möchte ich ausdrücklich verweisen, begrüße ich es sehr, dass der Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur die Regierung, das heißt das Bildungsministerium im Konkreten, aufgefordert hat, ihm eine Konzeption für die Weiterführung dieser Modellversuche und für die weitere Entwicklung zu den Globalhaushalten vorzulegen.

Und eine letzte Bemerkung will ich machen. Zitate gibt es immer viele, zu jeder Sache, auch zur Hochschulautonomie ließen sich ganze Bände füllen. Das alles ändert an einer Tatsache aus meiner Sicht nichts. An Globalhaushalten für unsere Hochschulen als Voraussetzung für die Hochschulautonomie führt in Zukunft kein Weg vorbei.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Rudolf Borchert, SPD)

Flexibilisierung, neue Formen der Haushaltsführung haben wir auch in anderen Bereichen des Landeshaushaltes und unseres Landes – ich verweise nur auf Redefin, auf das Staatliche Museum Schwerin und anderes mehr – und die Erfahrungen damit sind insgesamt gut. Im Haushalt 2001 schlägt sich nieder, dass eine Arbeitsgruppe der Regierung darum bemüht ist, die Erfahrungen dieser Versuche auszuwerten. Das ist positiv und wir sollten alle gemeinsam diese Vorschläge zur Kenntnis nehmen, sie diskutieren und auch weiterentwickeln. Und dabei gibt es mehrere Fragen, ich will hier nur zwei nennen. Die erste Frage ist: Ist es eigentlich für eine Einrichtung motivierend, motivierend zu kreativem Umgang mit den Haushaltsmitteln, wenn die Hälfte der so genannten Wertschöpfung im nächsten Jahr von den Sachausgaben abgezogen wird?

(Georg Nolte, CDU: Sehr richtig. Sehr richtig.)

Frau Keler, ich musste einfach sagen, das Gestüt Redefin kann nun mal keinen halben Hengst kaufen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Beifall Angelika Gramkow, PDS: Danke, Gerhard! – Georg Nolte, CDU: So ist es.)

Es war ein Bild von Frau Gramkow.

Und wenn wir die Hälfte von Wertschöpfung streichen, bleibt nur der halbe Zuchthengst, und ich glaube, es ist egal, welche Hälfte wir kaufen.

(Peter Ritter, PDS: Wenn's das Hinterteil ist, dann geht's ja noch. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Ja, das glaube ich nicht so ganz. Das ist ja das Problem.

Ich glaube, dass unter diesem Gesichtspunkt auch zu sehen ist, dass in diesem Haushalt beim Staatlichen Museum ein Teil der Kürzungen durch die Ausschüsse des Landtages wieder rückgängig gemacht worden ist, um einfach deutlich zu machen, wir wollen diesen kreativen Umgang.

(Georg Nolte, CDU: Das war 'ne Mutprobe.)

Und deshalb ist die zweite Frage, die ich stellen will: Ist es nicht auch ein sparsamer Umgang mit Steuergeldern, wenn mit den gleichen Mitteln mehr geleistet wird?

(Georg Nolte, CDU: Sollte man noch viel mehr machen!)

Mit diesen und anderen Fragen sollten sich aus unserer Sicht der Finanzausschuss, aber auch die Fachausschüsse im kommenden Jahr stärker befassen. Wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, als Gesetzgeber müssen letztendlich entscheiden, wie es in dieser Beziehung weitergeht. Und deshalb habe ich hier so ausführlich über diesen Bereich gesprochen.

Ein zweiter für mich wesentlicher Bereich hat heute schon mehrfach eine Rolle gespielt und das ist die Frage des Umgangs mit der Personalpolitik des Landes. Die Ministerin hat vorhin gesagt, dass wir an diesem Punkt natürlich weiter sehr intensiv arbeiten müssen. Ob wir es allerdings so kreativ und solide tun können, wie die CDU uns das vorführt, das wage ich dann doch zu bezweifeln.

(Georg Nolte, CDU: Das ist ein Kompliment.)

Also für mich ist es dann schon ein Höhepunkt der gesamten Debatte, die im Finanzausschuss stattgefunden hat, wenn ich auf dem heute hier vorgelegten Antrag 3/1701 die Aufforderung lese, mit dem Haushalt 2002 250 zusätzliche kw-Vermerke auszubringen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Keine Spezifizierung, keine Funktionalanalyse,

(Angelika Gramkow, PDS: Ich glaube, an Schulen war das.)

keine Begründung warum und ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Wir haben im Haushalt auch unspezifizierte kw-Vermerke. Das wissen Sie.)

Das ist ja überhaupt nicht ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Von der Landesregierung ist das seriös und von der Opposition ist das unseriös. – Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Herr Riemann, hören Sie doch mal zu und erzählen Sie nicht die Unwahrheit!

(Wolfgang Riemann, CDU: Nein, so ist es.)

Sie haben in den Haushaltsberatungen keine spezifizierten Anträge unterbreitet.

(Beifall Barbara Borchardt, PDS, und Angelika Gramkow, PDS)

Ich kann Ihnen das gern vorlesen. Sie haben zum Beispiel – ich habe mir allerdings erlaubt, mal zusammenzuzählen, auf Kapitel spezifiziert, nicht auf Stellen und nicht auf Funktionsaufgaben –, ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Nein, aber immer mit dem Zusatz „sind mit dem Haushalt 2002 zu spezifizieren“.)

... zum Beispiel im Justizministerium, im Justizministerium ...

Herr Riemann, hören Sie doch mal zu! Versuchen Sie sich mal zu erinnern, was Sie gemacht haben,

(Wolfgang Riemann, CDU: Das weiß ich.)

und dann halten Sie erst mal Ihren Mund! Jetzt habe ich hier was zu sagen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Na, na, na, na! Wir lassen uns nicht den Mund verbieten als Opposition.)

Ich habe es Ihnen nicht verboten, ich habe Sie nur aufgefordert, mal einen Augenblick Luft zu holen.

Sie haben zum Beispiel im Bereich des Justizministeriums 28 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter festgestellt, die eigentlich nichts zu tun haben und deshalb bis zum Jahre 2004 entlassen werden müssen. Welche das sind und welche Aufgaben, haben Sie natürlich nicht gesagt, und ich fühle mich dann an die unseligen kostensenkenden Strukturmaßnahmen der vergangenen Legislaturperiode erinnert. Sie machen einfach so weiter, wie Sie es damals angefangen haben. Und ich habe da einfach eine Frage: Warum sind es dann nicht 25 oder 30, das wäre wenigstens eine runde Zahl, mit der man einigermaßen hantieren könnte? Denn Logik und Sachkenntnis stecken hinter diesen Anträgen offensichtlich nicht.

(Wolfgang Riemann, CDU: Gucken Sie mal rein in den Haushalt! Dann entdecken Sie die Logik.)

Ich würde dann auch noch gern ...

(Lutz Brauer, CDU: Zum Schluss kommen. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Nein, noch nicht ganz, noch nicht ganz. Sie sind gleich erlöst, aber einen Augenblick dauert es noch.

Ich muss Frau Schnoor noch fragen, ob Sie eigentlich den Antrag von Herrn Riemann im Finanzausschuss kennt, mit dem 25 Stellen im Haushalt des Bildungsministeriums gestrichen werden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Genau! Ganz spezifisch beim Ministerium.)

Das ist eben überhaupt nicht wahr. Sie haben im Kapitel 07 01, das ist das Ministerium,

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

12 Stellen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Die Masse dort, genau!)

das ist nicht mal die Hälfte, nicht mal die Hälfte ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Die Masse bei den Häuptlingen.)

12 ist nicht mal die Hälfte von 25, Herr Riemann,

(Wolfgang Riemann, CDU: Na ja!)

und von Masse können Sie da nicht reden.

(Wolfgang Riemann, CDU: 48 Prozent!)

Es tut mir leid. Sie sollten vielleicht doch noch mal in die Grundschule gehen und die Grundrechenarten lernen.

Und dann hätte ich von Frau Schnoor gern erklärt bekommen, welche beiden Stellen denn im Staatlichen Museum Schwerin in den nächsten beiden Jahren zu streichen sind, welche Stellen im Landesamt für Bodendenkmalpflege – auch da gibt es zwei –, welche Stellen in der Landesbibliothek, welche Stellen im Amt für Denkmalpflege zu streichen sind. Und der Höhepunkt ist dann für mich, welche Stelle um Himmels willen ist denn in den Studienkollegs überflüssig? Vielleicht wissen Sie es nicht, Herr Riemann, aber die Studienkollegs sind überlaufen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wir brauchen da eigentlich noch mehr Leute. So viel zu Ihrer Sachkenntnis, zu Ihrer Spezifizierung Ihrer Stellenanträge

(Wolfgang Riemann, CDU: Aber nicht bei den Schulen und Fachhochschulen!)

und zu der Art und Weise ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Herr Bartels, nicht bei den Schulen und Fachhochschulen!)

Ich habe jetzt nicht darüber geredet, was Sie nicht gemacht haben. Es ist ja schon schlimm genug, was Sie gemacht haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Im Gegenteil, da wollen wir verstärken.)

Ich kann in diesem Zusammenhang nur sagen, dass eine derartige Art von Arbeit, von so genannter Sacharbeit mir dann das Grausen bringt, von dem Sie so gerne sprechen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Jevatter, mir gruselt! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ja, das ist wohl wahr.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Trotzdem will ich auch eines sagen, und, Herr Brauer, dann sind Sie gleich erlöst von mir.

(Zuruf und Heiterkeit bei Lutz Brauer, CDU)

Natürlich ist es so, dass wir bislang auch noch nicht den Stein der Weisen gefunden haben, wie wir mit der Entwicklung der Personalkosten umgehen müssen und umgehen können. Hier sind weitere Diskussionen notwendig, allerdings nicht auf die Art und Weise, wie ich das hier eben am Beispiel vorgeführt habe, sondern wir müssen natürlich darüber nachdenken. Wenn wir in immer stärkerem Maße flexibilisieren, budgetieren, dann müssen wir die Frage stellen, ob die seit zehn Jahren benutzten Stellenpläne und die Art und Weise der Veranschlagung von Stellen wirklich noch zeitgemäß sind. Ich habe dafür kein Rezept. Ich kenne im Moment auch niemanden, der ein Rezept dafür hat, aber ich glaube, dass wir uns dieser Diskussion stellen müssen, denn Erfahrungen in Neubrandenburg zeigen eben auch, gelegentlich kann man vor Ort viel besser entscheiden, wie eine Stelle im Einzelnen dotiert und besetzt werden muss,

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig, richtig.)

um den bestehenden Aufgaben gerecht zu werden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Da gebe ich Ihnen ausdrücklich Recht, Herr Dr. Bartels.)

Und als Fazit meiner Ausführungen will ich nur feststellen: Nicht blinder Stellenstreichaktionismus und auch nicht stundenlanges Nachfragen im Finanzausschuss bei Titeln, die deutlich unter 100.000 DM dotiert sind, bringen uns weiter.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Na, na, na, na! – Zurufe von Heinz Müller, SPD, und Wolfgang Riemann, CDU)

Gefragt ist eine Debatte strategischer Aufgabenstellungen für die effektivste Nutzung der Landesressourcen. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Dr. Bartels.

Bevor ich zur Beratung der Einzelpläne komme, frage ich, gibt es noch weitere Wortmeldungen zum allgemeinen Teil?

(Wolfgang Riemann, CDU: Oh, da könnte ich mich ja melden.)

Da das offensichtlich nicht der Fall ist, kommen wir nun zur Beratung der Einzelpläne. Mir liegen Wortmeldungen vor zu den Einzelplänen 04, 07 und 10.

Ich rufe auf den **Einzelplan 04 – Geschäftsbereich des Innenministeriums**, hierzu die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1654 einschließlich der Berichtigung auf Drucksache 3/1717 und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1664, soweit diese den Stellenplan zum Einzelplan 04 betrifft.

Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Einzelplan 04

– **Geschäftsbereich des Innenministeriums** –
– **Drucksache 3/1654** –

Berichtigung zu den Beschlussempfehlungen und dem Bericht

– **Drucksache 3/1717** –

Beschlussempfehlung des Finanzausschusses

– **Stellenpläne** –
– **Drucksache 3/1664** –

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Böttger von der PDS-Fraktion. Bitte sehr.

(Wolfgang Riemann, CDU: Alles wird gut.)

Gerd Böttger, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir einige wenige Bemerkungen zum Einzelplan 04 – Innenministerium.

Erstens ist festzustellen, dass wir im Innenausschuss, wie ich meine, eine gründliche Beratung dieses Einzelplanes vorgenommen haben und gelegentliche Vorwürfe der Opposition, wir hätten da irgendetwas durchgepeitscht, kann ich so nicht stehen lassen. Es wurde gründlich beraten über alle Anträge, auch über die Anträge der Opposition. Dass Sie Ihre Anträge nicht durchbringen konnten, ist eine ganz andere Sache,

(Zurufe von Lutz Brauer, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

aber gründlich und gewissenhaft wurde beraten.

Zweitens, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind uns sicherlich alle darüber einig, dass dieser Haushalt die notwendigen Aufgaben, die in diesem Ministerium zu leisten sind, finanziell und personell absichert, allerdings das Notwendige mit dem Wünschenswerten natürlich nicht übereinstimmt. Insofern kann ich gelegentliche Forderungen, zum Beispiel nach mehr Polizistinnen und mehr Polizisten, verstehen, aber das ist eine Wunschvorstellung, die nicht realitätsbezogen ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das sagen Sie!)

Natürlich, wer denn sonst? Ich rede ja auch hier, Herr Dr. Jäger, und nicht Sie, und für Sie werde ich nicht reden. Das ist natürlich klar.

(Heinz Müller, SPD: Das ist es ja, was er nicht verknusen kann.)

Ich möchte noch über einige Veränderungen informieren, die sozusagen politisch von den Koalitionsfraktionen gewollt sind und die sich in diesem Haushalt niederschlagen.

Wir haben die Ansätze für den Landesrat für Kriminalitätsvermeidung und die Unterstützung lokaler Projekte um 54.000 DM erhöht auf eine Gesamtsumme von 331.500 DM. Das ist sicherlich angemessen der Probleme im Lande nicht genug, aber es ist zumindest das ganz deutliche politische Signal der Koalitionsfraktionen, mehr zu tun gegen rechte Gewalt, mehr zu tun für Vermeidung von Kriminalität zur Unterstützung der lokalen Projekte. Und ich möchte das an dieser Stelle hervorheben, weil es sozusagen eine richtige politische Richtung aufzeigt.

(Beifall Siegfried Friese, SPD: Jawohl, bravo!)

Das Gleiche, meine sehr verehrten Damen und Herren, trifft zu auf die Erhöhung der Zuwendungen für Polizeisportvereine zur Förderung des Projektes „Sport statt Gewalt“. Auch hier haben die Koalitionsfraktionen den Ansatz um 20.000 auf 95.000 DM angehoben. Hier sage ich wiederum, auch hier könnten wir sicherlich noch viel mehr gebrauchen, aber die Richtung stimmt, dass die Polizeisportvereine eine Menge tun, um Jugendliche von der Straße zu holen, und das wollen wir auch in den nächsten Jahren weiter entsprechend finanziell absichern. Und wir haben natürlich Anteile des Landes zur Verfügung gestellt für die Geschäftsstelle des Deutschen Forums für Kriminalitätsprävention und auch für einen entsprechenden Stiftungstopf, der genau diese Aufgaben beinhaltet. Das ist eine richtige Richtung.

Was Sie angeht, meine Damen und Herren von der CDU, waren Sie hier auch sehr konsequent.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Sie haben beantragt, die Mittel für die Härtefallkommission zu streichen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na logisch.)

da Sie gegen diese Härtefallkommission immer waren

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, da haben Sie Recht.)

und es auch heute noch sind. Das ist sozusagen von Ihnen eine konsequente Linie. Dass wir diesem Wunsch nicht nachkommen wollten und können,

(Rudolf Borchert, SPD:
Das ist genauso konsequent.)

das versteht sich von selbst. Ich wollte es hier nur noch mal erwähnen.

Und was ich ganz schlimm finde bei Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, wir alle waren uns einig, dass die Mittel für den Brandschutz insgesamt, für die Förderung des Brandschutzes natürlich nicht ausreichend sind. Da waren wir uns sicherlich einig, aber das hängt ein bisschen mit der Feuerschutzsteuer zusammen, die zurückgeht. Das sage ich hier noch mal, damit die Kollegen, die sich damit noch nicht so intensiv beschäftigt haben, es einfach wissen. Aber dass Sie sozusagen dieses möglicherweise richtige Anliegen dadurch kompensieren wollen, indem Sie einfach vorschlagen, ohne es vorher zu beraten und ohne die Auswirkungen genau zu diskutieren, das Landesamt für Katastrophenschutz einfach abzuschaffen und dafür diese Mittel einzusetzen, meine Damen und Herren, das halte ich natürlich für sehr unsolid und diesem Wunsch konnten wir natürlich auch nicht folgen. Sie wollen ein Loch stopfen und reißen auf der anderen Seite sozusagen ein Loch und viele Probleme wieder auf. Das ist unsolid, das konnte man nicht tun.

Wenige Bemerkungen zu Ihren Änderungsanträgen, die das Innenministerium angeht, aus der Drucksache 3/1700, Einzelplan 12 – Hochbaumaßnahmen:

Meine Damen und Herren, Sie schlagen sozusagen vor, Mittel einzusparen, was die Fertigstellung des Innenministeriums am Arsenal betrifft. Hier sind wir der Meinung, diesen Antrag muss man ablehnen, weil Ihre Vorschläge dazu führen würden, dass die notwendigen Maßnahmen in der Karl-Marx-Straße mindestens um ein Jahr verschoben würden.

Zweitens. Sie schlagen vor – und das wundert mich natürlich sehr –, Baumaßnahmen an der Landesfeuerweherschule nicht durchzuführen beziehungsweise zu strecken. Da Sie doch im Innenausschuss so entschieden für die Feuerwehr gekämpft haben, ist das für mich nicht nachvollziehbar und unverständlich. Sie wissen ganz genau, dass die Baumaßnahmen an der Landesfeuerweherschule bei laufendem Schulbetrieb durchgeführt werden und die Verkürzung oder die Verzögerung, muss man ja sagen, der Fertigstellung unzumutbar wäre für die Arbeitsbedingungen an dieser Landesfeuerweherschule, die wir für ganz wichtig halten.

Herr Dr. Jäger, eins verstehe ich nun gar nicht, dass Sie als Schweriner Abgeordneter zulassen wollen, dass in der Bereitschaftspolizei in Schwerin die Mittel für die Heizungsanlage gestrichen werden, obwohl Sie ganz genau wissen, dass wir da schon mehrere Havarien hatten und die Beamtinnen und Beamten, die gerade dort tätig sind, viel im Einsatz sind. Dass wir dort natürlich eine vernünftige Heizungsanlage brauchen, ist doch selbstverständlich. Da hätte ich wirklich die Bitte: Stimmen Sie bitte gegen Ihren eigenen Vorschlag, damit Sie bei der Bereitschaftspolizei glaubwürdig sind!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Der ist nicht von mir.)

Der ist nicht von Ihnen, aber die CDU-Fraktion hat den Antrag ja vorgelegt.

Also alles in allem eine gründliche Diskussion dieses Einzelplanes. Mehr war unter den derzeitigen Bedingungen der entsprechenden Finanzmittel nicht möglich.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Die Koalition hat wichtige politische Signale gesetzt

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Sicher nicht, sicher nicht.)

und ich finde, das sollte man honorieren.

(Beifall Volker Schlotmann, SPD)

Deshalb werden wir heute auch diesem Einzelplan zustimmen. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Böttger.

Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen zum Einzelplan 04 vor.

Deshalb schließe ich die Aussprache und rufe auf den **Einzelplan 07 – Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur**, hierzu die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1657 und die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1664, soweit diese den Stellenplan zum Einzelplan 07 betrifft. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1685 vor.

Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Einzelplan 07

– **Geschäftsbereich des Ministeriums
für Bildung, Wissenschaft und Kultur –**
– **Drucksache 3/1657 –**

Beschlussempfehlung des Finanzausschusses

– **Stellenpläne –**
– **Drucksache 3/1664 –**

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

– **Drucksache 3/1685 –**

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Bluhm von der PDS-Fraktion.

Andreas Bluhm, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auf dem ersten Kongress des Forums Bildung „Wissen schafft Zukunft“ im Juli diesen Jahres sagte der Bundespräsident: „Es stimmt: Wir geben schon heute viel Geld für unsere Bildungseinrichtungen aus. Gewiss gibt es auch viele Möglichkeiten, das Geld dort noch sinnvoller und effektiver zu verwenden. Aber es hilft nicht, darum herum zu reden: Die öffentlichen Ausgaben für Bildung und Wissenschaft sind geringer, als wir uns das leisten können.“

(Beifall Erhard Bräunig, SPD)

„Schüler, Auszubildende und Studierende sind ja nicht teure Kostgänger des Staates. Bildung und Wissenschaft sind die beste und wichtigste Investition in unsere Zukunft – in die Zukunft jedes einzelnen Bürgers, in die Zukunft unserer ganzen Gesellschaft.“

Recht hat der Mann, und Herr Rehberg muss man noch mal erklären, was im Bildungsbereich Investitionen sind.

Wie ist nun die Situation im Bildungshaushalt von Mecklenburg-Vorpommern? Es ist schon gesagt worden,

aber ich will es aus fachpolitischer Sicht nochmals ausdrücklich wiederholen: Erstmals, meine Damen und Herren, ist der Bildungsbereich von zusätzlichen Einsparungen, die auf Entscheidungen der Bundesregierung zurückzuführen sind, ausgenommen worden.

(Beifall Heike Polzin, SPD)

Diese 203 Millionen DM wurden durch die anderen Ressorts zusätzlich aufgebracht und dafür möchte ich mich ausdrücklich bei den anderen Ressorts und bei den anderen Fachausschüssen bedanken,

(Beifall Heike Polzin, SPD,
Volker Schlotmann, SPD,
und Torsten Koplín, PDS)

denn das ist nicht nur solidarisch, sondern Solidarität im Interesse der Kinder und Jugendlichen unseres Landes. Ohne diese Solidarität der anderen Ministerien wäre es nicht gegangen. Es ist ein deutliches Zeichen der Regierungskoalition und der Landesregierung für die Perspektiven in diesem Land und sie ist sicher ein Schritt in die Richtung, die Johannes Rau meint. Ich möchte hier an Herrn Borchert anschließen: Wir müssen dieses nicht nur erhalten, sondern weiter aufsatteln.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, natürlich sind damit noch nicht die vielfältigen Probleme gelöst. Und da ist es schon unredlich, wenn Herr Rehberg hier so tut und uns unterstellt, als wüssten wir nicht um die tatsächlichen und wahren Probleme in Schule und Hochschule. Auf dem Schuldenberg, den Sie, meine Damen und Herren, unter Ihrer Federführung hinterlassen haben, gibt es eben keine blühenden Bildungslandschaften, sondern einen beträchtlichen bildungspolitischen Unwetter Schaden, und wir werden eben noch Zeit brauchen, dieses Gebiet wieder aufzuforsten, denn all diese Fragen in Schule und Hochschule sind überhaupt nicht kurzfristig zu lösen, sondern bedürfen eines langen Atems, eines größeren finanziellen Aufwandes und der Schwerpunktsetzung in der Gesellschaft und Politik auf den Bereich von Bildung. Deshalb ist es auch falsch und vor allem unseriös, Hoffnungen zu wecken, alles würde ganz schnell gehen, nur diese rot-rote Landesregierung will es nicht. Dieses allerdings tun Sie mit wahrer Inbrunst.

Ich will noch einmal auf den Haushalt 07 eingehen. Der Haushalt des Bildungsministeriums hat ein Gesamtvolumen von 2,66 Milliarden DM. Davon entfallen auf Personalkosten allein 2,1 Milliarden DM, also 79 Prozent des Gesamtetats. Für die anderen Aufgaben, die in der Regel Verwaltungs- und Pflichtaufgaben sind, bleiben dann unter 600 Millionen DM übrig. Die wirklichen Gestaltungsmöglichkeiten im Einzelplan umfassen nur noch einen Anteil von etwa 20 Millionen DM, also ganze 3,3 Prozent. Und im Rahmen dieser 20 Millionen DM kann dann umverteilt werden.

Es soll nicht verschwiegen werden:

Erstens. Der politische Wille, im Haushalt des Bildungsministeriums nicht zu kürzen, schafft nicht mehr Geld. Diese Entscheidung verhindert lediglich, dass es nicht noch weniger wird und damit die Gestaltungsmöglichkeiten gegen Null gehen.

Zweitens. Für diesen Haushalt kamen noch zusätzliche Ausgabenerhöhungen durch Bundesgesetze hinzu. Ich nenne hier nur die Erhöhung des BAföG mit circa 10 Millionen DM oder die Graduiertenförderung mit 600.000 DM.

Drittens. Die jetzt beginnenden, aber perspektivisch weiterzuführenden Maßnahmen, wie zum Beispiel die Umsetzung des Programms zur Qualitätssicherung und Entwicklung, die Regionalschule, aber auch die mögliche Wiedereinführung des Abiturs nach zwölf Jahren, sind aus den jetzt vorhandenen Mitteln nicht zu finanzieren

(Beifall Heike Polzin, SPD)

und Umverteilen heißt, wie wir alle schmerzlich wissen, einem Bereich etwas wegzunehmen und es einem anderen Bereich zu geben. Das ist die eigentliche komplizierte Arbeit im Bereich der Landesregierung und in den Fachausschüssen und regelmäßig übersteigen hier die Wünsche die Möglichkeiten um ein Vielfaches. Daran wird sich auch grundlegend nichts ändern und es ist normal, dass zwischen den Wünschen und Realitäten eine Kluft besteht. Gegenwärtig können wir diese Kluft nur auf einer schwankenden Holzbrücke überqueren, die mit maroden Seilen am Schuldenberg habgieriger CDU-dominierter Landespolitik festgemacht ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Gerd Böttger, PDS: Richtig. – Heiterkeit bei
Wolfgang Riemann, CDU: 40 Jahre SED
haben diese Schulden verursacht, weil wir
so einen Nachholbedarf haben, Herr Bluhm.)

Aber, Herr Riemann, wir bauen eine neue Brücke. Der Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur hat in seinen Beratungen versucht, Entscheidungen zu treffen ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Haben Sie sich
mal die Schulen angeguckt zur Wende?)

Ach, wenn da zehn Jahre nichts gemacht wurde, Herr Riemann, dann ist das natürlich bitter.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, ja, ja, ja!
40 Jahre wurde nichts gemacht.)

Der Ausschuss hat versucht, Entscheidungen zu treffen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Und der Kauffold
muss es jetzt ausbaden. – Georg Nolte, CDU:
Der arme Kerl, der gibt sich so redlich Mühe. –
Dr. Ulrich Born, CDU: Das stimmt, das stimmt. –
Georg Nolte, CDU: Und hat keine Kohle. –
Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

die einerseits bildungspolitischen oder kulturellen Prämissen folgen und andererseits die finanziellen Möglichkeiten beachten.

(Zuruf von Minister Dr. Peter Kauffold)

Ich weiß, es ist ein Spagat. Trotzdem sind die Entscheidungen, die auch der Finanzausschuss bestätigte, wofür ich mich bedanke, ein Schritt nach vorn. Und nennen möchte ich dann hier doch noch mal das 50-Millionen-DM-Programm als Bestandteil des Zukunftsfonds für den beschleunigten Einsatz von Multimedia, die Erhöhung der Wochenstundenzahlen im Fach Deutsch in der 3. und 4. Klasse in den nächsten beiden Schuljahren, die Wiederaufstockung der finanziellen Untersetzung der Weiterbildungseinrichtungen mit Beherbergungsbetrieb um 700.000 DM. Zusätzlich wurde festgelegt, ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Nachdem
die Landesregierung das erst gestrichen hat. – Georg Nolte, CDU:
Und 100.000 Mark fehlen noch.)

Darauf komme ich noch.

(Wolfgang Riemann, CDU: Mit Penetranz.)

Zusätzlich wurde festgelegt, dieses nun endlich in die Mittelfristige Finanzplanung aufzunehmen. Die Angebote für Ganztagschulen werden – beginnend mit 2002 – qualitativ und quantitativ vorangebracht und dazu sowohl die Zahl der beteiligten Schulen als auch die Stundenzuweisungen erhöht. Bis zum 30. März nächsten Jahres ist zu prüfen, inwieweit die Sportgymnasien einschließlich ihrer Internate in die Landesträgerschaft überführt werden können. Über den Bereich der Hochschulen hat mein Kollege Dr. Bartels bereits gesprochen.

Nun, wenn denn Herr Rehberg und die Opposition immer von Stillstand in diesem Lande reden, dann steht das eben Gesagte dem entgegen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Heike Polzin, SPD)

Das ist kein Stillstand, das ist Entwicklung im Interesse dieses Landes.

(Wolfgang Riemann, CDU: Deshalb flüchten Sie aus diesem Landtag und wollen Landrat werden.)

Und wie ich Ihren Zwischenrufen entnehmen kann, Herr Riemann, sind Sie mit alldem nicht zufrieden. Das ist, wie ich sehr wohl weiß, ein Vorrecht der Opposition.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das ist in Ordnung.)

Das ist Ihnen auch nicht zu verübeln.

(Wolfgang Riemann, CDU: Nö.)

Was ich Ihnen allerdings deutlich sagen muss:

Erstens. Ein Teil Ihrer Vorschläge und Anträge wurde berücksichtigt und beschlossen. Ich betone das deshalb, weil ich mich nicht erinnern kann, dass während Ihrer Regierungszeit Anträge der PDS-Opposition in Haushaltsberatungen von Ihnen überhaupt angenommen wurden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Doch, doch, ab und an gab es ein Glas Sekt bei Ihnen oben. – Georg Nolte, CDU: Das gab Erfolgserlebnisse.)

Und es ist unredlich, hier so zu tun, als wäre das nicht in diesem Gremium passiert.

Zweitens muss ich Ihnen sagen, dass Ihre restlichen Anträge nicht angenommen werden konnten,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was?)

weil die Finanzierung hochgradig unseriös war.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Ach ja? – Georg Nolte, CDU: O Gott!)

Und ich höre heute noch Ihre Zwischenrufe aus den Haushaltsdebatten vergangener Jahre: Wo ist denn diese Deckung?

(Heiterkeit bei Dr. Henning Klostermann, SPD – Wolfgang Riemann, CDU: Wir haben Deckungsvorschläge unterbreitet.)

Alles in allem, was Sie hier heute gefordert haben – Ihr Fraktionsvorsitzender, Frau Schnoor und Sie, Herr Riemann –, ich habe das mal überschlagen, kommt auf etwa knapp 900 Millionen DM.

(Wolfgang Riemann, CDU: 900 Millionen, Herr Bluhm, nun übertreiben Sie mal nicht so maßlos! Wo sehen Sie denn da 900 Millionen?)

Und wenn Sie Rumpelstilzchen getroffen haben, damit wir jemanden finden, der in diesem Lande Stroh zu Gold spinnt, um all das zu finanzieren, was Sie hier vorschlagen und beantragen, dann geben Sie dieses in den Dienst des Landes.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Richtig, Andreas!)

Und jetzt möchte ich noch etwas zu den Bemerkungen von Frau Schnoor sagen:

Erstens. Frau Schnoor, wir sollten schon immer schön bei den Tatsachen bleiben. Mit Ihrem damaligen Antrag haben Sie neben dem Lehrpersonal-konzept ein Personalentwicklungsprogramm gefordert, nicht die Fortschreibung des Lehrpersonal-konzepts.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Richtig.)

Wir haben damals wie heute deutlich im Ausschuss und in diesem Plenum gesagt, dass wir eine Lösung dieser anstehenden Probleme nicht mit zwei Programmen, sondern nur im Rahmen der Fortschreibung des Lehrpersonal-konzepts realisiert kriegen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS, und Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Deshalb sind wir auch dafür, dass das Lehrpersonal-konzept umgehend fortgeschrieben wird.

Zweitens. Was die Ausschussbefassung betrifft, gab es die Festlegung im Ausschuss, dass die Anträge der Fraktionen bis zu einem gewissen Zeitpunkt einzureichen sind, dass es aber davon uneingeschränkt das Recht aller Fraktionen bleibt – auch der Opposition –, bis zum Ende der Beratungen des Gegenstandes Änderungsanträge zum Landeshaushalt einzubringen. Hier wurde die Demokratie nicht verbogen, hier wurde die Geschäftsordnung des Parlaments eingehalten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Georg Nolte, CDU: Das ist selbstverständlich.)

Ja eben. Aber der Eindruck, der hier vorhin entstand, war ein anderer.

Drittens. Die Anträge für den Einzelplan 07 durch die CDU-Fraktion hier heute sprechen im Gegensatz zu den Reden von Herrn Rehberg, von Frau Schnoor und Herrn Riemann eine andere Sprache, denn neben den Anträgen, die mit Stellenplanveränderungen einhergehen sollen, gibt es einen einzigen Antrag zum Einzelplan 07, der nicht zu einem der von Ihnen hier so vehement dargelegten Probleme, sondern ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Zwei Anträge mindestens.)

Welche denn?

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, Schulsanierung. Ist das etwa nichts?)

Na, ich komme gleich noch dazu.

(Wolfgang Riemann, CDU: Schulsanierung ist hier drin. – Angelika Gramkow, PDS: Wo denn?)

Wo ist der denn?

(Georg Nolte, CDU: Im Einzelplan 12.

Haben Sie nicht gesehen, was?! –

Wolfgang Riemann, CDU: Im Einzelplan 12 natürlich. – Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Nein. Neben den Anträgen gibt es also nur diesen einen zur Erwachsenenbildung,

(Wolfgang Riemann, CDU: Nein, im Einzelplan 12 haben wir Schulsanierung drin. Und Bauingenieurwesen haben wir auch im Einzelplan 12. Kapitel 1207, Herr Bluhm!)

der um 100.000 DM aufgestockt werden soll,

(Georg Nolte, CDU: Das ist im Einzelplan 12, Kapitel 1207.)

also einen Alibiantrag. Der zeichnet nämlich ein deutliches Bild.

Ja, wo sind denn aber die von Ihnen so vehement vertretenen und eingeforderten Anträge, zum Beispiel zu dieser ganzen Frage junger Lehrer in diesem Lande und so weiter, wo sind Ihre Vorschläge?

(Angelika Gramkow, PDS: Und zum 12-Jahres-Abitur? Darauf warte ich heute noch.)

Zum Beispiel.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das haben Sie doch abgelehnt im Landtag, das 12-Jahres-Abitur. Da hatten wir schon einen gesonderten Antrag, Frau Gramkow.)

Und zu dem von Ihnen vorliegenden Antrag zur Erwachsenenbildung eine Bemerkung: Da machen Sie ja nicht mal mehr den Versuch eines Deckungsvorschlages.

(Wolfgang Riemann, CDU: Natürlich.)

Ach, Herr Riemann, dann gucken Sie doch mal genau hin! Da wird gesagt, es wird um 100.000 DM aufgestockt, und Punkt.

(Dr. Ulrich Born, CDU:

Aber das stimmt nicht, Herr Bluhm. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Also das alles zeigt ein deutliches Bild – viel Luft und Worte, aber wenig fundierte Anträge,

(Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Georg Nolte, CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Na, er hat das nicht verstanden.)

die schon gar nicht von einer finanziellen Untersetzung sprechen können.

(Wolfgang Riemann, CDU: Gucken Sie mal zu unseren Anträgen in den Einzelplan 12, da finden Sie auch die Deckung!)

Meine Damen und Herren, gegenwärtig ist es nicht möglich, mit einem Haushalt alle Wünsche zu erfüllen. Fraglich ist, ob und wann es überhaupt möglich wird.

Meine Fraktionsvorsitzende hat den Landeshaushalt 2001 als solide, kreativ und entwicklungsfähig charakterisiert. Ich denke, wir haben uns solide und kreativ bemüht, die Entwicklungspotentiale, die vorhanden sind, zu erschließen und ihn ein wenig besser und gerechter zu machen, als er vorher war.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank.

Auch zum Einzelplan 07 liegen mir keine weiteren Redewünsche vor.

Deshalb schließe ich dazu die Aussprache und rufe auf den **Einzelplan 10 – Geschäftsbereich des Sozialministeriums**, hierzu Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1660 einschließlich der Berichtigung auf Drucksache 3/1717 und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1664, soweit diese den Stellenplan zum Einzelplan 10 betrifft. Hierzu liegen Ihnen Änderungsanträge der Fraktion der CDU auf den Drucksachen 3/1690, 3/1691 und 3/1692 sowie ein Änderungsantrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/1720, soweit dieser den Stellenplan zum Einzelplan 10 betrifft, vor.

Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Einzelplan 10

– **Geschäftsbereich des Sozialministeriums –**
– **Drucksache 3/1660 –**

Berichtigung zu den Beschlussempfehlungen und dem Bericht

– **Drucksache 3/1717 –**

Beschlussempfehlung des Finanzausschusses

– **Stellenpläne –**
– **Drucksache 3/1664 –**

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

– **Drucksache 3/1690 –**

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

– **Drucksache 3/1691 –**

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

– **Drucksache 3/1692 –**

Änderungsantrag der Fraktionen der PDS und SPD

– **Drucksache 3/1720 –**

Ich eröffne die Aussprache zum Einzelplan 10.

Ums Wort gebeten hat der Abgeordnete Herr Koplin von der PDS-Fraktion.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wo haben Sie denn Ihre Ministerin gelassen? –

Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU –

Georg Nolte, CDU: Die will das gar nicht hören. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ob der Abgeordnete wohl auch ohne Ministerin reden kann? – Wolfgang Riemann, CDU:

Ach, zur Rückenschule, klar.)

Torsten Koplin, PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Also, ich möchte genau über solche Sachen reden,

(Dr. Ulrich Born, CDU:

Wo ist denn die Ministerin?)

wie Sie sie hier so zwischenwerfen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Zur Rückenschule.)

Sie, Herr Riemann, und auch weitere Rednerinnen und Redner haben vor mir Bezug genommen auf die Rechte der Opposition und wir alle wissen, dass die Rechte der

Opposition in der Verfassung Artikel 26 Absatz 2 niedergeschrieben sind und unter anderem darin bestehen, dass die Opposition eigene Programme entwickelt, die Landesverwaltung kontrolliert

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

und Regierungsentscheidungen kritisch bewertet. All das tun Sie. Die Frage ist aber nicht allein eine Frage, ob Sie es tun, sondern immer auch eine Frage, wie Sie das tun, wie Sie diese Rechte in Anspruch nehmen. Und die Frage des Wie ist aus meiner Sicht auch immer eine Frage – ich hoffe, da können Sie mir zustimmen – der politischen Kultur. Und zur politischen Kultur gehört es, neben kritischen Betrachtungen Anerkennenswertes zu würdigen.

(Präsident Hinrich Kuessner übernimmt den Vorsitz.)

Sie jedoch haben hier heute, genauso wie schon in Debatten zuvor, es doch in erheblichem Maße an politischer Kultur fehlen lassen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja.)

Sie beleidigen Abgeordnete persönlich

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

und titulieren mit Tiernamen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Na, na, na!)

Sie hätten ...

Präsident Hinrich Kuessner: Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Torsten Koplín, PDS: Ich erlaube Ihre Zwischenfrage gerne, Herr Dr. Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Kollege Koplín, halten Sie es für einen Ausdruck politischer Kultur und dem Selbstverständnis des Hohen Hauses entsprechend, dass die zuständige Ministerin, wenn Sie hier zu ihrem Haushaltsplan sprechen und Änderungsanträge bekunden, nicht anwesend ist?

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Was für Änderungsanträge?)

Torsten Koplín, PDS: Herr Dr. Born, ich gebe Ihnen darauf gerne eine Antwort. Sie wissen, dass ein Tagesordnungspunkt wie dieser hier, ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Ha, ha!)

Lassen Sie das mal! Das möchte ich hier unbedingt noch mal klarstellen.

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, mach das!)

... dass ein Tagesordnungspunkt wie dieser in einem zeitlich sehr weit gefassten Rahmen steht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na und? –
Dr. Henning Klostermann, SPD: Die Frage hat sich erledigt, weil die Ministerin jetzt da ist. – Georg Nolte, CDU:
Genau, der Rücken ist massiert.)

Ich lasse es nicht zu, dass Sie die Sozialministerin wegen einer Abwesenheit, die ganz bestimmt begründet ist und sicherlich auch mit dienstlichen Verpflichtungen zusammenhängt, hier ...

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS –
Andreas Bluhm, PDS: Sie ist ja wieder da.)

Ja, ich habe ja gehört, dass sie kommt, aber ich möchte das hier auch mal sagen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

... ihre fleißige Arbeit derartig in Misskredit bringen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Wolfgang Riemann, CDU:
In Sydney, in Sydney!)

dass Sie sozusagen minutiöse Abwesenheit zum Anlass nehmen, um hier ein paar Tiraden loszulassen. So weit meine Antwort. Ich nehme an, es stellt Sie vielleicht nicht zufrieden, aber das ist meine ganz persönliche Meinung.

Präsident Hinrich Kuessner: Wollen Sie noch eine Nachfrage stellen?

Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.

Präsident Hinrich Kuessner: Erlauben Sie eine Nachfrage, Herr Koplín?

Torsten Koplín, PDS: Ja.

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte sehr.

Dr. Ulrich Born, CDU: Haben Sie meine Frage soeben – habe ich das richtig verstanden – als Tirade bezeichnet? Und, wenn ja, könnten Sie mir sagen, worin Sie diese Tirade sehen?

(Minister Till Backhaus: Oh Mann!)

Torsten Koplín, PDS: Ich habe sie so bezeichnet. Das können Sie dann auch nachlesen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Richtig.)

Ich möchte im Näheren darüber nicht referieren, weil ich ganz gern zum Einzelplan sprechen möchte. Aber ich bin gern bereit, mit Ihnen unter vier Augen oder unter sechs oder acht, je nachdem,

(Jörg Vierkant, CDU: Um Gottes willen! –
Wolfgang Riemann, CDU: Auch unter zehn?)

oder zehn, aber am Rande des Landtages darüber mit Ihnen zu sprechen. Ja?

(Wolfgang Riemann, CDU: Und sein
Hühnerauge nehmen wir dann auch noch dazu.)

Gestatten Sie, dass ich fortfahre.

Präsident Hinrich Kuessner: Herr Koplín, erlauben Sie noch eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schoenenburg?

Torsten Koplín, PDS: Wenn sie denn nicht so schwer ist.

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Also, Herr Koplín, halten Sie es denn für zulässig, dass die Abgeordnete Frau Dr. Bunge, die zugleich auch Sozialministerin ist, am Rande der Landtagssitzung während dieses Tagesordnungspunktes mit einer Besuchergruppe spricht, die aus ihrem Wahlkreis angereist war?

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist doch ein dicker Hund! – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Torsten Koplín, PDS: Auch Ihnen möchte ich eine Antwort geben, Herr Dr. Schoenenburg. Ich halte es nicht nur für zulässig, sondern für notwendig und in der Tat wünschenswert.

(Beifall Rudolf Borchert, SPD,
Barbara Borchardt, PDS, und
Angelika Gramkow, PDS)

Das machen wir ja, denke ich mal, alle.

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: So ist es.

Torsten Koplín, PDS: Ich möchte gerne etwas darüber sagen, was ich eigentlich erwartet hätte von Ihnen, von der Opposition. Sie hätten unter anderem etwas sagen können zur Verstärkung der Mittel zur Bekämpfung von Sucht- und Drogenproblemen, die gestiegen sind von 1998 mit 4,9 Millionen auf 5,9 Millionen DM im neuen Haushaltsplan. Sie hätten das würdigen können. Das taten Sie nicht.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und zum Deckungsvermerk für Modellprojekte wie die Rückenschule hätte man auch noch was sagen können.)

Sie hätten etwas sagen können zur Erhöhung der Mittel für familienfördernde Beratung um ein Drittel gegenüber dem Jahr 1998 auf mittlerweile 9,1 Millionen DM. Sie hätten etwas sagen können zur Erhöhung der allgemeinen Sportförderung um fast 2 Millionen DM, hätten das würdigen können. Sie taten es nicht. All das haben Sie, was eigentlich anständig gewesen wäre, nicht gewürdigt. Dagegen vergießen Sie – ich hatte nur darauf gewartet –, Herr Riemann, Krokodilstränen wegen des Blindengeldmoratoriums. Ich sage Ihnen, ich habe es einfach satt,

(Wolfgang Riemann, CDU: Soziale Kälte ist das, ganz klar gesagt.)

dass Sie sich als Anwälte der sozialen Gerechtigkeit aufspielen. Wo bleibt denn Ihr Protest darüber, dass in Thüringen unter der CDU das Blindengeld auf 600 DM reduziert werden soll?

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wir sind doch hier in Mecklenburg-Vorpommern. –
Wolfgang Riemann, CDU: Wir sind hier in Mecklenburg-Vorpommern.)

Wo bleibt Ihr Protest darüber, ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie wollten eine sozialere Politik betreiben.)

Sie haben doch sonst auch zu allem eine Meinung.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie haben Diesteln und Mist vor unsere Geschäftsstellen geschüttet.)

Wo bleibt Ihr Protest darüber, dass Ihre Kollegen in Bremen das Blindengeld völlig abschaffen wollen?

(Wolfgang Riemann, CDU: Gucken Sie sich mal die Arbeitslosigkeit an! Das ist unsere Sozialpolitik! – Glocke des Präsidenten)

Sie verlieren kein Wort des Schams darüber,

(Wolfgang Riemann, CDU: Über die Arbeitslosigkeit verlieren Sie kein Wort!)

und das hätte ich erwartet, ...

Präsident Hinrich Kuessner: Lassen Sie den Redner zu Wort kommen!

Torsten Koplín, PDS: Danke, Herr Präsident.

Sie verlieren kein Wort des Schams über Einschränkungen existenzsichernder Leistungen während Ihrer Regierungszeit. Ich denke an die Deckelung der Sozialhilfe, die Streichung originärer Arbeitslosenhilfen und die Barrieren bei der Rehabilitation. Sie haben aus meiner Sicht in der Beziehung kein Recht, uns die Ohren vollzulärmen. Sie sind den Betroffenen an die Existenzgrundlagen gegangen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Gucken Sie sich mal die Rentenreform an! Kein Wort dazu von Ihnen.)

Was Sie hätten würdigen können – und das hat der Kollege Borchert erfreulicherweise getan –, ist, dass das Sozialministerium ebenso wie das Bildungsministerium von Streichungen ausgenommen wurde, und das angesichts einer angespannten Haushaltslage, die wohl keiner in Abrede stellt. Was Sie jedoch hätten bemerken können und was uns zumindest umtreibt, ist das, was uns die Landesarmutskonferenz jüngst ins Stammbuch schrieb. In einer Erklärung vom 27.09.2000 werden wir aufgefordert, den Zusammenhang von Armut und Gesundheit stärker zu reflektieren. Und wir werden aufgefordert, altersgerechte und geschlechtsspezifische Handlungsstrategien zur Armutsbekämpfung zu entwickeln. Hier sind wir alle gefragt. Hier ist eine entsprechende politische Kultur gefragt. Und das sage ich hier: Politische Kultur ist genauso wie Infrastruktur und andere Fragen ein Standortfaktor dieses Landes. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Wolfgang Riemann, CDU: Ja, dann machen Sie mal politische Kultur als Wiedergutmachung im Landtag!)

Präsident Hinrich Kuessner: Gibt es weitere Wortmeldungen zu den Einzelplänen? – Das ist nicht der Fall, dann schließe ich die Aussprache insgesamt.

Wir beginnen nun mit der Abstimmung.

Ich rufe auf den Einzelplan 01 – Landtag.

Wer dem Einzelplan 01 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1651 einschließlich der Berichtigung auf Drucksache 3/1717 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 01 auf Drucksache 3/1651 einschließlich der Berichtigung auf Drucksache 3/1717 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 02 – Landesrechnungshof.

Wer dem Einzelplan 02 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1652 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 02 auf Drucksache 3/1652 bei einer Stimmenthaltung der PDS-Fraktion, ansonsten Zustimmung angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 03 – Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten – Staatskanzlei.

Wer dem Einzelplan 03 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1653 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Beschluss-

empfehlung zum Einzelplan 03 auf Drucksache 3/1653 mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der PDS-Fraktion bei einer Stimmenthaltung und Gegenstimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 04 – Geschäftsbereich des Innenministeriums.

Wer dem Einzelplan 04 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1654 einschließlich der Berichtigung auf Drucksache 3/1717 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 04 auf Drucksache 3/1654 einschließlich der Berichtigung auf Drucksache 3/1717 mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der PDS-Fraktion bei einer Gegenstimme der PDS-Fraktion und Gegenstimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 05 – Geschäftsbereich des Finanzministeriums.

Ich lasse zunächst über den hierzu vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1681 abstimmen. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1681 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. –

(Wolfgang Riemann, CDU: Das ist endlich mal was Sinnvolles. Stimmt dem mal zu! – Heiterkeit bei Georg Nolte, CDU – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1681 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 05 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1655 einschließlich der Berichtigung auf Drucksache 3/1717 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 05 auf der Drucksache 3/1655 einschließlich der Berichtigung auf Drucksache 3/1717 mit den Stimmen der SPD-Fraktion und den Stimmen der PDS-Fraktion bei einer Stimmenthaltung und Gegenstimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 06 – Geschäftsbereich des Wirtschaftsministeriums.

Hierzu liegen Ihnen Änderungsanträge auf den Drucksachen 3/1682, 3/1683 und 3/1684 vor.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1682 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1682 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Es wäre ganz gut, wenn Sie etwas leiser kommentieren. Ich muss hier schon ein bisschen aufpassen, und ich denke, Sie sollten auch wissen, was wir genau abstimmen. Herr Riemann, es wäre schön, wenn Sie sich etwas ruhiger verhalten.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1683 zuzustimmen wünscht, den bitte ich

um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1683 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1684 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1684 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 06 entsprechend Ziffer I der Beschlussempfehlung auf Drucksache 3/1656 einschließlich der Berichtigung auf Drucksache 3/1717 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer I der Beschlussempfehlung zum Einzelplan 06 auf Drucksache 3/1656 einschließlich der Berichtigung auf Drucksache 3/1717 mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der PDS-Fraktion bei einer Stimmenthaltung und Gegenstimmen der CDU-Fraktion angenommen.

In Ziffer II seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 3/1656 empfiehlt der Finanzausschuss, einer Entschließung zuzustimmen. Wer der Ziffer II zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1656 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 07 – Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur.

Ich lasse zunächst über den hierzu vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1685 abstimmen. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1685 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1685 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 07 entsprechend der Ziffer I der Beschlussempfehlung auf Drucksache 3/1657 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer I der Beschlussempfehlung zum Einzelplan 07 auf Drucksache 3/1657 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei einer Stimmenthaltung der PDS-Fraktion und Gegenstimmen der CDU-Fraktion angenommen.

In Ziffer II seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Finanzausschuss auf Drucksache 3/1657, Entschließungen zuzustimmen. Wer der Ziffer II zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1657 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 08 – Geschäftsbereich des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei.

Ich lasse zunächst über die hierzu vorliegenden Änderungsanträge der Fraktion der CDU auf den Drucksachen 3/1686 und 3/1687 abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1686 zuzustimmen wünscht, den bitte ich

um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1686 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1687 zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1687 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 08 entsprechend der Beschlussempfehlung auf Drucksache 3/1658 einschließlich der Berichtigung auf Drucksache 3/1717 zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Einzelplan 08 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1658 einschließlich der Berichtigung auf Drucksache 3/1717 mit den Stimmen der SPD-Fraktion und den Stimmen der PDS-Fraktion bei zwei Enthaltungen und gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei einer Stimmenthaltung der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 09 – Geschäftsbereich des Justizministeriums.

Hierzu liegen Ihnen Änderungsanträge der Fraktion der CDU auf den Drucksachen 3/1688 und 3/1689 vor.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1688 zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1688 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1689 zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1689 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 09 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1659 einschließlich der Berichtigung auf Drucksache 3/1717 zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Einzelplan 09 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1659 einschließlich der Berichtigung auf Drucksache 3/1717 mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der PDS-Fraktion bei einer Stimmenthaltung gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 10 – Geschäftsbereich des Sozialministeriums.

Hierzu liegen Ihnen Änderungsanträge der Fraktion der CDU auf den Drucksachen 3/1690, 3/1691 und 3/1692 vor.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1690 zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1690 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1691 zustimmen wünscht, den bitte ich

um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Änderungsantrag mit dem gleichen Stimmenverhältnis abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1692 zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch dieser Änderungsantrag mit dem gleichen Stimmenverhältnis abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 10 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1660 einschließlich der Berichtigung auf Drucksache 3/1717 zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Einzelplan 10 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1660 einschließlich der Berichtigung auf Drucksache 3/1717 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei einer Stimmenthaltung gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 11 – Allgemeine Finanzverwaltung.

Hierzu liegen Ihnen Änderungsanträge der Fraktion der CDU auf den Drucksachen 3/1693, 3/1694, 3/1695, 3/1696, 3/1697 und 3/1698 vor.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1693 zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1693 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1694 zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Änderungsantrag mit dem gleichen Stimmenverhältnis abgelehnt.

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1695 zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch dieser Änderungsantrag mit dem gleichen Stimmenverhältnis abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1696 zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch dieser Änderungsantrag mit dem gleichen Stimmenverhältnis abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1697 zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch dieser Änderungsantrag mit dem gleichen Stimmenverhältnis abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1698 zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch dieser Änderungsantrag mit dem gleichen Stimmenverhältnis abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 11 entsprechend Ziffer I der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1661 zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer I der Beschlussempfehlung zum Einzelplan 11 auf Drucksache 3/1661 mit den Stimmen der SPD-Frak-

tion und der PDS-Fraktion bei zwei Stimmenthaltungen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

In Ziffer II seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Finanzausschuss, einer Entschließung zuzustimmen. Wer der Ziffer II der Beschlussempfehlung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1661 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 12 – Hochbaumaßnahmen des Landes.

Hierzu liegen Ihnen Änderungsanträge der Fraktion der CDU auf den Drucksachen 3/1699 und 3/1700 vor.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1699 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1699 mit den Stimmen der SPD-Fraktion bei einer Stimmenthaltung und den Stimmen der PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1700 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1700 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 12 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1662 einschließlich der Berichtigung auf Drucksache 3/1717 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Einzelplan 12 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1662 einschließlich der Berichtigung auf Drucksache 3/1717 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei einer Enthaltung der PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 13 – Geschäftsbereich des Umweltministeriums.

Wer dem Einzelplan 13 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1663 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? –

(Wolfgang Riemann, CDU: Ich hätte gern noch ein bisschen mehr Geld für die Umwelt zur Verfügung gestellt. – Minister Dr. Wolfgang Methling: Danke schön. – Zuruf von Georg Nolte, CDU – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Damit ist der Einzelplan 13 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1663 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei einer Stimmenthaltung der PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 15 – Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit und Bau.

Hierzu liegen Ihnen Änderungsanträge der Fraktion der CDU auf den Drucksachen 3/1703 bis 3/1710 vor.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1703 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1703 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1704 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Änderungsantrag mit dem gleichen Stimmenverhältnis abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1705 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch dieser Änderungsantrag mit dem gleichen Stimmenverhältnis abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1706 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch dieser Änderungsantrag mit dem gleichen Stimmenverhältnis abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1707 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch dieser Änderungsantrag mit dem gleichen Stimmenverhältnis abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1708 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch dieser Änderungsantrag mit dem gleichen Stimmenverhältnis abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1709 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch dieser Änderungsantrag mit dem gleichen Stimmenverhältnis abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1710 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch dieser Änderungsantrag mit dem gleichen Stimmenverhältnis abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 15 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1665 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 15 auf der Drucksache 3/1665 mit den Stimmen der SPD-Fraktion bei einer Stimmenthaltung und den Stimmen der PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1664 – Stellenpläne.

Hierzu liegen Ihnen Änderungsanträge der Fraktion der CDU auf den Drucksachen 3/1701 und 3/1702 und ein Änderungsantrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/1720 vor.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1701 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. –

(Wolfgang Riemann, CDU:
Herr Dr. Bartels, jetzt aber!)

Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1701 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Die Fraktion der CDU hat gemäß Paragraph 50 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1702 eine namentliche Abstimmung beantragt.

Meine Damen und Herren, wir beginnen nun mit der namentlichen Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und entsprechend den Vorgaben des Rechtsausschusses zu namentlichen Abstimmungen gebeten, sich nach Aufruf Ihres Namens vom Platz zu erheben und laut und deutlich Ihre Stimme mit „ja“, „nein“ oder „Enthaltung“ abzugeben. Ich bitte den Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Haben alle Mitglieder des Hauses ihre Stimme abgegeben? – Das ist der Fall. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Wir unterbrechen sehr kurz die Sitzung.

Unterbrechung: 15.36 Uhr

Wiederbeginn: 15.38 Uhr

Präsident Hinrich Kuessner: Meine Damen und Herren, wir können die unterbrochene Sitzung wieder fortsetzen.

Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt. An der Abstimmung haben insgesamt 65 Abgeordnete teilgenommen. Mit „ja“ stimmten 23 Abgeordnete, mit „nein“ stimmten 38 Abgeordnete, es enthielten sich 4 Abgeordnete. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1702 abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/1720 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/1720 mit den Stimmen der SPD und PDS gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Wer der Ziffer I der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1664 mit der soeben beschlossenen Änderung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer I der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1664 mit der beschlossenen Änderung mit den Stimmen der SPD und PDS gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Wer der Ziffer II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1664 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1664 einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung und Änderung haushaltsrechtlicher Bestimmungen auf Drucksache 3/1400 und der Ergänzung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 3/1475 sowie über die Unterrichtung durch die Landesregierung – Mittelfristige Finanzplanung 2000

bis 2004 des Landes Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung, auf Drucksache 3/1399. Der Finanzausschuss empfiehlt in Ziffer I seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 3/1650, den Gesetzentwurf der Landesregierung einschließlich seiner Ergänzung auf Drucksache 3/1475 nebst Gesamthaushaltsplan 2001 mit den in der Beschlussempfehlung enthaltenen Maßgaben anzunehmen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Ich rufe auf Artikel 1 Paragraph 1 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 1 Paragraph 1 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf der Drucksache 3/1650 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei einer Stimmenthaltung der PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf Artikel 1 Paragraph 2 entsprechend der Beschlussempfehlung.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1680 vor, soweit er den Artikel 1 Paragraph 2 betrifft. Wer diesem Änderungsantrag, soweit er den Artikel 1 Paragraph 2 betrifft, zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1680, soweit er den Artikel 1 Paragraph 2 betrifft, mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Wer in Artikel 1 dem Paragraphen 2 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1650 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist in Artikel 1 der Paragraph 2 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1650 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei einer Stimmenthaltung der PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 die Paragraphen 3 bis 5 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1650. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind in Artikel 1 die Paragraphen 3 bis 5 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1650 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei einer Stimmenthaltung der PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 den Paragraphen 6 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1650. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist in Artikel 1 der Paragraph 6 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1650 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei einer Stimmenthaltung der PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 den Paragraphen 7 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1650.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1680 vor, soweit er den Artikel 1 Paragraph 7 betrifft. Wer diesem Änderungsantrag, soweit er den Artikel 1 Paragraph 7 betrifft, zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1680, soweit er den Artikel 1 Paragraph 7 betrifft, mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Wer in Artikel 1 dem Paragraphen 7 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1650 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist in Artikel 1 Paragraph 7 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1650 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei einer Stimmenthaltung der PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 die Paragraphen 8 bis 11 entsprechend der Beschlussempfehlung. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind in Artikel 1 die Paragraphen 8 bis 11 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1650 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei einer Stimmenthaltung der PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 den Paragraphen 12 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1650. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist in Artikel 1 der Paragraph 12 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1650 mit dem gleichen Stimmenverhältnis wie vorhin angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 den Paragraphen 13 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1650. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch in Artikel 1 der Paragraph 13 mit demselben Stimmverhalten angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 den Paragraphen 14 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1650.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1680 vor, soweit er Artikel 1 Paragraph 14 betrifft, sowie ein Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1721(neu).

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU, soweit er den Artikel 1 Paragraph 14 betrifft, zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1680, soweit er den Artikel 1 Paragraph 14 betrifft, mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1721(neu) zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1721(neu) mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Wer im Artikel 1 dem Paragraphen 14 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1650 mit der soeben beschlossenen Änderung zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist in Artikel 1 Paragraph 14 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1650 mit der soeben beschlossenen Änderung mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei einer Stimmenthaltung der PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 die Paragraphen 15 und 16 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1650. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind in Artikel 1 die Paragraphen 15 und 16 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1650 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei einer Stimmenthaltung der PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf Artikel 1 Paragraph 17 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1650.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1680 vor, soweit er den Artikel 1 Paragraph 17 betrifft, sowie ein Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1722, soweit er den Artikel 1 Paragraph 17 betrifft.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU, soweit er den Artikel 1 Paragraph 17 betrifft, zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1680, soweit er den Artikel 1 Paragraph 17 betrifft, mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1722 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1722, soweit er den Artikel 1 Paragraph 17 betrifft, mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Wer in Artikel 1 dem Paragraphen 17 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1650 mit der soeben beschlossenen Änderung zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist in Artikel 1 der Paragraph 17 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1650 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei einer Stimmenthaltung der PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen, mit der Änderung, die wir vorher beschlossen hatten. Die muss hier noch hinein.

(Georg Nolte, CDU: Genau.)

Ich rufe auf in Artikel 1 die Paragraphen 18 und 19 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1650. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind in Artikel 1 die Paragraphen 18 und 19 entsprechend der Beschlussempfehlung

des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1650 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei einer Stimmenthaltung der PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Man übt sich.

Ich rufe auf Artikel 2 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1650. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind der Artikel 2 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1650 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei einer Stimmenthaltung der PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den Artikel 3 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1650.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1680 vor, soweit er die Streichung des Artikels 3 betrifft. Wer diesem Änderungsantrag, soweit er die Streichung des Artikels 3 betrifft, zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1680, soweit er die Streichung des Artikels 3 betrifft, mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Wer dem Artikel 3 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1650 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Artikel 3 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1650 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei einer Stimmenthaltung der PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Auf Drucksache 3/1722 liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS vor, der die Einfügung eines neuen Artikels 4 betrifft. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1722, der die Einfügung eines neuen Artikels 4 betrifft, mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei einer Stimmenthaltung der PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Durch die Annahme des Änderungsantrages der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1722 wird der Artikel 4 entsprechend der Ziffer I.3 zu Artikel 5.

Ich rufe auf den neuen Artikel 5 entsprechend der geänderten Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1650.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1722 vor, soweit er den neuen Artikel 5 betrifft. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1722, soweit er den neuen Artikel 5 betrifft, mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Wer dem neuen Artikel 5 mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der neue Artikel 5 entsprechend der geänderten Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1650 mit den soeben beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1650 mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1650 mit den soeben beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei einer Stimmenthaltung der PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

In Ziffer II seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Finanzausschuss, die Unterrichtung durch die Landesregierung über die Mittelfristige Finanzplanung 2000 bis 2004 des Landes Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung auf Drucksache 3/1399 zur Kenntnis zu nehmen. Wer der Ziffer II zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1650 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei einer Stimmenthaltung der PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Wer der Ziffer III der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer III der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1650 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei einer Stimmenthaltung der PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf die Ziffer IV der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1650.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1680 vor, soweit er die Ziffer IV betrifft. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1680, soweit er die Ziffer IV betrifft, zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1680, soweit er die Ziffer IV betrifft, mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Wer der Ziffer IV der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1650 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer IV der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1650 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei einer Stimmenthaltung der PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Ich danke allen am Haushaltsverfahren Beteiligten für ihren ganz besonderen Einsatz.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Ich darf Ihnen noch mal sagen, wir haben im Ältestenrat Folgendes verabredet: Wenn wir früher fertig werden und so sieht es ja heute aus, behandeln wir den letzten Punkt von der morgigen Tagesordnung heute als nächsten Tagesordnungspunkt. Das nur als Hinweis, damit alle, die hier sein müssen, auch anwesend sind.

Ich rufe jetzt auf den **Tagesordnungspunkt 4**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Förderung der EU-Grenzregionen zur Bewältigung wirtschaftlicher und sozialer Umstellungen im Zuge der EU-Osterweiterung, Drucksache 3/358, sowie den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS – Osterweiterung der Europäischen Union, auf Drucksache 3/1217, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses auf Drucksache 3/1672.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Förderung der EU-Grenzregionen zur
Bewältigung wirtschaftlicher und sozialer
Umstellungen im Zuge der EU-Osterweiterung
– Drucksache 3/358 –**

**Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Osterweiterung der Europäischen Union
– Drucksache 3/1217 –**

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Rechtsausschusses
– Drucksache 3/1672 –**

Das Wort zur Berichterstattung hat der Abgeordnete Herr Helmrich.

(Götz Kreuzer, PDS: Wieso?)

Das kann nicht sein.

(Götz Kreuzer, PDS: Vorige
Wahlperiode war das so.)

Das kann auch wirklich nicht sein, sondern das Wort hat der Vorsitzende des Rechtsausschusses. Bitte sehr, Sie haben das Wort, ergreifen Sie es.

Götz Kreuzer, PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach eineinhalb Jahren intensiver Beratungstätigkeit legt Ihnen der Rechtsausschuss nunmehr die Beschlussempfehlung und den Bericht zu den Anträgen der Fraktionen vor, die sich auf die Konsequenzen für Mecklenburg-Vorpommern aus der Osterweiterung der Europäischen Union insbesondere im Hinblick auf die Republik Polen ergeben.

Sehr schnell zeigte sich, auch aus der Entwicklung jenseits unserer Landesgrenzen, dass die vor uns stehenden Probleme und Aufgaben noch deutlich über die Intentionen der zu behandelnden Anträge hinausgehen. Uns alle und insbesondere die Leute in den vorpommerschen Landkreisen interessierten die Fragen: Wann kommt die EU-Osterweiterung, 2003, 2005 oder erst 2008? Wer wird dabei sein?

Sie wissen, meine Damen und Herren, derzeitig bewerben sich 13 Länder offiziell um die Mitgliedschaft in der Europäischen Union, darunter 10 Staaten aus Ost- und Mitteleuropa. Der eben zu Ende gegangene EU-Gipfel in Nizza hat diesbezügliche organisatorische Rahmenentscheidungen ja getroffen. Dabei ist unser Nachbar Republik Polen der größte und mit fast 39 Millionen Einwohnern zugleich der bevölkerungsreichste Staat unter den Bei-

trittskandidaten. Polen hat seinen Beitrittsantrag bereits im April 1994 gestellt und unternimmt seitdem wachsende Anstrengungen, die Beitrittskriterien zu erfüllen. In Polen selbst haben wir festgestellt, dass Chancen und Hoffnungen wesentlich stärker artikuliert werden als die möglicherweise damit verbundenen Risiken.

In den vergangenen Jahren sind neben der außenpolitischen Notwendigkeit auch die ökonomischen Chancen der Öffnung nach Osten hin betont worden. Es besteht also die Hoffnung, dass die Ausdehnung Wachstumsimpulse für ganz Europa und Beschäftigungserfolge mit sich bringt. Insbesondere im Hinblick auf die vorpommerschen Landkreise, die augenblicklich im Zuge des Beitritts zum wirtschaftlichen Einzugsgebiet der 500.000 Einwohner zählenden Stadt Stettin gehören würden, hat sich daher der Rechtsausschuss in acht Ausschusssitzungen, diversen Obleutegesprächen, in Gesprächen mit dem Ministerpräsidenten und mit Experten aus dem Lande, mit einer einwöchigen Reise durch die Republik Polen und zahlreichen politischen Gesprächen in Danzig, Białystok und Warschau sowie mit einem Besuch in der Woiwodschaft Westpommern mit dem Thema der EU-Erweiterung auseinander gesetzt und einstimmig, also im Konsens aller, die Ihnen vorliegende und 14 Punkte umfassende Beschlussempfehlung beschlossen.

Obwohl das klare Beitrittsdatum bislang offen war und der zuständige EU-Kommissar Günter Verheugen bisher von einem Beitrittsfenster von 2003 bis 2005 sprach – Polen selbst erhebt ja den Anspruch, schon 2003 beitriffsähig zu sein –, soll die Beschlussempfehlung darauf abzielen, alles das aus mecklenburg-vorpommerscher Sicht zu unternehmen, was für einen möglichst reibungslosen Ablauf sorgt, wenn die Grenzhürden zwischen beiden Ländern abgebaut sind. Insbesondere die Bewohner in den grenznahen Landkreisen sowie die deutschen Unternehmer – und hierbei denke ich besonders an die kleinen und mittleren Unternehmen aus unserem Bundesland – bedürfen der Rahmenbedingungen und Ausgangspositionen, um auf dem polnischen Markt bestehen zu können.

Die genannten 14 Punkte der Beschlussempfehlung sollen daher aus Sicht des Rechtsausschusses so eine Art Heranführung oder Lastenheft sein, was bis zum Aufnahmetag Polens in die europäische Gemeinschaft von unserer Seite her noch geleistet werden muss. Dazu, meine Damen und Herren, gehört in erster Linie der Ausbau der grenzüberschreitenden Infrastruktur, bezogen auf die Bereiche Verkehr, Telekommunikation und Energie, etwa nach der Formel: Schaffung aller Voraussetzungen für Begegnungen und Zusammenarbeit zügig und auf Dauer, noch notwendige Grenzanlagen für kurze Lebensdauer.

Wir haben uns bei unserer Ausschussreise davon überzeugen können, mit welchem erheblichen Aufwand die polnische Ostgrenze als zukünftige EU-Außengrenze ausgebaut wird. Wir wissen, dass die Republik Polen nur begrenzte Mittel für den Ausbau der Grenze hat, weshalb der Rechtsausschuss die Auffassung vertritt, dass durchaus auch provisorische Grenzübergangsstellen von Mecklenburg-Vorpommern zur Republik Polen ihre Berechtigung haben, wenn sie nur, wie von Experten gefordert, dazu dienen, dass für die Bevölkerung und die Unternehmen lange Umwege um die bestehenden Grenzübergänge Linken und Pomellen vermieden werden.

Der Rechtsausschuss hat als weiteren Schwerpunkt die Verbesserung der Arbeitsmarktsituation sowie den

Ausbau möglichst vielfältiger grenzüberschreitender Wirtschaftsbeziehungen, bezogen insbesondere auf Kooperationen von kleinen und mittleren Unternehmen, gesehen. Im durchgeführten Expertengespräch und auch während unseres Gespräches bei der deutsch-polnischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft in Gorzów sind immer wieder Hinweise gegeben worden, solche Kooperationen denn auch wirklich einzugehen. Deshalb müssen auch von unserer Seite Rahmenbedingungen gegeben werden, die es der Wirtschaft ermöglichen, solche Kooperationen leichter ins Leben rufen zu können. Hierzu zählt zum einen eine Unterstützung von grenzüberschreitenden Präsentationsmöglichkeiten von Unternehmen auf Messen, zum anderen aber auch, dass in deutschen Unternehmen weiterhin die Möglichkeit gegeben ist, in Szczecin einen Ansprechpartner zu haben.

In der Vergangenheit ist dieser Ansprechpartner das Generalkonsulat gewesen, das jedoch weggefallen ist. Wir haben schon ausgiebig darüber gesprochen. Das Auswärtige Amt beabsichtigt, in Stettin einen Honorarkonsul einzusetzen. Dieser könnte im Zusammenspiel mit dem deutsch-polnischen Haus der Wirtschaft, das auf Initiative der Industrie- und Handelskammer zu Neubrandenburg, der Wirtschaftskammer Nordstettin und dankenswerterweise mit der Unterstützung der Landesregierung eröffnet worden ist, weiterhin Ansprechpartner und Mittler sein. Immer wieder ist von allen Gesprächspartnern die Wichtigkeit dieses Anlaufpunktes betont worden, weshalb die Landesregierung auch dringendst um Prüfung und Unterstützung gebeten wird, auf welche Weise auch immer die Arbeit des Hauses der Wirtschaft noch weiterhin unterstützt werden kann.

Neben wirtschaftlichen Kooperationen gilt es ferner, auch kulturelle und gesellschaftspolitische Kooperationen zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Polen zu fördern. Hierzu gehört zunächst, dass sich die Menschen auch untereinander verständigen können müssen. Also eine verstärkte Sprachförderung in Schulen und Volkshochschulen ist daher genauso erforderlich, wie die jetzt schon bestehenden positiven Ansätze wie das deutsch-polnische Gymnasium, Kriegsgräberfürsorge, Hochschulkooperationen und weitere Maßnahmen zum kulturellen und Bildungsaustausch zu unterstützen. Vor allem durch die Förderung unserer Jugendlichen gilt es, gegebenenfalls vorhandene Vorbehalte, Vorurteile, Ängste in Bezug auf die Osterweiterung abzubauen. Deutsch-polnische Jugend-, Schüler- und Studentenaustausche sowie das Angehen von grenzüberschreitenden Gemeinde- und Schulpartnerschaften im grenznahen Bereich sind daher weiter zu fördern und zu unterstützen – und ich meine das „weiter“ im vollen Umfang des Wortes, also nicht nur in der Weiterführung, sondern in einer Erweiterung. Daher wird es auch für erstrebenswert gehalten, das vor allem im Landesteil Vorpommern die Möglichkeit an den Realschulen und Gymnasien besteht, Polnisch als zweite Fremdsprache erlernen zu können. Neben diesen kleinen Schritten, die wir selbst in der Hand haben, wenden wir uns mit dem Beschlussentwurf jedoch auch an die Bundesregierung sowie an die europäische Gemeinschaft, über unsere Landesregierung, ähnlich des Beitrittsszenarios von Griechenland, Spanien und Portugal damals, das für bestimmte französische und italienische Gebiete eine Sonderförderung mit sich brachte, unserem Landesteil Vorpommern, insbesondere seinen östlich unmittelbar an die Republik Polen grenzenden Landkreisen Uecker-Randow und Ostvorpommern, einen ähnlichen Sonderstatus

einzuräumen mit dem Ziel, die erweiterungsbedingten Chancen besser nutzbar und ihre entsprechenden Risiken begrenzt zu machen.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

In diesem Zusammenhang hat der zuständige EU-Kommissar anlässlich der Europaministerkonferenz in Schlangenbad im Mai diesen Jahres ein Aktionsprogramm in Aussicht gestellt. Dazu haben die Landesregierungen der Länder Bayern, Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen der EU-Kommission vorgeschlagen, dass das Aktionsprogramm insbesondere die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, die Förderung der Wirtschaft, insbesondere wieder der kleinen und mittleren Unternehmen sowie der Arbeitsmärkte, aber auch die soziale und kulturelle Vorbereitung der Bevölkerung zum Gegenstand haben soll. Wirtschaftliche Kooperationsnetzwerke sollten nach Ansicht dieser Landesregierungen ebenso gefördert werden wie die Sprache, kulturelle Veranstaltungen mit regionalem Bezug sowie Entwicklungspotentiale im Schul- und Jugendbereich. Der Landtag unterstützt diese Hinweise ausdrücklich.

Erlauben Sie mir zum Abschluss, dass ich Ihre Aufmerksamkeit besonders auf den Punkt 14 der Beschlussempfehlung lenke. Der Rechtsausschuss hatte das Glück (organisiert), gemeinsame Beratungen mit korrespondierenden Ausschüssen des Sejmik Pommern und Westpommern durchführen zu können. Dabei haben wir uns sowohl in Danzig als auch in Stettin in die Hand versprochen, dass es bei diesen ersten Begegnungen nicht bleiben wird. Deshalb ist von beiden Seiten zur Verfestigung des parlamentarischen Kontaktes untereinander das Eingehen von festen Kooperationsvereinbarungen vorgeschlagen worden, so, wie es auch der Präsident des Landtages Mecklenburg-Vorpommern Herr Kuessner bereits im August dieses Jahres in Stettin vereinbart hat. Ich nenne als Beispiel den Landtag Rheinland-Pfalz, wo ebenfalls eine gemeinsame Erklärung mit dem Sejmik der Woiwodschaft Opoln erarbeitet und verabschiedet worden ist.

Unsere Begegnungen haben auch gezeigt, mit welchem Engagement unsere polnischen Nachbarn und Kollegen den Erweiterungsprozess betreiben. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ja schon fast normal, aber es wird sich noch deutlich intensivieren, dass praktisch alle unsere Ausschüsse dieses Hauses mit unseren östlichen Nachbarn irgendwie zusammenarbeiten, denn vor allem die inhaltlichen Ansprüche werden vom Rechtsausschuss, also dem Europaausschuss dieses Hauses, nicht allein zu erfüllen sein. Nutzen Sie, meine Damen und Herren, also bitte in den Ausschüssen die Chance, mit den entsprechenden Ausschüssen der Nachbarwoiwodschaft Westpommern ins Gespräch zu kommen, gemeinsame Strategien und Problemlösungen zu entwickeln und sich auch über Erfahrungen auszutauschen, die Mecklenburg-Vorpommern mit dem Eintritt in die EU auf den konkreten Arbeitsfeldern gesammelt hat.

Schließlich möchte ich mich auch diesmal bei den Mitgliedern des Rechtsausschusses bedanken, die teilweise am Anfang durch die Bedeutung und Kompliziertheit des Themas vielleicht beeindruckt, vielleicht skeptisch waren, jedoch nach kürzester Zeit mit sehr viel Engagement die Beratungen zum Thema und zur Vorlage oder zu den beiden Vorlagen betrieben haben. Und dass dies keine

Floskel ist, sondern das Thema der EU-Osterweiterung den Mitgliedern des Rechtsausschusses sozusagen ans Herz gewachsen ist, sehen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, daran, dass der Rechtsausschuss die Absicht hat, einen eigenen Unterausschuss zu bilden, um dieses Thema spezialisierter weiterverfolgen zu können. Auch, meine Damen und Herren, dass uns die Staatskanzlei nicht nur pflichtgemäß, sondern auch kollegial unterstützt hat, will ich mit einem öffentlichen Dankeschön hier quittieren. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, PDS und Herbert Helmrich, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Kreuzer.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Ministerpräsident Herr Dr. Ringstorff.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Soeben ist der Europäische Rat von Nizza zu Ende gegangen. Er hat wesentliche Voraussetzungen für die Erweiterung der Europäischen Union geschaffen und stellt damit einen wichtigen Eckpunkt in der Entwicklung Europas dar. Ende 2002 will die Europäische Union in der Lage sein, die ersten neuen Mitglieder aufnehmen zu können. Voraussetzung dafür ist, dass die Kandidaten dann den gemeinschaftlichen Besitzstand übernommen haben und auch sicher anwenden. Der Europäische Rat hat seiner Hoffnung Ausdruck verliehen, dass die am weitesten fortgeschrittenen Kandidaten schon 2004 an den Wahlen zum Europäischen Parlament teilnehmen können. Damit hat sich, zumindest mittelbar, auch die zeitliche Perspektive eines Beitritts konkretisiert.

Gleichzeitig beginnt jetzt die entscheidende Phase der Beitrittsverhandlungen. Die Europäische Kommission hat in ihrem Strategiepapier vom 8. November 2000 eine Wegskizze für die weiteren Verhandlungen vorgelegt, die erstmals konkrete Vorgaben für die Behandlung auch der sensiblen Verhandlungskapitel enthält. Diese Bereiche, Kollege Schoenenburg, sollen in den kommenden eineinhalb Jahren aufgearbeitet werden. Bereits im 1. Halbjahr 2001 stehen Themen wie die Arbeitnehmerfreizügigkeit, die Dienstleistungsfreiheit, die Sozialpolitik und die Umweltpolitik auf der Tagesordnung. Die Behandlung anderer, auch für Mecklenburg-Vorpommern wichtiger Bereiche wie Landwirtschaft oder Regionalpolitik soll bis zur Jahresmitte 2002 erfolgt sein. Die Europäische Kommission hat noch einmal bekräftigt, die Verhandlungen mit den am weitesten fortgeschrittenen Beitrittskandidaten 2002 abschließen zu wollen.

Meine Damen und Herren! Mit der Osterweiterung der Union wird ein weiterer entscheidender Schritt getan zur Integration Europas. Die Europäische Union ist meiner Meinung nach der beste Garant für Sicherheit, politische Stabilität und Wohlstand in ganz Europa. Und an einer Fortsetzung des europäischen Einigungsprozesses führt kein Weg vorbei. Deshalb begrüßen wir die Osterweiterung der Europäischen Union ausdrücklich.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU)

Zugleich eröffnen sich dadurch für unser Land und vor allem auch für den Landesteil Vorpommern neue Chancen, Chancen, die wir nutzen sollten. Denn durch die Osterweiterung wird unser Land aus einer Randlage in der Union ins Zentrum der Union hineinrücken. Die Ostsee wird EU-Binnenmeer und aufgrund unserer guten Lage können wir zu einer Verkehrs- und Handelsdrehscheibe im Ostseeraum werden

(Dr. Ulrich Born, CDU: Können.)

und Vorpommern erhält die Chance, aus dem Windschatten der großen Ballungs- und Wirtschaftsräume herauszutreten. Für Mecklenburg-Vorpommern als Wirtschafts- und Kulturland ist die Osterweiterung der Europäischen Union ein Gewinn.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Lassen Sie uns die Chancen gemeinsam nutzen! Der vorliegende, von allen Fraktionen, so wurde mir gesagt, unterstützte Antrag ist dafür sicherlich eine gute Basis. Das Land Mecklenburg-Vorpommern spricht hier mit einer Stimme, getragen vom Parlament und der Regierung, und das ist gut für die Wahrnehmung unserer Interessen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, einzelnen Abgeordneten der CDU und Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Das ist gut, denn es ist zugleich auch ein deutliches Signal an unsere polnischen Nachbarn.

Meine Damen und Herren! Niemand gibt sich der Illusion hin, die Osterweiterung wäre ein Selbstläufer. Sie ist eine historische Aufgabe, mit der die unselige Spaltung des Kontinents überwunden wird, und mit Polen öffnet sich ein großer Markt auch für uns. Aber die Gestaltung des Beitritts erfordert von uns allen noch harte Arbeit, Besonnenheit und Mut. Dem müssen wir und dem wollen wir uns stellen. Wir werden nicht ängstlich und nicht kleinlich nach Osten schauen, sondern die Dinge mitgestalten, und das tut dieses Hohe Haus und das tut die Landesregierung.

Wir wissen auch, viele Bürger unseres Landes, vor allem in den Grenzregionen, haben noch Vorbehalte und Ängste, wenn es um den Beitritt der osteuropäischen Länder geht, und diese Vorbehalte müssen wir ernst nehmen. Sie dürfen nicht einfach wegverwaltet werden. Denn ein von oben verordnetes Europa der Regionen ist nicht genug. Der Integrationsprozess Europas muss von den Bürgern getragen werden. Was wir brauchen, ist ein Europa der Menschen, eine Gemeinschaft, mit der sich die Bevölkerung in den Mitgliedsstaaten identifizieren kann. Wir müssen die Menschen für Europa gewinnen. Das ist die entscheidende Voraussetzung für das Gelingen der Union.

Europa und die Europäische Union sind keine fernen abstrakten Gebilde. Die europäische Einigung ist, glaube ich, eine Chance, von der wir alle profitieren. Mit Blick auf die Osterweiterung bedeutet das, wir brauchen ein Beitrittskonzept, das für die Menschen im Land und vor allem in den grenznahen Regionen Vorpommerns transparent und glaubwürdig ist. Nur so können wir den Ängsten und Sorgen der Menschen schon im frühesten Stadium entgegenwirken. Deshalb setzt sich die Landesregierung dafür ein, dass die besondere Situation der Grenzgebiete bei den Beitrittsverhandlungen berücksichtigt wird.

Selbstverständlich muss und wird sich Mecklenburg-Vorpommern auch in einer erweiterten Union dem Wettbewerb stellen, aber bei diesem Wettbewerb muss es fair zugehen. Die Landesregierung hat deshalb die Osterweiterung im Rahmen ihres Vorsitzes in der Europaministerkonferenz der Länder zu einem Schwerpunktthema gemacht. Auf Initiative Mecklenburg-Vorpommerns wird durch die Europaministerkonferenz derzeit eine Bundesratsentschließung vorbereitet und mit dieser Entschließung sollen die gemeinsamen Forderungen der Länder an die Beitrittsverhandlungen formuliert und in verbindlicher Weise an die Bundesregierung weitergeleitet werden. Das ersetzt nicht unseren eigenen Standpunkt zur Osterweiterung, den die Landesregierung im Oktober formuliert hat und vor kurzem der Bundesregierung übermittelte. Was wir jedoch in eine Forderung aller Länder überführen können, stärkt natürlich das Gewicht unserer eigenen Anliegen.

Ganz besonders freue ich mich, dass jetzt auch von Seiten des Landtages Partnerschaften mit den Parlamenten unserer Nachbarwoiwodschaften Westpommern und Pommern eingegangen werden sollen. Diese Partnerschaften reihen sich ein in ein immer enger werdendes Geflecht grenzüberschreitender Zusammenarbeit, und das auf nahezu allen Gebieten wie Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Umwelt, Kultur, Jugend, Polizei, um beispielhaft nur einige Bereiche zu nennen.

Das Wirtschaftsministerium strebt ein Twinningprojekt mit der Woiwodschaft Westpommern zur zukünftigen Verwaltung der Strukturfonds an. Gerade in der Regionalpolitik ist eine Kooperation mit unseren Nachbarn von großer Bedeutung. Von praktischem Nutzen für unsere Wirtschaft ist vor allem im Landesteil Vorpommern das am 11. November eröffnete Haus der Wirtschaft in Stettin. Es bietet eine wichtige Hilfestellung für Unternehmen, die sich auf dem polnischen Markt engagieren wollen, und ich kann unsere Firmen nur ermutigen, dieses Angebot zu nutzen. Auch darin liegen Chancen. Polen gehört heute zu den am weitesten fortgeschrittenen Beitrittskandidaten und damit in den Kreis der Länder, die als erste der Europäischen Union beitreten könnten. Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat durch die verschiedenen Kooperationen auch einen Beitrag zur Annäherung Polens an die Europäische Union geleistet. Die Landesregierung ist bestrebt, diese Zusammenarbeit in den kommenden Jahren zum gegenseitigen Nutzen auszuweiten und zu vertiefen.

Meine Damen und Herren! Die Förderung der Grenzregionen ist ein besonderes Anliegen dieses Hohen Hauses und der Landesregierung. Wir haben im Januar diesen Jahres den Dialog der deutschen Grenzländer initiiert und vorangetrieben und er ist im September in ein gemeinsames Schreiben der Länder Bayern, Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen an den für die Erweiterung zuständigen Kommissar Verheugen gemündet. Und in dem Schreiben sagen wir ganz deutlich, was wir uns zur Wahrung unserer Interessen für die Grenzregionen vorstellen. Ich nenne nur die Stichworte Infrastruktur, kleine und mittlere Unternehmen, Sprache und Jugend. Es muss eine die Erweiterung betreffende Förderung der Grenzregionen geben.

Unsere Bemühungen hatten einen ersten, ganz wichtigen Erfolg – Herr Kreuzer hat, glaube ich, schon kurz darauf hingewiesen –, denn der Europäische Rat von Nizza hat jetzt die Europäische Kommission beauftragt, ein Pro-

gramm zur Festigung der Wettbewerbsfähigkeit der Grenzregionen vorzulegen, und ich glaube, ein klein wenig Anteil daran hat auch die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern. Damit gibt es einen eindeutigen Handlungsauftrag, den es nunmehr auszufüllen gilt. Vorschläge liegen bereits auf dem Tisch. Jetzt muss gemeinsam darüber gesprochen werden und das werden wir mit der Kommission unverzüglich tun. Lassen Sie uns diese Chancen nutzen zum Wohle unseres Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern! – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, PDS
und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznaegel: Danke schön, Herr Ministerpräsident.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Helmrich von der Fraktion der CDU.

Herbert Helmrich, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach der Einführung durch Herrn Kreuzer und der Stellungnahme der Regierung freue ich mich, dass ich jetzt, wie gesagt, eineinhalb Jahre nachdem wir den ersten Antrag hierzu eingereicht haben, zu diesem Thema hier ein paar Worte sagen kann.

Der Ministerpräsident hat schon völlig zu Recht erwähnt, dass nach den wichtigen Tagen von Nizza sich jetzt das Programm des Beitrittsweges deutlicher abzeichnet. Und wir konnten zu meiner Überraschung zunächst, aber auch zu meiner Freude erleben, dass inzwischen in der Tat die zwölf Beitrittskandidaten und sogar auch die Türkei teilweise bereits mit am Tisch gesessen haben. Es ist in den Vorbereitungsgesprächen, in denen sich sozusagen die jetzigen Mitgliedsstaaten, die die EU institutionell vorbereiten musste, um die Beitrittskandidaten aufnehmen zu können, natürlich darüber verhandelt worden, wie nachher, wenn 27 Mitglieder da sind, die Kommission aussehen soll, wie viel Stimmen jeder haben soll, wie viel Mitglieder sie im Parlament haben sollen. All das ist natürlich im Vorfeld auch mit den Beitrittskandidaten, selbst wenn die EU-Mitgliedsstaaten alleine das Sagen haben, ausgehandelt worden. Und so haben die zwölf Beitrittskandidaten und die Türkei mit den 15 Mitgliedsstaaten zwischendurch und vorab an einem Tisch gesessen und haben ausgehandelt, dass die 4 großen Staaten 29 Stimmen haben werden. Dann hat es einen ziemlichen Streit gegeben um Spanien und Polen, ob sie gleich viel Stimmen haben sollten. Inzwischen hat man sich geeinigt, dass Spanien und Polen 27 Stimmen haben sollen. Viele andere Dinge haben schon in den Zeitungen gestanden, nur das wollte ich noch mal erwähnen.

Für Deutschland ist nicht gelungen, was die Regierung wollte, und zwar dass die Stimmen in der Kommission stärker nach den Bevölkerungszahlen festgelegt werden sollten. Wir haben also gleich viele Stimmen behalten wie die anderen drei großen Staaten Frankreich, England und Italien, aber im Parlament sind wir jetzt mit den Stimmen stärker davongekommen. Wir werden 99 Stimmen haben, die Franzosen 74, die Engländer 74, Italien 74, Polen und Spanien wieder gleich stark 52.

Also, ich wollte damit nur noch mal hervorheben, dass der Beitritt nicht mehr in nebulöser Ferne ist, sondern dass die Beitrittskandidaten – und Polen an erster Stelle mit, wie der Herr Ministerpräsident das schon gesagt hat – heute schon in vielen Fragen mit am Tisch sitzen und dass das Ziel erreicht werden könnte, dass die ersten Beitrittskan-

didaten tatsächlich bei den Europawahlen 2004 bereits mitwählen. Die Voraussetzungen, wie viele Abgeordnete sie zu wählen hätten und so weiter, sind also tatsächlich schon geschaffen.

Die Frage, warum uns dies nun besonders beschäftigt hier in diesem Hause, ist immer wieder gestellt worden. Lassen Sie es mich noch einmal kurz wiederholen. Natürlich hat die Bundesregierung und natürlich hat die Kommission schon darüber nachgedacht und versucht, sich Vorstellungen darüber zu bilden, was der Beitritt insgesamt für die Bundesrepublik bedeutet, aber auch, was es für die grenznahen Regionen bedeutet. Und lassen Sie mich noch einmal zitieren aus einem gemeinsamen Papier aller Wirtschaftsminister aus der Zeit von vor eineinhalb Jahren. Da heißt es: „Grenznahe Regionen sind in besonderer Weise von der Osterweiterung betroffen. Sie spüren verschärfte Konkurrenz, auch bei Gütern mit begrenztem Absatzradius. Wegen des starken Kostengefälles zwischen EU und Beitrittsstaaten ist insbesondere in den Grenzregionen mit Wettbewerbsverzerrungen und der Gefahr struktureller Verwerfungen zu rechnen.“

Wenn man dann aufmerksam weiterliest, es wird nicht konkreter. Und das ist immer mein Problem gewesen bei der ganzen Geschichte, ob von Bonn oder von Brüssel. Viel konkreter, als dass es möglicherweise wegen des Gefälles zwischen den beiden Wirtschaftsgebieten – zwischen Polen und Deutschland beziehungsweise Mecklenburg-Vorpommern oder darunter Brandenburg und darunter Sachsen –, viel konkreter, als dass das Gefälle zu Verwerfungen führen wird, werden sie alle nicht. Aber unsere Menschen, unsere Betriebe, unsere Regionen müssen sich dem stellen, müssen das Zusammentreffen dieses Gefälles aushalten. Und deshalb ist es – und dem stellen wir uns mit diesem Beschluss – unsere Aufgabe, nun konkreter hinzugucken und konkreter zu sagen, was bedeutet für Mecklenburg-Vorpommern, für Vorpommern, für die unmittelbar angrenzenden Kreise und für die dort ansässigen Betriebe, was bedeutet es, wenn diese beiden Gefällezonen plötzlich ohne Grenze sind.

Um dies festzustellen, haben wir in unserem Beschluss, insbesondere in Ziffer 8 vorgeschlagen, dass in der nächsten Zeit bis zur tatsächlichen Öffnung der Grenzen ein kontinuierlicher Prozess stattfindet, in dem der jeweilige Stand möglicher Auswirkungen untersucht wird. Der Landtag hat die ersten Schritte dadurch getan, dass er einerseits selbst hingefahren ist. Er hat Gespräche geführt, hat eine Anhörung in Pasewalk veranstaltet, wo die dortigen Unternehmen ihre bisherigen Erfahrungen mit der anderen Grenzseite und auch ihre Befürchtungen sowie ihre etwaigen Nöte geschildert haben.

Zum anderen sind wir jetzt dazu übergegangen, die Marktsituation in und um Stettin zu untersuchen. Wir haben nun erfreulicherweise die ersten statistischen Zahlen, die allerdings einer Auswertung bedürfen, denn die Zahlen alleine besagen so noch nicht viel. Und wir müssen diesen die Zahlen aus unserer Region, insbesondere also der Industrie- und Handelskammer

(Götz Kreuzer, PDS: Neubrandenburg.)

in Neubrandenburg, gegenüberstellen. Dann werden wir die beiden Marktsegmente – das polnische Marktsegment und das Marktsegment bei uns – vergleichen können. Wir werden dann sehen können, wo möglicherweise große Übergewichte sind, wo sich Marktlücken befinden und wo sich eventuell besonders Kooperationen anbieten.

Dieser kontinuierliche Prozess wird dann in weiteren Punkten, die wir hier aufgenommen haben, unterstützt, unterstützt sowohl durch die Programme der EU als auch durch Bemühungen aus dem Lande selbst.

Herr Kreuzer hat in seinem Bericht schon angesprochen, dass die beiden Landtage – also unser Landtag und der kleine Landtag der neuen westpommerschen Woiwodschaft – eine Zusammenarbeit vereinbart haben in den entsprechenden Ausschüssen.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Dazu wird es eine erste größere Zusammenkunft, bisher vorgesehen am 25. Januar, geben und wir werden dann auch von beiden Seiten politisch die entsprechende Unterrichtung und die Möglichkeit, auf einen gleichen Informationsstand zu kommen, fördern. Ich glaube schon, dass wir auf diese Art und Weise einen Beitrag dazu leisten können, dass die Regionen einander besser kennen lernen. Herr Ministerpräsident hat Unsicherheit, Befürchtungen und Ängste auch auf unserer Seite angesprochen – die sind da, die müssen wir ernst nehmen und die können wir nur abbauen, wenn man sich gegenseitig kennen lernt.

Dazu ist meines Erachtens von besonderer Bedeutung, dass wir die Infrastruktur angleichen, das heißt die Verkehrswege verbessern. Sie wissen, wir kämpfen um Garz oder Ahlbeck und um Hintersee. Es gibt auch andere Grenzübergänge, die noch gar nicht im Gespräch sind, die dann aber ebenfalls geöffnet werden müssen. Ich erwähne das, weil wir, wenn die Regionen zusammenwachsen sollen, diese Infrastruktur nicht erst dann aufeinander abstimmen, wenn die Grenzen geöffnet werden, denn dann kommt das sowieso. Nein, das Ganze muss ein Prozess sein, der sich vor der eigentlichen Grenzöffnung abspielt. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir dies nur schaffen, wenn es gelingt, den Prozess präventiv zu gestalten, das heißt, schon zu gestalten, ehe die Grenze geöffnet wird.

(Götz Kreuzer, PDS: Ja, sonst kommt's zum Dambruch.)

Das bedeutet für die einzelnen Unternehmen und für die einzelnen Branchen, dass es gelingt, noch wesentlich mehr Unternehmen zu veranlassen – möglicherweise hier und da auch zu fördern –, dass sie auf beiden Seiten der Grenze tätig sind. Das ist es, was die Wettbewerbssituation zum Zeitpunkt der Grenzöffnung schafft, nämlich, Betriebe von drüben und Betriebe von hier kommen plötzlich in eine Wettbewerbssituation. Deshalb sollte es gelingen, eine möglichst große Zahl von Betrieben – polnische in Deutschland, deutsche in Polen – jetzt schon tätig werden zu lassen. Wir hatten zwei Betriebe, die dazu vorgezogen haben. Ich kann nur immer wieder unseren Vorzeigebetrieb Müggenburg nennen, der eine Baugerüstfirma bei uns in Torgelow und eine Baugerüstfirma in Stettin hat. Wenn sich da die Grenze öffnet, für den ändert sich fast nichts. Der ist auf beiden Märkten zu Hause. Er kennt beide Märkte. Er ist in seinem Betrieb zweisprachig organisiert. Der braucht keine Angst zu haben.

Und wir haben viele Betriebe, denen es heute noch nicht klar ist. Deshalb hoffe ich, dass von unserer heutigen Diskussion über die hochwohllobliche Presse – vielleicht sind wir schon ein bisschen spät, aber dann vielleicht doch morgen oder übermorgen – auch die Aktivitäten, die der Landtag hier gemeinsam tätigt, und darauf ist ja schon mehrfach hingewiesen worden, nach draußen getragen

werden. Denn hier müssen die Bürger und die einzelnen Betriebe für sich etwas tun. Wir schaffen die Rahmenbedingungen. Wir wollen die Rahmenbedingungen gemeinsam schaffen, so gut als irgend möglich, aber der Bürger und die einzelnen Betriebe müssen natürlich ihrerseits auch das, was wir tun, aufnehmen und uns andererseits natürlich auch informieren, wenn wir Dinge falsch sehen.

Ich meine jedenfalls, dass wir von der Politik her durch die Bemühungen, die hier im Einzelnen in diesem Beschluss niedergelegt sind, Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Grenzöffnung rechtzeitig gesehen wird, die Grenzöffnung rechtzeitig besser verstanden wird und dass Politik und Wirtschaft gemeinsam vorzeitig versuchen, die Probleme anzugehen, damit es nachher nicht zu einem Crash kommt. Die einzelnen kann jeder in der Drucksache nachlesen. Ich will das hier nicht verlesen. Ich meine jedenfalls, dass wir mit der nächsten größeren Veranstaltung in diesem Zusammenhang am 25. Januar mit den Aktivitäten, die hier angekündigt sind, eine Grundlage durch beide Volksvertretungen schaffen, die für beide Völker die Grenzöffnung zu einem gemeinsamen Gewinn werden lässt. Und was meinen Wahlkreis anbetrifft, für den erhoffe ich mir, dass wir in 20 Jahren, vielleicht schon in 10 Jahren zum Speckgürtel von Stettin gehören. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Friedbert Grams, CDU: Und übermorgen
den Grenzübergang Hintersee öffnen.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Helmrich.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Körner von der Fraktion der SPD.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Nachdem die Dampfwolken der Auseinandersetzung im Haushalt verzogen sind,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was?)

denke ich, kann für diesen Punkt, bei dem wir jetzt sind, eine andere Atmosphäre festgestellt werden, denn bei diesem Punkt, der nun auf der Tagesordnung steht, sind die Voraussetzungen in den drei Fraktionen, so, wie sie hier sitzen, anders als bei dem Vorgängerpunkt.

Da die Vorlage, die wir heute beschließen werden, sehr ausführlich ist, kann ich mich in meiner Rede kurz fassen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist aber schade.)

denn sie ist in einer relativen Breite an vielen Punkten in die Tiefe gegangen und ich kann mir manches ersparen. Ich gehe davon aus, dass der Abgeordnete Born auch lesen kann,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, ich versuche es.)

und dann kann er manches, was ihn interessiert, nachlesen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Gut. –
Harry Glawe, CDU: Sehr schön.)

Ich will mich also auf die wesentlichen Dinge beschränken.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das machen wir doch immer alle so, Herr Körner. –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ganz zum Anfang möchte ich etwas in den Mittelpunkt stellen, was anders als bei allen Vorlagen hier eine Besonderheit war, nämlich die konstruktive gemeinsame Arbeit in allen drei Fraktionen zu einem Antrag. Ich habe zwar nicht mitgezählt, aber ich vermute mal, die Anträge in dieser Legislaturperiode, wo alle drei Fraktionen konform gehen konnten, übersteigen kein Dutzend. Ich freue mich, dass es gerade an diesem sensiblen Punkt für unser Land gelungen ist, alle drei Fraktionen gemeinsam einzubinden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Und es war ein wechselseitiges Geben und Nehmen. Keiner hat hier auf prinzipiellen Standpunkten unverrückbar beharrt. Bewegung gab es überall. Ich möchte aber in meinen Dank ausdrücklich einschließen auch die Staatskanzlei. Alle drei Fraktionen haben durch die hier im Raum anwesenden Vertreter der Staatskanzlei eine außerordentliche Bereicherung erfahren. Wir sind alle dadurch klüger geworden. Wir konnten Personalunterstützung erfahren. Wir konnten klüger werden durch profundes Wissen, das in der Staatskanzlei vorhanden ist. Auch dafür einen herzlichen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Nun zu einigen Punkten, die ich für besonders erwähnenswert halte. Wichtig scheint mir auch vor dem Hintergrund des Abschlusses von Nizza, dass wir hier als Landtag – als kleiner Landtag eines kleinen Bundeslandes – dennoch mit allem Nachdruck betonen, dass wir den Beitrittsantrag Polens unterstützen. Wir unterstützen diesen Beitritt und wollen alles tun, was in unserer Kraft steht, diesen zu befördern. Dazu gehört, dass wir nach Maßgabe unserer Kräfte die Beziehung zwischen unserem Bundesland und der Republik Polen entwickeln. Viele Punkte sind angesprochen worden. Ich will nur einige erwähnen, die mir wichtig erscheinen.

Wir brauchen die verkehrliche Verbindung, das heißt, unsere A 20 darf, nachdem sie auf die Berlin-Stettiner Autobahn gekommen ist, nicht einfach im Nichts enden. Da ist es gut, wenn Polen einen Anschluss schafft, der für unsere Autobahn – und für die Polen natürlich genauso – von Bedeutung ist. Wir brauchen eine Entwicklung der Infrastruktur bei der Kommunikation, bei der Telekommunikation. Wir brauchen die grenzüberschreitende Kooperation von Unternehmen. Auch dafür sind hier Beispiele genannt worden. Wir brauchen weiterhin und wollen den starken kulturellen Austausch, den Jugendaustausch, die Sprachförderung, die Zusammenarbeit bei Wissenschaft und Forschung. Ich finde es gut und richtig, dass unser Bundesland bei einer Kooperation mit der Woiwodschaft Westvorpommern schon sehr weit ist, und ich finde es sehr gut, dass unser Landtag hier die entsprechenden parlamentarischen Kooperationen eingeleitet hat.

Ich möchte auch betonen, dass wir, bevor dieser Beitritt Polens zur Europäischen Union geschehen ist, weitere Grenzübergänge brauchen. Wir sind uns darin einig, dass sie provisorisch sein können. Sie müssen keine voll ausgebauten Grenzübergänge sein, denn nach dem, was wir heute aus Nizza gehört haben, sind sie nur für kurze Zeit. Aber in dieser Zeit müssen mehr Menschen unkompliziert zueinander kommen, als es gegenwärtig möglich ist.

Wir unterstützen mit unserem Antrag auch ausdrücklich die beabsichtigte Einrichtung des Honorarkonsulates in

Stettin. Dieses Honorarkonsulat ist kein Ersatz für das geschlossene Generalkonsulat, aber es ist mehr als nichts. Und es ist eine wichtige Anlaufstelle für Bürger beider Staaten.

Ich begrüße außerordentlich die Initiative der Industrie- und Handelskammer Neubrandenburg mit dem Haus der Wirtschaft und ich denke, wir als Landtag und auch die Landesregierung werden das Erforderliche tun, um dieses Haus der Wirtschaft zu unterstützen und mit Leben zu füllen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Grams?

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Wo ist er denn? Aber bitte sehr, wenn ich Sie sehe, herzlich gern.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte sehr, Herr Grams, fragen Sie.

Friedbert Grams, CDU: Herr Dr. Körner, Sie sprachen eben die Einrichtung des Honorarkonsulates an. Wissen Sie, wann dies endlich erfolgt?

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Mir ist bekannt, dass es, was die Personen betrifft, schon relative Klarheit gibt und – so meine Informationen, datiert etwa von vor vier Wochen – dass dieser Vorgang auf konsularischer Ebene so gut wie abgeschlossen ist.

(Götz Kreuzer, PDS: Die polnische Seite muss noch. – Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Ich rechne also damit, dass es in den nächsten Tagen, in den nächsten Wochen so weit eingeleitet werden kann. Unsererseits sind alle erforderlichen Schritte meines Erachtens eingeleitet. Es kommt jetzt auf die polnischen Partner an, ihrerseits ihren Part dort zu beenden.

(Götz Kreuzer, PDS: Richtig. Ja, so ist das.)

Friedbert Grams, CDU: Danke sehr.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Fast zum Schluss möchte ich aber noch einmal mit allem Nachdruck auf ein Thema aufmerksam machen, das insbesondere für den Bereich Vorpommerns und dann weiter entlang der Grenze bis nach Bayern eine Bedeutung hat.

Es ist uns schnell in der Vorbereitungsarbeit des Ausschusses klar geworden, dass vor allem Vorpommern durch die europäische Osterweiterung einem strukturellen Anpassungsdruck ausgesetzt sein wird. Deshalb unterstützt der Rechtsausschuss, deshalb unterstützt natürlich dann auch die SPD-Fraktion einstimmig das gemeinsame Schreiben der beteiligten Bundesländer zu einem Aktionsprogramm, das insbesondere in dieser dazu noch strukturschwachen Region Unterstützung leisten soll, denn wir wissen, dass gerade dort Schwierigkeiten auftreten werden. Diese gilt es vorab zu mindern. Dass dort Verwerfungen auftreten werden, gilt es ebenfalls im Vorfeld zu mindern.

Aber nicht zuletzt – der Ministerpräsident hat es angesprochen, ich will es von meiner Seite noch einmal unterstreichen – müssen wir für die Osterweiterung der Europäischen Union die Menschen gewinnen. Da scheint es mir, dass die erforderlichen Aktivitäten noch nicht

genügen. Ich glaube, dass das Thema „Osterweiterung der Europäischen Union“ noch nicht genügend in den Köpfen der Menschen ist. Und wenn wir nun von Nizza hören, scheint dieser Zug, der ja schon seit einiger Zeit aufs Gleis gesetzt wurde, an Geschwindigkeit gewonnen zu haben, schneller als dies in den Köpfen unserer Menschen, in dem Bewusstsein unseres Landes verankert ist.

Hier muss, und da können wir auf allen Ebenen mittun, hier muss ein breiter Bewusstseinsbildungsprozess einsetzen. Ich für meinen Teil – und einige Abgeordnete tun das, so weiß ich, auch – bin aus diesem Grunde der Deutsch-Polnischen Gesellschaft beigetreten, die hier sehr viel getan hat, um dieses Thema mehr in die Breite zu bringen. Die Tätigkeitsfelder sind vielschichtig. Das kann an den Schulen passieren, das kann an sonstigen Institutionen passieren. Auf jeden Fall ist klar, es muss mehr passieren als in der Vergangenheit, sonst bleiben die Menschen in unserem Land hinter der an Rasanz gewinnenden Geschwindigkeit dieses Themas zurück und es wird Verwerfungen geben im radikalen Bereich bei uns, gegebenenfalls auch in Polen. Das ist absehbar.

Wir müssen dieses Thema vorurteilsfrei diskutieren, über die Schwierigkeiten sprechen, über die Chancen sprechen. Es wird beides geben. Wir können nicht nur das eine – die Schwierigkeiten oder die Chancen – benennen. Wir müssen alles ansprechen. Wir haben mit der Osterweiterung Polens die Chance, dass in gewisser Weise der Zweite Weltkrieg in einer neuen Form zu Ende geht. Die Wunden des Zweiten Weltkrieges, die Europa 50 Jahre lang gespalten haben, die scheinen mir verheilt. Aber die Narben des Zweiten Weltkrieges gibt es bis heute. Und diese Narben sind spürbar, im Osten und im Westen. Und wenn Polen nun zur Europäischen Union dazukommt, haben wir die Chance, dass die vernarbten Wunden des Zweiten Weltkrieges in einen Heilungsprozess kommen, den unsere Kinder und Enkel in einer Weise neu gestalten können, wie es unserer Elterngeneration nicht vergönnt war und an dem wir nur aller Voraussicht nach zum Teil mitwirken können. Hier kommt ein ganz großes Stück europäischer Geschichte in einen völlig neuen Rahmen. Lassen Sie uns mitarbeiten, dass dieser Rahmen besser gelingt, als die Geschichte zwischen Polen und Deutschland in der Vergangenheit gestaltet wurde! – Danke sehr.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Körner.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Schoenenburg von der Fraktion der PDS.

(Angelika Gramkow, PDS: Nur das Wesentliche!)

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Nur das Wesentliche!

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Vordränger reizen natürlich immer zu Nachbemerken. Das Erste was ich sagen will, wir sind uns offensichtlich so einig, dass es schon bald wieder langweilig wird.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Reinhardt Thomas, CDU: Das kann sich auch noch ändern.)

Das Zweite, was ich sagen will, ich gehöre eher zu den Euroskeptikern. Und ich sehe natürlich, dass es besonders für die Polen riesige Probleme geben wird, die sie selber im Augenblick noch nicht sehen, wenn sie denn

beitreten. Wir haben den Beitritt hinter uns und der Beitritt Polens zur EU wird weitaus schwieriger werden als der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik. Aber weil es so ist, ...

(Georg Nolte, CDU: Auch da waren Sie schon dagegen.)

Ach, man muss doch nicht immer so viel dummes Zeug erzählen.

(Reinhardt Thomas, CDU: Wie bitte?)

Weil es so ist, deswegen ist es ja unsere Aufgabe, wenn es die Polen wollen, dass wir ihnen selbstverständlich helfen. Und etwas anderes, was ganz wichtig für unser Land ist, da wir ein Grenzland sind, ist, dass wir gute Beziehungen zu unserem Nachbarland Polen pflegen und weiterentwickeln. Dazu haben wir sozusagen einen historischen Auftrag, und zwar aus unserer Geschichte – da möchte ich mich gerne an Herrn Körner anlehnen –, und ich denke, wir haben eben diese gemeinsame Zukunft.

Wir haben heute Beschlussempfehlungen vorliegen, die sich insbesondere mit der Fortentwicklung unserer Beziehungen mit der Republik Polen befassen. Ich glaube, dass ich nicht überziehe, wenn ich davon spreche, dass diese Empfehlungen in gewisser Weise einen neuen Qualitätsstandard in unserer parlamentarischen Arbeit begründen. Sie sind komplex und sie sind auf die Perspektive unseres Landes gerichtet, und zwar in einem Punkt, der für die Zukunft des Landes essentiell ist.

Warum kann man das so feststellen? Weil wir langfristig und partnerschaftlich, das heißt gemeinsam, Regierungskoalition und Opposition, das Problem angegangen sind. Und nun meine ich, dass Friede, Freude, Eierkuchen nicht unbedingt die Parlamentsarbeit fruchtbarer machen, aber ein stures Ritual, wonach entweder die Regierungskoalition die Opposition auszubremsen habe oder aber die parlamentarische Opposition auf jeden Fall Nein zu den Vorhaben der Regierungskoalition zu sagen habe, ist auf jeden Fall für die Sache schädlich.

Man kann dem Rechtsausschuss vorwerfen, dass er viel, viel zu langsam war. Wir haben immerhin mehr als ein Jahr gebraucht seit dem Antrag der CDU und auch fast noch ein Jahr seit dem Antrag der Regierungskoalition.

(Dr. Klaus-Michael Körner, SPD:
Dafür waren wir aber gründlich.)

Aber, genau, es ist viel getan geworden. Wir haben Experten angehört, sind nach Vorpommern in die Grenzregion gefahren, haben schließlich eine Reise quer durch Polen unternommen, um Land und Leute besser kennen und verstehen zu lernen. Auf diese Weise haben wir übrigens auch Vertreter der Deutschen Botschaft genötigt, Gegenden zu besuchen, in die sie sonst wohl nie gekommen wären.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Wir hatten Kontakte auf unseren Reisen zum Deutschen Generalkonsul von Gdansk, zu den Sejmiki Pommerns und Westpommerns in Gdansk und Szczecin. Die Arbeit wurde übrigens kooperativ – das ist hier schon gesagt worden – von der Regierung unterstützt. Auch ich möchte mich insbesondere bei den Mitarbeitern der Staatskanzlei bedanken, die uns mit Sprache und Sachkenntnis geholfen haben. Der Wirtschaftsausschuss hat mit seinen Hinweisen die Beschlussempfehlung wesentlich bereichert, auch dafür sei Dank.

Die große Übereinstimmung hinsichtlich von Beschlüssen zur Zusammenarbeit mit Polen hat übrigens gute Tradition. Ich erinnere an die Krugsdorfer Erklärung, die am 7. September 1996 parteiübergreifend verabredet wurde und die Anfang 1997 wohl auch einstimmig im Landtag beschlossen wurde. Wenn wir uns heute die Krugsdorfer Erklärung anschauen, dann wird sichtbar, dass die damals vereinbarten Aufgaben völlig richtig und auch von großem Gewicht waren. Diese Aufgaben sind fast alle wesentlicher Bestandteil unserer heutigen Beschlussempfehlung. Unserer heutigen! Das zeigt, dass einerseits die angesprochenen Probleme fort dauern, ...

(Unruhe bei Sigrid Keler, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS)

Es ist wirklich gut, dass wir hier keine Finanzprobleme zu lösen haben. Dadurch werden dann die Finanzministerin und die finanzpolitische Sprecherin auch nicht weiter gestört bei ihren Gesprächen

(Heiterkeit bei Siegfried Friese, SPD)

und auch der Redner hier vorne kann weitermachen.

Das heißt also, dass die angesprochenen Probleme fort dauern, ihre Lösungen einen langen Atem brauchen, andererseits der Landtag selbst stärker politischen Druck ausüben muss, um zu Ergebnissen zu kommen. Und dabei geht es ja schließlich nicht um Kleinigkeiten, wenn's auch nicht unbedingt um Geld geht. Aber darum wird es auch gehen. Ich denke an solche Fragen wie

- die beschleunigte Entwicklung der Grenzregion – meine Vorredner haben dazu bereits gesprochen –,
- den Aufbau der wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und vor allen Dingen der persönlichen Kontakte in der Region beiderseits der Grenze,
- die rasche Öffnung weiterer Grenzübergänge,
- die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Jugendlichen beider Länder und dass sich Junge wie Ältere besser verstehen können, indem vor allem Deutsche ihre Sprachdefizite abbauen und Polnisch lernen. Das ist vor allen Dingen eine deutsche Aufgabe.

Diese Aufgaben haben wir damals mit der Krugsdorfer Erklärung bereits benannt. Und bis heute sind sie nicht geklärt. Wir finden sie eben in der Beschlussempfehlung wieder.

(Vizepräsidentin Kerstin Kassner
übernimmt den Vorsitz.)

Also, es hätte weitaus mehr geschehen können und müssen, damit auf unserer Seite die Chancen, die sich aus dem zu erwartenden Beitritt Polens zur EU ergeben, vergrößert und die Risiken minimiert werden. Unsere heutigen Beschlussempfehlungen sind sehr komplexer Natur und immer wenn das so ist, besteht die Gefahr, dass sie nicht durchgeführt werden. Es bedarf daher der andauernden Kontrolle und auch der Aktivität zunächst des Landtages selbst. Aber auch die Landesregierung wird durch uns aufgefordert, in verschiedensten Richtungen tätig zu werden, ebenso die Bundesregierung und die EU.

Es ist also an der Zeit, darüber nachzudenken, wie dieser Beschluss umzusetzen wäre, und nicht nur sich darüber zu freuen, dass wir ihn zustande gebracht haben. Zunächst halte ich es für nötig und wichtig, dass in jedem Ausschuss – in jedem Ausschuss! – über die Konsequen-

zen nachgedacht wird. Ferner sollten wir am Ball bleiben und in absehbarer Zeit die Regierung bitten, dem Landtag über ihre Aktivitäten zur Umsetzung des Beschlusses zu berichten.

(Herbert Helmrich, CDU: Jawohl!)

Drittens scheint es mir ein Manko, dass unser Landtag – anders als etwa der sächsische oder der brandenburgische – keinen selbständigen Europaausschuss hat, zumindest einen Unterausschuss Europa sollten wir jetzt schnell im Rechtsausschuss bilden.

Meine Damen und Herren, seit Krugsdorf haben sich die Bedingungen für die Zusammenarbeit mit der polnischen Seite durch die Verwaltungsreform in Polen entschieden verbessert. Es gibt nunmehr in den Woiwodschaften Parlamente, Sejmiki, die ähnliche Aufgaben wie unser Landtag haben. Die Woiwodschaft Westpommern hat etwa die gleiche Einwohnerzahl wie Mecklenburg-Vorpommern, Kreise sind auf polnischer Seite neu entstanden. Dies und die langsam wachsende Bereitschaft in der Bevölkerung Vorpommerns – ich sage mit Absicht, langsam wachsende Bereitschaft –, sich auf freundschaftliche Kontakte mit polnischen Menschen einzulassen, stimmen mich optimistisch. Der Landtag sollte seine unmittelbare Aufgabe darin sehen, fruchtbare Arbeitskontakte mit dem Sejmik in Szczecin aufzubauen. Meine Damen und Herren, ich bin fest davon überzeugt, die größte Entwicklungschance unseres Landes liegt nicht im Westen, sondern in der Freundschaft und in der engen Zusammenarbeit mit Polen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, PDS und Herbert Helmrich, CDU)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Dr. Schoenenburg.

Ich freue mich jetzt, unseren neuen Kollegen ankündigen zu dürfen. Bitte schön, Herr Kollege Neumann von der PDS-Fraktion, Sie haben jetzt die Gelegenheit, Ihre Jungferrede hier zu halten.

(Götz Kreuzer, PDS: Jungfer Karsten.)

Karsten Neumann, PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mein erster Arbeitstag als Mitglied des Landtages und wirtschafts- und europapolitischer Sprecher der PDS-Fraktion war ein Montag, der Montag nach der nächtlichen Einigung der europäischen Staats- und Regierungschefs in Nizza. Mit ihren Beschlüssen hat die EU ihre Hausaufgaben endlich gemacht und den Weg zur Erweiterung der Europäischen Union gebnet.

Erfreulich am Ergebnis von Nizza war für mich vor allem,

(Georg Nolte, CDU: Das war doch traurig.)

dass Deutschland seinen Widerstand gegen eine Gleichgewichtung der Stimmen im Rat aufgegeben hat. Damit hat Deutschland Verantwortung bewiesen.

(Georg Nolte, CDU: Aber den Zahlemann können sie machen, was?)

Ich teile aber auch die harsche Kritik Romano Prodis gestern vor dem Europäischen Parlament an der egoistischen Haltung einiger Mitgliedsstaaten, die er sinngemäß so beschrieb: Manche Länder verstehen Europa als Verteilungsmechanismus, für den man so lange ist, wie man

was bekommt, und gegen den man arbeitet, wenn man nichts mehr bekommt.

Es wurde nicht nur ein wichtiger Tag für unseren unmittelbaren Nachbarn Polen, sondern auch für die Europäische Union und insbesondere für Mecklenburg-Vorpommern. Ich bin überzeugt, dass Polen neben vielem anderen mit seiner über 200-jährigen Verfassungstradition auch wichtige Impulse zur dringend notwendigen Demokratisierung Europas einbringt. Werner Thieme formulierte unter der Überschrift „Verfassungen Europas“ treffend: „Je mehr jedoch die Verfassung eines neuen Europas Gestalt annimmt, desto wichtiger wird auch die Frage nach den historischen Wurzeln des Europas unserer Zeit.“ Und hier sollten wir nicht vergessen, dass dazu insbesondere auch die polnische Geschichte gehört.

Bei der Diskussion der polnischen Verfassung vom 3. Mai 1791 – übrigens einige Monate vor der französischen verabschiedet – soll der radikalste politische Reformers jener Zeit Hugo Kottataj gerufen haben: „Wenn wir die Gestaltung der polnischen Regierung nicht mit Menschenrechten beginnen, wenn wir nicht sagen, dass Polen das Land eines freien Volkes ist, dann täuschen wir uns selbst und werden zum Gespött freier Völker. Dann wird unser Land zu einem Dschungel, in dem abwechselnd die eigene Oligarchie und fremde Gewalt uns quälend, bis der polnische Name völlig verschwindet.“ So schmerzhaft sich die Weissagung bewahrheitet hat, so wichtig und aktuell ist die Erkenntnis des notwendigen Ausgangspunktes für die Gestaltung des europäischen Hauses in Menschenrechten.

Man mag an der am Freitag unterzeichneten Grundrechtscharta einiges bemängeln, sie vielleicht sogar ignorieren und sich aber vor allen Dingen noch einiges wünschen. Vor allem ist natürlich die Ausgestaltung der dort verankerten Rechte als einklagbare Rechtsansprüche zu fordern. Überfällig war sie allerdings längst. Sie wird die weitere Ausgestaltung Europas voranbringen. Schon lange hat der Europäische Gerichtshof in Ermangelung einer Europäischen Grundrechtscharta die gemeinsamen Verfassungstraditionen der Mitgliedsländer zur Rechtsprechung herangezogen und daraus einen Grundrechtsschutz der Bürgerinnen und Bürger entwickelt. Auch dieses Vorgehen war ein Stück europäischer Einigung, verhinderte es doch den allorts befürchteten Rechtsabbau durch die europäischen Organe.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin überzeugt, in einer europäischen Partnerschaft können gemeinsam alle Probleme im grenznahen Gebiet in Vorpommern bewältigt werden. Den Weg dahin zeigt die vorliegende Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses. Als Neuling im Parlament bin ich natürlich bei der Bewertung des Beschlussesentwurfes auf das vorliegende Material und auf Berichte meiner Kolleginnen und Kollegen beschränkt. Die lange Dauer der Befassung mit dem Thema könnte man zu Recht kritisieren, wenn da nicht ein so ausgewogenes Ergebnis vorliegen würde. Bei dem Lesen des Berichtes musste ich etwas schmunzelnd an den Satz denken: Der Weg ist das Ziel.

(Siegfried Friese, SPD: Guter Satz.)

Hier bewies sich diese These zumindest insoweit, als dass die Befassung mit dem Thema schon ein Stück der Umsetzung der heute vorliegenden Zielstellung war, nämlich, den regelmäßigen politischen Meinungs- und Erfahrungsaustausch in allen Bereichen zu verstärken. Und so

würde ich am liebsten empfehlen, heute dem Beschlussvorschlag nicht zuzustimmen und die Anträge wieder – dann aber in alle Fachausschüsse des Parlamentes – zu überweisen. Denn mit der heutigen Beschlussfassung ist das Thema nicht erledigt,

(Herbert Helmrich, CDU: So ist es.)

vielmehr sollte sie zu ganz konkreten Aktivitäten aller Angesprochenen führen,

(Herbert Helmrich, CDU: Sehr gut. –
Zuruf von Peter Ritter, PDS)

der Landesregierung, der Vereine und Verbände –

(Peter Ritter, PDS: So schnell
kriegt man seine Freunde.)

von der IHK bis zum Kleingartenverband –, der kommunalen Gebietskörperschaften und des Landtages selbst. Es gibt schon heute keinen gesellschaftlichen Bereich, der von der europäischen Einigung unbeeinflusst ist. Und so fehlen mir heute die mitberatenden Voten des Umweltausschusses, des Finanzausschusses, des Sozialausschusses, des Bildungsausschusses und, und, und.

(Angelika Gramkow, PDS: Es gab gar keine
Finanzrelevanz in diesem Antrag, mein lieber
Freund. – Heiterkeit bei Herbert Helmrich, CDU)

Ja, darüber kann man im Ergebnis auch streiten. Aber zumindest dann, wenn die Umsetzung ansteht, wird die Finanzrelevanz sehr deutlich werden.

Ich möchte aber auch – und das sei mir gestattet, zumindest bei meiner ersten Rede, auch wenn alle Fraktionen zugestimmt haben – sagen, dass der Punkt in der Beschlussfassung des mitberatenden Votums des Wirtschaftsausschusses für mich ein, ja, schon ein starkes Stück darstellt. Dort ist in einem Anstrich unter 2. in der Anlage zu lesen: „Um die besonders hohe Arbeitslosigkeit im Bereich der Landesgrenze Mecklenburg-Vorpommern zu Polen zu berücksichtigen, setzt sich die Landesregierung nachdrücklich dafür ein, angemessene Übergangsfristen bei der Regelung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer durchzusetzen.“ Ich freue mich, dass diese Empfehlung nicht in die Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses übernommen wurde, denn hier, denke ich, greift man ja gerade einen Kernbestand der Europäischen Union an,

(Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

die Freizügigkeit der Arbeitnehmer einschränken zu wollen für einen Übergangszeitraum. Das ist die falsche Antwort auf die richtige Frage. Es gibt schon heute – und das sieht man ja in den Stellungnahmen und in den Diskussionen – ausreichend Bereiche, wo ein Fluss der Arbeitnehmer von der einen Seite zur hiesigen, aber auch andersherum passiert. Den einzuschränken hieße schlicht und ergreifend, die Grundidee dieser Europäischen Union zu ignorieren.

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Herr Kollege, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Seidel?

Karsten Neumann, PDS: Gerne. Ich bin so mutig.

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Bitte sehr, Herr Seidel.

Jürgen Seidel, CDU: Herr Kollege, ist Ihnen bekannt, dass bei fast allen Beitritten von Ländern, in denen es besonders gravierende Unterschiede auch hinsichtlich

der wirtschaftlichen Situation gegeben hat, solche, genau die von Ihnen kritisierten Übergangsregelungen eingeführt wurden oder stattgefunden haben?

(Herbert Helmrich, CDU: Spanien, Frankreich.)

Karsten Neumann, PDS: Es ist mir bekannt, dass in der Geschichte der Europäischen Union eigentlich bei jedem Beitritt und bei jeder Veränderung genau diese Befürchtungen geäußert wurden. Es ist mir genauso bekannt, ...

Jürgen Seidel, CDU: Nein, es geht nicht um Befürchtungen. Es geht um Regelungen, die dort getroffen wurden.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Herr Seidel,
Sie sind doch jetzt gar nicht dran!)

Das lassen Sie mal meine Sorge sein, wer dran ist.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Er hatte ja
die Frage nicht richtig verstanden. –
Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Karsten Neumann, PDS: Ich wollte ja noch weiter antworten.

Es ist mir bekannt, dass die Europäische Union hier immer in der Lage war, Ausgleichsmechanismen zu schaffen. Und das wird auch diesmal wieder so passieren. Das wird auch diesmal so passieren und davon bin ich fest überzeugt.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Es aber in einem mitberatenden Votum zu diesem Antrag in der Form zu formulieren und die Landesregierung nachdrücklich zur Untersuchung zu bitten, sich dafür einzusetzen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist sehr vernünftig.)

heißt meines Erachtens schlicht und ergreifend, das Pferd von der falschen Seite aufzuzäumen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr vernünftig. –
Beifall Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Richtig.)

das Pferd an der falschen Seite aufzuzäumen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist sehr, sehr
richtig. Für die wirtschaftliche Entwick-
lung des Landes ist es sehr wichtig.)

denn es unterstützt Befürchtungen, es unterstützt Unterstellungen, die meines Erachtens so nicht zutreffen.

Ich kann Ihnen das auch ganz plastisch sagen. Sie wissen ja, wo ich vorher gearbeitet habe, Schweigerecht gilt ja fort. Aber eins kann ich dazu sagen, in einer Stellungnahme zu genau dieser Frage fand ich folgenden Satz: 1990 wurde uns geholfen. Warum sollten nicht auch wir Polen helfen? Genau zu dieser Frage.

Jürgen Seidel, CDU: Darf ich noch eine Nachfrage stellen?

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Herr Kollege, gestatten Sie noch eine Nachfrage?

Karsten Neumann, PDS: Klar, wenn wir noch Zeit haben.

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Bitte sehr, Herr Seidel.

Jürgen Seidel, CDU: Sind Sie dann der Meinung, dass in den bereits zitierten Fällen der Europäischen Union, wo

also immer derartige Regelungen gegriffen haben, jedes Mal das Pferd vom falschen Ende, wie Sie sagen, aufgezäumt wurde?

Karsten Neumann, PDS: Ich glaube, dass wir die Probleme in Europa auch auf diesem Gebiet in keinster Weise vereinheitlichen können. Und nicht in jeder historischen Situation sind dieselben Antworten auch die bessere Lösung.

Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer ist einer der Kernbestandteile der Europäischen Union. Darüber sind wir uns doch einig. Und die Aufnahme Polens in die Europäische Union gleich mit dem Punkt zu versehen, wir nehmen dich auf, aber bitte ohne Freizügigkeit der Arbeitnehmer, ohne den Grundbestandteil dieser Europäischen Union, halte ich für das falsche Signal nach Polen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Völlig weltfremd.)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Herr Kollege Neumann, gestatten Sie noch eine Anfrage des Abgeordneten Helmrich?

Karsten Neumann, PDS: Also langsam muss ich fragen, wie viel Zeit ich noch habe.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Nee, das macht nichts.)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Die Redezeit wird hier draufgelegt.

Karsten Neumann, PDS: Okay, dann gerne.

Herbert Helmrich, CDU: Ist Ihnen bekannt, dass im Hinblick auf Übergangsfristen selbstverständlich die deutsche Bundesregierung als auch die Länderregierungen Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen schon in Brüssel vorstellig geworden sind?

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Karsten Neumann, PDS: Deshalb habe ich das ja gesagt, das hat auch einen Grund.

Herbert Helmrich, CDU: Ach, und das halten Sie für den falschen Weg?

Karsten Neumann, PDS: Ja.

Herbert Helmrich, CDU: Danke.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Gut, dass die Sozialministerin dafür nicht zuständig ist. Das ist beim Ministerpräsidenten doch besser aufgehoben. – Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Karsten Neumann, PDS: Ich hoffe, dass spätestens die erste Unterrichtung der Landesregierung zu den eingeleiteten Maßnahmen – dort wird sich das ja auch wiederfinden und ich bin gespannt auf die Lösung, die man finden wird – aufgrund des heutigen Beschlusses für alle Ausschüsse des Landtages Anlass sein wird, den Prozess zu gestalten und nicht nur zu begleiten. Getreu dem Motto „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“ ist es auch für uns längst an der Zeit, die bestehenden Initiativen der

Kommunen und Kreise, der Wirtschaft und der Kultur aufzugreifen und entschlossen zu unterstützen.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Aufnahme Polens in die Europäische Union bedeutet nicht nur für die Wirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns eine Chance, die es aktiv zu gestalten gilt. Damit einher geht auch ein Gewinn auf kulturellem und sozialem Gebiet durch wachsende Vielfalt und Zusammenarbeit.

Lassen Sie mich mit einer bestürzenden und hoffnungsvollen, aber dennoch kurzen Geschichte aus meiner Heimatstadt Stralsund enden. Eine junge polnische Frau musste sich als Kellnerin in einem Stralsunder Restaurant von einem Gast die Reaktion gefallen lassen: „Was willst du überhaupt hier, du polnische Schlampe?“. Darauf antwortete sie mit einer Ohrfeige. Der herbeigerufene Geschäftsführer des Restaurants beantwortete die aufgebrachte Beschwerde des Gastes mit den Worten: „Wir dulden hier keine Ausländerfeindlichkeit“ und erntete den Beifall der Gäste an den umliegenden Tischen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Abgeordneter.

Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Der Rechtsausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 3/1672, den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/358 und den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1217 in der Fassung seiner Beschlussempfehlung anzunehmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses einstimmig angenommen.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr schön.)

Ja, meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der heutigen Tagesordnung. Es wurde während der Haushaltsdebatte schon einmal versucht, durch Prosa etwas Stimmung hier hineinzubringen. Es ist aber, glaube ich, nicht so ganz gelungen.

(Peter Ritter, PDS: Das war Herr Riemann, was? – Lutz Brauer, CDU: Der Haushalt ist doch eine wahre Beschercung.)

Ich hoffe aber, dass das heutige Weihnachtskonzert viel eher dazu beitragen wird, uns in vorweihnachtliche Stimmung zu versetzen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend und berufe die nächste Sitzung des Landtages auf Donnerstag, den 14. Dezember 2000, 9.00 Uhr ein. – Vielen Dank.

Schluss: 17.18 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Sylvia Bretschneider, Dr. Rolf Eggert, Annegrit Koburger und Caterina Muth.

Namentliche Abstimmung

über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 3/1702 –

Jastimmen

CDU

Dr. Born, Ulrich
Brauer, Lutz
Brick, Martin
Caffier, Lorenz
Glawe, Harry
Grams, Friedbert
Helmrich, Herbert
Holznagel, Renate
Dr. Jäger, Armin
Dr. König, Arthur
Markhoff, Dieter
Nehring-Kleedehn, Bärbel
Nitz, Thomas
Nolte, Georg
Prachtl, Rainer
Rehberg, Eckhardt
Riemann, Wolfgang
Schnoor, Steffie
Seidel, Jürgen
Dr. Seite, Berndt
Skrzepski, Gesine
Thomas, Reinhardt
Vierkant, Jörg

Neinstimmen

SPD

Backhaus, Till
Baunach, Norbert
Beyer, Heidemarie
Borchert, Rudolf
Bräunig, Erhard
Dankert, Reinhard
Friese, Siegfried
Keler, Sigrid
Dr. Klostermann, Henning
Kuessner, Hinrich
Mahr, Beate
Monegel, Hannelore
Müller, Detlef
Müller, Heinz
Dr. Ringstorff, Harald

Dr. Reißmann, Manfred
Schildt, Ute
Schlotmann, Volker
Dr. Seemann, Margret
Staszak, Karla
Dr. Timm, Gottfried

PDS

Dr. Bartels, Gerhard
Bluhm, Andreas
Böttger, Gerd
Borchardt, Barbara
Dr. Bunge, Martina
Gramkow, Angelika
Holter, Helmut
Kassner, Kerstin
Kreuzer, Götz
Neumann, Karsten
Müller, Irene
Ritter, Peter
Schädel, Monty
Scheringer, Johann
Dr. Schoenenburg, Arnold
Schulz, Gabriele
Schwebs, Birgit

Enthaltungen

SPD

Gerloff, Claus
Dr. Körner, Klaus-Michael
Polzin, Heike

PDS

Köplin, Torsten

Endgültiges Ergebnis:

| | |
|--------------------------|----|
| Abgegebene Stimmen | 65 |
| Gültige Stimmen | 65 |
| Jastimmen | 23 |
| Neinstimmen | 38 |
| Enthaltungen | 4 |